

Willi Belz

# Die Stand- haften



Über den Widerstand in Kassel und  
Hessen-Waldeck 1933-1945



**Den Toten in Ehrfurcht  
Den Lebenden zur Mahnung**

Titelbild: Ausschnitt aus der Buchenwaldgruppe. Die erhobene Schwurhand verkörpert den Schwur von Buchenwald, nicht eher zu ruhen, bis der Faschismus mit der Wurzel ausgerottet ist.



## INHALT

1	Aus dem Vorwort zur 1. Auflage
2	Vorwort zur Zweitaufgabe
3	So begann es
4	Die ersten Nazi-Provokationen
5	Der antinazistische Widerstand formiert sich
6	Saalschlacht in Grebenstein
7	Das kritische Jahr 1932
8	Grünes Licht für die Nazis
9	Wille zum einheitlichen Handeln immer stärker
10	Das Jahr 1933
11	30. Januar 1933
12	X Reichstagsbrand-Provokation
13	Übergang in die Illegalität
14	X Letzte Kommunalwahlen in Kassel
15	X Karlshospital
16	Der Abschaum wird losgelassen
17	Das erste Mordopfer der Nazis
18	Das Gewerkschaftshaus wird besetzt
19	Konzentrationslager Breitenau
20	Enttäuschte SA-Leute
21	Die Nazijustiz wird aufgebaut
22	Gauleiter Weinrich wird ausgepiffen
23	Die Jugend trifft sich im Reinhardswald
24	Justizmord in Kassel
25	Jugendverbände im gemeinsamen Widerstandskampf
26	In den Tod getrieben
27	Einheit zwischen KJVD und SAJ
28	Terror gegen Arbeitersportler
29	Amoklauf der SA im Landkreis
30	Dokumente der Gestapo und anderer Behörden
31	Widerstandarbeit unter erschwerten Kampfbedingungen
32	Volksfront aller Hitlergegner
33	Gestapo am Tor zum Empfang bereit
34	Im Zuchthaus verhungert
35	X Bestialischer Mord an Heinrich Träbing
36	Eineinviertel Jahr gehetzt
37	Streik an der Reichsautobahn
38	X Paula Lohagen und Erich Weinert
39	Vom Widerstand im Fieseler-Flugzeugwerk
40	Eine sehr gefährliche Situation
41	Solidarität in Buchenwald
42	Nicht nur Kommunisten und Sozialdemokraten
43	X Der Golgathaweg des Pfarrers Paul Lieberknecht
44	Am Hebel der Rüstungsproduktion
45	Auch als Soldat im Widerstand
46	Geschichtsfälscher
47	X Die "Kristallnacht" in Kassel
48	Gestapomorde in Breitenau
49	Unsere Heimatstadt im Feuersturm
50	Unersetzliche Kulturwerte vernichtet
51	Opfer der Naziverfolgung in Kassel
52	Hatte Widerstand überhaupt einen Sinn ?



- 53 Fünf Minuten Bedenkzeit
- 54 Der klingelnde Krautkopf
- 55 Zu Staub zerfallen
- 56 Auf der Flucht erschossen
- 57 In den Fängen der Gestapo
- 58 Prinz-Albrecht-Strasse
- 59 Columbiahaus
- 60 Wieder in Kassel
- 61 Das Drama um Wolfgang Schönfeld
- 62 Mord an einem schwerbeschädigten Kriegsdienstverweigerer
- 63 Hitlergruss verweigert
- 64 Briefe aus der Kerkerhaft
- 65 Das Urteil ist gesprochen - 1938
- 66 Der letzte Brief
- 67 Hinweise und Erläuterungen

Weitere Dokumente:

Anklageschriften

Sammlung von Urteilen 1933 - 1942

Epilog 1977



Beiträge zur jüngeren deutschen Geschichte

WILLI BELZ

# **DIE STANDHAFTEN**

Über den antifaschistischen Widerstand  
in Kassel und im Bezirk Hessen-Waldeck  
1933 - 1945

Ergänzte und verbesserte  
Zweitaufgabe

1978

---

Herausgeber im Selbstverlag  
Willi Belz



"...Es ist also an der Zeit, dass diejenigen zu Worte kommen, die damals als handelnde Personen mitten drin standen im Widerstandskampf, dass sie ihre Erfahrungen vermitteln, aus denen insbesondere die Jugend Deutschlands Lehren schöpfen kann. Widerstand gegen SS-Diktatur und Krieg war überall in Europa, Front war überall in Europa, und überall in Europa standen Frauen und Männer auf, für Freiheit, Menschenwürde und Menschenrechte Gut und Blut einzusetzen. Einer von ihnen, Julius Fucik, hat ihre Gedanken in der "Reportage unter dem Strang geschrieben" festgehalten:

"...Um eines bitte ich, Ihr, die Ihr diese Zeit überlebt: vergesst nicht. Vergesst die Guten nicht und nicht die Schlechten. Sammelt geduldig die Zeugnisse über die Gefallenen. Eines Tages wird das Heute Vergangenheit sein, wird man von der grossen Zeit und von den namenlosen Helden sprechen, die Geschichte gemacht haben. Ich möchte, dass man wiess: dass es keine namenlosen Helden gegeben hat. Dass es Menschen waren, die ihren Namen, ihr Gesicht, ihre Sehnsucht und ihre Hoffnungen hatten, und dass deshalb der Schmerz auch des letzten unter ihnen nicht kleiner war als der Schmerz des ersten, dessen Name erhalten bleibt. Ich möchte, dass sie Euch alle immer nahe bleiben, wie Verwandte, wie Bekannte, wie Ihr selbst.

Ja, ich möchte, dass man jene nicht vergesse, die gefallen sind. Ich möchte auch, dass die Lebenden nicht vergessen werden, die uns nicht weniger treu und nicht weniger standhaft unter den schwersten Bedingungen geholfen haben. Nicht zu ihrem Ruhm. Aber als Beispiel für andere. Denn die Menschenpflicht endet nicht mit diesem Kampf, und ein Mensch zu sein wird auch weiterhin ein heldenhaftes Herz erfordern, solange die Menschen nicht Menschen sind..."

"...Abschliessend möchte der Verfasser bemerken, dass seine Arbeit nur dann ihren Sinn zu erfüllen vermag, wenn der Leser aus allem Lehren für die Lösung der brennendsten Gegenwartsprobleme zieht, die ihre Wurzeln in der sonst kaum zu bewältigenden Vergangenheit haben.

22. Oktober 1960, in Erinnerung  
an die Tragödie vom 22.10.43

Willi Belz



Kaum jemand hätte aktuellere und zwingendere Gründe für die Herausgabe dieser Zweitaufgabe "Die Standhaften" liefern können als der Aufruf namhafter Persönlichkeiten an alle Demokraten der Bundesrepublik, für die Bewahrung der Grundrechte und die Freiheit des Denkens zusammenzuarbeiten. Bei voller Übereinstimmung stelle ich den Text des Aufrufs an die Spitze meines Vorwortes:

" Durch die Terrorakte der jüngsten Zeit ist offenbar geworden, dass massgebliche politische Kräfte unseres Landes die von ihnen tagtäglich beschworene rechtsstaatliche Demokratie nur wenig begriffen und sich zu eigen gemacht haben. Eine Pogromstimmung wird verbreitet. Wer unter dem Eindruck der aus dem sozialen Milieu der Bundesrepublik hervorgegangenen wahnwitzigen Gewalttaten nicht bereit ist, zugleich seine Bürgerrechte preiszugeben, wird diffamiert. Mit dem Verlangen nach "Distanzierung" wird den so angeprangerten Persönlichkeiten und demokratischen Organisationen der ungeheuerliche Vorwurf des Sympathisantentums gemacht. Verlangt wird die Aufgabe kritischen Denkens, die Unterwerfung unter den Gesinnungsterror der Reaktion und die Hinnahme demokratisch nicht mehr kontrollierter staatlicher Gewalt.

Die Entführungen und Mordanschläge dienen demokratiefeindlichen Kräften von gestern und vorgestern als Vorwand, ihre Angriffe auf die in den letzten Jahren verbesserten Grundlagen für eine Politik des Friedens, des demokratischen und sozialen Fortschritts zu verstärken und zu rechtfertigen. Sie sind entschlossen, die Bundesrepublik in ihrer Entwicklung wieder weit zurückzuwerfen. Die Reaktion hofft so, die wirtschaftliche, soziale und moralische Krise zu bewältigen. Terroristische und diktatorische Methoden staatlicher Herrschaftsausübung entsprechen ihrer Tradition.

Doch allenthalben entwickelt sich demokratischer Widerstand. Er manifestiert sich in den Gewerkschaften, den Parteien, den Kirchen - in der ganzen Öffentlichkeit. Er wendet sich gegen den Versuch, die Ideen des demokratischen und sozialen Fortschritts zu verunglimpfen. Er richtet sich gegen die Absicht, das Recht auf Veränderungen und Reformen als einen Anschlag auf das vorgebliche Gemeinwohl zu kriminalisieren.

Bestürzend ist angesichts dieser Lage die Neigung in Regierungskreisen, sich diesem Druck der Reaktion zu beugen und namens der Bekämpfung des Terrorismus die Grundlagen unserer Verfassung zu demontieren. Die schon beschlossenen und angekündigten gesetzlichen Massnahmen, die auf eine Ausserkraftsetzung rechtsstaatlicher Grundsätze hinauslaufen, sind nicht geeignet, dem Terror Einhalt zu gebieten, wohl aber durch Zerstörung der verfassungsmässigen Voraussetzungen von Demokratie und Freiheit diese abzuschaffen.

Wenn nun auch der Bundespräsident und Mitglieder der Regierungsparteien vor der Flut des Denunziantentums und Verketzerungen warnen, dann erkennen wir darin eine Widerspiegelung des Widerstandes der demokratischen Öffentlichkeit. Wir glauben aber, dass umfassendere Garantien geschaffen werden müssen, um die sich abzeichnenden Gefahren zu bannen. Aus diesem Grunde rufen wir jetzt und hier alle Demokraten auf, nicht zu schweigen und unter Zurückstellung nachrangiger Meinungsverschiedenheiten für den Schutz der demokratischen Grundrechte und



Freiheiten in der Bundesrepublik zusammenzuarbeiten."

Es versteht sich von selbst, dass wir ehemaligen Widerstandskämpfer gegen den Hitlerfaschismus die gegenwärtige Verteidigung der demokratischen Grundrechte im engsten Zusammenhang mit einer bedrohlich anwachsenden Gefahr des Neofaschismus sehen. Auch in dieser Hinsicht haben wir es ganz offensichtlich mit einem Zurückweichen, mit Duldung und Förderung staatlicher Stellen zu tun, die mit Verharmlosung und demokratischer Toleranz begründet werden. Als ob es die schlimmen Erfahrungen des Untergangs der Weimarer Republik nie gegeben hätte.

Ich möchte mit meinem Buch erreichen, unsere Jugend vor der Verführung durch ein abgrundtief verlogenes Bild des Hitlerfaschismus und seines verbrecherischen Anführers bewahren zu helfen. Millionen meiner damaligen jungen Altersgenossen haben ihren Irrglauben an den "Führer" mit der Auslöschung ihrer Zukunft bezahlt. Ich betrachte die Traditionspflege des vom deutschen Rüstungskapital mit Hilfe Hitlers und seiner Generale ausgelösten zweiten Weltkrieges in Bundeswehrkasernen als Glorifizierung der deutschen Katastrophe und ihrer dafür Schuldigen. Pflicht des demokratischen Staates im Sinne des Grundgesetzes wäre es, unserer Jugend die Traditionen des Widerstandskampfes gegen Faschismus und Hitlerkrieg zu vermitteln.

Aufzudecken ist die Tatsache, dass hinter der Duldung und Förderung aller rechtsextremistischen und neofaschistischen Wühlarbeit zur Zerstörung der Demokratie und des Friedens die gleichen grosskapitalistischen und reaktionären politischen Kräfte stehen, die einst Hitler an die Macht brachten und sich die Variante einer faschistoiden Diktatur als Herrschaftsmethode offenhalten möchten. Ihre offene Sympathie für die faschistischen Diktaturen in Chile, Südafrika und anderswo deutet die Richtung und ihr wahres Verhältnis zum demokratischen Staat an.

Wir haben nach wie vor eine verhängnisvolle Vergangenheit zu bewältigen, aber auch gefährliche Erscheinungen der Gegenwart, die ihre tiefen Wurzeln eben in dieser unbewältigten Vergangenheit haben. In diesem Sinne möchte ich mein Buch nicht als einfachen historischen Rückblick, sondern als lebendige Streitschrift im Kampf für Demokratie, sozialen Fortschritt und Frieden verstanden wissen.

Willi Belz



Der Hitlerputsch am 9. November 1923 an der Feldherrnhalle in München war dank der einige handelnden Arbeiterschaft und aller Anhänger der Demokratie niedergeschlagen worden. Aber die amtierende Reichsregierung unternahm nicht die Schritte, die zur Ausrottung der faschistischen Gefahr mit Stumpf und Stiel notwendig gewesen wären. Hitler wurde zu einer lächerlichen Festungshaft von 6 Monaten verurteilt und konnte dort sogar sein Pamphlet mit dem Titel "Mein Kampf" niederschreiben, das später als Buch erschien. Die Hitleranhänger fühlten sich geradezu ermuntert, eine neue Organisation aufzubauen. Zwar war die "Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei" (NSDAP) formell noch verboten, aber insgeheim entstanden ihre Stützpunkte in der Gestalt von Tarnorganisationen. So auch in unserem Kasseler Heimatgebiet.

In Kassel gab es 1925 die "Wander-und Sportvereinigung Schlagerter", den "Wehr-Jugend-Bund Schill" und den "Schwesterorden Gertrud", der als ein Vorläufer des späteren "Bund deutscher Mädchen" (BdM) zu betrachten war. Schon der Name dieser Geheimbünde sagte aus, dass der Aufbau von militärischen Verbänden bei dementsprechender nationalistisch-chauvinistischer und militaristischer Verhetzung ein wesentliches Ziel der Nazipartei war.

Neben den von der NSDAP gegründeten Verbänden, die auch den politischen Fememord nicht scheuten, gab es den militaristischen "Stahlhelm", den "Jungdeutschen Orden" (Jungdo) und den "Wehrwolf". Die meisten Mitglieder dieser Verbände gingen später in der Nazipartei, der SA und SS sowie der "Hitlerjugend" auf, wo ihre grundlegenden Ziele höchste Erfüllung fanden.

Im Jahre 1925 wurde die NSDAP von der Weimarer Republik zum zweiten Male offiziell zugelassen, obwohl ihr "Führer" Hitler den bewaffneten Umsturz der Republik organisiert hatte und in seinem Buch "Mein Kampf" ganz unverhüllt die Vernichtung der Republik zu seinem Hauptziel erklärte. Ortsgruppenleiter der NSDAP in Kassel wurde ein gewisser Lengemann, eine beruflich gescheiterte Figur. Als führender Propagandaredner trat der Kasseler Rechtsanwalt Dr. Roland Freisler in Aktion, der gleiche Freisler, der später in der roten Robe des obersten Blutrichters des sogenannten Volksgerichtshofes aufrechte Antifaschisten und mit dem NS-Regime Unzufriedene reihenweise dem Henker an das Fallbeil lieferte.

Wenig später wurde auch die SA (Sturmabteilung), eine militärisch aufgezogene Terrorformation der NSDAP, und ihre Elite SS (Schutzstaffel) aufgebaut. Im Jahre 1927 wurde als Gauleiter der NSDAP Josef Weinrich vom "Führer" nach Kassel beordert, um den Gau Kurhessen-Waldeck zu übernehmen. Er sagte seinen Anhängern u.a.: "Der Führer schätzt jede Ortsgruppe der NSDAP nach der Stärke ihrer SA ein." (Zitiert aus "Die Geschichte der Kurhessischen SA", Herausgeber SA-Brigade 47 Kassel). Die soziale Herkunft der Naziführer erwies sich als sehr aufschlussreich. Zumeist waren sie deklassierte und charakterlich verlumpte, arbeitsscheue Elemente, sowie beschäftigungslos gewordene ehemalige Landsknechtsnaturen des Welt-



krieges, ehemalige Freikorpsleute u.a., die in einer faschistischen Partei ihre Chance und Karriere wittern. Weinrich hatte als Handelsreisender den Offenbarungseid geleistet und kam mit einem Persilkarton als Habe in Kassel an. Bei einem fanatischen Nazibuchhändler am Ständeplatz fand er erste Aufnahme, lebte aber schon bald danach in besten Verhältnissen.

### DIE ERSTEN NAZI-PROVOKATIONEN

Wenn die verschiedenen Regierungen der Weimarer Republik auch wenig gegen das Hochkommen der NSDAP taten, so waren doch die demokratischen Kreise der Bevölkerung, vor allem die Arbeiterorganisationen, hellwach geworden, als die Nazis mit ihren ersten Terror-Aktionen begannen. Bezeichnend für die Instanzen der Weimarer Republik war aber, dass die SA-Verbände ungehindert aufgebaut werden konnten, der der KPD nahestehende "Roter Frontkämpfer-Bund" als proletarische und antifaschistische Wehrorganisation dagegen im Mai 1929 vom sozialdemokratischen preussischen Innenminister Severing verboten und als für immer aufgelöst erklärt wurde. Solche Massnahmen kamen der Naziartei sehr entgegen.

### DER ANTINAZISTISCHE WIDERSTAND FORMIERT SICH

Am 18. Juni 1930 kam es in Kassel zu jener denkwürdigen schweren Auseinandersetzung zwischen grossen Teilen der demokratischen Bevölkerung und den gewalttätigen Nazikolonnen, die zu einem Markstein des Kampfes gegen die faschistische Gefahr wurde. Schon wochenlang vorher hatten nazistische Großsprecher angekündigt, dass jeder die harten SA-Fäuste zu spüren bekäme, der sich ihren Aktionen in der Kasseler Altstadt widersetzen sollte. Diese Drohungen veranlassten die demokratischen Organisationen zu verstärkter Wachsamkeit und Abwehrbereitschaft. Auch die Kasseler Polizeibehörden sahen sich veranlasst, der Proteststimmung der Kasseler Bevölkerung Rechnung zu tragen und Massnahmen zum Schutz der demokratischen Ordnung einzuleiten.

In den Nachmittagsstunden des 18. Juni waren die braunen Sturmabteilungen zum Lokal "Stadt Stockholm" in der Mittelgasse vorgestossen und besetzten den Saal, obwohl der Lokalbesitzer ihnen den Zutritt verweigert hatte. Die Nazis wollten eine Versammlung erzwingen. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich die Kunde vom Angriff auf das Lokal, das seit vielen Jahren den Arbeiterorganisationen als Versammlungs- und Vereinslokal diente. Der Angriff der Nazis war eine offene Provokation. Hunderte Angehörige der demokratischen Organisationen riefen in Sprechchören: "Nazis raus! Nazis raus!" Starke Gruppen des "Kampfbund gegen den Faschismus", des "Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold" und andere gingen in das Lokal und die Treppe hinauf zum Saal, um die Nazis zum Abzug zu veranlassen. SA-Schläger antworteten mit Beschimpfungen, formierten sich und schlugen mit Stahlringen, Stühlen und anderen Waffen auf die antifaschistischen Arbeiter ein. Die Empörung der vor dem Saal nachdringenden Menschenmenge stieg mit dem Anwachsen der Zahl von immer mehr Demonstranten. Alle benachbarten Strassen waren von empört



diskutierenden und rufenden Menschenmassen verstopft. Den Nazis im Saal wurde freier Abzug, aber nicht in Kolonnen, zugesagt, wenn sie unverzüglich verschwinden würden.

Die Antwort der Naziprovokateure bestand darin, dass sie auf irgendeinem Wege Verstärkungen angefordert hatten, die auch aus Richtung Oberstadt eintrafen und mit Knüppeln, bleigefüllten Gummischläuchen und gezogenen Messern gegen die Demonstranten vorgingen. In diesem gefährlichen Augenblick erschienen auch die Überfallkommandos der Kasseler Schutzpolizei auf dem Kampfplatz. Im Zusammenwirken mit der Einwohnerschaft der Altstadt organisierten Abteilungen des Reichsbanners und des Kampfbundes gegen den Faschismus gemeinsam mit Polizeiabteilungen energische Massnahmen, um die Nazis aus der Altstadt zu vertreiben, was auch vollen Erfolg hatte. Sie hatten eine zünftige Lektion erteilt bekommen.

Zu den Vorgängen vom 18. Juni geiferte der Verfasser der schon zitierten "Geschichte der SA-Brigade 47" später: "Der offene Widerstand von Kommunisten, von Reichsbanner, von den Zentrumsverbänden ...das war jene Blutnacht, in der die Juden Hohenstein und Schöny, der rote Schupokommandeur Schultz und die gleichnamigen "Generäle" Quer und Gabel uns den Weg verlegen wollten..."

(Anmerkung des Verf.: Hohenstein - Polizeipräsident (SPD), Schöny - Kommandeur der Schutzpolizei (SPD), Quer - Vorsitzender des Reichsbanners, Gabel - Funktionär der KPD und Leiter des Kampfbundes gegen den Faschismus, später ermordet im Konzentrationslager)

Immerhin gestanden die Nazis mit ihrer Sicht der Vorgänge selbst ein, dass sie die Herausforderer, die Angreifer und Provokateure waren und auch sein wollten.

Die beachtenswerte Bedeutung und Lehre dieser Ereignisse in Kassel besteht darin, dass bei der Abwehr der nazistischen Überfälle alle demokratischen Organisationen ungeachtet ihrer parteipolitischen und sonstigen Meinungsverschiedenheiten sowie die Polizei, gegen den schlimmsten Feind der Demokratie und der Freiheit zusammengestanden hatten. Es fällt besonders auf, dass es nicht nur Arbeiterorganisationen, sondern auch die Jungmänner-Verbände des katholischen Zentrums waren, die sich der Gefahr des Nazismus bewusst wurden und danach handelten.

Leider war es nicht überall so und in den folgenden Jahren bis 1933 kam es soweit, dass die Exekutivorgane des Weimarer Staates gegen die Nazibewegung immer weniger oder nichts ernsthaftes mehr unternahmen, dagegen antifaschistische Aktionen und Demonstranten vielfach mit der Begründung unterdrückten, die "öffentliche Ruhe und Ordnung" sei in Gefahr.

### SAALSCHLACHT IN GREBENSTEIN

Am 15.1.1931 wurden von den Nazis vier Sturmabteilungen der SA-Standarde 83 Kassel zusammengezogen, ausgerüstet mit Schusswaffen, Gummiknüppeln, Ochsenziemern und anderen Schlaginstrumenten, die sie unter der Uniform versteckt mit sich führten. In den Hosentaschen



trugen sie Schlagringe und Messer. Die Taktik der Nazis bestand darin, mit möglichst grosser Zahl in Ortschaften des Landkreises aufzutreten, um einschüchternd auf die Gegner und imponierend auf die möglichen Anhänger zu wirken. Im Saal einer Gastwirtschaft, der im ersten Stockwerk lag, wollten sie einen sogenannten Werbeabend abziehen. Der Saal war bis zum letzten Platz gefüllt, aber zumeist mit Arbeitern, Angehörigen der KPD und SPD sowie Gewerkschaftsmitgliedern. Der Versammlungsredner, Kreisleiter der NSDAP Rudi Sempf, tritt provozierend, beleidigend und drohend auf. Es hagelt Zwischenrufe. Das demagogische Gerede Sempfs geht im Tumult unter. Die Versammlung ist praktisch gesprengt. Ein Sprecher der Arbeiterschaft springt auf die Bühne und übernimmt die Versammlung. Da ertönt das Kommando des SA-Sturmführers Schmidt aus Kassel: "SA ran!" Wie die Wölfe stürzen sich die SA-Banden mit ihren Schlagwerkzeugen auf die Versammlungsteilnehmer. Es kommt zu einer wilden Saalschlacht. Die unbewaffneten Antifaschisten haben es schwer, gegen die militärisch organisiert vorgehenden SA-Schläger siegreich zu bleiben.

Da wird der Funktionär des Kampfbundes gegen Faschismus Karl Mohnsam aus Kassel von der ihn bedrängenden SA-Meute in eine Ecke des Saales gedrückt und aus dem Fenster hinaus kopfüber auf das Steinpflaster des Hofes gestürzt, wo er tödlich verletzt liegen bleibt. Die Mörder werden von Polizei und Staatsanwaltschaft nicht gefunden, aber die Justiz klagt seltsamerweise mehrere Teilnehmer der Versammlung aus Linkskreisen des Landfriedensbruchs an und verurteilt sie zu Gefängnisstrafen. Auch einige SA-Leute sind angeklagt, aber ihren Lügen von angeblicher Notwehr wird Glauben geschenkt. Die Nazis jedenfalls sind ermutigt, ihre Provokationen fortzusetzen.

### DAS KRITISCHE JAHR 1932

Viele stellen auch heute noch die Frage, wie es denn überhaupt soweit kommen konnte, dass der Hitlerfaschismus an die Macht kam. Besonders unsere Jugend hat ein Recht auf die Beantwortung der Fragen nach dem Hintergrund dieser Frage. Es ist undenkbar, die Vergangenheit zu bewältigen und Lehren für die Gegenwart und Zukunft zu ziehen, wenn man sich scheut, die objektiv-historischen Tatsachen auszusprechen, oder den Versuch macht, sie mit äusseren Erscheinungsbildern der Nazidiktatur zu vertuschen. Unser nationales Geschichtsbild muss auf der historischen Wahrheit beruhen, Ursachen und Zusammenhänge sichtbar machen. Auch im Rahmen dieser bescheidenen Arbeit hält es der Autor für erforderlich, wenigstens einige wesentliche Hinweise zu geben, die es dem Leser gestatten, von sich aus weiter in die Tiefe zu forschen und zu einer Gesamtschau zu gelangen, die zugleich erlaubt, auch für die Vorgänge im gegenwärtigen politischen Leben der Bundesrepublik manche Erklärung zu finden und daraus entsprechende Schlüsse für das Denken und Handeln zu ziehen.

Mit Fug und Recht kann gesagt werden, dass die NSDAP aus ihrer eigenen Substanz und Kraft heraus niemals in der Lage gewesen wäre, grossen Masseneinfluss zu gewinnen. Auch in den Jahren 1920 und 1923 herrschte in Deutschland grosse wirtschaftliche und soziale Not, aber die Versuche reaktionärer und militaristischer Kreise, in denen



neben dem General-Quartiermeister des ersten Weltkrieges Ludendorff, schon Hitler, Göring, Himmler und andere eine Rolle spielten, die Not des Volkes demagogisch für ihre Umsturzpläne gegen die Weimarer Republik auszunutzen, schlugen eindeutig fehl, weil ihnen jegliche Massenbasis im Volke fehlte. Sowohl beim Kapp-Putsch im Jahre 1920 als auch beim Hitler-Putsch 1923 fegte die geschlossene Gegenaktion der Arbeiterbewegung und aller demokratischen Kräfte den Spuk in wenigen Tagen hinweg.

Aber jeder aufgeschlossene Beobachter der politischen Verhältnisse weiss, dass wirtschaftliche Macht eine Basis ist, um politische Macht zu nutzen, zu fördern und zu kaufen. Das war damals so und ist heute so. Hier einige Beweise:

Auf Initiative eines der mächtigsten Wirtschaftsführer in der Zeit der Weimarer Republik, des Geheimrats Kirdorf, wurde im Jahre 1929 ein Beschluss wirksam, wonach alle dem Ruhrkohlsyndikat angeschlossenen Kohlengruben von jeder Tonne geförderter Kohle je 5 Pfennig für die Kasse der NSDAP abzuführen hatten. Das waren allein im Jahre 1929 bei einer Jahresförderung von 123 Millionen Tonnen über 6 Millionen Reichsmark. Auch die Zechen des Staates Preussen, die dem Kohlsyndikat angeschlossen waren, konnten es sich trotz der schon eingetretenen Wirtschaftskrise leisten, von 10,5 Millionen Tonnen verkaufter Kohle 525 000 Reichsmark an die Naziartei über geheime Kanäle abzuführen.

Selbst ein Blinder konnte nun sehen, dass der plötzlich einsetzende Propagandaaufwand der Naziartei vermittels einer ganzen Reihe neuer Bezirks- und Lokalzeitungen, von Flugblattauflagen riesigen Umfangs, Grossplakatierungen, Kundgebungswellen usw. nicht von ungefähr kommen konnte und im krassen Missverhältnis zur damaligen organisatorischen Stärke der NSDAP stand. Mit einem solchen Propagandaaufwand gelang es der Naziartei tatsächlich, besonders in den Schichten des städtischen Mittelstandes und Kleinbürgertums, bei der Bauernschaft, aber auch bei langjährigen notleidenden Arbeitslosen grosse Hoffnungen auf eine Verbesserung der sozialen Lage zu erwecken, wenn die Nazis an die Regierung kämen. Demagogisch nutzte die Nazi-propaganda den Umstand aus, dass der Versailler Diktatfrieden der Bevölkerung Deutschlands schwere Lasten aufbürdete und machte allein Versailles für die grosse Wirtschaftskrise, das soziale Elend infolge der Massenarbeitslosigkeit und den Bankrott vieler Mittelstandsexistenzen verantwortlich. Damit wurde eine nationalistische Saat des Hasses ausgeworfen, die den Boden für die spätere Forderung des Faschismus auf die sogenannte Neuordnung Europas und "gerechten Lebensraum" bereitete. Dem Mittelstand wurde "Brechung der Zinsknechtschaft" versprochen, den kleinen Geschäftsleuten die Auflösung der grossen Warenhäuser. Den Arbeitern verhiess die NSDAP die radikale Beseitigung der Herrschaft der "Plutokratie" des grossen Kapitals, Sicherung des Arbeitsplatzes und gerechten Lohn. Eine wahre Volksgemeinschaft sollte entstehen.

Davon überzeugt, dass imposantes Auftreten und der Ruf nach dem "starken Mann" ihre Wirkung nicht verfehlen würden, traten die



SA- und SS-Kolonnen in vorher nie gekannter Massierung auf. Nur eine Partei, die im Gelde schwamm, konnte Terrorformationen in der Stärke von Kompanien, Bataillonen, Regimentern und Brigaden vollkommen uniformieren und mit allen möglichen Waffen ausrüsten, sie in SA-Küchen verpflegen, auf Gutshöfen unterbringen, ja sogar kasernenmässig erfassen. Viele Deutsche, vor allem aus den Mittelschichten, waren fasziniert und glaubten an den Sieg der Nazis, denen man sich nur rechtzeitig anschliessen müsse, um nachher nicht zu kurz zu kommen.

Es kam hinzu, dass die gleichen Finanz- und Industriekreise, die der Nazipartei grosse Geldsummen zukommen liessen, auch solche Regierungen förderten, die etwa ab 1930 aus Furcht vor den Forderungen des Volkes (die Wirtschaftskrise hatte ihren Höhepunkt erreicht) daran gingen, die bürgerlich-demokratischen Rechte und Freiheiten abzubauen und sie durch Diktaturmethoden zu ersetzen. So wurde von der Regierung des Zentrumskanzlers Brüning der berüchtigte Artikel 48 der Weimarer Verfassung in Anwendung gebracht, der es der Regierung gestattete, auf dem Wege der Notverordnungsgesetze alle demokratischen Rechte ausser Kraft zu setzen, das Parlament aufzulösen, Regierungskommissare zu bestellen und vor allem einschneidende Gesetze zum Abbau von Sozialleistungen zu beschliessen. Damit wurde einer faschistischen Diktatur der Weg bereitet und den Nazi-faschisten bewusst die Möglichkeit verschafft, durch hemmungslose soziale Demagogie ihren Masseneinfluss zu vergrössern. Die Drahtzieher in den Kreisen des Finanzkapitals, die der Nazipartei alle Förderung zukommen liessen, fürchteten nicht die radikale Phrasendrescherei Hitlers gegen die "Herrschaft der Plutokraten", weil sie wussten, welchem Zweck sie letzten Endes dienen sollte.

Was die nationale Demagogie der Hitlerpartei betrifft, so muss an dieser Stelle ausdrücklich betont werden, dass die Nazis absolut keine Berechtigung hatten, sich zum Richter über Versailles aufzuspielen, denn ihre spätere Eroberungs- und Ausrottungspolitik gegenüber anderen Völkern stellte alles in den Schatten, was der Versailler Vertrag an Unrecht und Belastung dem deutschen Volke auferlegt hatte.

Einen konsequenten Widerstand gegen den Versailler Diktatfrieden hatte der revolutionärste Teil der sozialistischen deutschen Arbeiterbewegung schon ausgangs der Novemberrevolution 1918 geleistet, noch ehe der erste deutsche Reichspräsident Friedrich Ebert seine Unterschrift darunter setzte. Die unter der Führung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg gegründete Kommunistische Partei Deutschlands griff dabei im Geiste internationaler Solidarität aller in den ersten Weltkrieg hineingezerzten Arbeiter der verschiedenen Nationen den Appell Lenins nach der sozialistischen Oktoberrevolution in Russland auf: "Frieden ohne Reparationen und Kontributionen! Keinen kapitalistischen Raubfrieden!" Der Ruf Lenins hatte auch bei den fortschrittlichsten Arbeitern der Siegerstaaten Widerhall und Unterstützung. Diese Kräfte waren es, die den Kampf gegen Versailles und die damit trüchtig gehenden neuen Kriegsgefahren bis in die dreissiger Jahre führten. Wäre es nach



ihnen gegangen, hätte die Naziapartei die Unzufriedenheit des Volkes mit den nur ihm auferlegten Lasten aus dem Vertrag nicht zu dem Propagandamittel für einen neuen Krieg machen können. Alle tragenden Parteien des Weimarer Staates hatten mit ihrer bereitwilligen Erfüllungspolitik den Nazis Munition geliefert, das Groß- und Rüstungskapital Deutschlands zog aus der Anleihepolitik der Westmächte profitablen Nutzen für den Aufbau eines neuen deutschen Kriegspotentials. Abtrag und Zinsen zahlte das deutsche Volk.

Die gleichen Förderer der Nazibewegung aus Industrie- und Bankkreisen waren es auch, die durch eine Unzahl von Machinationen das System des bürgerlichen Parlamentarismus an sich kompromittierten und funktionsunfähig machten. Die von ihnen beherrschte Presse und der Rundfunk taten ein übriges. Damit spielten sie der Nazi-propaganda in die Hände, die nach der Beseitigung des "Parteienhaders" und der "Unordnung" schrie. Das imponierte vor allen den kleinbürgerlichen Spiessern, die nicht das Grosskapital, sondern die verfahrenere Lage des Parlamentarismus und seine auch den Klein-eigentümer treffenden Gesetze dafür verantwortlich machten. Den Nazis gelang es, bis in das Jahr 1932 hinein ihren Einfluss auf grosse Bevölkerungsteile ständig zu erhöhen. Diese Erfolge veranlassten die mächtigsten Wirtschaftskreise Deutschlands, die auch die Chance eines Revanchekrieges sahen, die Hitlerpartei noch mehr zu unterstützen. Am 27. Januar 1932 wurde Hitler die Gelegenheit gegeben, vor dem Industrieklub in Düsseldorf sein Programm der Beseitigung der Demokratie und seine Pläne von der "Neuordnung" Europas vermittelt einer starken Militärmacht vorzutragen. Den Vorsitz führte der bekannte Grossindustrielle Fritz Thyssen. Anwesend waren über 300 Generaldirektoren und Aufsichtsratsvorsitzende der Industriekonzerne und Grossbanken. Der spätere Pressechef der NSDAP, Dr. Dietrich, schrieb in seinem Buch "Mit Hitler in die Macht" (Eher-Verlag 1934) über dieses Ereignis:

" Der 27. Januar 1932 wird immer ein denkwürdiger Tag sein in der Geschichte der NSDAP. An diesem Tage gelang dem Führer der Durchbruch bei den westdeutschen Industriekapitänen. Noch heute sehe ich diese Versammlung der Prominenten vor mir. In den Stuhlreihen gedrängt die Elite der westdeutschen Wirtschaft. Die im Rampenlicht der Öffentlichkeit Arbeitenden und jene stillen, aber nicht minder einflussreichen Mächte, die die Geschicke der Wirtschaft unsichtbar leiten, jene, von denen man gesagt hat, dass sie statt des Herzens ein Hauptbuch in der Brust tragen. Der Eindruck auf diesen Kreis nüchternster Zuhörer ist erstaunlich. Beifallssalven rauschen. Als Adolf Hitler endete, hatte er eine Schlacht gewonnen. Die Wirkung bei den Wirtschaftlern war tief und zeigte sich in den nächsten schweren Kampfmonaten."

Am 28. Januar 1932 sprach Hitler vor den linksrheinischen Industriellen der Seidenproduktion mit dem gleichen Erfolg, der in klingende Münze umschlug. Etwas später vor dem nationalen Klub in Hamburg. Aus einem vertraulichen Memorandum, das im Jahre 1945 der frühere Generaldirektor des Stahltrusts, Ernst Poensgen, an die englische Regierung zu seiner Rechtfertigung schickte, wurde bekannt,



dass am 28. Januar 1932 auf Thyssens Schloss Landsberg in einer Geheimbesprechung mit den drei Diktatoren der Stahlindustrie Thyssen, Poensgen, Vögler einerseits und Hitler, Göring und Röhm andererseits der Plan besprochen wurde, wie eine Regierung unter Führung Hitlers zustande kommen sollte.

Obwohl Kreise der Deutschnationalen, des Stahlhelm und der Reichswehrgeneralität den Nazis nicht die ganze Regierungsmacht übergeben, sondern sie mit ihnen zu teilen gedachten, setzte sich später die Grundlinie der erwähnten Geheimbesprechung durch. Ein bedeutender Schritt auf dem Wege dazu war der Staatsstreich des Reichskanzlers Franz von Papen im Lande Preussen. Der im Jahre 1932 erneut zum Reichspräsidenten gewählte Generalfeldmarschall Hindenburg hatte den Aristokraten von Papen zum Kanzler gemacht und dieser bildete das berüchtigte Kabinett der Grafen und Barone, ein Kabinett der Vorbereitung der faschistischen Diktatur. Am 20. Juli 1932 liess Papen durch einen Offizier und zwei Mann die sozialdemokratische Regierung von Preussen, dem grössten Lande des Reiches, aus ihrem Amt verjagen. Damit wurde Papen zum direkten Wegbereiter oder auch Steigbügelhalter der späteren Machtübernahme Hitlers, dessen Regierung er als Minister und späterer Sonderbotschafter lange Jahre gedient hat.

Der Staatsstreich gegen die Preussenregierung war der historische Augenblick, in dem der grösste Anlass und die Bedingungen gegeben waren, durch gemeinsames Handeln der demokratischen Kräfte den Diktatoren den Weg zu verlegen und alle Pläne für Hitlers Machterschleichung zunichte zu machen. Obgleich damals Millionen Gewerkschafter, Mitglieder der Arbeiterparteien, des Reichsbanners und grosse Teile der regierungstreuen preussischen Polizei auf die Ausrufung des Generalstreiks und die staatliche Gegenaktion warteten, übergab die Preussenregierung ohne Widerstand ihre Geschäfte. Eine grosse Chance, das Schicksal Deutschlands zugunsten der Demokratie und des Fortschritts zu wenden, wurde vergeben.

Weil in dieser entscheidenden Situation einige der staatstragenden Parteien der bürgerlichen Weimarer Republik einschliesslich der SPD darauf verzichteten, ihre eigene Republik zu verteidigen, gelang es der Nazipartei unter dem psychologischen Eindruck solcher Schwäche, bei den elf Tage später stattfindenden Reichstagswahlen ihren Höhepunkt mit 13,7 Millionen Stimmen, das waren 37 Prozent aller abgegebenen Stimmen, zu erreichen. Dennoch war es ein Scheinerfolg, auf der Grundlage von Lüge, Demagogie und Täuschung errungen, erzielt mit einem unvorstellbaren Aufwand an Propagandamitteln und begleitet von brachialem Terror der SA und SS wie nie zuvor.

Schon deshalb muss jenen Geschichtsfälschern der heutigen Tage, die dem deutschen Volk die Hauptschuld für die Entstehung der Nazidiktatur in die Schuhe schieben möchten und die Hauptverantwortung der mächtigsten deutschen Wirtschaftskreise und der vereinigten Reaktion aus durchsichtigen Gründen zu verschleiern trachten, auch mit der nachfolgenden Wahrheit entgegengetreten werden: In den folgenden Monaten nach der erwähnten Wahl gelang es der von der KPD ins Leben gerufenen Antifaschistischen Aktion eines breiten Bündnisses



von Antifaschisten in Deutschland mit grossem Erfolg, den Nazis die Maske vom Gesicht zu reissen. Das Zusammenspiel der Nazis mit Papen hinter den Kulissen und die Verbindungen der Hitlerpartei zum Grosskapital wurden öffentlichkeitswirksam aufgedeckt. Dem offenen Strassenterror der Faschisten begegneten immer stärker Massen-Selbstschutzaktionen von Angehörigen der Arbeiterorganisationen, der Gewerkschaften und vieler anderer Vereinigungen. Die Folge davon war, dass die NSDAP bei den Wahlen zum Reichstag am 6. November 1932 rund zwei Millionen Stimmen verlor, die SPD mit 7 1/4 Millionen und die KPD mit 6 Millionen Stimmen ihre Position wesentlich verbesserten. Die Nazis hatten ihren Höhepunkt nicht nur überschritten, sondern begannen rasch abwärts zu steigen. Sie erlitten bei den nachfolgenden Gemeindewahlen schwere Niederlagen, die eine Katastrophe andeuteten.

Nachzutragen ist, dass für den 12. Juli 1932, eine Woche vor Papens Staatsstreich gegen die Preussenregierung, die der SPD verbundene "Eiserne Front" zu einer Kundgebung auf dem Friedrichsplatz gegen die faschistische Bedrohung aufgerufen hatte. 20 000 Teilnehmer, in der Mehrheit SPD-Anhänger, folgten dem Ruf. Die machtvolle Kundgebung bewies die Bereitschaft der SPD-Arbeiter, die Preussenregierung vor dem geplanten Anschlag der rechtesten Reaktion zu schützen. Von der Bezirksleitung der KPD wurde an den BV der SPD der Vorschlag gerichtet, die geplante Kundgebung als Einheitsfrontmanifestation aller antifaschistischen Kräfte durchzuführen. Das Angebot wurde in beleidigender Form zurückgewiesen. Trotzdem rief die KPD alle ihre Mitglieder und Anhänger auf, mit eigenen Fahnen und Transparenten an der Kundgebung, aber im Sinne der Aktionseinheit teilzunehmen. Von der Masse der SPD-Anhänger freudig als Bundesgenossen begrüsst, musste anderntags wohl oder übel auch das "Kasseler Volksblatt" (SPD) die positive Seite der antinazistischen Gemeinsamkeit würdigen.

Der Ausgang der Novemberwahlen nun verschaffte der überparteilichen Antifaschistischen Aktion als breitem Bündnis neuen Auftrieb, beflügelt von der Erkenntnis, dass die faschistische Diktatur verhindert werden kann, wenn gemeinsam gehandelt wird. Das zeigte sich auch in Kassel. Ende November fand in Kassel eine Massendemonstration statt, wie sie noch nie dagewesen war. Mehrere Sternmärsche aus den nordhessischen Kreisen vereinigten sich mit antifaschistischen Kolonnen in der Stadt. Die Aktion war generalstabsmässig vom Antifa-Ausschuss organisiert worden. Ihr Zentrum war die Altstadt. Sie war Stunden vorher vom Polizeipräsidenten wegen "Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Ordnung" verboten worden, als der Anmarsch zur Demonstration im vollen Gange war.

Als die ersten Marschkolonnen zur Altstadtmitte zogen, kamen aus gewohnter Richtung die Überfallwagen der Polizei angerast. Die Mannschaften von zwei bis drei Wagen sprangen ab und stellten sich der Demonstration mit der Aufforderung "Auseinandergehen!" entgegen. Aber die Spitze der Marschkolonnen stand eisern und drängte die aufgeregten Polizisten langsam zurück. Mächtig dröhnten die Sprechchöre in den schmalen Gassen "Nieder mit dem Faschismus!" und "Freiheit der Antifaschistischen Aktion!". Ein Polizeioffizier zog die Pistole, um den Zug zu stoppen. Die disziplinierte Reaktion der Demonstrationsspitze verwirrte ihn so, dass er zitternd die Pistole wieder sinken



liess und sie wegsteckte. Jetzt kamen von allen Seiten grosse Demonstrationszüge und die Polizisten waren bewegungslos dazwischen eingekellt. Sie mussten sich manchen Spott gefallen lassen, wurden aber auch gefragt, ob sie denn überhaupt wüssten, dass sie zu einer Aktion gegen die Demokratie missbraucht würden. Eine ganze Hundertschaft von Polizeiverstärkungen versuchte in das Altstadtgebiet einzudringen, was ihr aber trotz versuchtem Knüppelinsatz nicht gelang. Vielmehr konnten sie nur ihre eingekesselten Kollegen unverehrt in Empfang nehmen, denen von den Demonstranten freier Abzug verschafft worden war. Es wurde seitens der Aktionsleitung alles getan, um blutige Zusammenstösse und Provokationen zu verhindern.

Die Massendemonstration fand auf dem Martinsplatz ihren Abschluss. An diesem Tage war keine einzige braune Uniform der Nazis auch nur in der Nähe zu sehen. Den Nazis war offenbar die Wahlniederlage tief in die Knochen gefahren.

Dass die Hitlerpartei trotz aller Geldquellen des Grosskapitals, des Grossgrundbesitzes und der Banken einer katastrophalen Niederlage zusteuerte, das gestand Josef Goebbels in seinem Tagebuch "Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei" selbst überzeugend ein:

" Auf dem Berliner Gau herrscht sehr bedrückte Stimmung, unter der Wählerschaft vielfach Verzweiflung. " ( 7. Nov. 1932)

" Die anfänglich starke Stimmung in der Partei ist jetzt einer flauen Depression gewichen. Überall tauchen nun Streit, Ärger und Misshelligkeiten auf. " ( 10. Nov. 1932)

" In der Organisation herrscht schwere Depression. Die Inspektoren der Partei sind beim Führer versammelt. Alle sind in sehr gedrückter Stimmung. Abends ist der Führer bei uns zu Hause. Es will keine rechte Stimmung aufkommen. Wir sind alle sehr deprimiert, vor allem im Hinblick darauf, dass nun die Gefahr besteht, dass die ganze Partei auseinanderfällt. Anruf von Dr. Ley: Die Lage in der Partei spitzt sich von Stunde zu Stunde zu. Der Führer muss augenblicklich wieder in den Kaiserhof zurück. Der Führer geht stundenlang im Hotelzimmer auf und ab. Einmal bleibt er stehen und sagt nur: 'Wenn die Partei verfällt, mache ich in drei Minuten mit der Pistole Schluss' " ( 8. Dez. 1932)

" Es kostet grosse Mühe, die SA und die Partei-Amtswalterschaft im klaren Kurs zu halten. Es wird höchste Zeit, dass wir an die Macht kommen. " ( 15. Dez. 1932)

Die ganze historische Wahrheit ist, dass Hitler mit Hilfe Hindenburgs am 30. Januar 1933 an die Macht geschoben wurde, die grosse Lüge ist, dass Hitler angeblich auf dem Wege der verfassungsmässigen Legalität mit der Zustimmung der Mehrheit des deutschen Volkes an die Macht gekommen ist. Die Hauptschuld dafür ist völlig klar. Die mächtigen Geldgeber der Nazipartei wollten, dass sich ihre Millionen verzinsen. Sie sahen in der Nazipartei das Instrument zur Zerschlagung der Demokratie und zur Durchführung neuer Eroberungspläne sowie des grossen Rüstungsgeschäftes. Sie hatten Angst vor den sozialen und demokratischen Ansprüchen und dem Aktionswillen des werktätigen Volkes. Jetzt musste Hitler an die Macht, wenn es nicht endgültig zu spät sein sollte, jetzt musste der gesamte faschistische Terrorapparat der SA und SS mit den



vorhandenen Machtmitteln des Staates, Polizei, Justiz und Reichswehr vereint werden, um die Arbeiterbewegung in die Knie zu zwingen und alle Oppositionsgruppen aus dem bürgerlich-liberalen und demokratischen Lager zu lähmen.

Von grosser Bedeutung war es, dass Hitler in einem Augenblick an die Macht gebracht wurde, als die grosse Wirtschaftskrise von 1929-1932 zu Ende ging und ein neuer Aufschwung schon eingesetzt hatte. Die Nazi-partei nutzte das bei ihrem Machtstart raffiniert aus und steckte sich alle Beweise eines damaligen "Wirtschaftswunders" als Trophäe an den Hut und gab sie als Verdienste des "genialen Führers" weiter. Dass die wirtschaftliche Scheinblüte aber schon bald danach nur noch künstlich durch eine gewaltige Aufrüstung vorgetäuscht wurde, dass sie später in Krieg und Katastrophe endete, das ist das wahre "Verdienst" dieser Totengräber Deutschlands.

Wenden wir uns an dieser Stelle wieder den Kasseler Ereignissen zu, die sich auf dem grossen politischen Hintergrund abspielten und blenden wir noch einmal in das Jahr 1931 zurück.

### GRÜNES LICHT FÜR DIE NAZIS

Die schweren innenpolitischen Auseinandersetzungen des Jahres 1931 zwischen den terroristischen Kräften der Nazis und den demokratischen Organisationen veranlasste die Reichsregierung Brüning auf dem Wege der Notverordnung, alle politischen Versammlungen und Umzüge gleich welcher Art zu verbieten. Der sogenannte Burgfrieden "zum Schutze des Staates" wurde verkündet.

Aber als am 3. Januar 1932 die Notverordnung aufgehoben wurde, zeigte sich, dass die terroristischen Verbände der SA und SS diese Zeit zu ihrer noch strafferen Organisation genutzt hatten. Auf den Gütern von Grossgrundbesitzern führten sie nächtliche Militärübungen, regelrechte Bürgerkriegsübungen durch. Wie aus der schon zitierten "Geschichte der Kurhessischen SA" hervorgeht, wurde sofort nach dem 3.1.32 erhöhte Alarmbereitschaft für die SA und SS angeordnet. Somit hatte Brünings Notverordnung zwar die antinazistischen Widerstandskräfte behindert, die Nazis aber objektiv begünstigt.

### ZUSAMMENSTÖSSE IN KASSELS ZENTREN

Sofort nach der Aufhebung des "Burgfriedens" organisierte die KPD in Verbindung mit dem Kampfbund gegen den Faschismus eine Massendemonstration mit anschliessender Grosskundgebung auf dem Martinsplatz. Das Reichsbanner bereitete unabhängig davon eine eigene Massenkundgebung vor.

Eben diese getrennten Aktionen hatten den Mangel, dass sie der Offensive der Nazis nicht jene vereinte Kraft entgegenwarfen, die allein in der Lage gewesen wäre, sie aufzuhalten und die nazistische Gefahr rechtzeitig zu bannen. Anstatt gemeinsam zu handeln, wurden parteipolitische Meinungsverschiedenheiten in den Vordergrund gestellt und hemmten so die Einheitsfront. Die Kasseler SPD-Spitze lehnte Verhandlungen mit der KPD über die gemeinsame Planung von Aktionen gegen die Nazis beharrlich ab.

Die Nazis nutzten diesen Umstand und nahmen sich vor, ihre Gegner



durch konzentrierte Vorstösse einzeln niederzuringen. Am 5.1.32 marschierten auf dem Friedrichsplatz mehrere Sturmabteilungen (Sturmabteilung etwa Stärke eines Bataillons) der SA-Brigade 47 unter Standartenführer Dörnemann auf. Das sollte eine Stärkedemonstration sein. Die Brandreden, die gehalten wurden, kündigten Terrorangriffe gegen die Zentren der Arbeiterschaft, insbesondere die "rote Altstadt" an. Wie aus Kreisen der SA bekannt wurde, plante die Führung einen konzentrisch geführten Angriff auf die Altstadt. Die Sturmabteilungen der SA-Standardabteilung 83 Kassel marschierten am 8.1.32 in die Altstadt ein. Von den berüchtigten "Bürgersälen" in der Karlstrasse aus wurde die Aktion geleitet. Über Friedrichsplatz, Steinweg und die Untere Königsstrasse kamen die braunen Kolonnen. Aber die Bevölkerung der Altstadt war vermehrt durch Flugblätter der KPD, der SPD, des Kampfbundes gegen den Faschismus und des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold aufgefordert worden, der Naziprovokation geschlossen entgegenzutreten.

In der Obersten Gasse, der Mittel- und Marktstrasse, am Pferdemarkt und überall, wo die braunen Uniformen auftauchten, regnete es aus den Fenstern Blumentöpfe, Steine, Kohlen, Dachziegel und andere Wurfgeschosse. Die Nazikolonnen spritzten panikartig auseinander und suchten an den Hauswänden Deckung. Wenig später nach diesem Empfang gingen die Kampfgruppen der Arbeiterorganisationen, nachdem sie sich vorher verständigt hatten, mit äusserster Entschlossenheit gegen die braunen Eindringlinge vor, jagten sie zum Friedrichsplatz und über die Königsstrasse hinweg in die Oberstadt. Grosse Freude und Genugtuung herrschten unter allen an der Abwehraktion Beteiligten und mehr als viele Worte wirkt das Beispiel als Argument für die Einheitsfront.

Nach ihrer schmachvollen Niederlage begann die SA unter Anführung ihres Hetzapostels Rudi Sempf sogenannte Propagandamärsche durch die Ortschaften des Landkreises Kassel mit überwiegender sozialdemokratisch und kommunistisch eingestellter Arbeiterbevölkerung. Ihr erster Marsch führte über Waldau, Crumbach, Ochshausen nach Niederkaufungen. Sie erleben ein wahres Spiessrutenlaufen von Protesten. Da die "Propagandaaktionen" von der Polizei zumeist genehmigt waren, genossen die provozierenden braunen Kolonnen oft den Schutz herbeigerufener Überfallkommandos. Letzteres führte stets zu lebhaften Diskussionen unter den Arbeitern über die Frage, wieso sich denn die in Kassel von Sozialdemokraten besetzten höchsten Polizeistellen dazu hergeben konnten, den Nazis ihr Treiben auf diese Weise zu erleichtern.

#### WILLE ZUM EINHEITLICHEN HANDELN IMMER STÄRKER

Bei der Wahlkampagne zur Reichstagswahl im November 1932 kam der Wille breiter antifaschistischer Kreise zum einheitlichen Handeln in den ständigen Auseinandersetzungen mit den Nazis immer stärker zum Ausdruck. Es war zur Methode geworden, in Naziversammlungen mit guten Diskussionsrednern aufzutreten und dabei das wahre Wesen der NSDAP vor den Zuhörern zu enthüllen. Dazu gehörte schon grosser Mut, denn wenn die Faschisten sich in die Enge getrieben fühlten, versuchten sie die Schwachheit ihrer Argumente mit dem Einsatz ihres terroristischen Saalschutzes auszugleichen. Fehlte es den Diskussionsrednern an ausreichendem Schutz durch eigene Anhänger und eine Art Leibgarde, konnte



das sehr übel ausgehen. Von derartigen Ereignissen konnte u.a. der langjährige Kreisausschussvorsitzende des DGB Hann.-Münden nach 1945, Wilhelm Schumann, eindrucksvoll berichten. Als erfahrener KPD-Funktionär und langjähriger Gewerkschafter ging er als Diskussionsredner in den Kreis Waldeck, eine regelrechte Nazihochburg. Die Nazis boten ihre führende Prominenz als Redner auf wie Gauleiter Weinrich, Roland Freisler, Hilmar Stock und Rudi Sempf. In den meisten Naziversammlungen konnte Wilhelm Schumann nur unter einem Schutzaufgebot von Kommunisten, Sozialdemokraten und anderen Nazigegegnern auftreten. Beginn die Aussprache, stellte er zunächst sehr peinliche Fragen nach den Geldgebern der Nazi-Partei und der sozialen Herkunft führender Nazi-Größen. Versuchten die Naziredner der Antwort auszuweichen, kündigte Schumann an, er werde jetzt die Fragen selbst beantworten und beweisen, dass die NSDAP, auch wenn sie sich als sozialistische Arbeiterpartei ausbebe, nichts mit einer solchen zu tun habe. Seine Argumente, mit glänzender Rhetorik vorgebracht, waren in der Regel so durchschlagend, dass die Versammlungsbesucher damit einverstanden waren, dass die Versammlung den Nazis aus der Hand genommen und von Schumann ohne Schlusswort als beendet erklärt wurde.

Das hatte aber für zahlreiche weitere Versammlungen zur Folge, dass dem gefährlichen Gegner Schumann das Wort nicht mehr gegeben und sogar der Zutritt verweigert wurde. Bei den dann unvermeidlichen Auseinandersetzungen kam es dazu, dass Rollkommandos der SA und SS jede Zurückhaltung aufgaben und sich mit brutaler Gewalt durchzusetzen versuchten. Das hatte aber zur Folge, dass die Naziredner nicht mehr viele Versammlungsbesucher im Saal hatten.

Wilhelm Schumann erhielt im Sommer 1932 vom antifaschistischen Bezirksausschuss den Auftrag, auf einer Bezirkskundgebung in der SS-Hochburg Arolsen zu sprechen. Die Nazis riefen zu einer Gegenkundgebung gegen die "Kommune und Sozis" auf. Das konnte zu schweren Zwischenfällen führen. Von der örtlichen Polizei waren beide Kundgebungen bewusst zugelassen worden. In Arolsen hatten die Faschisten ihre Leute im Polizeiapparat und diese wollten zweifellos eine Kraftprobe, die zur blutigen Lektion für die Nazigeegner werden sollte.

Rund zweitausend Antifaschisten waren mit allen möglichen Fahrgelegenheiten und in Fussmärschen nach Arolsen gekommen, unter ihnen auch einige hundert Arbeiter aus den Betrieben Korbachs. Schumann sprach am Marktplatz vom Fenster eines Gasthauses zu den Kundgebungsteilnehmern, immer wieder von brausendem Beifall unterbrochen. Mit wutverzerrten Gesichtern standen einige hundert SA- und SS-Leute am Rande des Marktplatzes. Ihre Gegenkundgebung war im Ansatz gescheitert. Da erschien ein Polizeikommando auf dem Plan, das gemeinsam mit SA- und SS-Trupps den Redner festnehmen wollte, weil er angeblich aufreizende Worte gegen die Staatsgewalt gebraucht und zum Aufruhr aufgefordert habe. Antifaschisten aller Parteirichtungen hielten sich vor dem Gasthaus unter und verwehrten so Polizei und Nazis den Zugang zum Haus. Geschützt von seinen Freunden konnte Schumann durch einen Hinterausgang entkommen.

Ende 1932 wollten in Hann.-Münden die Nazis mit ihren SA-Kolonnen den Arbeiterstadtteil und zugleich das stärkste Zentrum des Reichs-



banners, Hermannshagen, im Sturm erobern. Getarnt war die Provokation als "Werbeveranstaltung" der NSDAP. Völlig unverständlich für die demokratische Öffentlichkeit, besonders für die Anhänger der SPD, gab der sozialdemokratische Landrat Weber mit der Begründung, der NSDAP stehe das gleiche Demonstrationsrecht wie allen anderen Parteien zu, den Nazis die Erlaubnis zu ihrem Aufmarsch, ja er erklärte sich sogar bereit, mit der Naziführung an der Spitze des Zuges zu fahren, um ihren friedlichen Verlauf zu garantieren. Selbstverständlich nahm die sich in ungeheuerlicher Weise herausgeforderte demokratische Bevölkerung von Münden (es gab nur einen NSDAP-Vertreter im Stadtparlament) das Recht für sich in Anspruch, den braunen Marschierern vom Strassenrand her und aus den Fenstern ihre Protestrufe entgegenzuschleudern. Für sie galt die Parole "Keine Freiheit den Todfeinden der Freiheit". Die SA-Schläger stürzten sich sofort in "demokratischer" Manier auf die Rufer und verprügelten sie, obwohl sie selbst nur mit Rufen "angegriffen" waren. Auf Initiative von Wilhelm Schumann, der selbst seinen Wohnsitz in Münden hatte und grosse Autorität bei den Sozialdemokraten genoss, kam es zu einer gemeinsamen Gegenaktion. Im Handumdrehen waren rund zweitausend Mündener auf den Beinen und wälzten sich in den engen Strassen auf die SA-Kolonnen zu. Der Anblick einer so starken Gegenmacht jagte ihnen die Angst in die Knochen und sie zogen sich eiligst zurück.

Landrat Weber wurde von den Nazis trotz seiner Toleranz ihnen gegenüber nach der Machtergreifung Hitlers aus dem Amt gejagt und für kurze Zeit inhaftiert. Wilhelm Schumann wurde nach illegaler Widerstandstätigkeit im Jahre 1934 verhaftet und musste rund 11 Jahre seines Lebens in Gefängnissen, Zuchthäusern und im Konzentrationslager Buchenwald verbringen. Man kann aber anhand der Mündener Ereignisse mit Fug und Recht sagen, dass der Faschismus niemals an die Macht gelangt wäre, wenn auch dieses beispielhafte Handeln von Kommunisten und Sozialdemokraten allgemein gewesen wäre.

### DAS JAHR 1933

Wie schon an anderer Stelle dargelegt, sollte Hitler ungeachtet des im vollen Gange befindlichen Niedergangs der Nazipartei die Regierungsgewalt übernehmen. So wollten es die reaktionärsten Kreise des deutschen Finanzkapitals, um die Macht ihres Systems vor jeder Bedrohung einer sozialen Umwälzung zu bewahren. Aber andererseits bestanden alle Voraussetzungen, diese Pläne zu verhindern, wenn sich die Führungen der KPD und SPD über einen gemeinsamen Aktionsplan zur Verhinderung der Nazidiktatur hätten einig werden können. Die Führung der SPD lehnte aber alle diesbezüglichen Angebote und Vorschläge des Zentralkomitees der KPD ab. Auch die Führungsspitze des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes wies die Zusammenarbeit mit den Kommunisten zurück. Diese engherzige Handlungsweise sollte sich schon bald als verhängnisvoll für das Schicksal der ganzen deutschen Arbeiterbewegung auswirken. Das spürten wir auch in Kassel und Nordhessen.

Die Terrorangriffe von SA-Formationen auf die Arbeiterviertel in Kassel erfolgten nun Schlag auf Schlag. Am 11. Januar 1933 war es



nach einer Grosskundgebung des Massenselbstschutzes auf dem Friedrichsplatz zu einem Überfall mehrerer SA-Sturmabteilungen gekommen. Die Teilnehmer an der antifaschistischen Kundgebung zogen sich in die Altstadt zurück, wo sie entschlossenen Widerstand leisteten. Schon jetzt wurde deutlich, dass die Polizei den SA-Banden in keiner Weise entgegentrat. Die Durchdringung der Polizei, besonders höherer Dienstgrade, mit Nazianhängern, war nicht zu übersehen.

In Ihringshausen versuchte die SA Fuss zu fassen, wurde aber von der Bevölkerung mit Protest empfangen. Die SA-Kolonnen hätten die Flucht ergreifen müssen, wenn ihnen die Polizei nicht beigestanden hätte. Am 15.1.33 brachen die SA-Horden erneut in die Altstadt ein, diesmal sogar flankiert von der Polizei. Die Altstadtbevölkerung antwortete mit Massenprotesten und gewaltig hallten die Sprechchöre durch die Gassen "Nieder mit dem Faschismus!", "Nieder mit Hitler!". Aus der Altstadt hinausgedrängt zog die SA in geschlossenen Formationen nach Niedervellmar, Obervellmar, Heckershausen und Harleshausen. Das waren alles vorwiegend Arbeiterwohnorte mit Mehrheitsanhang für die beiden Arbeiterparteien. In Harleshausen war der SA die Kunde von ihrem Anmarsch bereits vorausgeeilt. Dementsprechend war der Empfang. Beim ersten Anrempelungsversuch von SA-Führern gegenüber den Harleshäusern gab es Hiebe mit Zaunlatten und handfesten Knüppeln, die den schleunigen Rückzug der SA zur Folge hatten.

Im Arbeiter-Wohnviertel Rothenditmold, wo SA-Leute einen Gewerkschaftsfunktionär aus der Wohnung holen wollten, um ihn zu verprügeln, versammelten sich in Windeseile Hunderte Antifaschisten, unter ihnen zahlreiche vom nahen Arbeitsamt herbeigeeilte Arbeitslose, um den SA-Schlägern das Laufen beizubringen.

Alle diese Vorfälle zeigten, dass die braunen Terrorkolonnen bei entschlossener und organisierter Abwehr durch Nazigegner fast durchweg mit Niederlagen rechnen mussten. Da sich unter den SA-Leuten nicht wenige irregeleitete jüngere Menschen aus dem werktätigen Volk befanden, genügten oftmals Zurufe, um sie wankend zu machen und den Befehlen ihrer Truppführer einfach keine Folge zu leisten. Mutig auftretende antifaschistische Frauen erzielten manchmal dabei die wirksamsten Erfolge.

Trotzdem es angesichts des massiven Terrors der Nazis spontan und organisiert zur Bildung von "Massen-Selbstschutz"-Abteilungen kam, war die Front der potentiellen Nazigegner noch nicht umfassend aufgebaut. Die von der SPD aufgebaute "Eiserne Front" mit dem Reichsbanner als Kern war eine starke Kraft. Aber ihre Führer lehnten es auch jetzt bei immer bedrohlicher werdender faschistischer Gefahr rundweg ab, in der gemeinsamen Antifaschistischen Aktion mit den Kommunisten zusammenzuarbeiten und das Vorgehen gegen die Faschisten miteinander abzusprechen. Vorwiegend unter dem Zwang der Ereignisse kam es zum gemeinsamen Handeln. Aber wieviel Zeit blieb noch, um dadurch auch die führenden Gremien der SPD, des ADGB und der KPD an den gemeinsamen Tisch zu bringen? Die Naziführung und ihre grosskapitalistischen Hintermänner beobachteten aufmerksam die Schwierigkeiten der Einigung im gegnerischen Lager und sie wussten sehr gut, dass eine machtvolle Einheitsfront der gesamten Arbeiterschaft im



# Nachdem Hitler und Göring in Kassel waren: Blutterror aufgeweichtester SA-Banden

Kassel. Nachdem der Zerfuchungsprozeß in den Reihen der NSDAP, der SA und SS weiter um sich greift und selbst Hitler und Göring unverrichteter Dinge abziehen mußten, verlegen sich jetzt die Naziführer auf die Entseelung von Terroristen, um den meuternden SA- und SS-Leuten ein Handwerk zuzusetzen, bei dem sie abgelesen werden von dem Kampf gegen die korrupten Naziführer. Nachfolgende Tatsachen demonstrieren, wie die Naziführer „besondere Stürme“ zu dieser Arbeit entwickeln. Die ehrlichen SA- und SS-Leute müssen sich mit Ekel und Abscheu von diesen Taten wenden und den Trennungsschritt ziehen und sich einreihen in unsere revolutionäre Kampftruppe.

Am Sonntag führten sie einen sogenannten „SA-Propagandamarsch“ durch die Straßen Kassels auf. Besonders bemerkenswert dabei ist, daß zum ersten Male besonders ausgesuchte Gefellen mit Spaten ausgerüstet, aufmarschierten. An der Garnisonkirche, Ecke Oberste Gasse, zog der in Kassel allgemein bekannte Steinhelm, Artilleriestraße, eine Pöbele und schon aus dem Zug heraus auf umstehende Arbeiter. Die Polizei auf dieses Treiben aufmerksam gemacht, unternahm nichts gegen diesen Schwenk. Als die Empörung unter den Passanten immer mehr anwuchs, fand sich diese bereit einzugreifen, jedoch wurde Steinhelm nicht verhaftet, sondern unter polizeilichem Schutz im Polizeibüro in seine Wohnung gebracht. Von Arbeitern in seiner Wohnung gestellt, verurteilte er sich damit herauszureden, ein Arbeiter hätte die anderen auf ihn geheißen. Er mußte sich aber von seinen eigenen Parteigenossen das Gegenteil bestätigen lassen.

## Arbeiterkinder werden niedergegeschlagen.

Als am Sonntagabend einige Arbeiterkinder durch die Karlstraße zogen und dabei einige Pöbeln saßen, wurden diese von einer Horde Nazis, die in den Bürgerhäusern stationiert waren, überfallen und niedergegeschlagen. Unter anderem wurde auch ein geistig behinderter Mensch von diesen Pöbeln niedergeschlagen. Als Passanten diese wildgewordenen Horden darauf hinwiesen, daß sie hier einen kranken Menschen mißhandeln, wurde diesen erklärt, daß man nicht auf jeden Irren Rücksicht nehmen könne.

## Hitleriten rempeln Arbeiter auf der Straße an.

Aber nicht nur, daß die SA- und SS-Horden gegen die Arbeiter vorgehen, haben diese auch schon ihre Bräute und einige andere Hitleriten auf Arbeitermord dressiert. So wird uns mitgeteilt, daß seit einigen Tagen an der Ecke ...

Für die Kasseler Arbeiterschaft sind diese letzten Überfälle ein erneutes Signal, jetzt mit aller Kraft an die Schaffung antisfaschistischer Häute, Pettrichs, Stempelstellen und Straßenkomitees heranzugehen. Heraus zur Verteidigung der Arbeiterviertel! Heraus zur Wehr dieses braunen Mordterrors. Hinein in die Antifaschistische Aktion!



Bündnis mit anderen Nazigegnern und noch schwankenden Bevölkerungsteilen das Scheitern ihrer Pläne herbeiführen würden. Hitler und die reaktionärsten Drahtzieher des Finanzkapitals drängten zur Eile und beschlossen, in das noch vorhandene Vacuum einer möglichen Einheitsfront aller Nazigegner hineinzustossen. Am 30. Januar 1933 wurde Hitler zum Reichskanzler gemacht. Die Schreckensnachricht löste bei den Nazigegnern teilweise einen Schock, teilweise Empörung und unbändige Wut aus. Viele Sozialdemokraten verloren in diesen Stunden ihre letzten Illusionen über die von ihrer Führung erhoffte Weigerung des Reichspräsidenten Hindenburg, Hitler die Regierungsmacht zu übergeben. Das genaue Gegenteil trat ein, so wie es die KPD auf ihren Wahlplakaten warnend vorausgesagt hatte: "Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler!"

30. JANUAR 1933

Wie unsicher sich die oberste Führung der NSDAP noch kaum 14 Tage vor ihrer Machtübernahme fühlte, zeigten auch Vorgänge in Kassel. In der Kasseler SA war es zu Aufweichungs- und Zersetzungserscheinungen gekommen. Die Arbeiterelemente in der SA zweifelten an den Versprechungen der Naziführung, nachdem sie durch zahlreiche Enthüllungen der antifaschistischen Kräfte Kenntnis von den korrupten Verbindungen einer ganzen Reihe von Nazigrößen zum Grosskapital und zum Junkertum des Grossgrundbesitzes erhalten hatten. Auf einer grossen Tournee kamen Hitler und Göring höchst persönlich nach Kassel, um auch hier die Anhänger wieder fester an die Führung und das Versprechen einer baldigen Machtübernahme zu binden.

Hitler und Göring sprachen vornehmlich vor NSDAP-Amtswaltern, SA- und SS-Verbänden. Mit zur rücksichtslosen Gewalt aufputschenden Reden wendeten sie sich an die schlimmsten Schlägertypen. Die Früchte des Auftritts zeigten sich am darauf folgenden Sonntag bei einem sogenannten Propagandamarsch der SA. Ganze Sturmabteilungen waren sichtbar mit kurzen Feldspäten als Schlagwaffen ausgerüstet und es war nicht schwer zu raten, mit welchen anderen Mordinstrumenten sie noch unsichtbar versehen waren. Von den Bürgersäulen in der Oberen Karl-Strasse kommend marschierten die Kolonnen über den Friedrichsplatz auf die Oberste Gasse zu. Wer irgendwie sein Missfallen vom Strassenrand aus laut werden liess, wurde zusammengeschlagen. An der Garnisonkirche hatten sich grössere Massen von Arbeitern, aber an diesem Sonntag längst nicht genug angesammelt, um der SA-Übermacht in üblicher Weise Herr zu werden. Das erkennend stürzten sich die SA-Schläger wie die Wölfe auf die Menge, unter der auch zahlreiche Frauen und Kinder waren. Es fiel ein Pistolenschuss, Messer blitzten auf und sogar mit Salzsäureflaschen warfen SA-Leute. Eine Anzahl Verletzter musste sich ärztliche Behandlung begeben. Die anwesenden Überfallkommandos der Polizei bewegten sich in dem ganzen Tumult wie Spaziergänger und griffen nur hier und da mal lasch ein.

Diese brutalen Aktionen mussten - da sie im ganzen Reichsgebiet an der Tagesordnung waren - als Alarmsignal verstanden werden. Die Bezirksleitung der KPD Hessen-Waldeck in Kassel beschloss rund um die Uhr gehende Sicherheitsmassnahmen zum Schutz des Parteibüros, von Parteilokalen, des Kampfbundbüros und wendete sich mit Abordnungen



an die örtlichen Leitungen der SPD und des Gewerkschaftsbundes, um gemeinsame Schutzmassnahmen für alle Arbeitereinrichtungen zu beraten und festzulegen. Angesichts des Ernstes der Lage, der blutige Überfälle auf alle führenden Funktionäre von Arbeiterorganisationen befürchten liess, kam es zu einigen wichtigen Abmachungen. Bei dieser Gelegenheit äusserten die Vertreter der KPD auch ihre Befürchtung, dass die Hitlerfaschisten im Bunde mit der äussersten Reaktion jeden Tag die Macht ergreifen könnten. Auf einen solchen Schlag müsse die Arbeiterschaft mit einem Gegenschlag antworten, am besten zentral und einheitlich organisiert, aber jeder Bezirk und jede Region sollte sich auch verantwortlich für die sofortige Vorbereitung eines Gegenschlages fühlen. Leider gingen da die Auffassungen auseinander und die Verhandlungspartner meinten, sich ausschliesslich auf die Weisungen ihrer Zentralen einstellen zu müssen.

Fünf Tage nach diesen Gesprächen konnte Hitler in Berlin vom Fenster der Reichskanzlei aus, begrüsst von einem riesigen Fackelzug seiner SA, seine Berufung als Regierungschef durch Hindenburg feiern. Die reaktionären Regierungsmacher hielten es für taktisch klug, das Kabinett ausser mit Ministern der NSDAP auch mit solchen der schwarz-weiss-roten Reaktion zu besetzen. Schien alles nicht so schlimm zu werden? Wurde der Häuptling der Faschisten Adolf Hitler trotz seiner Kanzlerrolle an die Kandare genommen? Solche Überlegungen stellten Opportunisten aller Schattierungen an, um den Konsequenzen eines Handelns gegen die vollendeten Tatsachen aus dem Wege zu gehen.

In den Betrieben und auf den Strassen wurde anders diskutiert, wenn auch nicht in jedem Falle einheitlich. Aber am häufigsten war überall zu hören: "Jetzt muss gehandelt werden auf der ganzen Linie!" "Generalstreik" und "Massendemonstrationen" im ganzen Land, "Einheit, Einheit, und nochmals Einheit, oder wir sind verkauft!" Das war es, was in dieser Stunde auch viele Sozialdemokraten und Gewerkschafter von ihren Führern erwarteten und wofür sie einzutreten fest entschlossen waren. Doch die Erwartungen wurden unterschiedlich beantwortet. Die Führer der KPD sagten sinngemäss: Wenn wir jetzt nicht im ganzen Reichsgebiet gemeinsam handeln, noch ehe Hitler seinen gesamten Terrorapparat mit den staatlichen Machtorganen wie Polizei und Reichswehr vereinigen und gegen die Arbeiterbewegung und andere Demokraten einsetzen kann, dann werden wir zu Paaren getrieben und isoliert voneinander vernichtet, die letzten Reste der Demokratie gehen dann vor die Hunde.

Die Führungen der SPD und des ADGB (Gewerkschaften) mahnten zu Ruhe und Besonnenheit, warnten vor unüberlegten Handlungen. Die Führung werde den Verlauf der Dinge aufmerksam beobachten. Wenn Hitler den Boden der Verfassung verlasse, werde die Führung zum Kampf aufrufen, notfalls auch den Generalstreik ausrufen. Im übrigen wurde die Hoffnung in Umlauf gesetzt, dass sich die Regierung Hitler keine paar Monate halten könne und bald abgewirtschaftet habe. Des weiteren wurde auf das demokratische Ausland verwiesen, auf das die Regierung Rücksicht nehmen müsse und das uns im Notfall beistehen würde. Natürlich trugen solche Redensarten nicht dazu bei, um antifaschistische Kampfstimmung und einheitliches Handeln zu fördern.



Zur Ehre vieler weitsichtiger und mutiger Demokraten verschiedener Richtung sei es gesagt, sie liessen sich nicht das Abwarten einreden, sondern waren für entschlossenen Kampf gegen die Errichtung der faschistischen Diktatur. Die meisten von ihnen hatten in jahrelangen Erfahrungen erprobt, was da kommen konnte, wenn jetzt feige kapituliert werden würde. Mancher der älteren sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter erinnerten daran, wie der Kapp-Putsch im Jahre 1920 durch Einigkeit zerschlagen wurde und dass das auch jetzt möglich sei.

Schon einen Tag nach dem Machtantritt Hitlers kam es in allen Teilen der Stadt und Umgebung zu erbitterten Zusammenstössen zwischen antifaschistischen Demonstranten und den jetzt gewalttätiger denn je auftretenden SA-Formationen. Das sozialdemokratische "Kasseler Volksblatt" und die kommunistische "Neue Arbeiterzeitung" riefen zum Kampf für die sofortige Beseitigung der Hitler-Regierung auf. Reichsbanner, Eiserne Front, Kampfbund gegen den Faschismus, die Sozialistische Arbeiterjugend (Falken), der Kommunistische Jugendverband, die Gewerkschaften, Arbeitersportler und andere Organisationen führten Dutzende Kundgebungen und Versammlungen durch, an die sich Demonstrationen anschlossen. Sozialdemokratische und gewerkschaftliche Gruppen richteten Briefe und Entschliessungen an ihre zentralen Leitungen, worin sie allgemeine Kampfmassnahmen bis zum Generalstreik forderten und ihre Bereitschaft dazu bekundeten.

Die Führung der NSDAP und der SA glaubte ihrerseits den Zeitpunkt für gekommen, um endlich die "roten Hochburgen" in der Stadt und auf dem Lande ausräuchern zu können. Der von den Nazis eingesetzte neue Polizeipräsident SS-Gruppenführer von Pfeffer verbot alle Versammlungen der demokratischen Organisationen und jegliche Demonstration. Die SA masst sich an, als "Ordnungstruppe" zum Schutz der Ruhe und Ordnung aufzutreten. Aber ein Fackelzug der braunen Prätorianer durch die abendliche Innenstadt wird gemeinsam von Kommunisten und Reichsbannerabteilungen gesprengt. Unbändige Wut gegen den Nazispuk steigert die Kräfte. Als SA-Kolonnen in das Arbeitergebiet der Quellhofstrasse, Rothfelsstrasse und andere eindringen, wurden sie mit einem wahren Hagel aller möglichen Wurfgeschosse belehrt, dass sie niemand eingeladen hat. In der Altstadt wurden die Braunen von einer wütenden Menschenmenge bis über die Königsstrasse hinweggejagt. Die Untere Königsstrasse galt seit drei Jahren als sogenannter Limes oder die Hauptkampflinie gegen das Eindringen der SA in die rote Altstadt.

Noch wagt es die faschistische Führung angesichts des Widerstandes nicht, mit blutiger Gewalt vorzugehen und versucht mit propagandistischen Mitteln ihre Massenbasis zu festigen. Anfang Februar war der Reichspropagandaredner Nummer 1 Josef Goebbels für eine Massenkundgebung in Kassel angekündigt. Zu diesem Zwecke war an dem Platz, wo heute das Auestadion ist, ein riesiges Versammlungszelt aufgebaut worden. Mitten in der Rede von Goebbels erlosch das Licht im Zelt. Mutige Antifaschisten hatten durch Zerstörung der Stromleitung einen Kurzschluss herbeigeführt, der nicht mehr zu beheben war. Ein Überfall auf das Gewerkschaftshaus in der Spohrstrasse - Goebbels hatte



Der Oberpräsident  
der Provinz Hessen-Nassau

O. P. Nr. II 60.

Fernsprech-Sammelnummer 31 155

Regierung-Kassel

-2fEB.1933V.

Kassel, den 1. Februar 1933.  
Wilhelmshöher Platz Nr. 3

Geheim!

All No. 7056

Regierung Kassel

-1fEB.1933N.

All No. 7055

dgh

1/2/33

1244

109,

ssd berlin nr 10

109

1/2

1260

an alle regierungspraesidenten -

kpd plant umsturz ueber generalstreik. alle versammlungen der kpd und ihrer hilfs und nebenorganisationen unter freiem himmel verbieten und mit allen polizeilichen nachtmitteln verhindern. alle anderen oeffentlichen versammlungen der kpd ueberwachen, sofortige aufloesung bei aufforderung zu streik und sonstiger hochverraeterischer betraetigung. geschlossene versammlungen polizeilich ueberpruefen und gegebenenfalls ebenso behandeln. planmaessige durchsuchungen bei kpd-leitungsstellen und verdaechtigen funktionaeren sofort und in naechsten tagen vornehmen. sogenannte sportuebungen der kpd besonders alle schiessuebungen verhindern alle waffen auch wenn an sich erlaubtes sportgeraet sicherstellen. bericht ueber besondere ergebnisse der aktion bei ausreichendem tatverdacht fuehrer von kpd-organisationen festnehmen.-

innenminister -kommissar des reichs-  
roem 1 1295 klein b 1/1. 2.

regpraes oberpraes und polpraes haben abschrift erhalten

1/1 1/2



mit Schmähreden gegen die Gewerkschaften dazu aufgereizt - konnte vom Selbstschutz im Gewerkschaftshaus erfolgreich abgeschlagen werden. Aber immer noch warten die aufgebrachten Gewerkschafter vergeblich auf das allgemeine Signal zum Generalstreik.

Die Situation spitzt sich von Tag zu Tag mehr zu. Erneut tritt die SA zum Sturmangriff auf die verhasste Altstadt an, diesmal begleitet von starken Abteilungen der Sicherheitspolizei mit entschärften Karabinern in den Händen. Als die Fenster zum gewohnten Empfang aufgehen und die ersten Wurfgeschosse herunterkommen, ertönt das Kommando: "Strasse frei! - Fenster zu! - Es wird scharf geschossen!" Es wurde scharf geschossen auf Fenster, zum Glück noch ohne Tote und Verletzte. Aber an diesem Tage zeigte sich schon das direkte Zusammenwirken von SA und Polizei.

Das "Kasseler Volksblatt" schrieb am 11.2.33 noch zuversichtlich: "Auch Hitler wird uns nicht unterkriegen!" Und Professor Nölting rief auf einer SPD-Kundgebung in der Stadthalle aus: "Wir bleiben!" Die stürmische Zustimmung der Mitglieder und Wähler der SPD, verbunden mit immer wiederholten Sprechchören wie "Generalstreik!" und "Einheitsfront!" zeigen deutlich, was von der Führung in Berlin erwartet wird. Aber Professor Nölting wich einer klaren Stellungnahme aus und mahnte trotz allem zur Geduld. An der Kundgebung hatten auch zahlreiche Kommunisten teilgenommen. Die leidenschaftlichen Diskussionen nach dem Ende der Kundgebung zeugten davon, wie sehr sich alle eine schnelle Einigung zwischen den Führungen der beiden Arbeiterparteien erhofften.

### REICHSTAGS-BRAND-PROVOKATION

Die Naziführung und ihre Hintermänner konnten ihrer Sache angesichts des wachsenden Widerstandes und einer keineswegs gesicherten Massengrundbasis nicht gewiss sein. Sie brauchten und fanden einen Vorwand für die Eröffnung eines blutigen Terrorfeldzuges und für die Zerschlagung vor allem der Arbeiterorganisationen. Am 27. Februar starteten sie die ungeheuerliche Provokation des Reichstagsbrandes und schoben sofort den Kommunisten die Brandstiftung in die Schuhe. Damit war das Signal zum Losschlagen vor allem gegen die KPD gegeben.

Noch am Tage, respektive in der Nacht des Reichstagsbrandes, setzten sich überall im Reichsgebiet die Rollkommandos der SA und SS, zum Teil als Hilfspolizei gekennzeichnet, alarmmässig und gezielt in Bewegung, um die Büros der KPD zu überfallen und auszuplündern, sowie Jagd auf Funktionäre der KPD und ihrer befreundeten Massenorganisationen zu machen. Die Reichstagsfraktion der KPD wurde für aufgelöst erklärt und nach ihren Mitgliedern gefahndet. Mit der Bezeichnung der Kommunisten als Brandstifter gegen das Symbol der parlamentarischen Republik verfolgten die Faschisten auch die Absicht, Verwirrung selbst in die Arbeiterschaft zu tragen und Millionen Kleinbürgern Schreckensangst vor einem kommunistischen Aufruhr einzujagen.

Doch die faschistische Rechnung ging nur zum Teil auf und bald machte der Spruch die Runde: "Nero steckte Rom in Brand und sagte, es waren die Christen - Göring steckte den Reichstag an und sagte, es waren die Kommunisten." Hitler, Göring und seine Kumpanei folgten mit



Provokatorische Lügen und Verleumdungen dienten noch vor der Reichstagswahl am 5. März 1933 dem von den Nazis übernommenen Reichsinnenministerium, gegen Kommunisten und Sozialdemokraten mit terroristischen Mitteln vorzugehen, wie nachstehende Fotokopien von Originaldokumenten beweisen.

F u n k s p r u c h

Berlin, den 27. Februar 1933.

Nr. 81.

Kommunisten sollen am Tage der Reichstagswahl bzw. kurz vor oder nachher zugleich mit dem Ziele der Entwaffnung planmäßige Überfälle auf Polizeistreifen und Angehörige nationaler Verbände unter Benutzung von Schuß -, Hieb- und Stichwaffen, sowie behelfsmässigen Waffen aller Art beabsichtigen. Überfälle auf Angehörige nationaler Verbände sollen besonders rücksichtslos durchgeführt und Aktionen derart getarnt werden, daß Urheber nicht erkennbar sind. Geeignete Gegenmassnahmen sind sofort zu treffen. Kommunistische Funktionäre erforderlichenfalls in Schutzhaft nehmen.

L.K.P.-Amt Berlin Abt. I 2 b 4270 VIII

O.P. R.P. Kassel u. Pol.Präs. Kassel haben Abschrift erhalten.

Der Regierungspräsident.

Kassel, den 28. Februar 1933.

A.II. Nr.III la 44.

G e h e i m !

Abschrift übersende ich zur Kenntnismahme und Veranlassung des Erforderlichen.

Im Auftrage:

gez.Dr. Knost.

Beglaubigt:

(Siegel)

Kanzlist.

An

den Herrn staatl. Pol.-Direktor in Hanau,  
die Herren Landräte des Bezirks und  
die Herren Oberbürgermeister als Ortspolizei-  
behörden in Fulda und Marburg/Lahn.



n  
27<sup>13</sup> Roerd. 2358

ssd berlin nr 171 103 27.2. 2332  
ane polizeibehoerden und hoeheren polizeifuehrer west in r.

ha -

- betrifft reichstagsbrandstiftung und erhoehte aktivitaet der
- k. 1.) saemtliche kommunistischen flugblaetter beschlagnahmen.  
2.) saemtliche periodischen kommunistischen druckschriften beschlagnahmen, und verbieten. die oberpraesidenten haben die verbotsmassnahmen mit den hochverraeterischen ausfuehrungen der letzten zeit unter beruecksichtigung der staendigen rechtsprechung des reichsgerichts zu begruenden. bezugnahme auf die ministerielle anordnung nicht zulaessig.  
3.) erhoehte aktivitaet der k p d erfordert verstaerkte streifenfantaetigkeit heranziehung von hilfspolizei und oertliche alarmbereitschaft fuer bereitschaftspolizeiteile ueber raschende gruendliche durchsuchungsaktionen bei allen kommunistischen funktionaeren.  
4.) s.p.d. plakate flugblaetter und periodische druckschriften beschlagnahmen. diesen funkspruch noch heute nacht behoerdenchefs vorlegen -

innenminister roem 1

schrift haben erhalten: op, rp kassel und polpraes kassel, le pol. major ellwanger. (fernmuendlich an rg rat dr. knost 0050 uhr

des oberpraes. kassel - :

ogpraes. kassel und wiesbaden -

t sofort fernmuendlich oder durch ft namen jeder in dortigen be-  
erscheinenden periodischen druckschrift der k p d, sowie genaue  
sef des verlegers und legt je fuenf exemplare der drei letzten  
n mit eilbrief vor -

der oberpraes. kassel.





# DER POLIZEIPRÄSIDENT IN KASSEL

SEL. POLIZEIPRÄSIDIUM, KÖNIGSTOR 31

EINGANGS- UND BEARBEITUNGSVERMERK

An

den Herrn Regierungspräsidenten  
in K a s s e l.  
.....

*[Handwritten signature]*  
*[Handwritten signature]*

HAFTS-ZEICHEN UND TAG IHRES SCHREIBENS

GESCHÄFTSZEICHEN UND TAG MEINES SCHREIBENS

Abtl. I 28. 2. 1933

IPPT

Polizeiliche Maßnahmen: auf Grund des Polizeirundfunks vom 27. 2. 1933 - Reichstagsbrandstiftung und erhöhte Aktivität der K.P.D.-

Es wurden im Laufe des heutigen Tages durchgeführt:

I. Inschutzhafnahme:

A. K.P.D.-Funktionäre:

1. Hans S c h a d e, hier, Bremerstraße 32;
- ~~2. Josef S t a r k, Niederkaufungen, Mühlengasse 4 ;~~
3. Wilhelm B a u e r, Niedertzwehren, Bachstraße 32;
4. Hans S c h e d l e r, hier, Hebbelstraße 106;
5. Jakob H i l d e b r a n d t, Harleshausen, Parkstr.17.

B. K.P.D.-Mitglieder:

1. Sechs KPD.-Mitglieder wegen verdächtigen Herumtreibens an der Kaserne in Niedertzwehren;
2. Ein KPD.-Mitglied wegen verbotenen Geldeinsammlens;
3. Ein KPD.-Mitglied wegen Schlägerei.

II.

ANLAGEN

DRAHTWORT  
Polizeipräsident  
Kassel

FERNRUF  
300 41

POSTSCHECK  
Frankfurt a/M.  
7009

BANK-KONTO  
Reichsbank-Girokonto



## II. Beschlagnahmen und Durchsuchungen:

### A. bei der KPD.:

Ca. 9 Zentner Flugschriften, Plakate u. Zeitungen.

### B. Bei der SPD.:

Ca. 20 000 Flugblätter;

eine größere Anzahl von Plakaten;

" 100 Flugblätter „Verboden ist das Kasseler Volksblatt "

" 5 000 Flugblätter „ Herr Reichskanzler Hitler "

" 5000 Wahlzeitungen „ Freiheit "

1 Expressgutpaket Nr. 8167 auf der Bahn mit der Anschr.

„ An das Parteibüro der SPD.; enthaltend etwa 1 Zentner

Plakate mit der Überschrift: „ Seit 1930 hat überhaupt

Sozialdemokrat in der Regierung gesessen. "

Die an den Anschlagstafeln und - säulen angeklebten Pl

kate sind sämtlich überklebt worden.

III. Sicherung folgender öffentlicher Gebäude bzw. Werke zur Verhütung von Brandstiftungen und sonstigen Sabotageakten ab sofort bis auf weiteres Tag und Nacht und zwar:

Oberpräsidium, Regierungsgebäude, Polizeipräsidium, Rath

Oberpostdirektion, Haupttelegraphenamt, Hauptbahnhof,

Staatstheater, Gemäldegalerie, Schloß Wilhelmshöhe, Elek

trizitätswerk Losse, Gaswerk Nürnbergerstraße. Darüber hinaus

wird allen übrigen öffentlichen Gebäuden insbesondere

Straßenbahndepot Wilhelmshöhe, u. Holländische Straße,

Finanzamt, Landesfinanzamt, Reichsbahndirektion u.s.w.

erhöhte Aufmerksamkeit zugewendet.

IV. Erhöhter Streifendienst im ganzen Stadtgebiet und Ausrüstung der Bereitschaften der Schutzpolizei mit Karabiner, die Kraftwagenstreifen überdies mit Stahlhelm.







# DER POLIZEIPRÄSIDENT IN KASSEL

KASSEL, POLIZEIPRÄSIDIUM, KÖNIGSTOR 31

EINGANGS- UND BEARBEITUNGSVERMERK

An

den Herrn Regierungspräsidenten  
hier.

Regierung-Kassel  
-3MRZ.1933 V.

31  
All. No.  
Ant.

GESCHÄFTS-ZEICHEN UND TAG IHRES SCHREIBENS

GESCHÄFTSZEICHEN UND TAG MEINES SCHREIBENS

Abt. I. 2. März 1933.

TRIFFT

Weitere polizeiliche Massnahmen zum Schutze des Staates  
und der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung  
und Sicherheit im Ortspolizeibezirk K a s s e l .

Im Nachgang zum Bericht vom 28. Februar ds. Js. - Abt. I -

Am 1. ds. Mts. in den ersten Vormittagsstunden  
wurden weitere Festnahmen der Funktionäre der KPD.  
und insbesondere der militärähnlichen Nebenorganisationen  
dieser Partei durchgeführt. Es wurden u. a. in polizeilli-  
che Verwahrung genommen:

- 1) Der Führer des Kampfbundes gegen den Faschismus,  
Arbeiter Heinrich Merle, hier, Sandershäuserstrasse 24,
- 2) der Bauschlosser Karl Ziegner, hier, Uhlandstrasse 6,
- 3) der Schlosser Ludwig Krause, hier, Mittelgasse 17,
- 4) der Arbeiter Wilhelm Zanger, hier, Klosterstrasse 8.

Von den drei letztgenannten ist hier bekannt gewor-  
den, dass sie sich in dem illegalen RFB. betätigen.

An Flugblättern wurden rd. 70 kg. beschlagnahmt,  
z. T. unmittelbar von der Expressgutabfertigung der  
Reichsbahn abgeholt. sodass die Sendung den Kasseler  
Empfänger erst gar nicht erreicht hat.

Ich darf anregen, die Landräte und Ortspolizei-  
behörden des Regierungsbezirks anzuweisen, die in ihrem  
Bezirk ansässigen leitenden Funktionäre der KPD. gleich-  
falls

ANLAGEN

DRAHTWORT  
Polizeipräsident  
Kassel

FERNRUF  
350 41

POSTSCHECK  
Frankfurt a/M.  
7059

BANK-KONTO  
Reichsbank-Girokonto



gleichfalls in Schutzhaft zu nehmen, um etwa von diesen aus Anlass der bevorstehenden Wahlen geplante plötzliche Terror- und Sabotageakte, die sich auch auf die Städte oder gar grössere Teile des Regierungsbezirks beziehen könnten, von vornherein zu verhindern.

Die hier festgenommenen Personen werden auf Grund des § 1 der Verordnung zum Schutze von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 einstweilen weiter in Schutzhaft behalten.

*[Handwritten signature]*

Kg

*4. 6. 1933*

*St. - zu 2421*

*Am 1. d. M. - ab 12  
ist die Anwesenheit des Herrn M. L. F.  
nicht festgestellt worden, kann für  
unbefugt in Schutzhaft  
zu nehmen.*

*Dem Herrn Anwesenheit wurde  
festgestellt.*

*Zur Verfügung.*

*[Handwritten signature]*



der von ihnen inszenierten Reichstagsbrandstiftung dem Beispiel vieler Tyrannen in der Geschichte der Völker, um den Vorwand zu blutigem Terror zu schaffen, um Recht und Gesetz durch unmenschliche Gewalttaten zu ersetzen.

Die sogenannte "Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei" bewies mit ihrem Vernichtungswerk gegen alle demokratischen Rechte und Freiheiten, dass sie ein Todfeind der Arbeiterbewegung und des ganzen Volkes war und die Verbrechen ihrer Führung nur einem einzigen Zwecke dienten: Der Aufrechterhaltung der Macht des reaktionären Finanzkapitals im Innern und der Vorbereitung eines neuen Krieges nach aussen. Es begann die schlimmste Tragödie des deutschen Volkes, der Marsch in eine zwölfjährige Schreckensnacht und in die nationale Katastrophe. "Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler - wer Hitler wählt, wählt den Krieg!", diese Worte des Führers der KPD, Ernst Thälmann, begannen sich in ihrer ganzen Konsequenz zu bewahrheiten.

Der schlimmste Abschaum der SA und SS, ihre Führer und Unterführer, schon in den vergangenen Jahren mit zahlreichen Mordtaten belastet, glaubten jetzt mit allen denen blutige Abrechnung halten zu können, die ihnen bei der Verteidigung der Demokratie energisch entgegengetreten waren. Vielen irregeleiteten SA-Mitgliedern, die vor allem die Abrechnung mit dem Grosskapital erwartet hatten, erzählten sie, zuerst müsse mit der "Kommune" und den "Sozis" aufgeräumt werden, damit der "Führer" freie Bahn für die Verwirklichung seiner grossen Programmziele habe. Alle Hindernisse müssten zunächst aus dem Wege geräumt werden, um der NSDAP die alleinige Macht zu verschaffen. In der Tat führte das dazu, dass sich viele SA-Leute aus dem werktätigen Volk zu schweren Gewaltakten gegen Nazigegner missbrauchen liessen, die der gleichen sozialen Herkunft waren wie sie selbst.

### ÜBERGANG IN DIE ILLEGALITÄT

Fritz Schmidt berichtet wie folgt über eigene Erlebnisse beim Übergang der KPD-Bezirksleitung in die Illegalität:

"Ich war seit dem Jahre 1927 Mitglied der Bezirksleitung der KPD Hessen-Waldeck. Zu meinen Funktionen gehörte die Lokalredaktion der KPD-Tageszeitung "Neue Arbeiterzeitung" und des Wochenblattes "Hessische Volkszeitung". Ausserdem war ich verantwortlich für die politische Arbeit im Stadtteil I (Altstadt).

Einige Vorkehrungen, die schon gegen Ende 1932 getroffen wurden, so die Bildung von Fünfergruppen und Zusammenkünfte der Bezirksleitung unter besonderen Sicherungsmassnahmen, sollten sich schon bald als nützlich erweisen. Am 27. Februar brannte der Reichstag. Uns war sofort klar, dass es sich um eine Provokation der Nazis mit dem Ziel handelte, die Verfolgung und Verhaftung der Kommunisten in Szene zu setzen. Das wurde aus den Radiomeldungen und Reden führender Nazis deutlich. Die Bezirksleitungsmitglieder verständigten sich unverzüglich und gingen in die Illegalität. Kein Funktionär durfte vom Augenblick an noch seine Wohnung aufsuchen, wollte er nicht Gefahr laufen, verhaftet zu werden. Noch in den frühen Morgenstunden derselben Nacht drangen die Horden der SA unter der Führung des



berüchtigten Sturmführers Stetefeld, unterstützt von den Verrätern Steinmetz und Kupfer in die Wohnungen bekannter Kommunisten ein, um sie in ihre Folterhöhlen abzuholen. Meine Wohnung, im Zentrum der Stadt gelegen, war eine der ersten, die von Stetefelds SA-Sturm heimgesucht wurde. Zahlreiche Mitbewohner des grossen Mietshauses wendeten sich voller Empörung gegen die Eindringlinge. Mich allerdings trafen sie nicht an. Aus Wut und in der Annahme, an mich heranzukommen, wurden meine Frau und meine 8 und 9 Jahre alten Töchter in das Heroldhaus, den Sitz der SA-Standarde 83, verschleppt. Sie sollten unter Drohungen und Versprechungen meinen Aufenthaltsort verraten. Ein nutzloses Unterfangen, abgesehen davon, dass ihnen mein Aufenthalt nicht bekannt war.

Ich hielt mich zu dieser Zeit im Stadtteil Holland, in der Oestmannstrasse, bei einer älteren Dame verborgen. Als strenggläubige Katholikin war sie eine fanatische Nazigegegnerin. Ein gutes Versteck für einen illegalen Kommunisten. Besonders originell war, dass einige Häuser weiter der Gestapomann Hellwig wohnte, einer der übelsten Schergen in der ganzen Nazizeit bei der Verfolgung von Nazigegegnern.

Nach der Kontaktaufnahme stellte sich heraus, dass der Leitungskopf der Bezirksleitung vollzählig geblieben war. Beim ersten Treff der Leitung fanden sich ein: Wilhelm Schumann, Karl Barthel (Harry) als Bezirkssekretär, Traugott Eschke, Hans Hauptreif und Wilhelm (Fipse) Marker. Die notwendigen Schritte für die illegale Fortsetzung der politischen Tätigkeit wurden kurz und präzise festgelegt. Dabei ging es nicht nur um den Stadt- und Landkreis Kassel, sondern auch um die nordhessischen Kreise Eschwege, Melsungen, Rotenburg, Hersfeld und Hann.-Münden. Ich wurde für die Anleitung der Organisation in den Kreisen Eschwege und Witzenhausen verantwortlich gemacht. Die erste Tour dorthin mit dem Motorrad werde ich nie vergessen. Mein Genosse Kurt Aschenbrenner hatte schon lange Jahre Fahrten für die Partei gemacht und war äusserst zuverlässig in allen Situationen. Hinter ihm auf dem Sozius hockend steuerte ich zunächst Hess.-Lichtenau an und informierte den Genossen Karl Jung über seine Aufgaben. Dann ging es nach Reichensachsen im Kreis Eschwege. Auf Schleichwegen begab ich mich in die Wohnung des Genossen Hans Simon. K. Aschenbrenner wartete beim Motorrad am Ortseingang auf mich.

Bei Hans Simon ging es um die Frage, ob die vereinbarte Zusammenkunft der Funktionäre aus dem Meissnerkreis vorbereitet war. Das traf zu. Die Genossen aus Reichensachsen rieten uns, das Motorrad zu verstecken und den Weg zum Meissner zu Fuss zu machen. Das Treffen sollte in einem Waldstück am Meissner stattfinden. Wir zogen los wie die harmlosesten Wandervögel. Am Ziel trafen wir die Genossen aus Vockeroode, Germerode, Kausen und Sooden-Allendorf. Es gab einige Verzögerungen, weil mehrere Teilnehmer den Beobachtungen von herumstreifenden SA-Leuten und Gendarmen aus dem Wege gehen mussten. Aber alles lief glatt ab und unsere Beratung ging bis 22 Uhr. Alle Teilnehmer erreichten unbehelligt ihre Heimorte. Nur für uns beide gab es die erste Überraschung, als wir nach unserem langen Fussmarsch das Motorrad aus seinem Versteck holen wollten. Kurz vor Reichensachsen sahen wir, dass SA-Leute einen Brückenbogen der Durchfahrt besetzt hatten und offensichtlich die Strasse kontrollierten. Galt das gezielt uns?



Wir wussten es nicht, aber es gab kein Zurück, ohne sofort aufzufallen. Ohnehin traf uns schon der Strahl einer Stablampe. Als ob uns das nicht störe, führten wir laut ein Gespräch über den Wintersport auf dem Meissner. Zu unserem Erstaunen liess uns die SA nach einiger misstrauisch erscheinender Musterung unbehelligt des Weges gehen. Wir atmeten erleichtert auf, aber nicht lange, denn nachdem wir ein Stück weg waren, setzte sich der SA-Haufen hinter uns her in Bewegung. Wollten uns die Burschen doch unter die Lupe nehmen? Jedenfalls liefen wir querfeldein, durch einige kahle Hecken gedeckt, was die Beine hergaben in Richtung Dorfrand. Wir mussten an unser Motorrad herankommen, aber dort, wo es sich befand, streiften die SA-Leute herum. Schnell vereinbarten wir, uns zu trennen und in Eschwege bei Genossen ein Nachtlager zu suchen, denn die Nacht war verdammt kalt.

Völlig durchgefroren trafen wir uns gegen 2 Uhr morgens am Marktplatz in Eschwege wieder. Ohne aufzufallen, war es kaum möglich, Freunde aus dem Schlaf zu klopfen oder unter dem Fenster anzurufen. Ein Wirt, bei dem früher häufig KPD-Versammlungen stattgefunden hatten, war noch auf den Beinen und nahm uns auf, machte uns aber ängstlich darauf aufmerksam, dass sein Lokal unter Polizeikontrolle stehe. Er wies uns in aller Eile ein altes Bett in der Abstellkammer an und verschwand. An Schlaf war bei der Kälte und der schmalen, harten Pritsche nicht zu denken. In aller Frühe nahte das Unglück. Grosser Krach an der Haustür des Lokals und Rufe "Aufmachen! Polizei!" waren zu hören. Nichts wie raus durch das Fenster auf das Dach eines rückwärtigen Holzschuppens und von dort mit einem Satz in eine schmale Gasse und Richtung Bahnhof. Zufällig fuhr dort wenig später ein Arbeiterzug ein, den wir bis Reichensachsen benutzten. Noch im Dunkel erreichten wir unser Motorrad und brausten ab in Richtung Kassel."

Über die Wochen, die seiner Verhaftung am 21. März 1933 mit Hilfe eines Polizeispitzels vorausgingen, berichtete Fritz Schmidt:

" Wir Kommunisten wurden überall gejagt, aber noch war die KPD nicht verboten. Mit Rücksicht auf das Ausland hatten die Faschisten und ihre Hintermänner beschlossen, sich den Anschein einer "demokratisch" legitimierten Machtausübung zu geben und für den 5. März Neuwahlen zum Reichstag angesetzt. Von dieser Wahl erhoffte sich die NSDAP eine absolute Mehrheit der Wähler. KPD und SPD waren zur Wahl zugelassen, aber insbesondere die KPD sollte durch die Lahmlegung ihrer Leitungen daran gehindert werden, wesentlichen Einfluss auf den Ausgang der Wahlen zu nehmen. Zugleich waren für den 12. März Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung ausgeschrieben. Man kann sich wohl vorstellen, unter welchen Bedingungen die KPD ihren Wahlkampf in Wort, Schrift und Plakatierung zu führen hatte. Aber an Kapitulation und Verzicht an der Wahlbeteiligung war nicht zu denken. Vorübergehend waren die Nazis aus optischen Gründen genötigt, Wahlkandidaten der KPD nicht zu verhaften und formal das Gesetz zu beachten. Unsere Partei stellte für die Kommunalwahl trotz Terror und Druck nicht weniger als 29 Kandidaten auf, unter denen ich der jüngste war. Ungeachtet des Terrors und möglicher Repressalien erhielt die KPD eine relativ hohe Zahl an Stimmen. Ich wurde z.B. an fünfter Stelle zum Stadtverordneten gewählt. Unser



Mandat konnten wir wie erwartet nicht mehr ausüben, da alle Sitze für die KPD sofort von den Nazis kassiert wurden. Ausserdem wurden wir jetzt wieder verstärkt von den SA-Rollkommandos und der im Aufbau befindlichen Geheimen Staatspolizei gesucht. In einer kleinen Kneipe des Stadtteils Wehlheiden wertete unsere illegale Bezirksleitung das Ergebnis beider Wahlen aus, die ein Zeichen dafür waren, dass der Geist des Widerstandes gegen die Nazidiktatur nicht in der von den Nazis erwarteten Weise zu brechen war. In diesem Sinne arbeiteten wir weiter. Um nicht so leicht erkannt zu werden, liess ich mir einen Schnurrbart und lange "Koteletten" wachsen. Haare und Bart trimmte mir eine Genossin auf blond bis brünett. Auf dem Kopf trug ich einen grossen Schlapphut, auch Malerkrempe genannt. So wurde ich selbst beim Vorübergehen am Polizeipräsidium von herauskommenden Beamten der politischen Polizei nicht erkannt. Meine dennoch vorzeitige Verhaftung ging auf das Konto eines Spitzels, der mich trotz meiner Tarnung erkannt hatte."

### LETZTE KOMMUNALWAHLEN IN KASSEL

Obwohl im Bericht von Fritz Schmidt schon einiges darüber enthalten ist, kommen wir auf ihre näheren Begleitumstände noch einmal zurück. Man muss bedenken, dass die Kommunalwahl in Kassel genau eine Woche nach den Reichstagswahlen stattfand, deren Ergebnis von den Nazis mit frenetischem Siegesgebrüll gefeiert worden war, obgleich es ihnen nicht die erhoffte absolute Mehrheit im Reichstag gebracht hatte. Darüber sollte hinweggetäuscht werden. Wäre es nach dem Willen Roland Freislers gegangen, hätte es in Kassel keine Kommunalwahl am 12. März gegeben.

Wie schon bekannt, waren die Wahlkampfbedingungen für die KPD ausserordentlich schwer. Die KPD-Wähler standen unter dem psychologischen Druck der Tatsache, dass die rund 80 Mandate der KPD für den Reichstag sofort als ungültig erklärt wurden und ihre Träger von den Faschisten überall verfolgt und wenn möglich, verhaftet wurden. Es darf mit berechtigtem Stolz berichtet werden, mit welchem Mut die Mitglieder der KPD, des Kommunistischen Jugendverbandes, des Kampfbundes u.a. trotz ständiger Überfälle der SA und SS Wahlparolen malten, nächtliche Klebeaktionen durchführten, Versammlungen abhielten und Zehntausende Flugblätter in Häusern und auf Strassen verteilten.

Die anderen Parteien einschliesslich der SPD konnten noch verhältnismässig weniger unterdrückt ihre Wahlarbeit durchführen, aber in der Woche vor der Kommunalwahl spitzte sich auch besonders für die SPD die Lage zu. Als Zeichen ihres Machtwillens auch im Kasseler Rathaus hissten die Nazis eine Hakenkreuzfahne auf dem Rathhausturm. Das erregte nicht nur Aufsehen in breiten Teilen der Bevölkerung, sondern führte auch zu spontanen Demonstrationen der Empörung vor dem Rathaus, an denen sich nicht nur Mitglieder der Arbeiterorganisationen, sondern auch Anhänger bürgerlicher Parteien beteiligten.

Bezeichnend für den allgemeinen Zustand war, dass die letzte Stadtverordnetensitzung am 14. November 1932 stattgefunden hatte. Sie verlief derart tumultartig, dass weitere Sitzungen nicht mehr im Rathaus einberufen werden konnten. Von den Faschisten wurden unter der



Anführung von Roland Freisler Redner anderer Parteien tätlich angegriffen und vom Rednerpult weggezerrt. Das führte bei der gemeinsamen Abwehr vornehmlich durch Kommunisten und Sozialdemokraten dazu, dass der "rasende Roland" Hiebe bekam wie noch nie. SA-Rollkommandos drangen in das Rathaus ein und versuchten, den Sitzungssaal zu stürmen. Mit vereinten Kräften rausgeschmissen und auf den Rathausvorplatz gejagt, wobei auch Arbeiter und Angestellte des Hauses kräftig mitwirkten, wurden die SA-Leute dort von kräftigen Arbeiterfäusten in Empfang genommen. Eine ungeheuere Wut auf die Nazibanditen hatte sich angestaut und sie verlieh doppelte und dreifache Kräfte.

Magistratssitzungen wurden nach diesem Vorfall nur noch ausserhalb des Rathauses abgehalten, um überhaupt noch arbeiten zu können. Bis zur Neuwahl der Stadtverordneten am 12. März 1933 setzte sich der Magistrat aus folgenden Parteien zusammen:

Hauptamtliche Magistratsmitglieder: Deutsche Volkspartei 4, Sozialdemokratische Partei 2, Deutsche Demokratische Partei 3, Deutschnationale Volkspartei 2. Ehrenamtliche Magistratsmitglieder: SPD 5, DVP 2, DNVP 2, DDP 1, KPD 1, CSVP (Christlich-soziale Volkspartei) 1 und NSDAP 1. Wie zu sehen ist, waren die verschiedenen Spielarten bürgerlicher Parteien im Stadtparlament stark vertreten. Das erklärte sich damit, dass die soziale Struktur in Kassel stark vom Bürgertum, Mittelstand, Kleinbürgertum und einer grossen Beamtenschaft geprägt wurde. Die Industriearbeiterschaft konzentrierte sich auf die Stadtteile Nord-Holland, Ost-Nordost, Altstadt, Rothenditmold und teilweise Wehlheiden. Etwa die Hälfte der in Kasseler Betrieben tätigen Arbeiterschaft wohnte aber in zahlreichen nicht eingemeindeten Randgebieten der Stadt und auf den zahlreichen Dörfern des Landkreises, unter denen es ausgesprochene "rote Hochburgen" gab, wo SPD und KPD oft fast oder gleichstark in den Gemeindeparlamenten die absolute Mehrheit hatten.

Vor dem Wahltag am 12. März gab es unter dem Eindruck des Ausgangs der Reichstagswahl zugunsten der NSDAP einige schwere Zwischenfälle. Am 8. März zog eine Standarde der SA mit Spielmannszug zum Gewerkschaftshaus in der Spohrstrasse, drang mit Gewalt in das Haus und die einzelnen Büros ein, raubte Aktenordner mit Schriftverkehr, Bücher und Broschüren, Fahnen, Transparente und Plakate zusammen. Nach einer wüsten Hetzrede Roland Freislers gegen die "Gewerkschaftsbonzen" und "Novemberverbrecher" wurden die auf einen Haufen geworfenen Sachen unter Absingen des "Horst-Wessel-Liedes" verbrannt. Auf dem Gewerkschaftshaus und aus dem obersten Stockwerk wehten inzwischen Hakenkreuzfahnen. SA und eine aufgeputschte Menge von Nazianhängern zogen anschliessend zum Martinsplatz, wo sie unter lautem Gejohle Porträts von Philipp Scheidemann und Gewerkschaftsführern sowie Fahnen der einzelnen Gewerkschaftsverbände zusammenstellten und verbrannten.

Am 10. März nachmittags folgte eine grosse antisemitische Hetzkundgebung am Spohrplatz, die mit Pflasterstein-Anschlägen auf Schaufenster einiger jüdischer Geschäfte, wüsten Drohungen und Rufen wie "Juda verrecke!" ausging. Diese Exzesse der Faschisten liessen ahnen, zu welchen Verbrechen sie fähig waren. Dennoch erreichten die Nazis mit ihren Terrorakten der letzten Tage vor der Wahl nicht den



einschüchternden Zweck, auf den sie abgezielt hatten. Sie erreichten auch jetzt keine absolute Stimmenmehrheit. Das Ergebnis lautete:

NSDAP=47 153 (45,6%), SPD = 29 271 (28,3), SWR (Kampffront Schwarz-Weiss-Rot) = 10 777 (10,4), KPD = 7 654 (7,4), Zentrum = 4 196 (4,1), CSVD = 2 776 (2,), Deutsche Staatspartei = 1574 (1,5). Die NSDAP verfügte nur zusammen mit extremen Deutschnationalen von der SWR über eine absolute Mehrheit von 33 Mandaten. Die SPD war zweitstärkste Partei. Mehr als 30 Prozent ehemaliger KPD-Wähler hatten ganz offensichtlich die SPD in der Hoffnung gewählt, sie könne vielleicht noch etwas für ihre Interessen im Stadtparlament tun, oder wenigstens den Nazis ein Gegengewicht entgegensetzen.

Auf der Liste der 29 KPD-Kandidaten standen auf Platz 1 - 10 die führenden Funktionäre Karl Barthel (Bezirkssekretär), Fritz Schmidt, Richard Tölle, Valentin Gabel, Karl Wack, Berta Trost, Paul Melcher, Konrad Belz, Theo Klafft und Karl Gschwender. Wie schon gesagt, kamen die gewählten 5 Stadtverordneten der KPD nicht mehr zur Ausübung ihres Mandats. Die erste Stadtverordnetensitzung, die als Siegesfeier und Schau der NSDAP gedacht war, fand nicht im Rathaus, sondern in der Stadthalle statt. Die SPD-Fraktion blieb demonstrativ fern. Der bürgerliche Oberbürgermeister Dr. Stadler wurde abgesetzt. An seine Stelle trat Gustav Lahmeyer als treuer Parteigänger der Rechten, Bürgermeister wurde der stramme Stahlhelmer Schimmelpfeng.

#### KARLSHOSPITAL

An der Fulda, unweit des neuen Polizei-Verwaltungsgebäudes, ist noch heute die Ruine des ehemaligen "Karlshospitals" zu sehen. Viele in Kassel ansässige Bürger, junge Menschen, aber auch Altbürger, wissen nicht, welche Tragödien sich hinter den Mauern dieses alten Quaderbaus in den ersten Monaten der faschistischen Gewaltherrschaft abgespielt haben.

Lange Jahre wirkte hier "Papa Gröning", Jung und Alt als der "Engel" der Besoffenen bekannt. Bei ihm war das Rinnstein-Strandgut gut aufgehoben. Mit seinen bärenstarken Armen, gutmütig im Herzen, bettete er "unruhige" Kandidaten in separaten "Hotelzimmern" zum Ausnüchterungsschlaf.

Zum Entsetzen Papa Grönings, dessen Herz immer für die gute Sache und die Armen im Volk schlug, machten die Kasseler Nazis unter der direkten Regie der SA-Standarde 83 aus dem Karlshospital eine sogenannte Schutzhaftstelle für "KPD-und SPD-Bonzen", wie sie sagten. Um das Gebäude herum wurden Wachen der SA-Hilfspolizei postiert. Täglich und stündlich trafen hier Funktionäre und Mitglieder der Arbeiterparteien ein, zusammengeschlagen und gemartert in den berüchtigten "Bürgersälen", dem Nazihauptquartier. Eine wahre Marterhöhle war auch das Wassersporthaus am Fuldadam, ein Haus, das die Nazis den Arbeitersportlern gestohlen hatten. SS-Trupps schlugen hier ihre Opfer erbarmungslos bis zur Bewusstlosigkeit, hielten sie mit dem Kopf nach unten in das Wasser der Fulda, misshandelten sie bis zur eigenen Ermüdung. Grün, schwarz und blau am ganzen Körper, mit schweren Schwellungen, oder blutig aufgeschlagenen Körperstellen, wurden die Opfer zur Verwahrung in das Karlshospital gebracht. Papa





# DER POLIZEIPRÄSIDENT IN KASSEL

486

~~Regierung Kassel~~

Der Oberpräsident  
der Provinz Hessen-Nassau

Regierung Kassel  
15MRZ 1933 V

Kassel, den 13. März 1933.

485

**G e h e i m !**

O.P. Nr. II 245/33

Stralsburg - Sammelnummer 31 155

**Alle**

Mit Bezug auf den Bankerlaß des Herrn Ministers:  
des Innern loka vom 11. ds. Mts. - I 2a -, betreffend „Festnah-

Regierung-Kassel  
16MRZ 1933 V

dqh  
15/3/32

1833

484

ssd berlin nr 133 von 15/3/33 1739 -

Regierung Kassel  
dph 11MRZ 1933 N  
11/3/33

1825

berlin nr 93/1 u. 93/2 145

483

1538-

an allepreussischen regierungungspraesidenten- eincht-

gewaehlte kommunistische reichs-und landtagsabgeordnete  
Annahme der wahl festnehmen mit sammeltransport dem pol.praes. berlin  
uehren. namen sofort von kreiswahlleitern erfragen, fuer lueckenlose durch-  
fuehrung der anordnung sorgen. liste der vorzassichtlichen abgeordneten folgt  
schnellbrief -

pr. innenminister loka roem 1 2 a.

abschr. erh: op, rp kassel polpeaes kassel.





# DER POLIZEIPRÄSIDENT IN KASSEL

486

Regierung-Kassel

KASSEL, POLIZEIPRÄSIDIUM, KÖNIGSTOR 15. MÄRZ 1933 N.

EINGANGS- UND BEARBEITUNGSVERZEICHNIS

G e h e i m

An

den Herrn Regierungspräsidenten  
in

K a s s e l .

GESCHÄFTS-ZEICHEN UND TAG IHRES SCHREIBENS

GESCHÄFTSZEICHEN UND TAG MEINES SCHREIBENS

I. 16. März 1933.

BETRIFFT

Festnahme sämtlicher Kommunisten, die  
auf Reichs- und Landtagswahlvorschlägen  
stehen.

bezug: Funkspruch vom 15. März 1933 - Nr. 1739 -.

In Verfolg des oben angezogenen Funkspruchs  
wurden die Landräte in Hann. Münden, Fritzlar, Hanau,  
Marburg, Corbach, Eschwege und Witzenhausen durch  
Eilbrief unter Benennung der festzunehmenden Personen  
benachrichtigt.

Hier wurden in Schutzhaft genommen:

- a) Arbeiter Heinrich Körle, hier, Leipzigerstrasse 48  
wohnhaft,
- b) der Kraftfahrer Philipp Heinrich, Ihringshausen, Moltke-  
strasse 9 wohnhaft,
- c) Angestellter Karl Nack, hier, Eisenschmiede 37 wohnhaft,
- d) Ehefrau Marie März geb. Günther, hier, Judengasse 15  
wohnhaft,
- e) Ehefrau Berta Trost geb. Finger, hier, Weserstrasse 19  
wohnhaft.

In Vertretung

*[Handwritten signature]*





Abschrift.

488

# DER POLIZEIPRÄSIDENT IN KASSEL

KASSEL, POLIZEIPRÄSIDIUM, KÖNIGSTOR 31

EINGANGS- UND BEARBEITUNGSVERMERK

Sofort / Geheim /

an  
den Herrn Polizeipräsidenten  
Landeskriminalpolizeiant(I)

B e r l i n .



Vb1 A II Ka.  
Am.

GESCHÄFTS-ZEICHEN UND TAG IHRES SCHREIBENS

GESCHÄFTS-ZEICHEN UND TAG MEINES SCHREIBENS

LKP.-Stelle Adm. I. 18.3.1933.

BETRIFFT Festnahme und Abschied kommunistischer  
Reichs- und Landtagsabgeordneter.

Zum Funkspruch vom 11.3.1933- Nr. 93/1 u. 93/2 - (einchtl).

Hochstehend aufgeführte, festgenommene und hier z.Zt.  
einsetzende kommunistische Reichs- und Landtagsabgeordnete  
werden mittels Sammeltransports am Dienstag, den 21. ds. Mts.,  
um 7.15 Uhr, ab Kassel über Halle a / S. nach Berlin in  
Marsch gesetzt und treffen voraussichtlich am Mittwoch,  
den 22. ds. Mts. um 14.01 Uhr in Berlin ( Potsdamer Bahn-  
hof) ein.

- 1. Arbeiter Heinrich Körle, hier, Leipzigerstrasse 48 wohn-  
haft,
- 2. Kraftfahrer Philipp Heimerl, Lartinghausen, Holtstr. 9,
- 3. Angestellter Karl Mack, Kassel, Eisenbahnstr. 37,
- 4. Ehefrau Marie März geb. Güntner, Kassel, Judengasse 15,
- 5. Ehefrau Berta Trost geb. Finger, Kassel, Weberstrasse 15,
- 6. Weber Karl Jung, Hess. Lichtenau, Biegenstrasse 5,
- 7. Heizer Friedrich Schulz, Corbach,
- 8. Landwirt Konrad Schröder, Gross-Seelheim Nr. 36,



9. Bergarbeiter Josef Schmidt, Kleinenglis,  
10. Schlosser Karl Küllmer, Reichenbach, Steinweg 75  
11. Karl Reidel, Langenselbold,  
12. Josef Ohl, Niederrodenbach, Kreis Hanau.

Sofort! Geheim!

Ab schriftlich

dem Herrn Regierungspräsidenten

in

K a s s e l

Im Nachgang zu meinem Bericht vom 16. ds. Mts. mit  
der Bitte um Kenntnisnahme überreicht.

A large, stylized handwritten signature in dark ink, likely belonging to the official responsible for the document.



Gröning und seine Helfer betteten die von unsäglichen Schmerzen geplagten Opfer auf Wasserkissen, weil sie anders nicht mehr liegen konnten. Ärzte schlugen die Hände über dem Kopf zusammen, wenn sie von Zerschlagenen nach ihrer Entlassung aufgesucht wurden und nach den Ursachen ihres Zustandes fragten. "Wie ist so etwas möglich", rief mancher Arzt, entsetzt und voller Empörung aus. Frauen, Kinder und Eltern bangten in diesen Tagen um das Leben ihrer Männer, Väter und Söhne. Der braune Terror raste.

### DER ABSCHAUM WIRD LOSGELASSEN

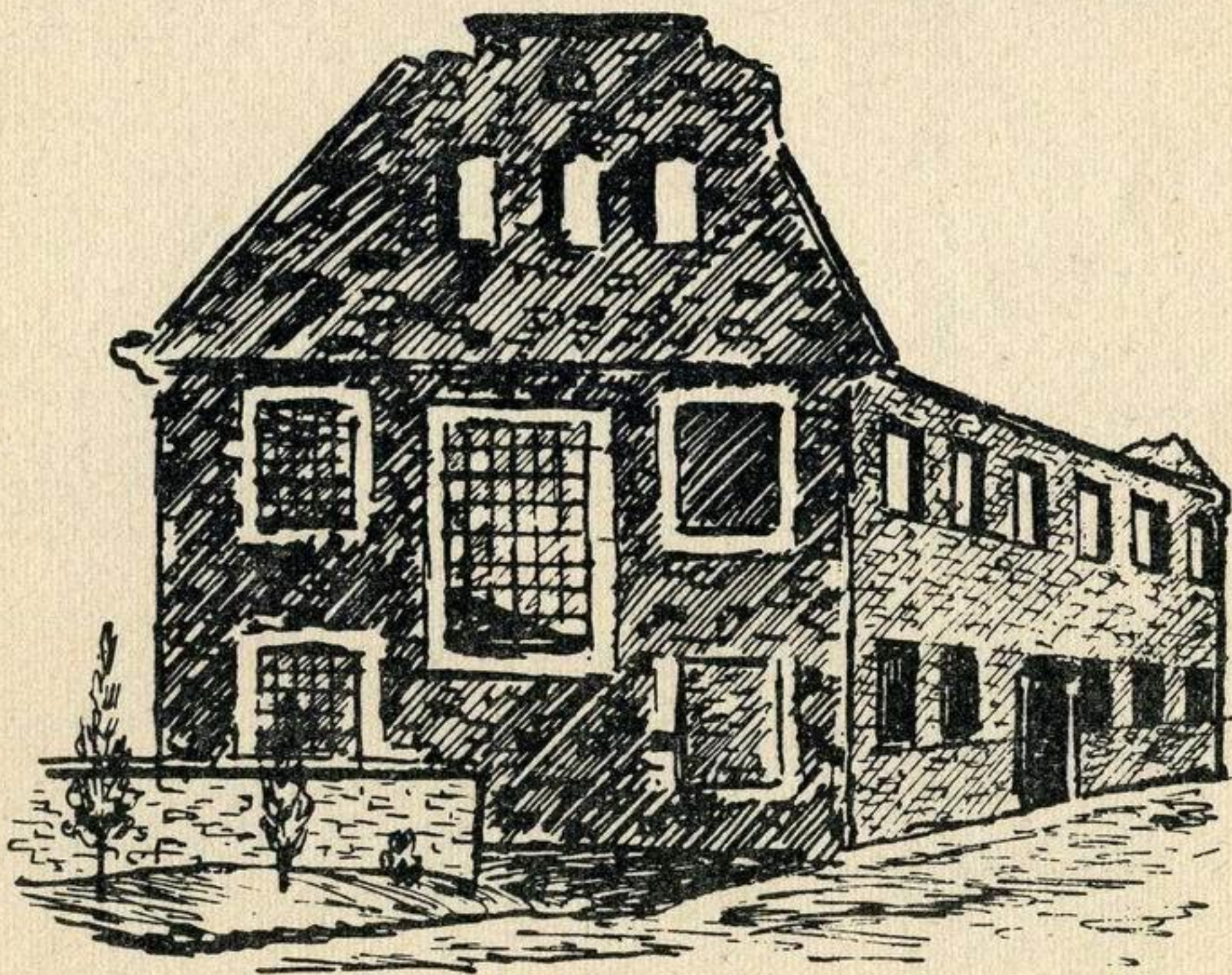
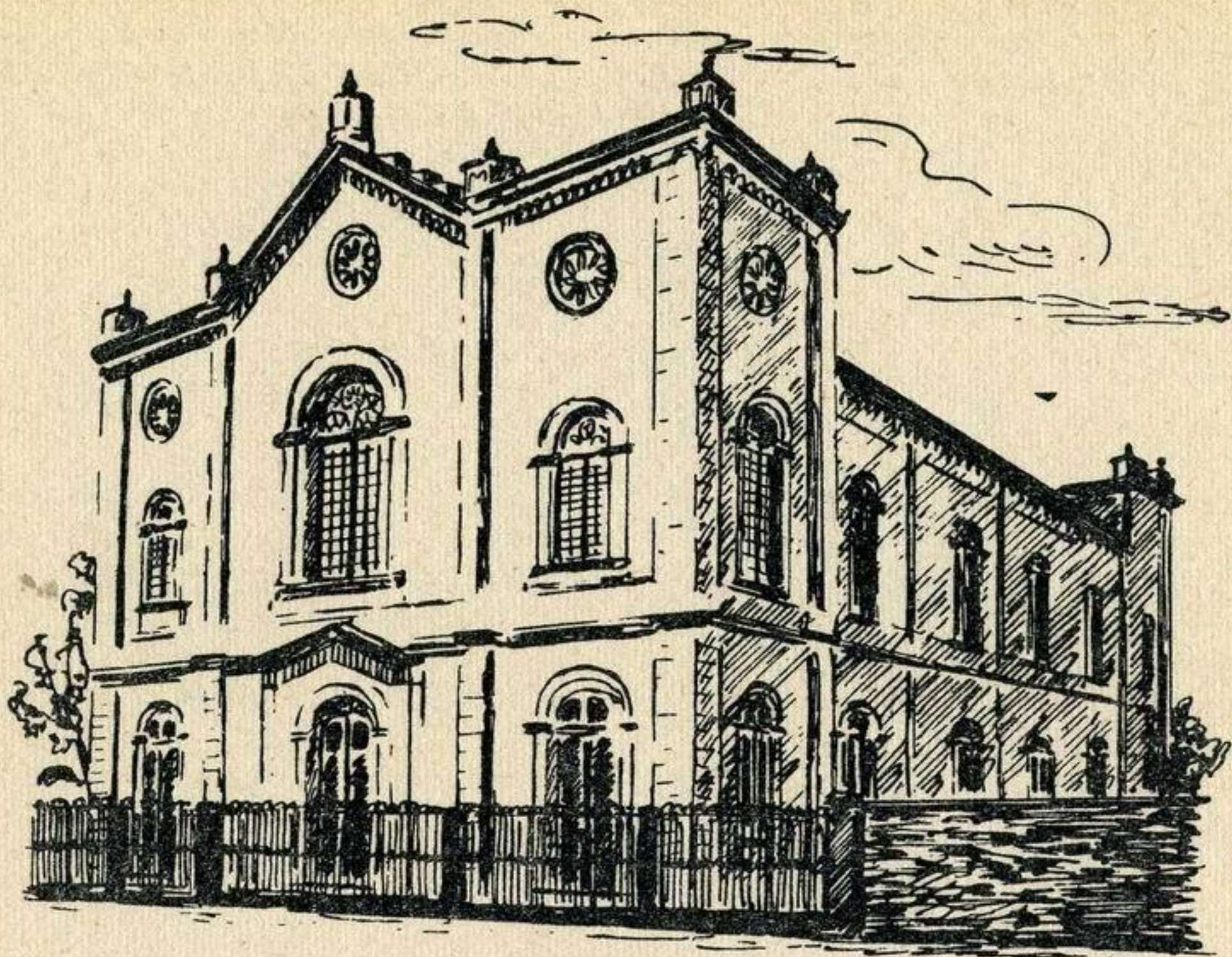
Wer unsere Heimatstadt aus der Zeit vor ihrer Bombenzerstörung in guter Erinnerung hat, weiss, dass es in der Königsstrasse, in den Strassen und Gassen der Altstadt zahlreiche jüdische Kaufhäuser und Einzelhandelsgeschäfte gab. Die Bevölkerung kaufte gern in diesen Geschäften, weil die Ware oft preiswerter als anderswo angeboten wurde und manche Zahlungsvergünstigung ins Auge sprang. Die Nazis, von den grosskapitalistischen Ursachen der sozialen Not ablenkend, brüllten den Deutschen in die Ohren: "Die Juden sind unser Unglück, die Juden sind schuld an der Not - kauft nicht beim Juden!" Das war zugleich der Appell an die niedrigsten Instinkte und er wurde mit Berechnung ausgegeben. Es kam zu ersten grösseren Angriffen auf Geschäfte jüdischer Herkunft. Dabei wurden die Schaufenster zertrümmert, Ladeneinrichtungen zerstört und Geschäftsunterlagen geraubt. Untersuchungen ergaben, dass an den schlimmsten Exzessen gerade solche asozialen Elemente beteiligt waren, die recht häufig in jüdischen Geschäften gekauft und vielfach beträchtliche Schulden zu begleichen hatten. Sie glaubten auf diese Weise ihre Verpflichtungen los zu werden. Die Anführer der Ausschreitungen trugen die Uniform der SA. Seitens der NSDAP wurden die Bürger zum Boykott gegen die Juden aufgerufen. Vor den Geschäften postierten sich SA-Leute, um mögliche Käufer einzuschüchtern. Trotzdem beachteten viele Leute weder die SA-Posten noch die schriftlichen Aufforderungen, nicht bei Juden zu kaufen. Ein Ausdruck des Widerstandes gegen die Nazis.

Bezeichnend für die moralische Ver lumpung führender Nazibonzen war, was damals als Stadtgespräch die Runde machte: Die Frau des Gauleiters wurde mehrmals dabei beobachtet, wie sie grosse "Einkäufe" im Kaufhaus Tietz (dem heutigen Kaufhof) tätigte und sich die Waren in das Braune Haus in der Wilhelmshöher Allee bringen liess.

### DAS ERSTE MORDOPFER DER NAZIS

In Kassel lebte und arbeitete der jüdische Rechtsanwalt Max Plaut. Während seiner Anwaltstätigkeit hatte er sich den besonderen Hass seines "Kollegen" Roland Freisler zugezogen. Freisler war der Mann, der die braune Schlägerkolonne beauftragte, Plaut aus der Wohnung zu holen und ihn unter schwersten Schmähungen durch die Strassen der Stadt zu treiben. Man hatte ihm ein Schild an den Hals gehängt mit der Aufschrift "Ich bin ein Judenschwein". In den Bürgersälen wurde Plaut so misshandelt, dass er einem Herzanfall erlag. Der Vorfall traf auf den Abscheu vieler Passanten besonders auf der Königsstrasse und die braunen Banditen mussten sich zahlreiche empörte Zurufe gefallen lassen, zumal Plaut schon ein alter Mann war.

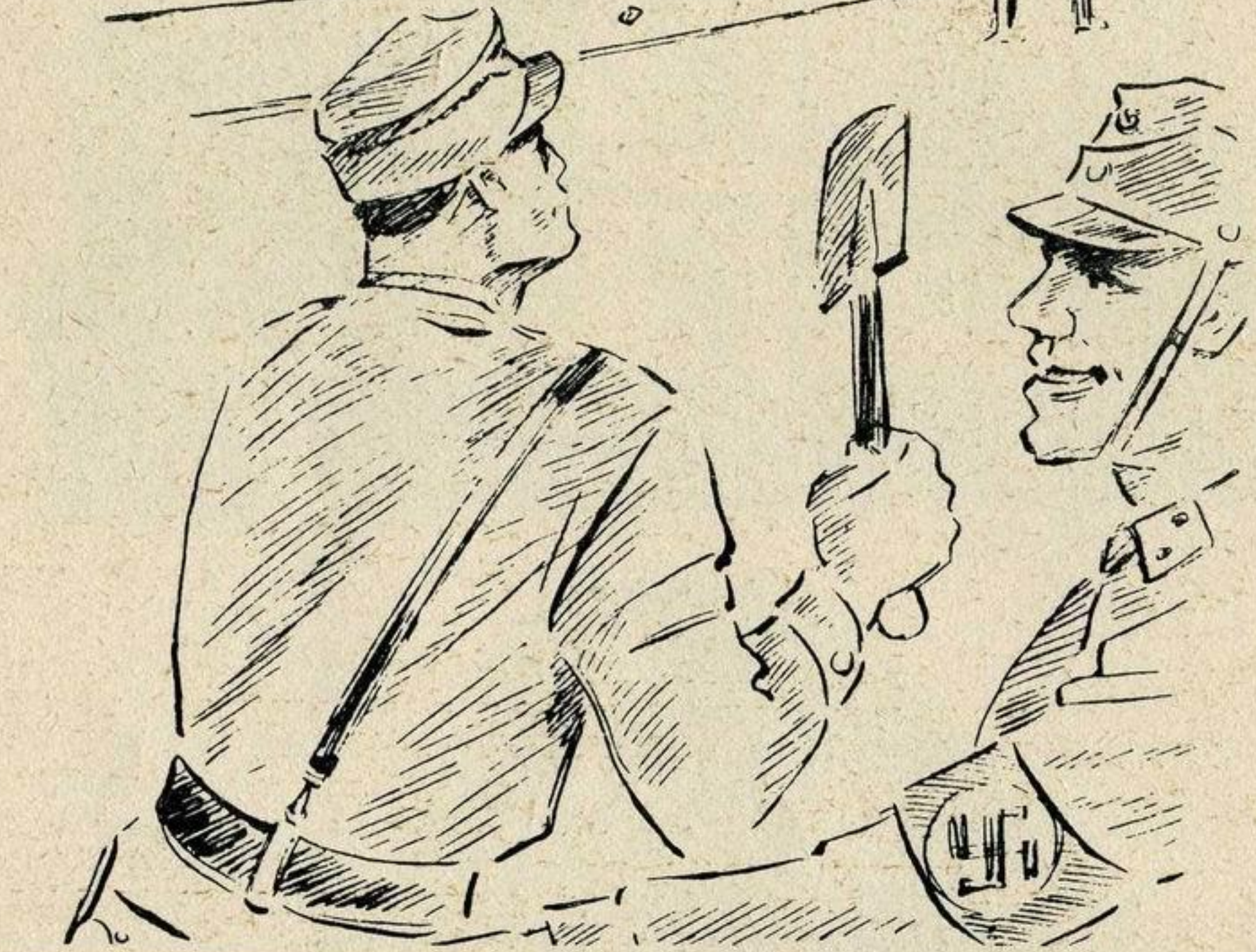
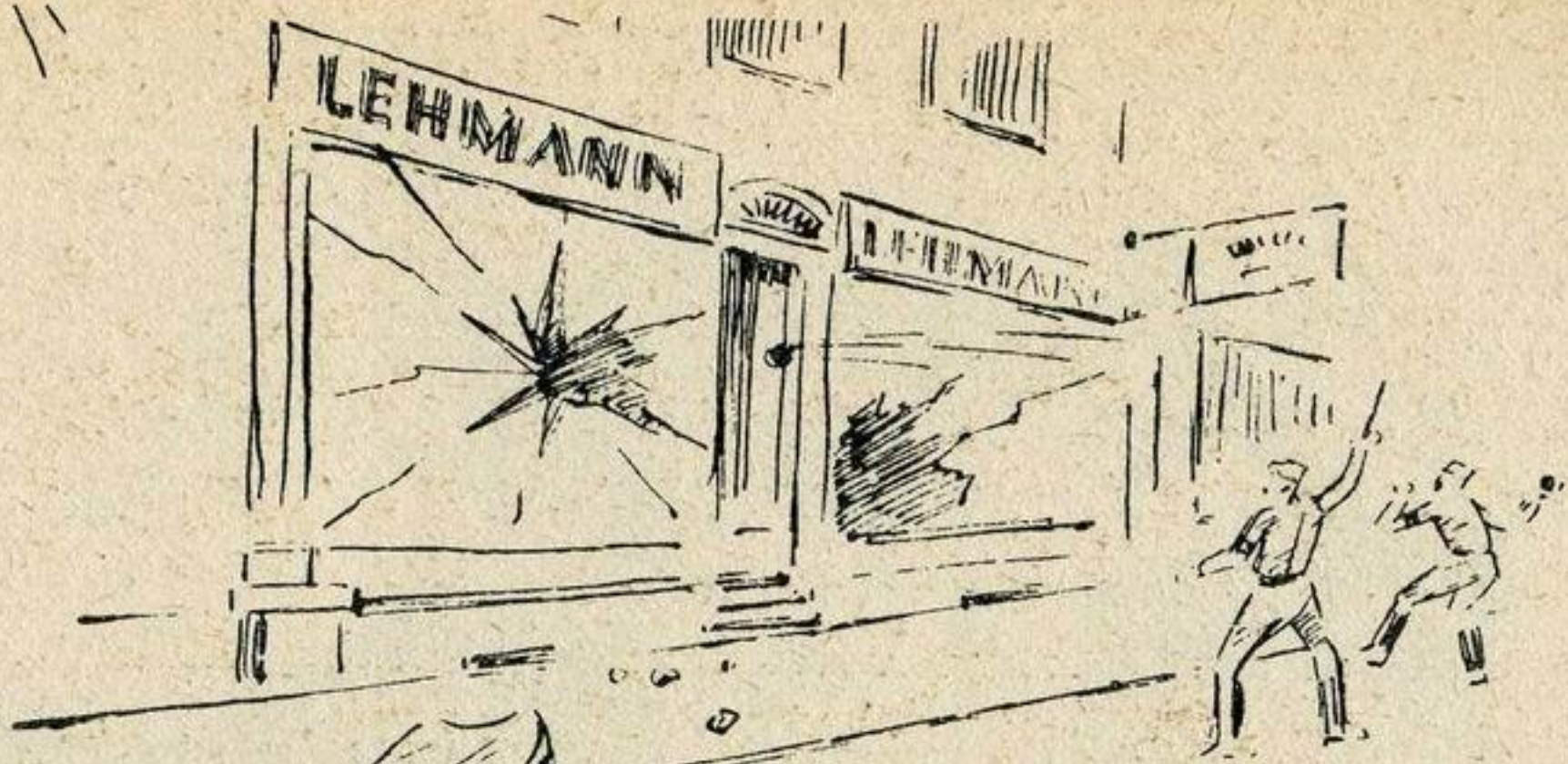




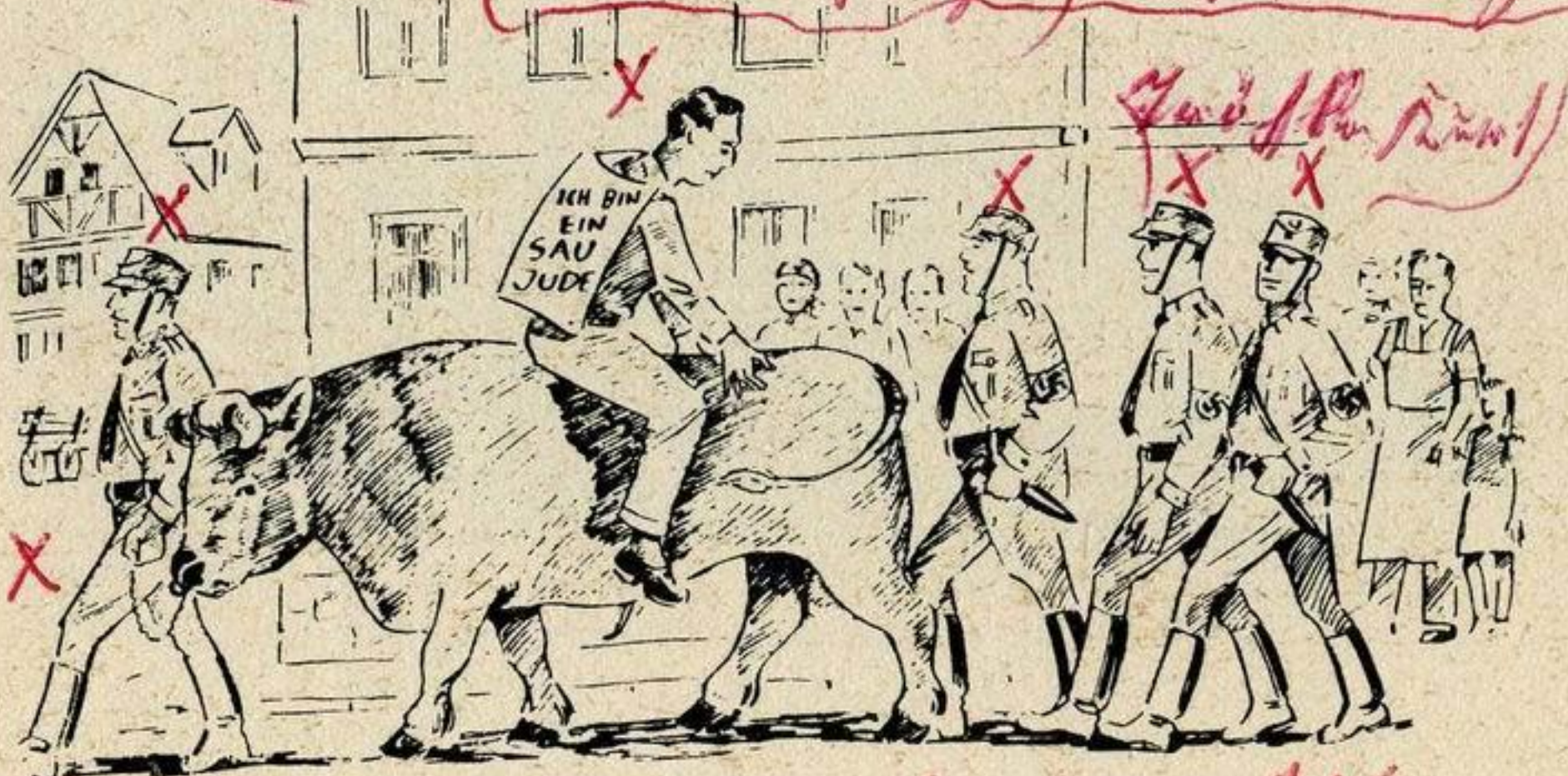
Ruine des ehemaligen Karlshospitals.

Oben: Kasseler Synagoge an der Unteren Königsstraße, erbaut 1839, von den Nazis 1938 in Brand gesteckt.





(1933) (Abmündungen) Aug. 11. 1933



Leibniz (Aug. 11. 1933) Auf dem neuen Dorf



Magistrat - 1933

28 APR 1933 V.

Original  
an das

an das

an das

an das

an das

an das

an das

an das

an das

an das

an das

an das

an das

an das

an das

an das

an das

an das

an das

an das

an das

an das

an das

an das

an das

an das

an das

an das

an das

an das

an das

an das

an das

an das

an das

an das

an das

an das

an das

an das

an das

an das

an das

an das

an das

an das

an das

an das

an das

an das

an das

an das

an das

an das

an das

an das

an das

an das

an das

an das

an das

an das

an das

an das

an das

an das

an das

# Neuorganisation der politischen Polizei.

Art. 6. MS. v. 26. 4. 1933 — H 1000/53\*).

Um die wirksame Bekämpfung aller gegen den Staat und die Sicherheit des Staates gerichteten Handlungen zu sichern, hat die Staatsregierung beschlossen, die Organisation der politischen Polizei strenger als bisher zu gestalten und die erforderlichen Voraussetzungen für ein

## Anlage 1.

Gesetz  
über die Errichtung eines Geheimen Staatspolizeiamtes.  
Vom 26. 4. 1933 (GS. S. 122).

Das Staatsministerium hat das folgende Gesetz beschlossen:

### § 1.

(1) Zur Wahrnehmung von Aufgaben der politischen Polizei neben den oder an Stelle der ordentlichen Polizeibehörden (§ 2 Abs. 1 des Polizeiverwaltungsgesetzes v. 1. 6. 1931 (GS. S. 77)) wird das Geheimne Staatspolizeiamt mit dem Sitz in Berlin errichtet. Es hat die Stellung einer Landespolizeibehörde und untersteht unmittelbar dem Minister des Innern.

(2) Die sachliche und örtliche Zuständigkeit des Geheimen Staatspolizeiamtes regelt der Minister des Innern.

(3) Die Vorschriften des Polizeiverwaltungsgesetzes v. 1. 6. 1931 über die Anstellung landespolizeilicher Verwaltungen finden mit der Maßgabe Anwendung, daß für Anlagen im Verwaltungsstreitverfahren gegen Verfügungen des Geheimen Staatspolizeiamtes stets der Bezirksanstoß in Berlin zuständig ist.

### § 2.

Das Geheimne Staatspolizeiamt kann im Rahmen seiner Zuständigkeit alle Polizeibehörden um polizeiliche Maßnahmen ersuchen.

### § 3.

Die zur Durchführung dieses Gesetzes erforderlichen Vorschriften erläßt der Minister des Innern, und zwar, soweit es sich um Vorschriften über Zahl und Art der dem Geheimen Staatspolizeiamte zuzureichenden Beamten und Angestellten handelt, im Einvernehmen mit dem Finanzminister.

### § 4.

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

## Anlage 2.

Die Aufgaben der Staatspolizeistelle werden wahrgenommen im Reg.-Bez.:

Königsberg durch die polit. Abt. der staatl. Pol.-Verw. Königsberg.

Memel durch die polit. Abt. der staatl. Pol.-Verw. Memel.

Regenwerder durch die polit. Abt. der staatl. Pol.-Verw. Königsberg.

Allenstein durch die Staatspolizeistelle in Allenstein.

Stettin durch die polit. Abt. der staatl. Pol.-Verw. Stettin.

Köslin durch die Staatspolizeistelle in Köslin.

Heimkehre durch die polit. Abt. der staatl. Pol.-Verw. Königsberg.

Heimkehre durch die polit. Abt. der staatl. Pol.-Verw. Königsberg.

Heimkehre durch die polit. Abt. der staatl. Pol.-Verw. Königsberg.

Heimkehre durch die polit. Abt. der staatl. Pol.-Verw. Königsberg.

Heimkehre durch die polit. Abt. der staatl. Pol.-Verw. Königsberg.

Verw. Osnabrück.  
Verw. Osnabrück.  
Verw. Osnabrück.

Verw. Osnabrück.

Verw. Osnabrück.

Verw. Osnabrück.

Verw. Osnabrück.

Verw. Osnabrück.

Verw. Osnabrück.

Verw. Osnabrück.

Verw. Osnabrück.

Verw. Osnabrück.

Verw. Osnabrück.

Verw. Osnabrück.

Verw. Osnabrück.

Verw. Osnabrück.

Verw. Osnabrück.

Verw. Osnabrück.

Verw. Osnabrück.

Verw. Osnabrück.

Verw. Osnabrück.

Verw. Osnabrück.

Verw. Osnabrück.

Verw. Osnabrück.

Verw. Osnabrück.

Verw. Osnabrück.

Verw. Osnabrück.

Verw. Osnabrück.

Verw. Osnabrück.

Verw. Osnabrück.

Verw. Osnabrück.

Verw. Osnabrück.

Verw. Osnabrück.

Verw. Osnabrück.

Verw. Osnabrück.

Verw. Osnabrück.

Verw. Osnabrück.

Verw. Osnabrück.

Verw. Osnabrück.

Verw. Osnabrück.

Verw. Osnabrück.

Verw. Osnabrück.

Verw. Osnabrück.

Verw. Osnabrück.

Verw. Osnabrück.

Verw. Osnabrück.

Verw. Osnabrück.

Verw. Osnabrück.

Verw. Osnabrück.

Verw. Osnabrück.

Verw. Osnabrück.

Verw. Osnabrück.

Verw. Osnabrück.

Verw. Osnabrück.

Verw. Osnabrück.

Verw. Osnabrück.

Verw. Osnabrück.

Verw. Osnabrück.

Verw. Osnabrück.

Verw. Osnabrück.

Verw. Osnabrück.

Verw. Osnabrück.

Verw. Osnabrück.

Verw. Osnabrück.

Verw. Osnabrück.

Verw. Osnabrück.

Verw. Osnabrück.

Verw. Osnabrück.

## Anlage 3.

Zweite Ausführungsverordnung  
zur Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze  
des deutschen Volkes vom 4. 2. 1933 (RGBl. I S. 35).

Vom 26. 4. 1933 (GS. S. 126).

Auf Grund der §§ 7 Abs. 2 und 10 Abs. 1 Satz 1 der  
Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen  
Volkes vom 4. 2. 1933 (RGBl. I S. 35) wird folgendes verordnet:

### § 1.

Die Zuständigkeit des Polizeipräsidenten, Landes-  
 kriminalpolizeiamt 1. in Berlin für die Anordnung der polizeilichen  
 Maßnahmen und Einsetzung von Untersuchungsrichtern gemäß  
 § 7 Abs. 2 der Verordnung vom 4. 2. 1933 für das ganze Staats-  
 gebiet steht unter entsprechender Abänderung der Bezeichnung  
 des § 2 Abs. 2 der Ausführungsverordnung vom 6. 2. 1933  
 (GS. S. 20) auf das Geheimne Staatspolizeiamt in Berlin über.

### § 2.

Die Zuständigkeit des Polizeipräsidenten in Berlin für  
 das Verbot im Verbot der Stadt Berlin erlassender  
 periodischer Druckschriften nach den §§ 9, 10 und 11 der Ver-  
 ordnung steht unter entsprechender Abänderung der Bezeichnung  
 des § 2 Abs. 3 der Ausführungsverordnung vom 6. 2. 1933  
 (GS. S. 20) auf das Geheimne Staatspolizeiamt in Berlin über.

### § 3.

Die Verordnung tritt mit dem 26. 4. 1933 in Kraft.

Berlin, den 26. 4. 1933.

Der Preussische Minister des Innern.



Abchrift. (Mai 1933)

Liebe Freunde!

In unserem ersten Bericht haben wir bereits schon einen einigermaßen Überblick unseres Bezirks gegeben. Ergänzend möchten wir schon heute mitteilen, dass das Einsetzen von Instrukteuren in den U.B. gut bewahrt hat. (s. letzten Bericht). Durch die Instrukteure ist es uns gelungen, mit den größten Teil unserer Ortsgruppen wieder die Verbindung herzustellen. Zu bemerken ist jedoch, - wir haben größtenteils Zwergruppsgruppen mit einer Stärke von unter 30 Mitgliedern -, dass diese Ortsgruppen in solchen Gebieten, in denen die Verhaftungen besonders zahlreich durchgeführt wurden, fast noch völlig darniederliegen, da die 2 - 3 führenden Genossen verhaftet sind und die noch übrigen Angst haben, oder sehr schlecht die Verbindung bis jetzt hergestellt werden konnte. Es ist natürlich selbstverständlich, dass wir in den nächsten Wochen alles daran setzen werden, um auch diese Ortsgruppen wieder aufzubauen und zu festigen.

Der frühere Org. Sekretär unseres Bezirks, Heinrich Bieschoff, ist am Dienstag, den 18.4. verhaftet worden. Ersatz ist bereits geschaffen, da der Genosse schon Mitte März ausgeschiedelt wurde.

Anlässlich des Zusammentritts der Kommunalparlamente wurden auch drei unserer Genossen von Harleshausen b/Kassel verhaftet. Auf Grund der grossen Empörung der Bevölkerung wurden diese bereits am anderen Tage wieder freigelassen.

In Hann. Münden wurden ebenfalls 9 Genossen verhaftet. Zur selben Zeit, als die Polizeikaktion durchgeführt wurde, sammelten sich durch Alarmierung unserer Ortsgruppe 3 - 400 Arbeiter und Arbeiterinnen auf den Markt, auf dem das Polizeiauto stand, mit welchen die Verhafteten nach Göttingen gebracht wurden und vernichteten sich von unseren Leuten mit anhaltenden "Rot-Front"-Rufen. Die Frauen riefen den  
Verhafteten



verhafteten Männern zu." Bis heute haben wir nichts getan, jetzt werden wir aber unsere Arbeit fortsetzen trotz alledem. Diese Art Kundgebung löste eine Art Massendiskussion zu unseren Gunsten in der ganzen Stadt aus. Trotz dieser Verhaftungen brachte unsere Ortsgruppe noch am selben Tage ein Flugblatt heraus, welches vor allem in SPD.-Kreisen große Ertoumen erzeugte, dass die KPJ. in der Lage ist, so schnell auf die Massnahmen des Gegners zu reagieren.

In Sontra wurde ein freiwilliges Arbeitadientlager eröffnet wobei den Jugendlichen ein Tagelohn von 2.- M. versprochen wurde. Als diese Summe in der zweiten Woche auf 30 Pf herabgesetzt wurde, blieb der grösste Teil der Jugendlichen fern, sodass dieser Arbeitadient eingestellt werden musste.

In Felsberg wurden von Landratsamt Holsungen 25-30 Arbeiter zum Schülen von gefülltem Holz eingestellt.

Unter diesen Eingestellten waren eine Reihe SA.-Leute und auch Genossen von uns. Diese Arbeit wurde in Akkord durchgeführt. Nach 3 1/2 Stunden hatten die SA.-Leute pro Stunde 15 Pfg. und unsere Genossen, die als gelerntes für diese Arbeit gelten, 40 Pfg. pro Stunde verdient. Durch Diskussion unserer Genossen angeschlossen sich die SA.-Leute in Uniform zum Landrat nach Holsungen zu marschieren. Unsere Genossen unterstützen dies. Der Landrat lehnte eine Erhöhung der Akkordsätze ab, sodass die Arbeit von Allen nicht wieder aufgenommen und eingestellt wurde. Sämtliche beziehen wieder Unterstützung.

In Betrieb "Conti", Cordach wurden die Betriebsratswahlen durchgeführt. An Listen waren eingeworfen "Eine Rote Einheitsliste" und eine der "Reformierten". Marx hatten keine. Stimmsergebnisse war: Reformierten 564 und Rote Einheitsliste 99 Stück. Nach Bericht unseres Instrukteurs wäre das Ergebnis wesentlich besser für die Einheitsliste gewesen, wenn der Spitzenkandidat nicht vorher verhaftet worden wäre. Der zweite Kandidat ist unter der Belegschaft weniger beliebt. Ausserdem war sehr stark die Stimmung von der SPD. verbreitet worden, dass die Wahl der Einheitsliste so wie so keinen Zweck hätte, weil deren Kandidaten nicht anerkannt würden. Am 15.4. wurden in der Eisenbahnwerkstatt 50 Arbeiter wegen Staatsfeindlichkeit (fast alle SPD.-Leute) bei einstündiger Kündigung entlassen. Zur Aktion ist es nicht gekommen, da wir keine Verbindung mit diesen Arbeitern





# Der Polizeipräsident in Kassel

Gefälligst

X

## Vorladung

Zu Ihrer Vernehmung als Zeuge — ~~Zus-Ordnen~~

ersuche ich Sie — ~~sonst~~ — am Freitag  
den 8. Juni 1938 in der Zeit zwischen 18 und 19 Uhr  
im Polizeipräsidium Kassel  
Hausstr. 31 auf Zimmer 58  
(Stube — ~~W.~~ — ~~St.~~)  
Stadtkerk II unter Vorzeigung dieser Vorladung zu erscheinen.

Ich bitte mitzubringen

Ausweispapiere über Ihre Person

Sollten Sie Ihren Aufenthalt in der Zwischenzeit nach außerhalb verlegen,  
wird um Rücksendung der Vorladung unter Angabe des neuen Aufenthaltsortes  
gebeten.

Kassel, am 6. Juni 1938

(Dienststelle)

Stadt-Geheime Staatspolizei

Im Auftrage:

(Unterschrift)

Hellwig

Fernruf.  
35041

Die C 6 (114 x 162 mm)  
Vertrag Pol. Nr. 68

Nur selten wurde der Gegner des Naziregimes mit einer formellen Einladung zur Geheimen Staatspolizei geladen. In der Regel erschien diese in den frühen Morgenstunden und verhaftete ihre Opfer aus dem Schlaf heraus. Das obenstehend abgebildete Dokument hat seinen besonderen Wert deshalb, weil auf ihm die Unterschrift eines der allerschlimmsten Gestapobeamten von Kassel zu sehen ist: die des Kriminalsekretärs Hellwig. Auf Hellwigs Schuldkonto kommt das furchtbare Erleben und Leid zahlreicher kurhessischer Gegner des „Dritten Reiches“. Seine dienstlichen Auskünfte an die Kommandanten der Konzentrationslager entschieden in der Regel über Leben und Tod der betroffenen Häftlinge. Hellwig war es auch, der in bewiesenen zahlreichen Fällen Anträge der SS-Kommandanturen auf Entlassung von KZ-Häftlingen und deren Unterstellung unter örtliche Polizeiaufsicht zurückwies und durch scharfe Bemerkungen die Haftzeit der Unglücklichen oft bis 1945 hinaus ausdehnen half. Hellwig, selbst eine feige Kreatur, erschoss sich im Mai 1945 in der Nähe von Kassel.



Der komm. Bürgermeister  
als Ortspolizeibehörde.  
Akten. IV 82.

Kassel, den 5. Juli 1933.

Herrn ~~.....~~

H i e r

Sie werden ersucht, sich ab Mittwoch, den 5. Juli 1933,  
täglich in der Zeit von 9 - 9<sup>30</sup> Uhr im hiesigen Bürgermeister-  
amt zu melden.

Ausbleiben ohne Entschuldigungsgrund zieht strenge Be-  
strafungen nach sich.

*Stokmann*

Zu den bevorzugten Terrormethoden gegen Antifaschisten gehörte die Verhängung der laufenden Polizeiaufsicht. Menschen, die wegen ihrer Gegnerschaft zum NS-Regime in die Fänge der NS-Justiz geraten waren, wurden willkürlich gezwungen, faktisch Gefangene in ihrer eigenen Wohnung zu sein; sie durften den Wohnsitz nicht verlassen. Zahlreichen wurde zur Auflage gemacht, in der Zeit von 21 bis 6 Uhr früh zu Hause zu bleiben. Polizei-liche Stichproben wurden dabei vorgenommen.

### Karlshospital

Kassel, am Karlshospital 7  
Schutzhaftabteilung

Der ~~.....~~, geb.

21.95 zu Kersterhausen, wohnhaft Harleshausen, befand sich vom 28. bis zum 29. März 1933 auf der Schutzhaftabteilung des Karlshospitals.

Er wird heute auf Verfügung des Herrn Kreis-  
leiters Semp als Vertreter des Herrn Landrates des Kreises  
Kassel entlassen.

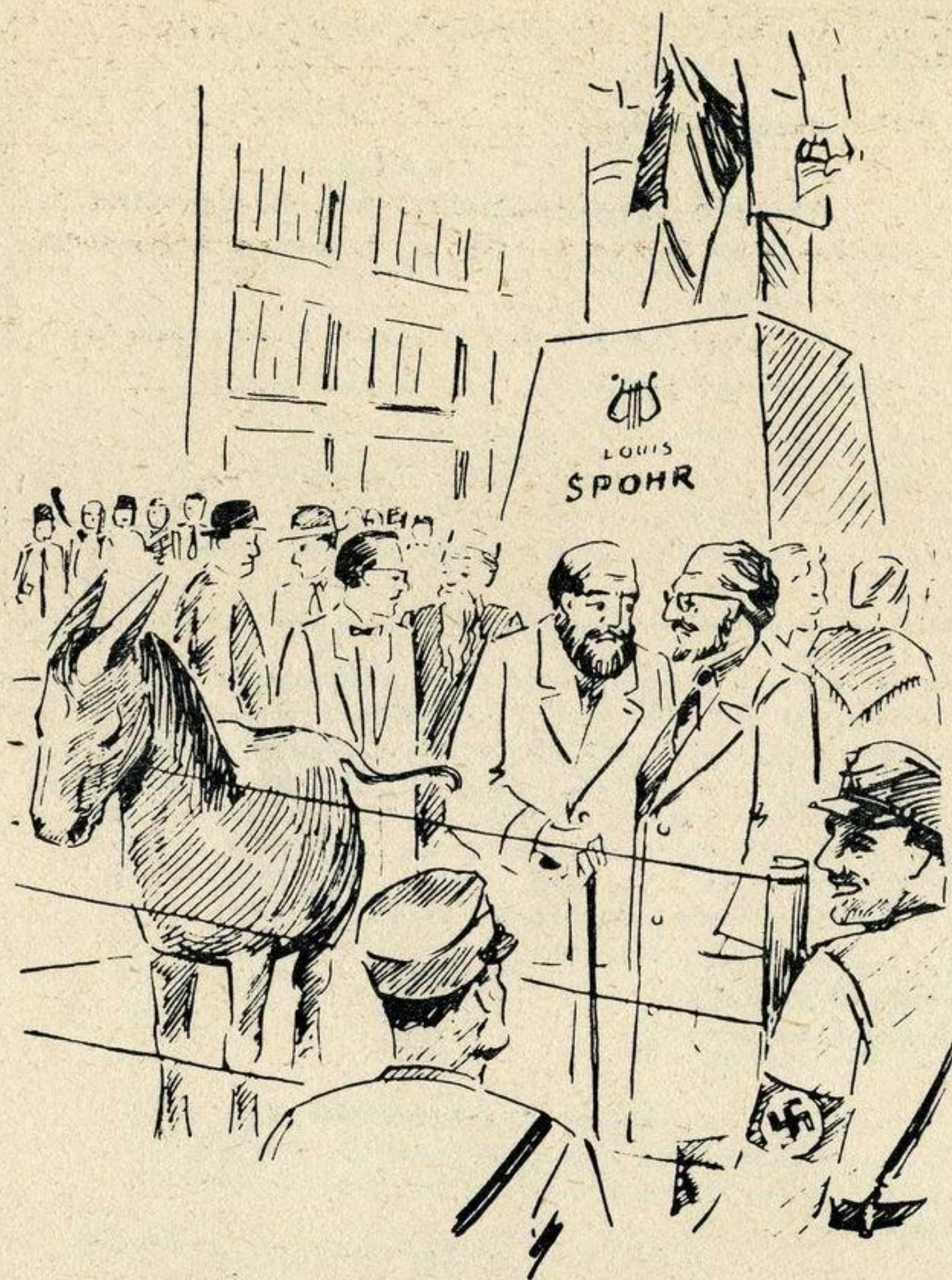
Kassel, den 29. März 1933.

*Willy von ...*

Das obige Dokument beweist, was für eine Rolle der damalige Nazikreisleiter Semp während des „1000jährigen Reiches“ tatsächlich gespielt hat. Semp war Mitwisser und Mitverantwortlicher um die Vorgänge im politischen Gefängnis, der sogenannten „Schutzhaftabteilung“, des Karlshospitals.

Rudolf Semp wurde nach 1945 für kurze Zeit interniert, kam bald danach aber wieder in Bad Wildungen aufs Roß. Ja, er klagte nach 1945 vor dem Verwaltungsgericht, wo er u. a. die Herausgabe seiner Amtsleiteruniform erzwingen wollte.





Im April 1933 errichteten die Nazis am Denkmal des bekannten Kasseler Komponisten Louis Spohr auf dem Spohrplatz direkt vor dem ehemaligen jüdischen Kaufhaus Tietz (heute Kaufhof) einen Drahtkäfig. In den Käfig stellten sie einen Esel und mit diesem zusammen sperrten sie bekannte Mitglieder der jüdischen Gemeinde Kassels ein. Die Juden wurden dabei von den Exkrementen und dem Urin des Esels beschmutzt. Das alles ging unter dem entmenschten Gejohle der SA vor sich. Aber die Empörung der Kasseler Bevölkerung gegen diese Gemeinheit und Menschenunwürdigkeit war so stark, daß die ganze Aktion abgeblasen werden mußte.



## DAS GEWERKSCHAFTSHAUS WIRD BESETZT

Nach der Reichstagsbrand-Provokation hatten sich die Nazis vorwiegend auf die Kommunisten gestürzt, um ihre Organisationen zu zerschlagen, sie durch rücksichtslosen Terror und Mordanschläge an jeder Gegenaktion zu hindern und den grossen Wähleranhang der KPD einzuschüchtern.

Nach diesen wochenlangen Aktionen gegen die Kommunisten gingen die Nazis nun gegen die SPD und vor allem gegen die ihnen verhasste Gewerkschaftsbewegung vor. Es ging ihnen darum, jede organisierte Form der deutschen Arbeiterbewegung zu vernichten und die Arbeiter in der sogenannten "Deutschen Arbeitsfront" unter der Parole, dass die Arbeiter der Stirn und der Faust zusammengehören, gleichzuschalten.

Am 2. Mai 1933 wurden schlagartig alle Gewerkschaftshäuser im gesamten Reichsgebiet besetzt, das Eigentum der Gewerkschaften geraubt und die Gewerkschaftsfunktionäre sowie Angestellte unter Schlägen aus den Häusern herausgetrieben. So geschah es auch in Kassel. Die Leitung der ganzen Aktion hatte der frischgebackene Gauamtsleiter der Deutschen Arbeitsfront, Hilmar Stock, in den Händen, der seine Karriere schon in der Weimarer Zeit mit dem Aufbau der NSBO-Zellen in Kasseler Betrieben begründet hatte, obwohl er damit wenig Glück gehabt hatte. Die mehr oder weniger geheimen NS-Betriebszellen waren im Kasseler Bereich an den Fingern abzuzählen. Die Zwangorganisation der Arbeitsfront sollte nun der Gewerkschaftsersatz für die Arbeiter sein.

Alle hauptamtlichen Funktionäre des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der einzelnen Gewerkschaften, an der Spitze der ADGB-Vorsitzende in Kassel, Paul Haupt, wurden von den Nazis aufgefordert, sich in den Bürgersälen zu melden. Fast alle wurden dort verprügelt und mussten wüste Schmähungen über sich ergehen lassen.

## KONZENTRATIONSLAGER BREITENAU

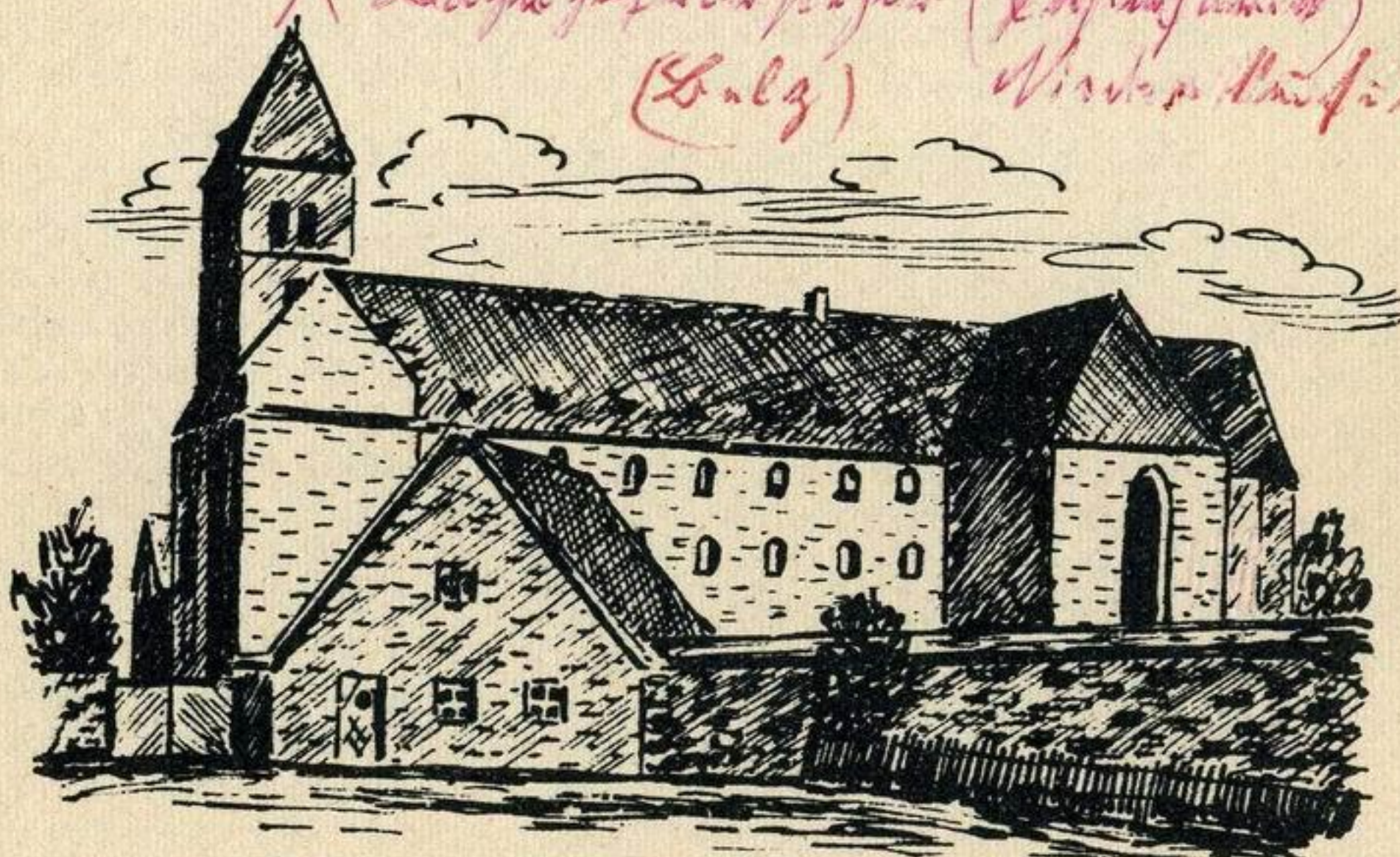
Der faschistische Gewaltapparat richtete in dieser Periode die ersten Konzentrationslager ein, um dort ohne jede rechtliche Grundlage und unbefristet alle als gefährlich angesehenen politischen Gegner einzusperrn. Auf diese Weise hofften die neuen Machthaber, die Köpfe eines organisierten Widerstandes ausschalten zu können. Zunächst im Zuchthaus Wehlheiden, dann im Arbeitshaus bei Guxhagen an der Bahnlinie nach Bebra, genannt Breitenau, wurden die politischen Häftlinge untergebracht, bewacht von SA-Leuten. Die Kommunisten stellten auch hier wieder die grösste Zahl der Insassen, aber auch führende Sozialdemokraten, wie der 1. Vorsitzende der SPD in Kassel, Hermann, blieben nicht verschont. Alle Häftlinge wurden von den SA-Leuten schikaniert, geschlagen und herumgejagt. Der bekannte und sehr fähige Rechtsanwalt Dr. Lewinsky, den Faschisten als Strafverteidiger in politischen Prozessen schon in der Weimarer Republik verhasst, wurde misshandelt und entging seinem sicheren Tode im KZ nur dadurch, dass er die Flucht in die Emigration antrat, wobei ihm die illegale KPD-Organisation behilflich sein konnte.



Konrad Belz, am  
7. April 1936 an den  
in den „Bürgersä-  
len“ und im Kon-  
zentrationslager  
Breitenau erlitte-  
nen Mißhandlungen  
verstorben.



*X Leinwand auf dem Papier (Papierwand)  
(Belz) Wirtshaus Breitenau*



Federzeichnung vom ehemaligen Kloster Breitenau, welches vom NS-  
Regime zu einem Konzentrationslager für Kurhessen eingerichtet wurde.



## ENTTÄUSCHTE SA-LEUTE

Wie schon hier und da angedeutet, wäre es durchaus falsch, zu behaupten, dass alle Mitglieder der SA Schlägernaturen und Terroristen waren. Viele von ihnen wurden von ihren ausgesuchten Anführern dazu aufgeputscht, oder bei Passivität anlässlich von Rollkommandounternehmen selbst mit Repressalien bedroht. Eine grosse Zahl von SA-Leuten stand unter dem faszinierenden Einfluss der demagogischen Propaganda von Hitler und Goebbels, die ihnen vorgaukelte, dass mit der Herrschaft der Millionäre und der eigenen jahrelangen sozialen Not Schluss gemacht werde und die SA bei der Machtausübung eine entscheidende Rolle spielen würde. Aber schon bald nach der Machtübernahme Hitlers gab es deutliche Symptome dafür, dass mit der antikapitalistischen Scheinpropaganda ein Ende gemacht werden sollte. Das umso mehr, weil in den Reihen der SA die gefährliche Parole von der "Nacht der langen Messer" umging, die von vielen als Abrechnung mit der sogenannten Plutokratie verstanden wurde. Man raunte sich zu, dass der Führer bisher auch mit Rücksicht auf das Ausland Zurückhaltung haben müssen, bald aber schon seine braunen Männer zum entscheidenden Schlag gegen die noch im Sattel sitzenden Herren der Wirtschaft und des Staates aufrufen werde.

Etwa im Mai 1933 erschienen an allen Plakatsäulen Kassels knallrote Plakate für eine Massenkundgebung in der Stadthalle unter dem Thema "Weg mit Dorpmüller!" Dorpmüller war der Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn und zugleich als extremer Exponent des deutschen Grosskapitals und einer reaktionären Politik bekannt. Aber siehe da: wie von Zauberhand verschwanden über Nacht sämtliche Plakate, die zur Absetzung Dorpmüllers aufgerufen hatten. Ohne jeden Zweifel war das auf Weisung von ganz oben geschehen. Der Vorgang löste heftige Diskussionen besonders in den Reihen der Arbeiterelemente der SA und NSDAP aus, wobei nicht wenige ganz offen den Verdacht äusserten, dass Hitler keinen Kampf gegen die "Plutokraten" führen wolle.

Es entstanden Oppositionsgruppen innerhalb der Kasseler SA. Die illegale KPD nutzte diesen Umstand unverzüglich aus, um in Gesprächen mit einzelnen SA-Leuten den Verdacht des Betruges ihrer Führung zu bestärken. Manchem irregeführten SA-Mann wurde bewusst, dass er sich zu Gewalttaten gegen Menschen hatte verleiten lassen, die ihm gut bekannt waren und von denen ihn eigentlich nichts anderes getrennt hatte als eine andere Auffassung zur Beseitigung der Herrschaft der Reaktion sowie über den Weg zur Schaffung einer gerechteren sozialen und politischen Ordnung in Deutschland.

Solche enttäuschten SA-Mitglieder warnten Arbeiterfunktionäre, wenn die Rollkommandos Befehl erhielten, sie aus den Wohnungen oder von der Arbeitsstelle wegzuholen. Sie verhielten sich passiv bei den Verprügelungen von Nazigegnern. Die Kasseler SA-Führung erkannte die Zersetzungerscheinungen und setzte nunmehr SA-Abteilungen dort ein, wo sie der Bevölkerung nicht bekannt waren. Oppositionelle SA-Leute, die als solche erkannt wurden, mussten die Uniform ausziehen und wurden selbst auf die brutalste Weise verprügelt.

Rund ein Jahr später, nachdem die SA die schmutzigste Arbeit der Nazis im Interesse der reaktionärsten Kreise des Grosskapitals erledigt



hatte und immerhin eine innenpolitische Streitmacht von über 300 000 Mann darstellte, waren die Hoffnungen in ihren Führer Adolf Hitler eher stärker als schwächer geworden, dass er der SA entscheidende Befehlsstellen des Staates und vor allem auch in der Reichswehr einräumen werde. Damit war aber für jene Kreise, die Hitler an die Macht gebracht hatten und auch für die Reichswehrgeneralität höchste Alarmstufe gegeben. Der Wunsch nach Erfüllung der Forderungen des demagogischen NSDAP-Programms, von Gottfried Feder einst ausgearbeitet, wurde zu einer ernststen Gefahr für die Verwirklichung der faschistischen Diktatur des reaktionären Finanzkapitals. Hitler entschied sich unter engster Einbeziehung von Göring als oberster Polizeichef, Himmler als Reichsführer der SS und Goebbels als Propagandaleiter für seine Auftraggeber und bereitete eine Bartholomäusnacht vor, die nicht einmalig in der Geschichte der Herrschenden ist.

Hitler machte ganze Arbeit und liess durch die SS in einer Nacht eine ganze Garnitur von hohen SA-Führern mit dem Stabschef Röhm an der Spitze am 30. Juni 1934 in ihren Wohnungen oder anderen Aufenthaltsorten regelrecht abknallen. Josef Goebbels übernahm es unverzüglich und gut vorbereitet, die überraschten SA-Mitglieder und die gesamte Bevölkerung über den Mord Hitlers an seinen Getreuen aus der "Kampfzeit" mit der Lüge zu füttern, die SA-Führung habe einen Putsch zum Sturze des "geliebten Führers" ausführen wollen, der in letzter Minute verhindert worden sei. Dafür gab es keinerlei Beweise, denn Röhm und andere SA-Führer waren Hitler stets hündisch ergeben gewesen und trugen die Verantwortung für viele Verbrechen einschliesslich der Brandstiftung im Reichstag, für tausende Mordtaten an Antifaschisten, aber an einen Putsch gegen ihren Adolf dachten sie nicht einmal im Traum. Sie hatten ja felsenhaft gerade auf Hitler bei der Erfüllung ihrer Machtträume gebaut. Hitler machte sich auch keine grosse Mühe, den Meuchelmord an seinen einstigen Spiessgesellen durch Beweise ihrer Schuld zu rechtfertigen, sondern beschimpfte sie als Schurken und Verräter. Das Ziel war erreicht. Die 300 000 Mann starke SA wurde faktisch entwaffnet und Hitler erklärte die Reichswehr zum "alleinigen Waffenträger der Nation". Er selbst liess sich zum Oberbefehlshaber der Reichswehr machen. Seine Handlungsweise zeigte, dass er vor keinem noch so gemeinen Verbrechen im Interesse seiner grosskapitalistischen Hintermänner zurückschreckte, wenn ihm damit selbst die Ausübung von Macht ermöglicht wurde.

#### DIE NAZI-JUSTIZ WIRD AUFGEBAUT

Die faschistische Justiz setzte zur gerichtlichen Verfolgung der Gegner der Nazidiktatur bereits im Jahre 1933 besondere Strafsenate bei den Oberlandsgerichten ein, so in Kassel den II. Strafsenat unter dem Vorsitz des Präsidenten Dr. Auffahrt, der für die Aburteilung in sämtlichen politischen Prozessen des Landes Hessen bis über Frankfurt hinaus zuständig war.

In den Jahren 1933 und 1934 kam es in Kassel zu ganzen Serien von Massenprozessen, bei denen bis zu 300 Antifaschisten abgeurteilt wurden. Das Untersuchungsgefängnis in der Leipziger Strasse 11 "Elwe", das Polizeigefängnis am Königstor, das Zuchthaus Wehlheiden und hilfsweise das Konzentrationslager Breitenau waren laufend überfüllt und die Gerichtsverhandlungen konnten bei diesem Massenandrang nur ratenweise abgewickelt werden. Die Strafurteile waren schon in jener Zeit hart



und stürzten unzählige Familien von Antifaschisten in Leid und so-  
ziales Elend.

### GAULEITER WEINRICH WIRD AUSGEPIFFEN

Der ständige Terrorfeldzug der Nazis gegen die antifaschistisch ge-  
sinnnte Bevölkerung Kassels und Nordhessens, insbesondere gegen die  
Organisationen der Arbeiterschaft, hatte den Geist des Kampfes für  
eine Änderung der Lage nicht brechen können. Davon konnten sich die  
Kasseler Nazigrößen immer wieder überzeugen. So auch anlässlich  
einer Nazi-Kundgebung Mitte Juni 1933 in der Stadthalle, auf der  
Gauleiter Weinrich den Nazianhängern und der Bevölkerung einige ein-  
schneidende soziale Notverordnungsmaßnahmen der Hitlerregierung  
schmackhaft machen sollte. Darüber herrschte erhebliche Unruhe bis  
über die Kreise der Arbeiterschaft und die Erwerbslosen hinaus. Hit-  
ler hatte ja lauthals versprochen, mit der Notverordnungs politik  
aus der Weimarer Zeit ein radikales Ende zu machen und Gesetze im  
Geiste einer wahren "deutschen Volksgemeinschaft" an ihre Stelle zu  
setzen.

Von Mund zu Mund wurde die von den illegalen Widerstandskräften aus-  
gegebene Parole, die Kundgebung zu sprengen, weitergetragen. Am Tag  
der Kundgebung sah es so aus, dass mehr als die Hälfte der Teilneh-  
mer aus Kommunisten, Sozialdemokraten, Reichsbannerleuten, Gewerk-  
schaftern, Mitglieder der Arbeiter-Jugendverbände und Arbeitersport-  
lern bestand. Viele kannten sich und zwinkerten sich beim Reingehen  
in die Stadthalle verständigend zu. Besondere Trupps besetzten gut  
verteilt die Sitzblöcke im Saal und auf der Galerie. Hunderte stan-  
den an den Seiten. Die getreuen Nazianhänger waren überall einge-  
keilt und der SA-Saalschutz verlor schon jetzt jede Übersicht über  
die Lage.

Die führenden Nazibonzen waren nervös, denn obwohl die Bezirkslei-  
tung der KPD in die Hände der Polizei gefallen war, klebten im gan-  
zen Stadtgebiet Zettel und es waren auch Flugblätter verteilt wor-  
den, worin dazu aufgefordert wurde, den Nazis eine Abfuhr zu ertei-  
len. Hauptakteur bei dieser Aktion war der Kommunistische Jugendver-  
band, der seit Monaten ein gut funktionierendes Fünfergruppensystem  
seiner Organisation aufgebaut hatte und unverzüglich nach der Verhaf-  
tung der KPD-Bezirksleitung die entstandene Lücke ausfüllte.

Kaum hatte Gauleiter Weinrich einige Sätze seiner Rede gesagt, als  
von allen Ecken des Saales und der Galerie herunter Zwischenrufe  
sein Weitersprechen behinderten. Als die Rollkommandos vom Saalschutz  
gegen die Zwischenrufer in den Sitzreihen vorgehen wollten, brach ein  
Tumult aus, der die SA-Leute zum Rückzug zwang. Ein Teil von ihnen  
schien selbst wegen der Unzufriedenheit mit den Notverordnungsmaß-  
nahmen verunsichert zu sein. Die Mehrheit im Saal und auf der Gale-  
rie stimmte das Arbeiterlied "Brüder zur Sonne zur Freiheit" an und  
drängte anschliessend den Ausgängen zu. Die Nazis kamen nicht dazu,  
Festnahmen vorzunehmen, oder Verstärkungen heranzurufen. Über die ge-  
lungene Demonstration herrschte grosse Freude und Genugtuung. Mancher  
schöpfte neuen Mut, sich der illegalen Widerstandsarbeit anzuschlies-  
sen. Die schmachvolle Niederlage der Kasseler Naziführung sprach sich  
mit Windeseile in ganz Nordhessen herum.





Leiter der Staatspolizeistelle für den Regierungsbezi.  
**DER POLIZEIPRÄSIDENT IN KASSEL**

KASSEL, POLIZEIPRÄSIDIUM, KÖNIGSTOR 3

Vertraulich!

Regierung-Kassel

-6MAI1933 V.

8/5.

EINGANGS- UND BEARBEITUNGSVERMERK

An

den Herrn Regierungspräsidenten  
in  
K a s s e l .

72757  
3. Mai 1933

GESCHÄFTS-ZEICHEN UND TAG IHRES SCHREIBENS

GESCHÄFTSZEICHEN UND TAG MEINES SCHREIBENS

BETRIFFT

Polizeiliche Durchsuchung von  
Büroräumen illegaler Führer der  
KPD. sowie Inschutzhaftnahme  
einiger Personen.

I 7034/33.

5. Mai 1933.

Ohne Verfügung.

3 Anlagen und einige Beitragsmarken.

Zu den Akten.

K., d. 15/5

D. Reg. Präs.

L. A.

Die in K a s s e l arbeitende illegale Bezirkslei-  
tung der K. P. D. konnte in den letzten Tagen samt  
ihren Büros ausgehoben werden. Es wurden in Schutzhaft ge-  
nommen:

- 1.) Karl Friedrich M l o c h , geb. 4.8.1905 zu Berlin,  
genannt " Berliner Erieh " ,
- 2.) Hans S i e b e r t , geb. 20. 7. 1910 zu Niedervellmar,  
genannt " Schang " ,
- 3.) August C o h n , geb. 10. 5. 1910 zu Oberkaufungen,
- 4.) Julius L o e b , geb. 2. 3. 1906 zu Kassel, genannt  
" Weissenfels " ,
- 5.) Paul O p p e n h e i m , geb. 19. 5. 1908 zu Kassel,  
genannt " Ley " ,
- 6.) Heinrich H e e b , geb. 24.11.1898 zu Bechenheim, Krs.  
Alzey, genannt " Horst " .

Aus dem beschlagnahmten Material geht hervor, dass  
die Partei auch in den letzten Wochen krampfhaft bemüht  
war, ihre Organisation neu aufzuziehen. So wurde umfang-  
reiches

ANLAGEN

DRAHTWORT  
Polizeipräsident  
Kassel

FERNRUF  
350 41

POSTSCHECK  
Frankfurt a.M.  
7059

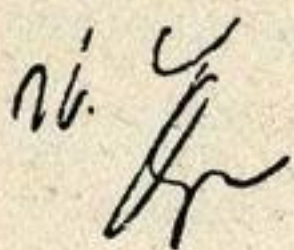
BANK-KONTO  
Reichsbank-Girokonto

1044



umfangreiches schriftliches, vor allen Dingen kurierfertiges Propagandamaterial für die Ortsgruppen des Bezirks und etwa 10 - 12 000 Beitragsmarken - ungummiert und ohne besonderen Aufdruck - vorgefunden. Hieraus geht hervor, dass die Partei im Interesse ihrer Mitglieder alles getan hat, um ihre Anhänger für den Fall von Durchsuchungen in keine Zwangslage zu bringen. Den Ortsgruppen sollten eine grosse Anzahl Sammelisten mit der Bezeichnung: "Gesellschaft für Recht und Gerechtigkeit" zugestellt werden, anscheinend, um die durch Korruption der Führer entleerten Kassen der Partei in Ordnung zu bringen. Vorgefundene Quittungen bestätigen, dass von den "Führern" Beträge bis zu 100.- RM. in den letzten Wochen liquidiert wurden. Wegen des in Abschrift beigelegt Rundschreibens: "Die Lage in Deutschland", das bei Siebert beschlagnahmt wurde, wird ein Verfahren wegen Vorbereitung zum Hochverrat eingeleitet. Die Vernehmungen sind im Gange.

Dem Geheimen Staatspolizeiant in Berlin und der Grossen Landespolizeiinspektion Mitteldeutschland in Halle a/ S. habe ich gleichen Bericht nebst Anlagen zugehen lassen.

nl. 





Der nachstehende Bericht stammt aus der "Kasseler Post" v. 5.5.33, einem erzreaktionären Hetzblatt, das in Arbeiterkreisen "Kasseler Pest" genannt wurde. Ausgerechnet dieses Blatt schrieb über Parteibeträge der KPD wehleidig von "Hungerpfennigen des arbeitslosen Proletariats" und dichtete den Führern Korruption an.

### **Noch immer arbeitet die KPD.**

#### **Durchsuchungen bei der illegalen Bezirksleitung der KPD**

Im weiteren Verlaufe der gegen die illegale Bezirksleitung der KPD in Kassel ergriffenen Maßnahmen wurden heute früh durch die Beamten der Politischen Polizei Durchsuchungen in getarnten Büros und in Wohnungen der Führer der Bezirksleitung vorgenommen. Hierbei wurde umfangreiches schriftliches Material, vor allem Dingen turier fertiges Propagandamaterial für die Ortsgruppen des Bezirks vorgefunden und beschlagnahmt.

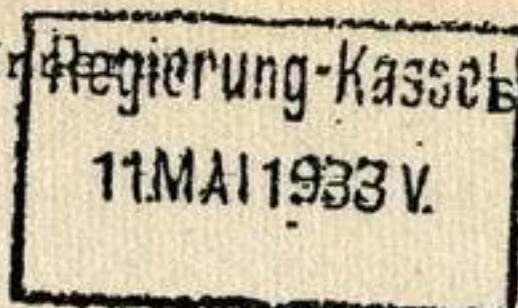
Interessant ist, daß etwa 10 000 bis 12 000 Beitragsmarken — ungenummiert und ohne besonderen Aufdruck — vorgefunden wurden. Den Ortsgruppen sollten eine große Anzahl SammelListen mit der Bezeichnung „Gesellschaft für Recht und Gerechtigkeit“ zugestellt werden, anscheinend, um die durch Korruption der Führer entleerten Kassen der Partei in Ordnung zu bringen. Vorgefundene Einnahmen bestätigen, daß von den „Führern“ Beträge bis zu 100 Mark in den letzten Wochen liquidiert wurden. Dies alles von den Hungerpfennigen des arbeitslosen Proletariats.

Vorgefunden wurden ferner Rundschreiben, aus denen hervorgeht, daß auch die Kasseler Bezirksleitung wesentlich dazu beigetragen hat, die sogen. Greuelpropaganda der Welt zu speisen.



preußische Minister des Innern, Berlin, den 7. Mai 1933.

LKPA. I 2a 6103.



G e h e i m !

Nr. 7295

An

die Herren Regierungspräsidenten.

Betrifft: Maßnahmen gegen den kommunistischen Propaganda- und Nachrichtendienst.

Seit Anfang April lassen die Berichte über den Stand der kommunistischen Bewegung aus fast allen Teilen des Staatsgebietes eine beachtliche Belebung der systematischen Reorganisationsarbeit, insbesondere aber ein starkes Anschwellen der illegalen Flugblattpropaganda erkennen. Diese überraschend schnelle Reaktion auf den ersten, nahezu völligen Zusammenbruch verdient um so größere Beachtung, als nach dem Erfolg des polizeilichen Zugriffs im März damit gerechnet werden durfte, daß es bei rücksichtslosem Vorgehen gegen den Führernachwuchs, den Geld- und Nachrichtenverkehr gelingen würde, auch den im Entstehen begriffenen illegalen Apparat des Kommunismus in Deutschland als einsatzfähige Massenorganisation zu zerschlagen.

Verdringlich ist zur Zeit die Unterbindung der nicht nur in den Betrieben, sondern in aller Öffentlichkeit in immer größerem Maßstabe betriebenen illegalen Propaganda durch Häuserblock- und Straßenzeitungen, Flugblätter, Hand- und Klebezettel. Solange der Verbreiter solcher Druckschriften nicht langjährige Freiheitsstrafen zu gewärtigen hat, läßt sich diese Art staatsfeindlicher Betätigung nur durch möglichst restloses Erfassen der zur Herstellung benutzten Schreibmaschinen und anderen Vervielfältigungsmittel sowie des noch nicht verbreiteten Materials eindämmen.

Einen Teilerfolg hat in dieser Hinsicht bereits die am 8.4.33 durchgeführte Durchsuchung der Gepäckaufbewahrungsstellen gezeitigt. Außer Waffen und Munition sind große Druckschriftenvorräte, Schreibmaschinen und Abziehapparate beschlagnahmt worden. Nach vertraulichen Mitteilungen, die von verschiedenen Seiten an mich gelangt sind, ist derartige Material in größerem Umfange, in Kisten verpackt, bei Speditionsfirmen teilweise im Zusammenhang mit Wohnungseinrichtungen als Umzugsgut in Verwahrung gegeben worden. Die Berliner Polizei hat auch bei Durchsuchungen festgestellt, daß kommunistische Organisationen teilweise Schreibmaschinen in



Pfandleihinstituten versetzt hatten, um sie vor dem polizeilichen Zugriff zu sichern und zugleich den bestehenden Geldmangel vorübergehend zu beheben.

Zur Erfassung der in Pfandleihen untergestellten Apparate dürfte eine Anweisung an die Ortspolizeiverwalter, gelegentlich der Pfandhausstreifen auf das Versatzdatum und den Namen des Pfandgebers zu achten und verdächtige Objekte auf Grund der getroffenen Feststellung einzuziehen, genügen. Bezüglich des übrigen Verwahr-gutes ist eine allgemeine Überprüfung der in Betracht kommenden Unternehmen erforderlich.

Ich ersuche daher ergebenst, die Ihnen unterstellten Polizeibehörden anzuweisen, am 15.ds.Mts. eine gründliche Durchsuchung der in ihrem Geschäftsbereich befindlichen Lagerräume der Spediteure, Lagerhalter und ähnlicher Betriebe vorzunehmen.

Gleichzeitig ist im Benehmen mit den zuständigen Oberpostdirektionen eine allgemeine Überholung der Postschließfächer und Postlagersendungen anzuordnen, da diese im illegalen Nachrichtenverkehr -soweit er nicht durch Kuriere besorgt wird- erfahrungsgemäß noch immer benutzt werden. Auch diese Aktion ist am 15.ds.Mts. einheitlich durchzuführen und später stichprobenweise zu wiederholen. Damit zugleich eine vorbeugende Wirkung erzielt wird, empfiehlt es sich, die geprüften Postsendungen mit einem entsprechenden Vermerk zu versehen, der die Tatsache und die Rechtsgrundlage der polizeilichen Kontrolle erkennen läßt. Da, wo Nachrichtendienststellen des Reichsheeres oder anderer Reichs- und Staatsbehörden bestehen, die sich der Schließfächer und Postlagersendungen für ihre dienstlichen Zwecke zu bedienen pflegen, bitte ich, den Polizeibehörden die nötige Vorsicht zur Pflicht zu machen.

Über das Ergebnis der gesamten Aktion ersuche ich, mir bis zum 19.ds.Mts. zu berichten.

In Vertretung:

gez. G r a u e r t .



Beglaubigt:

*L. A. Hoffmann*

Kanzleisekretär.

Rö.



Brief der B. L. Nr. 2

Liebe Genossinnen und Genossen!

In der Anlage erhaltet Ihr einen Brief des Z. K. an alle Leitungen der Betriebs- und Strassenzellen, Püfergruppen, Gewerkschaftsfraktionen. Wir verpflichten alle Leitungen, diesen Brief zusammen mit den Anweisungen der B. L. ernst und gründlich mit den Mitgliedern ihrer Organisationseinheiten durchzuberaten, und konkrete Massnahmen zur planmässigen Durchführung der Arbeiten festzulegen. Es darf aber nicht allein bei der Beschlussfassung bleiben, sondern es muss eine ständige systematische Kontrolle erfolgen, inwieweit die gefassten Beschlüsse auch durchgeführt werden.

Unsere nächsten und vordringlichsten Aufgaben

In der Beilage Nr. 1, die die Resolution des EZK-Präsidiums enthält, ist in Kürze das enthalten, worauf es jetzt besonders ankommt.

"Es gilt, die Partei zu festigen usw." Für unseren Feind gilt das ganz besonders, da durch die schwache Arbeit der letzten Monate ein starker membershipverlust zu verzeichnen ist. Wir schlagen Euch vor, sofort und unverzüglich eine Prüfung der gesamten Parteimitgliedschaft vorzunehmen, mit dem Ziel, alle diejenigen Genossen, die nach der Aufriistung der Hitlerdiktatur nicht mehr erfasst wurden und die bereit sind, aktive Parteiarbeit zu leisten, organisatorisch zu erfassen und in die praktische Arbeit einzuspannen.

Gleichzeitig soll eine Überprüfung sämtlicher Leitungen erfolgen mit dem Ziel, in allen Organisationseinheiten (Zelle, Ortsgruppe, Stadtteil, Unterbezirk, Bezirk) aktive, arbeitsfähige Leitungen zu schaffen. An einigen Stellen des Bezirks haben wir die Tatsache zu verzeichnen, dass die Zellen liquidiert und durch Püfergruppen ersetzt wurden.

Das ist absolut unzulässig. Die Zellen (Betriebs- und Strassenzellen) oder die O.G. ohne Zellen sind und bleiben die Grundlage unserer Partei.

Denn aber die Zelle oder O.G. ihre Aufgaben erfüllen kann, muss sie eine arbeitsfähige Leitung haben. Das sind unbedingt Voraussetzungen für eine wirklich revolutionäre Massenarbeit.

In der Resolution des Präsidiums des EZK heisst es an anderer Stelle:

"Die augenblickliche Stille nach der Lage des Reiches ist nur eine vorübergehende Erscheinung. Der revolutionäre Aufschwung in Deutschland wird trotz des faschistischen Terrors unvermeidlich ansteigen. Die Abwehr der Massen gegen den Faschismus wird zwangsläufig zunehmen. Die Errichtung der offenen faschistischen Diktatur, die alle demokratischen Illusionen der Massen vernichtet, und die Massen aus dem Einfluss der Sozialdemokratie befreit, beschleunigt das Tempo der Entwicklung Deutschlands zur proletarischen Revolution".

Wer mit offenen Augen durch die Strassen der Städte und durch die Dörfer geht, kann feststellen, dass in der Stimmung der Massen bereits ein teilweiser Umschwung eingetreten ist. Selbst von vor kurzer Zeit noch fanatischen Faschistenhängern kann man heute bereits den Ausspruch hören: "Das hätten wir doch nicht erwartet". Es ist ohne weiteres klar, dass durch die ständigen arbeitserfeindlichen Massnahmen Hitlers die Unzufriedenheit der Massen weiter anwachsen muss. Es ist unsere Aufgabe das Tempo der wachsenden Unzufriedenheit, der Misstimmung und der Zersetzung in den Reihen der Nazi durch unsere revolutionäre Arbeit wesentlich zu beschleunigen. Dazu kommt, dass wir den Gewinn der sozialdemokratischen Arbeiter noch niemals eine solche günstige Situation hatten, wie gegenwärtig. Auf diesem Gebiet sind in unserem Bezirk, trotz äusserst günstiger Voraussetzungen mit die stärksten Mängel zu verzeichnen. Die Anweisungen des Z. K. in beiliegenden Brief sind deshalb besonders sorgfältig zu beachten.

Die weitere Entwicklung

Drei entscheidende Gesichtspunkte werden trotz aller möglichen wirtschaftlichen Veränderungen der Lage in Deutschland die Entwicklung der nächsten Monate bestimmen. Nämlich erstens die wachsenden wirtschaftspolitischen Schwierigkeiten, zweitens die wachsenden innenpolitischen Schwierigkeiten der faschistischen Diktatur auf der Grundlage der wachsenden Unzufriedenheit und des immer stärker werdenden Widerstands der kämpfenden Arbeiterfront des Arbeiter-Rates und drittens die fortschreitende internationale Isolierung Deutschlands als Folge des wachsenden imperialistischen Gegensatzes und der Aufrüstungspolitik des deutschen Imperialismus.

Der dritte Gesichtspunkt ist das, dass Hitler auch nicht ein einziges der Probleme lösen kann. Keine Aussicht auf Besserung der Konjunktur - die Arbeitslosigkeit kann trotz aller Windmelmeldungen nicht beseitigt oder



Brief des Zentralkomitees

An die Leitungen der Betriebszellen, Fünfergruppen, Gewerkschaftsfraktionen.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Das Z.K. hat nach sorgfältiger Prüfung der politischen Lage die

Sozialistische Freiheitsaktion

proklamiert und gleichzeitig einen offenen Brief an die sozialdemokratischen Mitglieder gerichtet. Das Z.K. wendet sich jetzt direkt an Euch, Genossen, die Ihr die verantwortlichen Führer der Parteiarbeit, die Organisatoren des Kampfes gegen die faschistische Diktatur, die Führer der Arbeiterklasse und des ganzen werktätigen Volkes seid. Indem wir Euch jetzt schon auf die nächste Nummer der "Internationale" hinweisen, in der ausführliches Material enthalten sein wird, verpflichten wir Euch, sofort die ganze Partei darüber zu informieren, dass der Höhepunkt der mit dem 30. Januar entfachten faschistischen Welle überschritten ist, dass in der Arbeiterklasse die Sammlung der Kraft zum Widerstand gegen die faschistische Diktatur und zum Kampf für ihren Sturz sichtbare Fortschritte macht, dass in den Mittelschichten und unter der Bauernschaft die Enttäuschung über das 3. Reich sich immer mehr ausbreitet.

Amalie sagt das Z.K. der ganzen Partei:

Der Rückzug muss jetzt beendet werden! !

Jetzt. Kommunisten, überall als bolschewistische Organisatoren, Agitatoren an die Front! Holt überall die Betriebszellen, Gewerkschaften, Erwerbslosenkader, und Fünfergruppen in den Wohngebiete, beauftragt die Hennes in der Parteiarbeit, drückt alle anderen entschlossen an seine Seite, und nehmt unter Führung des zentralen Komitees die Durchführung der revolutionären Klassenkämpfe an allen Fronten entschlossen auf.

Die Sozialistische Freiheitsaktion verpflichtet die Parteieinheiten zu setzen und einen Kampfplan zur Lösung der gegenwärtigen Lage zu entwerfen. Das Z.K. hat folgende Hauptpunkte fest-

1. Hilfe für die Gefangenen.

Kämpfe gegen die Todesurteile, gegen den Torglerprozess, für die Freilassung Thälmanns und aller politischen Gefangenen; wie verfahren zur Unterstützung der Gefangenen, wie versorgen Häftlinge und Ingnisse mit Post, Literatur, Lebensmitteln für die Gefangenen, wie helfen wir den Hinterbliebenen?

2. Streik und Erwerbslosenaktionen.

Es steht also die Notwendigkeit, sofort in den Betrieben alle Kommunisten und mit uns sympathisierenden zusammenzufassen, mit ihnen die Erwerbslosen und unorganisierten sozialdemokratischen Arbeiter, Arbeiter und nichtfaschistische Unorganisierte zusammenfassen, die Frontorgane des betrieblichen Kampfes schaffen können. Das Zentralkomitee des Kampfes. Weiter steht vor der ganzen Partei:

Organisiert den Erwerbslosenkampf für Erhöhung der Löhne, gegen Arbeitsdienstpflicht!

Kämpfe gegen den Krieg, für die Verteidigung der S.U. und Massenabwehr gegen faschistische

Die Sozialistische Freiheitsaktion in unmittelbaren



## DIE JUGEND TRIFFT SICH IM REINHARDSWALD

Von jeher war der Reinhardswald das begehrte Wanderziel der Kasseler Arbeiterjugend. An den Alauenteichen, den Rotbalzerteichen und den wilden Teichen waren die Treffpunkte verschiedener Jugendgruppen. Es wurde getanzt, gespielt und gesungen, aber auch über manche Probleme des Kampfes der Arbeiterjugend diskutiert. Jetzt war letzteres umso notwendiger, um die Jugendverbände vor ihrer Vernichtung zu schützen und die entsprechenden Massnahmen im kleineren Kreise abzusprechen. Der KVJD ergriff dabei die Initiative.

Es war abzusehen, dass die SA und die neue Geheime Staatspolizei ihre Aufmerksamkeit auch dem Jugendtreiben im Reinhardswald widmen würden. Um den Zusammenhalt der organisierten Jugend zu erhalten, war es nötig, ihren Widerstandswillen gegen die Versuche der Nazis, sie nach und nach in die Hitlerjugend hineinzuzwingen, durch entsprechende Aufklärung und Aussprache zu festigen, aber auch bestimmte Sicherheitsmassnahmen zu treffen. Das sollte sich schon bald als nützlich erweisen.

Im Mai/Juni trafen sich bei den Wilden Teichen insgesamt etwa 80 Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterjugend, des Kommunistischen Jugendverbandes, der Freien Jugend, der Naturfreundejugend und weitere Teilnehmer, um beim abendlichen Lagerfeuer ernsthafte Gespräche über die weitere Möglichkeit eines freien Jugendlebens gegen die faschistischen Gleichschaltungsbestrebungen zu führen. Auf jeden Fall bestand Einigkeit darin, auch weiterhin die Fahrten in den Reinhardswald, aber auch zu anderen beliebten Punkten im Wechsel als gemeinsame Treffpunkte aufrechtzuerhalten und das Jugendleben in gewohnter Weise zu gestalten. Unabhängig davon besprachen die führenden Leiter der Gruppen aber auch, dass illegale Formen der Zusammenarbeit beachtet werden müssen, um die Mitglieder nicht überraschend durch Verhaftungen führerlos werden zu lassen.

Etwas später waren SA-Stellen in umliegenden Orten des Reinhardswaldes offenbar informiert worden, dass sich grössere Jugendgruppen im Walde aufhalten und alles andere, aber keine Nazilieder sangen. Nach weiterer Beobachtung starteten an einem Sonntag SA-Abteilungen im Verein mit aus Kassel angerückten Polizeimannschaften eine Grossrazzia, wobei sie ein grosses Waldgebiet zu umzingeln gedachten. Aber eine Gruppe junger Radfahrer hatte die Jugendgruppen auf den sonderbaren Polizeieinsatz aufmerksam gemacht. Sofort wurden die Abkochfeuer gelöscht, die Sachen zusammengepackt. In kleine Gruppen aufgeteilt verschwanden die Jugendfreunde von der Bildfläche und tauchten im unwegsamsten Fichtendickicht und Unterholz unter. Sie bewegten sich wie das Wild vorsichtig in allgemeiner Richtung Holzhausen, um die Sperre der Treibjagd zu durchbrechen, was auch erfolgreich gelang. Wie sich hinterher herausstellte, griffen SA und Polizei Dutzende andere Jugendliche auf, die sich ebenfalls auf Wegen im Reinhardswald befanden, jagte sie auf die Mannschaftswagen und fuhr sie in das Kasseler Polizeipräsidium. Dort stellte sich bald heraus, dass die Razzia ein Schlag ins Wasser gewesen war, der obendrein noch Ärger in der Öffentlichkeit auslöste. Die antifaschistischen Jugendgruppen trafen sich weiter, wechselten aber wie besprochen, ständig das Revier in der ganzen Umgebung von Kassel.



## JUSTIZMORD IN KASSEL

Schon monatelang sass Hans Becker aus Kassel, ehemaliges Mitglied des Kampfbundes gegen den Faschismus, in Untersuchungshaft. Die faschistische Justiz wollte ihm die Erschiessung des Polizeihauptmanns Kuhlmann im Jahre 1931 in die Schuhe schieben. Kuhlmann war bei einer Aktion der Kasseler Schutzpolizei gegen eine antifaschistische Demonstration der Arbeiterschaft durch einen Revolverschuss getötet worden. Auf direkten Befehl Kuhlmanns hatte die Polizei mit Karabinern auf die Demonstranten und Fenster geschossen und dabei einen alten hinter seinem Wohnungsfenster stehenden Mann niedergestreckt, der an den Vorgängen unbeteiligt war. Der Vorfall löste grosses Aufsehen und Empörung in der Bevölkerung aus.

Die Kasseler Naziführung war an dem Verfahren Kuhlmann stark interessiert, weil K. schon 1931 Mitglied einer geheimen Nazizelle in der Kasseler Schutzpolizei und Mitglied der NSDAP war. Jetzt sollte Rache für den Tod Kuhlmanns genommen werden.

Es stand für Beteiligte an der Demonstration von 1931 zweifelsfrei fest, dass Becker nicht der Täter gewesen sein konnte, weil er aus Krankheitsgründen an dem Tag im Bett gelegen hatte. Durch konstruierte Zeugenaussagen wurde er vom Gericht des Mordes für schuldig gesprochen und zum Tode verurteilt. Sein Alibi wurde ihm nicht geglaubt, die Zeugen wegen ihrer früheren politischen Gesinnung als der Falschaussage verdächtig für unglaubwürdig erklärt. Der Antifaschist und Kommunist Becker wurde unschuldig im Hof des Zuchthauses Wehlheiden mit einem eigens herangeschafften Fallbeil hingerichtet. Es war einer der ersten Fälle der Fallbeilhinrichtung aus politischen Gründen und im gegebenen Falle ein ungeheuerlicher Justizmord.

## JUGENDVERBÄNDE IM GEMEINSAMEN WIDERSTANDSKAMPF

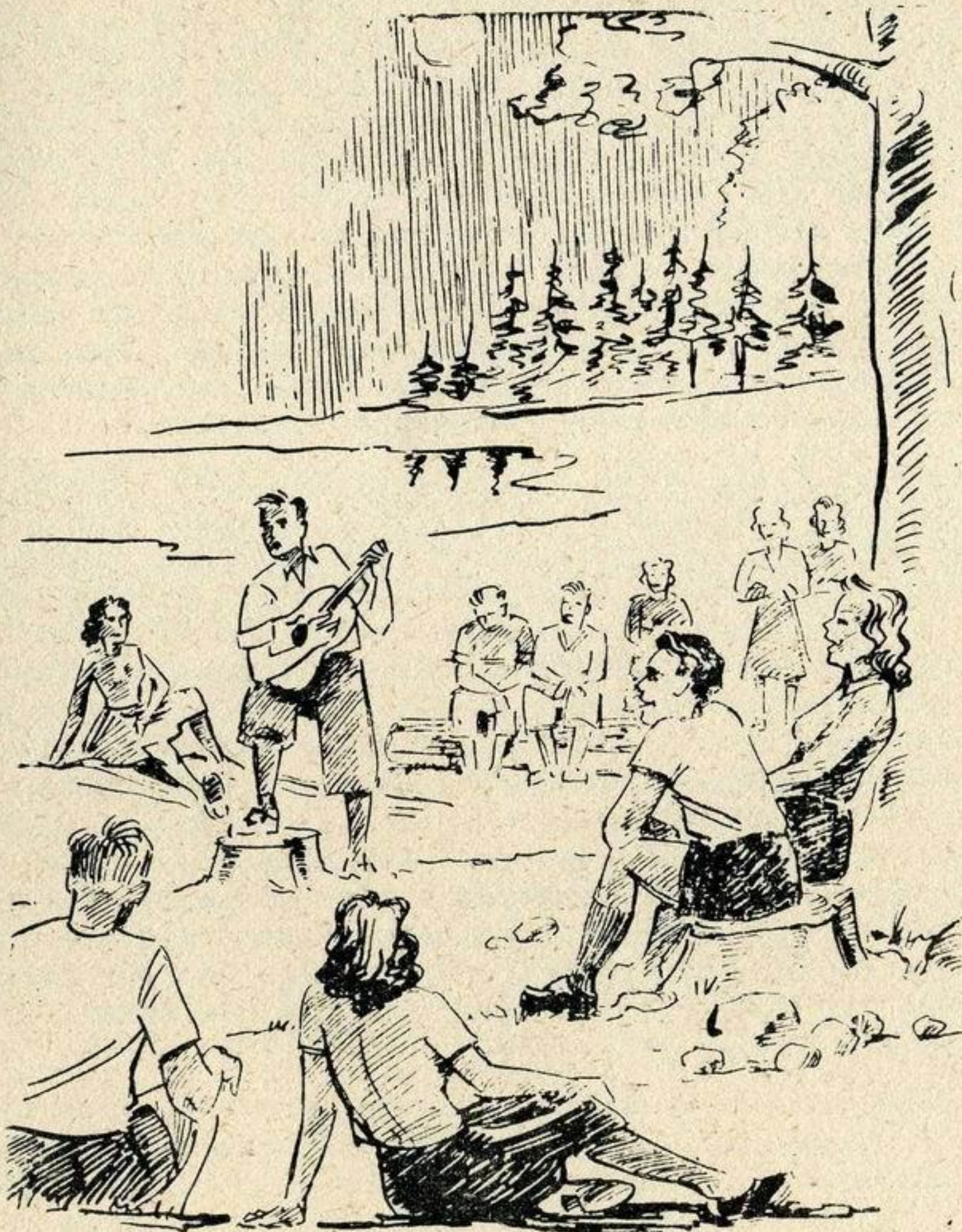
Die geschichtliche Wahrheit unterstreicht noch einmal, dass die Kommunisten von den Nazis zuerst terrorisiert und in Konzentrationslagern sowie Haftanstalten eingesperrt wurden. Von den 360 000 KPD-Mitgliedern am Ende der Weimarer Republik wurden 145 000 eingekerkert und rund 26 000 auf verschiedene Art umgebracht. Wahr ist aber auch, dass trotz dieser ungeheuren Verfolgung von den Kommunisten der organisierteste Widerstand ausging und sich daraus auch die grosse Zahl der Opfer erklärt.

Wie schon an anderer Stelle erwähnt, waren Funktionäre der Kasseler und nordhessischen KPD schon vor den Scheinwahlen vom März 1933 inhaftiert, oder Mitglieder der Bezirksleitung in fremden Wohnungen zwecks Fortsetzung der illegalen Widerstandsarbeit verborgen. Dennoch waren bis zum Mai 1933 die alte und neue Bezirksleitung durch Verhaftungen fast zerschlagen worden. Während aber die politische Polizei und ihre Hilfstruppen aus SA und SS ihre volle Aufmerksamkeit auf die Unterbindung von Aktionen der KPD richteten, war ihnen entgangen, welche rege Tätigkeit der Kommunistische Jugendverband um diese Zeit im Stadt- und Landkreis Kassel sowie in der weiteren Umgebung entfaltete. Der KJVD hatte schon an der Jahreswende 1932/33 vorsorglich mit der Registrierung von Fünfergruppen begonnen, um sie im Falle einer faschistischen Machtergreifung sobald wie möglich





Willi Pfromm, „Freie Jugend“, nach  
7-jähriger Haft, November 1942 im  
Konz.-Lager Papenburg (Emsland)  
ermordet.





als neue und illegale Organisationsform anzuwenden. Seit einigen Monaten funktionierte nun schon das neue System mit Erfolg und bewahrte den Jugendverband auch weitgehend vor grösseren Verhaftungen. An der Spitze des KJVD stand eine nur aus dem Bezirkssekretär, dem Organisationsleiter und dem Bezirkskassierer bestehende engere Leitung. Dieser Dreierkopf stand über den Bezirkssekretär durch Kuriere und Instruktoren vermittelt von Anlaufstellen mit dem Zentralkomitee des KJVD in Berlin in Verbindung.

Die Kasseler politische Polizei und bald als Gestapo zum Begriff geworden, wunderte sich, dass trotz der harten Schläge gegen die KPD, trotz Massenverhaftungen und Abtransporten in die Konzentrationslager weiter Tausende Flugblätter, illegale Schriften, Kleinzeitungen und Streuzettel mal hier mal da verbreitet wurden. Massenhaft wurden Flugblätter vor den Kasseler Grossbetrieben ausgestreut, aber ihre Verteiler waren für die Polizei und SA/SS in keinem Falle greifbar gewesen. Einige Beispiele mögen von dem Mut, ja der Verwegenheit, aber auch von der sichernden Umsicht junger Antifaschisten zeugen.

Zum Henschelwerk Mittelfeld und seinem Haupttor führte früher eine Strasse von der Holländischen Strasse zum Rothenberg. Linker Hand befanden sich ausgedehnte Schrebergärten. Eines Morgens vor Arbeitsbeginn radelten zwei junge Leute mit einem Handkorb voll Gemüse die Strasse entlang, der eine kam von oben, der andere von unten her. Mehrere hundert Arbeiter strebten dem Fabriktor zu. Unter dem Gemüse aus ihren Handkörben holten die beiden Jugendlichen Packen von DIN A5-Flugblättern hervor und warfen sie bei flotter Fahrt in Abständen unter die Arbeiter, die sich grapschend danach bückten. Als einige wenige Betriebsangehörige in brauner Uniform die Sache bemerkten und "Haltet sie!" riefen, war der Spuk bereits vorbei und man sah die beiden Radfahrer nur noch blitzschnell in einen Weg zu den Schrebergärten verschwinden.

In einem anderen Falle hatte die Leitung des KJVD mehrere Aktionsgruppen gebildet, die sich in aller Frühe heimlich auf die Anhänger von zur Ausfahrt bereitstehenden Fernlastzügen geschlichen und hinter Ladungsgegenständen versteckten. Als die Fernlaster in alle Richtungen die Stadtgrenze verlassen hatten und Ortschaften durchfuhren, flogen massenhaft Streuzettel mit Parolen von den Anhängern auf die Strasse. Diese Streuzettel mit Parolen gegen die Naziherrschaft wurden in einem Umkreis bis zu 60 km verteilt. Die "Täter" sprangen nach und nach bei langsamer Fahrt ab und machten sich auf den Heimweg. Diese sensationelle Aktion, deren System nicht sofort überschaubar war, versetzte den gesamten Polizei- und Naziapparat in höchste Alarmbereitschaft. Strassen wurden gesperrt, Fahrzeuge untersucht, Verhaftungen von Verdächtigen in zahlreichen Ortschaften vorgenommen - ohne jedes Ergebnis. Selbst die Methode der Streuzettelverteilung mit dieser Schlagartigkeit und Gleichzeitigkeit war den Fahndern ein Rätsel geblieben.

Mittlerweile war es schon September 1933 geworden, aber die Aktionen rissen nicht ab. Auf immer neue Einfälle kamen die jungen antifaschistischen Widerstandskämpfer und waren mit Eifer dabei. Da wehte plötzlich am frühen Morgen eine rote Fahne knatternd im Wind,



festgemacht auf dem hohen Schornstein einer Ziegelei am Nordrand der Stadt Kassel. Die kühnen Kletterer hatten beim Abstieg die oberen Steigeisen abgesägt und einen Teil weiterer mit Schmierseife glitschig gemacht, sodass es der Polizei, der SA und selbst der Feuerwehr nicht möglich war, die Fahne ohne lange Vorbereitungen herunterzuholen. Eine grosse Menge von Zuschauern beobachtete gespannt und belustigt spottend das vergebliche Bemühen. Diese Fahne blieb an ihrem Platz, bis sie nach Monaten von Wind und Wetter verblasst und zerfetzt war.

Ein andermal war das Kaufhaus Tietz Ziel einer Flugblattaktion. Von der Balustrade im vierten Stockwerk flatterten die Blätter in das dichte Menschengewühl des unteren Innenraums und auf die Verkaufsstände. Auch in diesem Falle entkamen die mutigen Mädchen und Jungen der Aktionsgruppe unerkannt.

### IN DEN TOD GETRIEBEN

Alten Kasseler Sozialdemokraten dürfte der Name Richard Hauschild noch im Gedächtnis geblieben sein. Bis zum Jahre 1925 bekleidete er verschiedene Parteifunktionen, war aber hauptsächlich als Redakteur im "Kasseler Volksblatt" tätig. Zeitweilig war er Landrat im Kreis Hersfeld. Später folgte er dem Ruf seiner Partei in das Ruhrgebiet, wo er jahrelang Redakteur der SPD-Presse war. Ende der dreissiger Jahre wurde Hauschild in den Parteivorstand nach Berlin berufen, wo er führend auf dem Gebiet der Propagandarbeit arbeitete.

In Berlin wurde Hauschild am 24. Juni 1933 verhaftet und in das Konzentrationslager Oranienburg verschleppt. Sein Aufenthalt dauerte dort bis zum 1. Oktober 1933. Die Gestapo entliess den SPD-Funktionär mit der Auflage, dass er sich nach Kassel zu begeben habe und seinen Wohnort nicht mehr verlassen dürfe. Er musste sich mehrmals in der Woche bei der Polizei melden. Drohungen und Schikanen der Nazis und der Gestapo zerrten an den Nerven des bekannten Funktionärs ebenso wie die Verurteilung zur beruflichen Untätigkeit. Die damit verbundene soziale Not verschlimmerte seine Lage. Am 7. Dezember 1934 machte Richard Hauschild seinem Leben freiwillig ein Ende, von den Nazis in den Tod getrieben.

Ein Begriff für Kasseler Arbeiterbevölkerung war auch der SPD-Funktionär Michael Schnabrich. Lange Jahre bis 1933 wirkte er als Landrat im Kreis Hersfeld. Von den Nazis aus dem Amt gejagt und vorübergehend inhaftiert, eröffnete Schnabrich nach seiner Freilassung ein kleines Kino, die "Schauburg" in der Holländischen Strasse. Er vertrieb ausserdem eine kleine Zeitung als Informationsblatt, die wegen der geschickten Auswahl der Informationen von illegalen Widerstandskämpfern gern gekauft und ausgewertet wurde.

Beim späteren Überfall der Hitlerfaschisten auf Polen erfolgten in grossem Umfang schlagartige Massenverhaftungen von in Freiheit befindlichen Antifaschisten, von denen die faschistische Führung Aktionen gegen die anlaufende äussere Aggressionspolitik befürchtete. Dafür bestand Grund, denn der Überfall Hitlerdeutschlands auf Polen stand im Widerspruch zu den Friedensversprechungen Hitlers und damit den Erwartungen grosser Teile des deutschen Volkes.



SPD-Reichstagsabgeordneter Michael Schnabrich wurde am 9. Oktober 1939 von dem im Sachsenhausen-Prozeß in Bonn zu lebenslänglich Zuchthaus verurteilten früheren SS-Unteroffizier Schubert ermordet.



Richard Hauschild, u. a. Redakteur des sozialdemokratischen „Kasseler Volksblattes“ wurde am 24. Juni 1933 verhaftet. Soziale Not und seelische Bedrängnis veranlaßten ihn, am 7. Dezember 1934 unter dem Druck der Gestapo aus dem Leben zu scheiden.



Lebenslauf des Reichstagsabgeordneten  
Michael Schnabrich

- 1880 - Michael Schnabrich, geb. am 6.8.1880 in Stadtsteinach/Unterfranken als Sohn des Waldarbeiters Konrad Schnabrich.
- 1886 - Volksschulbesuch in Stadtsteinach/Ufr.  
1892
- 1894 - Lehre als Schuhmacher in Fulmbach.  
1897
- 1897 - Wanderschaft.  
1900
- 1899 - der Sozialdemokratischen Partei und dem Schuhmacherverband beitreten.
- 1902 in Weissenfels a.d. Saale die Emma Schnabrich, geb. Dabelow geheiratet.  
Aus dieser Ehe sind drei Jungen und ein Mädchen hervorgegangen.
- 1905 - Zum Gewerkschaftssekretär nach Vermelskirchen bei Remscheid - Bergisch - Land - berufen (Schuhmachergewerkschaft) berufen.  
1909
- 1909 - Gewerkschaftssekretär der gleichen Gewerkschaft in Frankfurt a. Main.  
1912
- 1912 - 8 Wochen Gefängnis wegen Majestätsbeleidigung in Kf.
- 1912 - Aufgestellt als Reichstagskandidat der SPD im Wahlkreis Hersfeld-Hünfeld-Rotenburg.
- 1913 - Zum Parteisekretär der SPD in Hanau/Main berufen.
- 1914 - Angehöriger des Inf. Rgt. 88 als Soldat.  
1918
- 1918 - Mit Gasvergiftung aus dem Weltkrieg zurückgekehrt (60 % kriegsbeschädigt (Schwerbeschädigter)).
- 1918 - Vorsitzender des Arbeiter - und Soldatenrates in Hanau.  
1919
- 1919 - Arbeiterssekretär des Allgemeinen - Deutschen - Gewerkschaftsbundes, Sitz Hersfeld.  
Stadtverordneter der Stadt Hersfeld. Mitglied des Landesausschusses Hessen. Mitglied des Preussischen Staatsrates. Mitglied des Krankenhausausschusses des Kreises Hersfeld.
- 1922 - Parteisekretär der SPD in Hersfeld.
- 1924 - Erstmals als Mitglied der Fraktion der SPD im Deutschen Reichstag in Berlin gewählt und dem Reichstag bis zur Auflösung durch die Nazi's angehört.
- 1933 - Erstmalige Schutzhaft im April d. Jrs. 1933 ( 6 Wochen Haft im Polizeiprasidium Kassel ).
- 1934 - Existenzgründung durch Eintritt als Geschäftsführer in die Schaumburg - Lichtspiele G.m.b.H., Kassel, Holl.-Str.
- 1939 - Zweite Verhaftung am 1.2.1939 in Kassel und Überführung in das Konzentrationslager Sachsenhausen bei Oranienburg. Ermordet am 9.10.1939 im KZ Sachsenhausen durch den SS - Schergen Uch h a r t, der im Jahre 1959 vor den Schranken des Bonner Schwurgericht zu lebenslangem Zuchthaus abgeurteilt worden ist.

-2-

Der Lebenslauf des SPD-Reichstagsabgeordneten Schnabrich beweist deutlich, daß die Nazi-partei alles andere, nur keine Arbeiterpartei war, und daß sich ihre Schergen stattdessen hauptsächlich auf vorrechte Funktionäre der deutschen Arbeiterbewegung gestützt und diese einordnet haben.



Manche Geheimberichte der Gestapo liessen deutlich erkennen, dass sie nicht allzuviel von den wirklichen Aktivitäten des Widerstandes wusste und natürlich auch an Erfolgsmeldungen nach oben interessiert war.

1.1

das Geheime Staatspolizeiamt

B e r l i n.

Betr.: Parteipolitische Lage im Bezirk  
der Staatspolizeistelle Kassel.

—  
O h n e V e r f ü g u n g.

Anlagen: Blaupause u. KPD.-Beitragsmarken,  
besonderer Stimmungsbericht.

—  
1. Kommunistische Partei u. Nebenorganisationen.

Nachdem Ende April/Anfang Mai das 3. Führer-  
aufgebot der KPD. für den Bezirk Hessen-Waldeck (22) in  
Kassel ermittelt und ausgehoben wurde, war von einer par-  
teipolitischen Betätigung der KPD. nichts mehr zu merken.  
Es fehlte der Organisation an Personal und Material, um  
ihre Betätigung wieder aufnehmen zu können. Bei der Lahm-  
legung der kommunistischen Betätigung wurde in erster  
Linie Wert darauf gelegt, die Schreibmaschinen und Ver-  
vielfältigungsapparate sicherzustellen. Diese Maßnahme  
hatte Erfolg. Trotz allgemeiner Ankündigungen, am 1. Mai

und



und 28. Juni d. Js. eine großzügige KPD.-Flugblattpropaganda zu entfalten; beschränkte sich diese darauf, einige mit der Hand geschriebene Streuzettel (10 x 12, groß) mit den alten KPD.-Parolen herauszugeben. Am 28. Juni fand die angekündigte Flugblattverteilung im Bezirk überhaupt nicht statt.

Gegen die festgenommenen Führer, insgesamt 16 Personen, wurde ein Strafverfahren wegen Vorbereitung zum Hochverrat eingeleitet, da in dem vorgefundenen und beschlagnahmten Material Abschriften des im Ft. Nr. 31 des Polizeipräsidiums Leipzig vom 17.5.33 erwähnten Flugblattes „Die Lage in Deutschland“, „Resolution des Präsidiums des Ekki zum Referat des Genossen Heckert -Aufgenommen am 1. April 1933“ gefunden wurden. In dem von der Bezirksleitung gefertigten Randschreiben an die Untergliederungen wird am Schlusse zum bewaffneten Aufstand gegen die Regierung und jetzige Wirtschaftsform aufgefordert. Vergl. auch den vorgelegten Bericht vom 5. Mai 1933 -I 70<sup>34</sup>/33-. Zur Unterdrückung der gesamten kommunistischen Betätigung im Bezirk hat auch wesentlich beigetragen, daß nicht nur die zentrale Leitung in Kassel, sondern die im Bezirk tätigen Instrukteure ermittelt und festgenommen werden konnten, so daß -soweit dies überhaupt möglich- mit einem Schlage der kommunistische Funktionärapparat ausgeschaltet wurde. Der Oberrichtsanwalt hat die eingeleitete Strafverfolgung an den Generalstaatsanwalt in Kassel abgegeben. Das Verfahren schwebt unter den Aktenzeichen: O.J.38/33 und O.J.49/33 beim Generalstaatsanwalt in Kassel. Ueber den Ausgang der Haupt-

Ver-



verhandlung, die in Kürze aussetzt, werde ich berichten.

Inzwischen wird von der Reichszentrale der KPD. versucht, die Partei im Bezirk neu aufzubauen. Der beabsichtigte Neuaufbau ist in der als Anlage beigefügten Blaupause schematisch dargestellt. Aus der Darstellung ist ersichtlich, daß die Neugliederung auf der Fünfergruppe beruht. Bemerkenswert ist, daß die kollegialen Funktionärstellen der Partei zugunsten des Einzelführers abgebaut wurden. Das Führerprinzip ist so stark herausgestellt. Der Führer der Fünfergruppe ist gleichzeitig Kassierer. Drei Fünfergruppen sind unter einem Instrukteur zusammengefaßt, sechs Fünfergruppen bilden einen „Kreml“-Orts- oder Stadtteilleitung. Mehrere Orts- bzw. Stadtteilleitungen unterstehen dem Hauptinstrukteur. Der Hauptinstrukteur hat Verbindung zur U.B.L., soweit solche bestehen, und ist der B.L. verantwortlich.

Die Beitragseinzahlung bei den noch verbliebenen Mitgliedern erfolgt weiterhin durch Abgabe der im Bericht vom 5. Mai d.S. -I 70<sup>34</sup>/33- vorgelegten Beitragsmarken. Die Markenabgabe soll jedoch demnächst ganz unterbleiben, um der Polizei die Möglichkeit zu nehmen, durch Vorfinden von Beweismaterial die Weiterbetätigung der Partei festzustellen. Es werden dann nur noch die anfallenden Beiträge durch den Kassierer eingezogen.

Zur Unterstützung der politischen Ge-

fangenen



Gefangenen (angeblich auch insbesondere der Reichstagsbrandstifter) werden Markenbogen in verschiedenen Werten (10 - 50 Rpf.) im Gesamtbetrage von 6.— verausgabt und bei den Mitgliedern abgesetzt. In der Anlage wird ein kleiner Teil eines solchen Bogens, der oben links den Aufdruck „Trotz alledem“ trägt, beigelegt.

Wie weiter bekannt wird, vertreten die KPD.-Angehörigen die Auffassung, daß die Partei nicht unterzukriegen sei, vielmehr sei in allernächster Zeit mit einem Neuaufleben der Partei zu rechnen. Zu diesem Zwecke sollen im Ruhrgebiet Max H ö l z, in Hamburg Bela K u n und in Berlin P i e k damit beschäftigt sein, die Partei neu zu organisieren. Am Antikriegstag (1. August) soll im Reich eine große Propaganda durchgeführt werden. Es sollen Flugblätter und Zeitungen verbreitet und Parolen angebracht werden. Man spricht davon, daß auch die „Rote Fanne“ verbreitet werden soll. Doch scheint es sich vielfach nur um Geschwätz zu handeln. Zum Anbringen der Parolen an beliebigen Stellen sollen Stempel verwendet werden, die bei Überraschungen weggeworfen werden, damit auf keinen Fall ein KPD.-Angehöriger mit Beweisstücken gefast wird. Neu ist auch, daß sie die Angehörigen der KPD. mit den Worten „Frohgemut“ begrüßen und dabei gleichzeitig die rechte Faust auf die Brust legen. Daß frühere Kommunisten versuchen, als Provokateure in der SA. zu wirken, wird erneut bestätigt.



## II. SPD. und Nebenorganisationen.

Die Tätigkeit der SPD. ist völlig lahmgelegt. Alle bedeutenderen Funktionäre befinden sich noch in Schutzhaft; die Unterfunktionäre, die sich nicht in Schutzhaft befinden, sowie die Mitglieder enthalten sich jeder Betätigung, da sie befürchten, in Haft genommen zu werden. Bei der breiten Masse der Bevölkerung genießt die SPD. keinerlei Sympathien mehr. Von ehemaligen Sozialdemokraten hört man allenthalben die schärfsten Urteile über die Führer. Innerhalb der Fraktionen seien die heftigsten Kämpfe und zwar zuletzt noch vor der großen aussenpolitischen Erklärung des Herrn Reichskanzlers ausgefochten worden.

## III. Judentum.

Die Juden halten sich allgemein sehr stark zurück. Es ist nicht beobachtet worden, daß sie z.Zt. sich zusammenschließen und illegale Bestrebungen verfolgen. Nur ganz vereinzelt sind in letzter Zeit Juden wegen ihnen zur Last gelegter regierungsfeindlicher Äußerungen körperlichen Angriffen oder Mißhandlungen ausgesetzt gewesen. Daß von hier aus Greuelpropaganda im Ausland gemacht wird, konnte nicht festgestellt werden.

gez. von P f e f f e r.



streng vertraulich!

A b s c h r i f t.

Anlage

zum Bericht der Staatspolizeistelle i. Kassel v. 28.7.33 betr. partei=  
Stimmungsbericht. politische Lage.

### I. SA.. SS.. Stahlhelm.

Wie unter I. bereits erwähnt, versuchen Kommunisten vielfach als Provokateure in der SA. tätig zu sein. Einen beachtlichen Erfolg haben sie nicht erzielen können. Die Erregung über die 20% Kürzung der Wohlfahrtsbezüge beginnt sich zu legen, aber diese Stimmung gerade unter den ältesten SA.- bzw. SS.-Männern ist noch sehr erbittert.

Das Verhältnis des Stahlhelm zur SA. u. SS. ist jetzt in Kassel befriedigend. Auf dem Lande sind jedoch noch Streitigkeiten vorgekommen, denen aber meist nicht mehr als lokale Bedeutung beizumessen ist.

### II. Allgemeines.

Bei der in weiten Kreisen des deutschen Volkes noch immer herrschenden großen Notlage beschäftigt sich die Öffentlichkeit naturgemäß mit den Einnahmen und der Lebensführung höhergestellter Persönlichkeiten sehr stark. Diese Dinge werden nicht nur von offenen oder geheimen Gegnern des neuen Staates, sondern auch von alten Parteimitgliedern und gerade innerhalb der SA. und SS. lebhaft erörtert. So wird die Tatsache, daß die Reichstagsabgeordneten, ohne in größerem Umfange tätig zu sein, nach wie vor ihre volle Aufwandsentschädigung zu ihren sonstigen Bezügen und Gehältern bekommen, <sup>kritisiert.</sup> / Ebenso versteht es der einfache Mann nicht, daß Beamte und Reichstagsabgeordnete außer ihren Bezügen

noch



noch als Staatsratsmitglieder eine Aufwandsentschädigung von 1000.--RM erhalten sollen. Man empfindet diese Vorschrift als dem nationalsozialistischen Geist stark zuwiderlaufend, um so mehr, als es sich bei den Staatsräten nur um Männer handelt, deren sonstige Einnahmen ihnen einen sorgenlosen Lebensunterhalt ermöglichen. Die Kritik der Bevölkerung an diesen Dingen ist m.E. durchaus beachtlich, zumal die NS.-Presse immer von 1000.--RM monatlichem Höchstgehalt geschrieben hat.

(Vergleiche Verbot der bayerischen Staatsregierung, die Tatsache, daß die preußischen Staatsratsmitglieder eine Aufwandsentschädigung von 1000.--RM erhalten sollen, zu verbreiten.)

gez. von P f e f f e r.



Abschrift.

Der Polizeipräsident.  
-Staatspolizeistelle-

Kassel, den 2.8.1933.

Funkspruch an das Geheime Staatspolizeiamt  
in Berlin.

Zum Funkspruch Nr. 78 vom 31.7.33.

Keine besonderen Feststellungen am Antikriegstag;  
lediglich einige Handzettel in Kassel und im Landes-  
polizeibezirk gefunden mit der Aufforderung "Heraus zum  
Antikriegstag am 1. August! Wieder mit dem imperial.  
Krieg! Verteidigt die Sowjetunion! Proletarier aller  
Länder vereinigt Euch! Der Feind steht im eigenen Land!  
Es lebe der kommunistische Jugendverband!" und "Wieder  
mit dem imperialistischen Krieg! Verteidigt die Sowjet-  
union! Kampf den Feind im eigenen Land!".  
Die Handzettel sind nicht verteilt, sondern ausge-  
streut.

Bei Steckelstellen und Betriebe keine besonderen  
Vorkommnisse.

Regierung-Kassel Staatspolizeistelle Kassel.  
-SAUG 1933N- *Alt No. 76944*

Der Polizeipräsident.  
-Staatspolizeistelle-

Kassel, den 3. August 1933.

Abschrift

dem Herrn Regierungspräsidenten

mit der Bitte um Kenntnismache vorgelegt.

In Vertretung:

*Himmels*



Der Regierungspräsident

K., den 1. August 1933.

II 7706/33

1.) An das Geh. Staatspolizeiamt  
in

Berlin SW 11. Prinz Albrechtstr. 8

Betrifft: Stand der kommunistischen Bewegung.

Erlass d.M.d.J. vom 27. Mai 1933  
- II 1295 b 1/56 -

Berichterstatte:  
Regierungsrat von Kruse.

Trotz des Versuches der Reichs-  
kontrolle der KPD., die Partei im  
Regierungsbezirk neu aufzubauen, hat  
die kommunistische Bewegung im allge-  
meinen im Monat Juli keine besondere  
Belebung erfahren.

Lediglich in den Kreisen Kassel-  
Land, Eschwege und Witzshausen wurden  
auf einigen Landstraßen mit Schreib-  
maschine hergestellte und im Druckver-  
fahren vervielfaltigte Handzettel kommunistischer Richtung aufgefunden. In  
der Stadt Hanau wurden auf gleiche Art  
gefertigte kommunistische Flugblätter

der



"der böhmische Hitler" und "Brüder in Not" ebenfalls an verschiedenen Stellen der Stadt in belebten Straßen niedergelegt. Am 14.7.1933 gelang es, 3 Kommunisten, darunter den Hersteller der Flugblätter, sowie den Verfasser des Manuskripts des Flugblattes "Brüder in Not" festzunehmen. Am 26.7.1933 wurde auf dem Postamt in H. neu eine 7 Seiten starke Druckschrift - "der rote Gewerkschaftler, Organ der RGO. Nr. 3 Juli 1933" - eingeklemmt, die bei der Briefkastenentleerung in einem Stadtbriefkasten vorgefunden wurde. Außerdem wurde am 2.7.1933 in einem Personenzug zwischen den Stationen Wilhelmshof und H. neu eine Broschüre "Was will die KPD?" Herausgeber Zentralkomitee der KPD verteilt. Der Verbreiter konnte noch nicht festzustellen werden.

In dem Ermittlungsverfahren wegen Verbreitung der illegalen Druckschrift "Sturm", Organ des RFB. Gen. Hessen-Frankfurt o/M. sind in H. neu 18 Kommunisten in Schutzhaft genommen worden. Die Verbreiter

der



der Druckschrift sind zum Teil durch Ablegung von Gegenständen überführt. Der Ort der Herstellung der Druckschrift und die Hersteller derselben konnten bisher noch nicht ermittelt werden. Die Verbreitung des Flugblattes wurde von dem Führer der RFB.-Gruppe, Wilhelm S c h a d , organisiert. Schad ist flüchtig und hält sich zurzeit verborgen.

Im Laufe des vorerwähnten Ermittlungsverfahrens wurde festgestellt, daß bis Ende März d.J. etwa 35 Mitglieder des RFB. in der Wohnung eines Geronsen im Waffenhandwerk, insbesondere mit dem Gewehr 98 und in Handgranatenwerfen, ausgebildet wurden. Ferner mußten die RFB.-Mitglieder an nächtlichen militärischen Übungen, die in der Regel auf entlegenen Sportplätzen kommunistischer Vereine auf dem Lande stattfanden, teilnehmen. Das Gewehr ist noch nicht gefunden worden. Der unter den 18 Schutzhäftlingen befindliche Kommunist, dem die Ausbildung oblag, bestreitet, derartige Funktionen ausgeübt zu haben.

Der in Bad Wildungen ansässige Dr. K r a f t erhielt am 26.7.d.J. in einem verschlossenen Briefumschlag, der den Poststempel "Gießen 25.7.1933" trägt, ein mit Schreibmaschine geschriebenes, 11 eng beschriebene Schreibmaschinenseiten umfassendes Flugblatt, in dem durch Beschuldigung von aktiven Reichministern versteckt für die kommunistische Partei geworben wurde. In dem Flugblatt wurden u. a. die Reichminister Dr. Goebbels und Gering beschuldigt, das Reichstagsgebäude angesteckt zu haben.

S. 1110



Abschrift.

Polizeipräsident.  
Polizeistelle.

Kassel, den 22. August 1933.

Funkspruch Nr. 13.

An

*W. H.*  
das Geheime Staatspolizeiamt  
B e r l i n .

Regierung-Kassel  
24. AUG 1933 N.

*Alle*  
Für die Morgenmeldung.

Vorgenommene Durchsuchung im Kleingartengelände und in Wohnungen von ehemaligen K.P.D.-Angehörigen, unter Hinzuziehung von 60 SS.-Männern, erbrachte den Beweis, dass K.P.D. sich weiter durch Markenverkauf betätigt. Beschlagnahmt wurden 1 Motorrad mit Beiwagen, behelfsmäßige Handrucker zum Herstellen von Streuzettein und kommunistische Literatur. 10 Personen wurden in Schutzhaft genommen und Verfahren wegen Vorbereitung zum Hochverrat eingeleitet.

gez. von Pfeffer.

Abschrift

dem Herrn Regierungspräsidenten

zur Kenntnisnahme überreicht.

*In*  
*Wiedum*





abschrift.

# DER POLIZEIPRÄSIDENT IN KASSEL

Staatspolizeistelle.

KASSEL, POLIZEIPRÄSIDIUM, KÖNIGSTOR 31

EINGANGS- UND BEARBEITUNGSVERMERK

An  
das Geheime Staatspolizeiamt  
in  
B e r l i n .

Regierung-Kassel  
30 AUG 1933 N.

Nr. 1031.  
Anl.

GESCHÄFTS-ZEICHEN UND TAG IHRES SCHREIBENS

GESCHÄFTSZEICHEN UND TAG MEINES SCHREIBENS

BETRIFFT

Politische Lage im Bezirk der  
Staatspolizeistelle Kassel.

14<sup>30</sup>.

29.8.1933.

Ohne Verfügung.

## I. KPD., SPD. und Nebenorganisationen:

Die Propaganda der KPD. zum Antikriegstag am 1. August hat in K a s s e l und im ganzen Staatspolizeibezirk zufolge der von hier getroffenen Abwehrmassnahmen einen grösseren Umfang nicht angenommen. Die geplante Flugblattverteilung ist öffentlich kaum in Erscheinung getreten. In der Nacht vom 31. 7. zum 1. 8. und am 1. 8. 1933 selbst war der polizeiliche Streifendienst erheblich verstärkt; ausserdem waren SS.-Männer in Zivil eingesetzt. In Bereich der Stadt Kassel wurden etwa 60 - 70 Streuzettel gefunden. Die Streuzettel sind in einer Grösse von etwa 4 x 11 cm im Umdruckverfahren hergestellt. Herstellungsort ist vermutlich Kassel. Die angestellten Nachforschungen nach den Herstellern und Verbreitern verliefen ergebnislos.

Die Mitglieder der Bezirksleitung der KPD. für den Bezirk Hessen-Naldeck, über deren Festnahme ich bereits in meinem Lagebericht vom 28. Juli 1933 - I - berichtet hatte, sind inzwischen am 29. Juli 1933 durch den Strafsenat des hiesigen Oberlandesgerichts wegen Vorbereitung zum Hochverrat grösstenteils zu längeren Freiheitsstrafen verurteilt worden. Abschrift des Urteil-Tenors wird in der Anlage beigelegt.

An



Am 19. ds. Mts. wurde ferner der Kasseler KPD.-Funktionär August Thöne ebenfalls wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu 3 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt. Thöne ist, wie auch ein von ihm verfertigte abgefangener Kassiber bestätigt hat, als fanatischer Anhänger der KPD. anzusehen, der für den Marxismus unter allen Umständen zu arbeiten bestrebt war.

Das Sondergericht in Kassel verurteilte am 26. ds. Mts. 7 Kommunisten wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens zu hohen Zuchthaus- und Gefängnisstrafen. Die Urteilsbegründungen werde ich demnächst mit Bericht nachreichen.

Da durch die Festnahme der führenden Personen der Bezirksleitung eine zentrale Arbeit der KPD. nicht mehr möglich war, ist die Partei in hiesigen Bezirk inzwischen dazu übergegangen, den Untergliederungen mehr Spielraum für ihre politische Agitation zu lassen, um dadurch die Beobachtungsarbeit der Polizei zu erschweren. Vor allen wird hierbei Agitation von Mund zu Mund getrieben, die in erster Linie dazu dienen soll, Zersetzungsbearbeit in den Betrieben zu leisten. Besondere Beobachtungen in dieser Hinsicht konnten in dem als kommunistisch durchseucht bekannten Hanauer Bezirk gemacht werden.

Trotz dieser geänderten Taktik der KPD. gelang es Ende Juli ds. Js., die Leitung des Stadtteils I Kassel zu ermitteln. 9 ihr angehörende Personen sind in Schutzhaft genommen, ein Verfahren wegen Vorbereitung zum Hochverrat ist gegen sie eingeleitet worden. Bei den Durchsuchungen wurde noch Instruktionsmaterial und auch Marken, die in den letzten Wochen zum Vertrieb gelangt sind, vorgefunden und beschlagnahmt.

Unter Hinzuziehung von 60 - SS.-Männern wurde am 22. ds. Mts. in Kassel ein Kleingartengelände und Wohnungen bekannter Kommunisten durchsucht. Auch diese

Nassname



Massnahme, anlässlich der mehrere Personen in Schutzhaft genommen wurden, hat den Beweis erbracht, dass die Agitationsarbeit der K.P.D. in hiesigen Bezirk noch weitergeführt wird. Ich überreiche hierzu je ein Photogramm eines hier ermittelten Rundschreibens der Z.K. über die Bildung einer sozialistischen Freiheitsaktion mit einem dazu gehörenden Rundschreiben der Bezirksleitung Hessen-Naldeck über die Durchführung der Aktion.

In den ländlichen Bezirken der Staatspolizeistelle Kassel konnte gleichfalls ein stärkeres Aufleben der marxistisch - kommunistischen Propaganda bemerkt werden, die sich insbesondere in der Verteilung von Flugblättern gezeigt hat. Die Herkunft der Flugblätter liess sich nicht in allen Fällen feststellen; soweit ihre Urheberschaft ermittelt werden konnte, sind die fraglichen Täter in Haft genommen. In der Hauptsache handelt es sich um solche Flugblätter, die von irgend einer Zentrale ausserhalb des Bezirks der Staatspolizeistelle eingeführt sind.

Im Landkreis Hanau ist eine grössere Aktion unter Beteiligung von 72 Polizeibeamten, 6 Landjägern, 310 SA.-Männern und 230 SS.-Männern durchgeführt worden. In Hanau wurden aber nur 1 russisches Militär-gewehr, 2 Trommelrevolver, 40 Schuss Pistolen-Munition und einige Hieb- und Stoßwaffen gefunden.

Bei einer polizeilichen Aktion im Kreise Schlüchtern wurden 4 Karabiner 98, 2 Pistolen 08, 1 Pistole 7,65 mm, 2 Pistolen 6,35 mm, 3 Pistolen unter 6 mm, 3 Revolver alter Systeme, 3 Jagdgewehre, 7 Seitengewehre und 12 Totschläger -Gummiknüppel pp.-beschlagnahmt.

Wie meine Beobachtungen ferner ergeben haben, nehmen überzeugte Anhänger der KPD. an, dass über kurz oder lang eine neue Revolution kommen müsse, da die

Reichs-



Reichsregierung in ihrem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit - besonders im bevorstehenden Winter- keine durchschlagenden Erfolge haben werde. Sie rechnen hierbei auf die unzufriedenen Elemente in der SA. und NSBO. und hoffen im Stillen, dass diese noch mehr Unzufriedenheit und Zersetzung in die Reihen ihrer Organisation tragen. Eine Beobachtung nach dieser Richtung hin erscheint besonders angebracht.

In Marburg (Lahn) hat sich die "Schwarze Front" - Otto Strasser-Richtung- durch einen anonymen Brief an die Redaktion der "Hessischen Volkswacht" in Kassel (NSDAP.) bemerkbar gemacht. Der Verfasser des Briefes ist nicht bekannt geworden.

Bezüglich des Tannenbergbundes, der noch in kleineren Gruppen in vereinzelter Orten des Bezirks vorhanden ist, wurde eine bemerkenswerte Tätigkeit nicht festgestellt.

Über eine Propaganda - Tätigkeit der SPD. sind keine besonderen Beobachtungen gemacht worden.

## II. Judentum:

Die Juden halten sich im Bezirk der Staatspolizeistelle allgemein auch weiterhin zurück; treten jedoch in einzelnen Teilen des Bezirks wieder sicherer auf. In Kassel wurden- wie ich bereits durch Funkbericht angezeigt habe- in den letzten Tagen wiederholt von der Bevölkerung unter Mitwirken der SS. Juden in das Polizei - Präsidium eingeliefert, die mit deutschen Mädchen in intimen Beziehungen gestanden hatten. Die fraglichen Juden wurden vor ihrer Einlieferung in öffentlichem Umzug durch die Strassen der Stadt geführt, wobei es wiederholt zu spontanen antisemitischen Kundgebungen der erregten Volksmenge kam. Die Juden wurden hier in Schutzhaft genommen und nach einigen Tagen wieder entlassen.

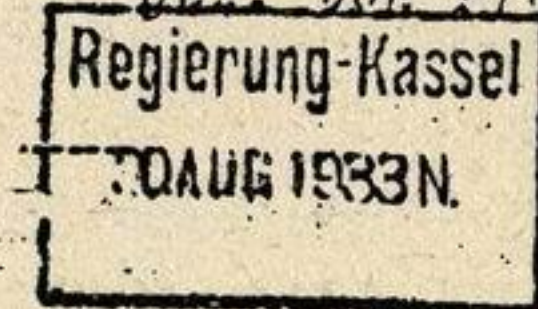
## III.



III. Besonderes.

Im Landkreis Kassel hat sich eine Ortsgruppe des "Roland - Bund für deutsche Wohlstandswirtschaft" gebildet. Näheres hierüber ist aus der Anlage ersichtlich. Von dem Landrat in Kassel ist die Störung Tätigkeit des Bundes als Störung der Aufbauarbeit der Reichsregierung angesehen und polizeilich unterbunden worden. Andererseits hat die Leitung der Ortsgruppe erklärt, der Bund stehe auf den Werten der NSDAP. und sich hierbei auf den SA.- Oberführer Schwarz in Berlin, der dem Bunde angehört, berufen. Ich beabsichtige, diesen neuen Bund aufzulösen und zu verbieten, sofern ich von dort keinen anderweitigen Bescheid erhalte.

gez. von Pfeffer.



Abschriftlich

dem Herrn Regierungspräsidenten Anl.

zur Kenntnisnahme überreicht..

Der Herr Oberpräsident hat gleichfalls Abschrift erhalten  
Ich bitte diesen Bericht zugleich  
als Bericht auf die Vfg. v. lo.  
6.33 A II 738 ~~Gebets~~ Stand der  
komm. Bewegung aufzufassen.

3 Vorkomm.

*[Handwritten signature: Pfeffer]*

*[Handwritten initials: Kg.]*



- Michael Schnabrich wurde mit anderen ehemaligen sozialdemokratischen Funktionären und Kommunisten in das Konzentrationslager Sachsenhausen eingeliefert, sicherlich nicht ohne ein besonderes "Empfehlungsschreiben" der Kasseler Nazi- und Gestapoführung. Vier Wochen später schon kam aus Sachsenhausen die Nachricht, der Häftling Schnabrich sei einem "Herzschlag" erlegen. Jeder Antifaschist in Kassel wusste und erst recht seine Angehörigen, dass die Todesursache eine Lüge darstellte. Die Witwe Schnabrichs konnte den Tod ihres Mannes nicht verwinden und starb bald danach.

#### EINHEIT ZWISCHEN KJVD UND SAJ

Die Widerstandsarbeit des KJVD begeisterte die Jugendlichen in anderen unterdrückten Organisationen und weckte das Bedürfnis, in gleicher Weise tätig zu werden. Da waren in erster Linie die Jugendfreunde der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) und den "Roten Falken" angehört hatten. Ohne Unterstützung durch die SPD, deren örtliche Führung einen organisierten Widerstand ablehnte, trafen sich dennoch die jungen Sozialdemokraten in losen Gruppen auf Fahrten, diskutierten miteinander und auch mit jungen Kommunisten, aber es gab keine illegale Organisation.

Die bewussten unter ihnen fanden den Kontakt zu Funktionären des KJVD, die sich ihrerseits um Zusammenarbeit bemühten. Im September 1933 kam auf dem bekannten Sensenstein eine Zusammenkunft zwischen dem Bezirkssekretär der SAJ, Anton Aich, dem Bezirkssekretär des KJVD, Willi Belz, dem Bezirkssekretär der KPD "Schorsch" (Fischer) und drei weiteren Jugendfreunden beider Seiten zustande. Zur Diskussion stand die Aktionseinheit und wie sie organisatorisch ermöglicht werden konnte. Die Jugendgenossen der SAJ schlugen aber vor und begründeten das mit ihrer mangelnden Erfahrung in illegaler Arbeit, im Gegensatz zum KJVD, die noch intakten Gruppen der SAJ im Bezirk sowie einzelne in die Fünfergruppen des KJVD einzubeziehen. Der Vorschlag wurde unter der Betonung des gemeinsamen Kampfes gegen den Faschismus angenommen und mit feierlichem Handschlag besiegelt. Die Frage einer Mitgliedschaft zum einen oder anderen Verband wurde bei den Vereinbarungen ebenso wie Meinungsunterschiede in ideologischen Fragen ausgeklammert. Anton Aich war einverstanden, als vierter Mann dem Leitungskopf anzugehören, der bisher aus drei Funktionären des KJVD bestanden hatte. Eine Erweiterung wurde aus konspirativen Gründen für nicht zweckmässig gehalten, Beschlüsse dennoch nur einstimmig gefasst werden. Mit der Verwirklichung des Einheitsabkommens wurde sofort begonnen.

Leider wurden diese hoffnungsvollen Ansätze gemeinsamer Widerstandsarbeit schon im Oktober 1933 empfindlich getroffen. Durch einen Schlag der Gestapozentrale in Berlin gegen das Zentralkomitee des KJVD wurde auch die Bezirksorganisation Hessen-Waldeck vor allem in ihrer Führungsarbeit vorerst lahmgelegt. Nach Verhaftungen durch die Gestapo kam es im März 1934 zur Gerichtsverhandlung gegen 24 Angeklagte, zu meist des KJVD, wegen Vorbereitung zum Hochverrat, von denen 13 zu Gefängnisstrafen bis zu zwei Jahren, der nach dem noch alten Strafgesetz geltenden Höchststrafe, verurteilt wurden. Der Bezirkssekretär der SAJ, - Anton Aich, entkam in die Emigration nach Holland.



*Ausschnitte aus einer Tarn-Broschüre des  
Zentralkomitees des K.F.V.D*

## **Wie arbeitet der KJVD in den Betrieben zum Sturz der faschistischen Diktatur**

Die KPD und der KJVD stehen vor der Aufgabe, die Einheitsfront der kämpfenden Arbeiterklasse zu schaffen, sie in den Kampf zu führen, um die faschistische Diktatur zu stürzen und an ihrer Stelle die Arbeiter- und Bauernrepublik zu errichten.

Nach der Machtergreifung Hitlers haben sich die nationalsozialistischen Betriebs- und Gewerkschaftsorganisationen und die Hitlerjugend zu Massenorganisationen entwickelt. Zehntausende Arbeiter wurden zwangsweise und unter stärkstem Druck in die nationalsozialistischen Organisationen hineingetrieben.

Wenn wir eine Einheitskampffront mit den sozialdemokratischen und christlichen Jungarbeitern schaffen, wird es uns um so leichter gelingen, die Zehntausende von Jungarbeitern von den faschistischen Organisationen und der faschistischen Ideologie loszureißen.

Der Kampf um die Einheitsfront ist eine der dringendsten Aufgaben, die der KJVD dabei verwirklichen muß. Die Arbeitsbedingungen sind schwieriger geworden, denn die faschistische Diktatur hat die KPD und den KJVD in die Illegalität getrieben. Im Zeichen des schlimmsten Terrors muß sich der KJVD zum Führer und Organisator aller Kämpfe der werktätigen Jugend entwickeln. Nur so kann unser Verband der Partei helfen, die Jugend auf die Kämpfe um die Eroberung der politischen Macht vorzubereiten. Der Kampf um die täglichen, wirtschaftlichen und politischen Interessen der Arbeiterjugend ist für die KJV-Betriebszelle die Grundlage zur Gewinnung neuer Jugendmassen aus dem faschistischen Lager für die Einheitsfront.



In der zweitägigen Verhandlung vor II. Strafsenat des Oberlandgerichts hätte es wenig genützt, falschen Heroismus an den Tag zu legen. Es kam mehr darauf an, ein würdeloses Bild gegenseitiger Belastungen auszuschliessen und trotz aller Strafandrohung dem solidarischen Zusammenhalt aller Angeklagten Ausdruck zu verleihen. Das ist voll und ganz gelungen. Schon das Wiedersehen und die gegenseitige Begrüssung im Gerichtssaal zeugten von guter Stimmung und wenig Furcht vor dem "hohen Gericht". Willi Belz als Hauptangeklagter hatte von der Berliner Gestapo keine Angaben über die Bezirksorganisation aus sich herausprügeln lassen. So fand das ganze Ausmass der illegalen Aktionen des KJVD einen relativ mageren Ausdruck in der umfangreichen Anklageschrift des Generalstaatsanwalts. Leider war die von der Berliner Gestapozentrale aus gestartete Aufrollungsaktion über in Berlin gefundene Anlaufstellen und Deckadressen mit ihren Folgen nicht zu vermeiden gewesen. Manches, was als Folge von erpressten Aussagen einiger Beteiligten durch die Kasseler Gestapo in der Anklageschrift stand, musste unter Hinweis auf die Erpressung möglichst widerrufen und abgeschwächt werden.

Da für den Dreierkopf Belz, Thiele und Cohn ohnehin mit der Höchststrafe gerechnet werden musste, vereinbarten sie während der Untersuchungshaft nach einem abgestimmten Aussageplan, alle Belastungen soweit wie möglich auf sich zu nehmen und ihre Mitangeklagten durch überzeugende Schwindeleien zu entlasten. In der Tat klappte die Regie trotz einiger heikler Situationen so gut, dass die Hälfte der Angeklagten freigesprochen wurde, oder mit geringen Strafen auf Bewährung davonkam. So hinterliess der Kasseler Jugendprozess sowohl bei allen Angeklagten als auch bei der eingeschränkten Zuhörerschaft (unter ihnen auch Nazianhänger) einen sauberen und würdigen Eindruck zurück, der sich auch draussen weit herumsprach. Der Gerichtsvorsitzende Dr. Auffahrt beklagte in seiner Urteilsbegründung, dass neben einigen anderen insbesondere der Hauptangeklagte, aus einer alten kommunistischen Familie stammend und offenbar unbelehrbar, weder Schuldbewusstsein noch Reue gegenüber seiner Schuld gegen den nationalsozialistischen Staat gezeigt habe. Nur die vom Gesetz gebotene Höchststrafe sei für die Anführer des staatsfeindlichen Treibens angemessen.

#### TERROR GEGEN ARBEITERSPORTLER

Auch die Mitglieder der Arbeitersportbewegung verschiedener Richtung bekamen den Hass und die Verfolgung des faschistischen Staates zu spüren. Die Anhänger des Arbeitersports betrieben zwar in erster Linie ihren Sport, aber sie waren politisch meist auch in den Arbeiterparteien, der SPD und der KPD, sowie den Gewerkschaften organisiert. Die Arbeitersportler traten den Tendenzen der bürgerlichen Sportvereine entgegen, die sich in den Dienst reaktionärer Bestrebungen gestellt hatten und deren oberste Führung sich sofort nach der Machtübernahme Hitlers zur Mitarbeit am Nazistaat bereit erklärte. Das kam mehr und mehr darin zum Ausdruck, dass der Sport den Erfordernissen der "Wehcertüchtigung" untergeordnet wurde. Die Verbände der Arbeitersportler wurden aufgelöst, ihr gesamtes Eigentum an Heimen und Sportgeräten beschlagnahmt, sodass die Ausübung des Sports nicht mehr



möglich war. Die Nazis hofften, dass ihnen so die Gleichschaltung der Arbeitersportler mit der nazistischen Sportorganisation leichter sein würde. Ein erheblicher Teil der Arbeitersportler verzichtete aber lieber auf eine normale Sportbetätigung, als sich dem Zwang der Nazi-Sportführung zu unterwerfen. Die bewussten unter ihnen beteiligten sich an der antifaschistischen Widerstandsarbeit und tarnten ihre Zusammenkünfte in der Umgebung von Kassel mit Familienausflügen, Ball- und anderen Bewegungsspielen. Baumäste boten Ersatz für Reckstangen und Kraftsport wie Ringen, Gewichtheben usw. liessen sich auch improvisieren.

Einige Kommunisten und Sozialdemokraten waren aber auch dafür, sich von bestimmten Sportvereinen nicht ganz zu isolieren und so wurde beschlossen, im Henschel-Sportverein Mitglied zu werden. Hier war die unmittelbare Verbindung zu den Betriebsarbeitern ganz natürlich und günstig, da die Nazis in den Betrieben nach wie vor einen schweren Stand hatten. Die Gestapo hatte allerdings einige bekannte Leiter der Arbeitersportbewegung verhaftet und behielt ein wachsames Auge auf die ehemaligen Sportler, besonders von "Rot Sport".

Der begeisterte Arbeitersportler Franz Buda berichtet aus eigenem Erleben, wie es ihm und seinen Sportkameraden ergangen ist. Er wurde von dem Gestapokommissar Klenke verhaftet und vernommen. Auch seine Frau wurde geholt und in seiner Gegenwart verhört. Auf die Bemerkung Budas, er möge seine Frau wegen gerade überstandener schwerer Krankheit nicht so anbrüllen, schrie dieser: "Was, schonend behandeln? Leute wie Ihr müsstet mit einer Kette am Hals über das Pflaster geschleift werden!"

Andere Arbeitersportler wurden wegen des Versteckens von Sportgeräten vor der Beschlagnahme zur SA-Wache im "Braunen Haus" geholt und dort tagelang schwerstens misshandelt. Weitere wurden von der SS in das Wassersporthaus an der Fulda verschleppt, furchtbar mit Gummiknüppeln und Hundepeitschen zerschlagen, mit dem Kopf in die Fulda getaucht. Franz Budas Sportkamerad Willi Paar, Sohn des Ortsvorsitzenden der SPD Kassel-Harleshausen, wurde in die Schule getrieben und dort von SA-Leuten grün und blau geschlagen.

#### AMOKLAUF DER SA IM LANDKREIS

Unter der Führung des NSDAP-Kreisleiters Rudi Sempf vollzog sich im Landkreis Kassel ein wahrer Amoklauf der SA-Rollkommandos gegen die Arbeiterbevölkerung, gegen Kommunisten und Sozialdemokraten. Das war der Rachefeldzug für die vielen Niederlagen, die den Nazis in den Jahren vor 1933 zuteil geworden waren. Mit den berüchtigten SA-Banden Steinmetz, Motz und Berg schritt ein Rollkommando in Ober- und Niederkaufungen zur Aktion. Dutzende Kommunisten und Sozialdemokraten aus Oberkaufungen wurden in das Amtsgericht hineingeprügelt und dort erbarmungslos zusammengeschlagen. Der ehemalige KPD-Gemeindevertreter Wilhelm Ewald wurde dergestalt mit Gummiknüppeln geschlagen, dass er zwölf Tage auf dem Wasserkissen im Karlsruhospital liegen musste, ehe er wieder gehfähig wurde. Jeweils 6 - 8 der braunen Schläger fielen über ein Opfer her. Steinmetz führte die sogenannte Vernehmung, wobei der Forstgehilfe Rensch an der Schreibmaschine sass. Die



SA-Büttel wollten die Verstecke von Waffen, Fahnen, Büchern und Organisationsmaterialie wissen.

August Cohn, bis Ende 1932 Bezirkssekretär des KJVD und Funktionär der KPD, war wegen seiner jüdischen Herkunft den Faschisten doppelt verhasst. Er wurde nach einem kurzen Besuch im Elternhaus auf der Flucht ergriffen. Nachdem man ihn verprügelt hatte, wurde er umgekehrt auf den Rücken eines Ochsen gesetzt. Mit einem Schild auf dem Rücken "Ich bin ein Saujude" wurde er auf dem Ochsen durch das Dorf geführt, wobei die SA-Leute Freudentänze aufführten. Fotos dieser Vorgänge gelangten durch Oberkaufunger Antifaschisten auch in das Ausland, wo sie grosses Aufsehen und Empörung auslösten. August Cohn wurde anschliessend der Prozess wegen Widerstandsarbeit gemacht.

In Niederkaufungen wurden ebenfalls zahlreiche Antifaschisten aus den Wohnungen geholt und verprügelt. Johannes Cerny, bekannter Kommunist, und seine beiden dem KJVD angehörenden Söhne wurden furchtbar zugerichtet. Während der eine Bruder bewusstlos im Nebenraum eines Lokals auf dem Boden lag, wurde sein Bruder hineingestossen. Als er seinem Bruder auf die Beine helfen wollte, stürzten sich die Schläger Steinmetz, Riedel und Batz wie die Bestien auch auf ihn, bis er zusammenbrach. Als die Opfer wieder zu sich gekommen waren, trieb sie Batz mit Fusstritten und den Rufen auf den Hof: "Wollt ihr Heil Hitler sagen, ihr elenden Hunde..?" Sie taten es nicht.

Wie die Wölfe hausten die SA-Kolonnen auch in Heiligenrode. Der ehemalige SPD-Bürgermeister, Heinrich Linge, wurde in einem Lokal über den Tisch gezogen, entblösst und von oben bis unten mit Gummiknüppeln und Peitschen bearbeitet. Wenn die Haut zu platzen drohte - so war es bei anderen auch schon gewesen - wurden nasse Handtücher auf den Körper gelegt und weitergeschlagen. Manchem Opfer wurden die Nieren zerschlagen. Zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten machten die Nazis keinen Unterschied. Mancher SPD-Genosse erinnerte sich in diesen Stunden an die Mahnungen der KPD zur Einheitsfront, die leider nicht wirksam genug zustande gekommen war.

Im Vorort Harleshausen wurden alle dem örtlichen SA-Sturm bekannten und verhassten Kommunisten und Sozialdemokraten nacheinander in die Schule geholt und dort wie anderswo über Tische gelegt und verprügelt. Ein Teil von ihnen wurde anschliessend in das Polizeipräsidium und von da aus in das KZ Breitenau gebracht. Der KPD-Funktionär Adam Walper erzählte seine persönlichen Erlebnisse: Rechtzeitig gewarnt sei er in den Wald oberhalb der Rasenallee geflüchtet, aber schon von einem Wagen mit SA-Leuten verfolgt worden. Auch eine SS-Gruppe lief mit gezogenen Pistolen auf den Wald zu. Er sei in einen mit Laub und Reisig gefüllten Graben gelaufen und habe sich schnell mit dem Zeug zugedeckt. Die SS-Leute hätten mehrmals blind in den Wald hineingeschossen, aber ihr gesuchtes Opfer nicht gefunden. Am folgenden Tage sei er dann in aller Frühe aus der Wohnung geholt und nach Breitenau transportiert worden. Der SPD-Funktionär Willi Bork hatte den Mut gehabt, am 1. Mai eine schwarz-rot-goldene Fahne aus dem Fenster zu hängen, die einzige zwischen zahlreichen Hakenkreuzfahnen. Ein Denunziant meldete ihn bei der Nazi-Ortsgruppe, was seine unverzügliche Verbringung nach Breitenau nach sich zog. Heimsuchungen ähnlicher Art trafen Weimar, Heckershausen u.a. Orte.



## DOKUMENTE DER GESTAPO UND ANDERER BEHÖRDEN

Die nachfolgende Dokumentensammlung aus Gestapoakten und anderer Stellen im Zeitraum von 1933 bis Ende 1935 spricht für sich selbst, wenn auch nicht in jedem Falle dem Umfang aller Vorgänge entsprechend. Auch zeugen die Gestapoberichte davon, dass zahlreiche Einzelheiten nicht aufgedeckt werden konnten bzw. unrichtig wiedergegeben wurden.

Aus den Dokumenten geht aber eindeutig hervor, dass trotz aller Verfolgungsmassnahmen und schwerstem Terror eine umfangreiche und vielgestaltige antifaschistische Widerstandsarbeit geleistet wurde. Es fällt dabei auch auf, dass sich der Widerstand über Arbeiterkreise als seinem Kern hinaus auch auf bürgerliche, christliche und andere Kreise ausdehnte und selbst die Opposition bei Nazianhängern für die örtliche Naziführung besorgniserregende Formen annahm.

So führt das Bürgermeisteramt von Niederrhein in einem Bericht an den Landrat eine Menge Details über die Unzufriedenheit und die gegen das Regime und seine Politik gerichteten Verhaltensweisen von "Volksgeossen" und sogar Angehörigen der NSDAP und ihrer Gliederungen an.

Die Berichte über den KJVD bestätigen die vom Verfasser bereits aus eigenem Erleben gemachten Angaben, dass die Gestapo dank der Verschwiegenheit führender Funktionäre und des abgesicherten Fünfersystems eine Reihe der wichtigsten Aktionen des KJVD wie geschildert, nicht aufdecken konnte. Auch dass die Zeitung "Der Kämpfer" vom KJVD herausgegeben wurde, blieb unentdeckt. Zu bemerken wäre noch der Umstand, dass es bis zum Oktober 1933 keinen Einbruch der Gestapo in die Organisation des KJVD und vor allem keinen einzigen Fall von bewusstem Verrat und Überläufertum gegeben hatte. Trotz der Verhaftung der Führung des Verbandes und einer Reihe von Zellenleitern sowie Ortsgruppenvorsitzenden bestand praktisch die Möglichkeit, in absehbarer Zeit eine neue Führung aufzubauen und die Arbeit fortzusetzen.

In der weiteren Folge wird zu sehen sein, dass auch nach dem angegebenen Zeitraum die organisierte illegale Arbeit der KPD und des KJVD weiterging und viele andere Antifaschisten dabei für die Mitarbeit gewinnen konnte.



Abschrift.

Der Polizeipräsident  
Staatspolizeistelle.

14<sup>30</sup>.

Kassel, den 2. Oktober 1933.

An  
das Geheime Staatspolizeiamt  
in  
B e r l i n .

Regierung-Kassel  
-30KT.1933 V.

A II No. 1236

14<sup>30</sup>.

2. Oktober 1933.

Betr.: Politische Lage im Bezirk der  
Staatspolizeistelle Kassel.

I. K.P.D., S.P.D. und Nebenorganisationen:

Eine in der Öffentlichkeit besonders hervorgetretene Betätigung der K.P.D. und ihrer Nebenorganisationen konnte im Monat September nicht festgestellt werden. Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, dass bei jeder nur wahrnehmbaren Betätigung rücksichtslos und rechtzeitig zugegriffen wurde und in mehreren Fällen überführte kommunistische Funktionäre durch den Strafsenat des hiesigen Oberlandesgerichts zu schweren Strafen verurteilt worden sind. U. a. wurden am 28. August ds. Js. mehrere Kommunisten aus Hanau wegen Vorbereitung zum Hochverrat und am 27. September ds. Js. weitere Hanauer Kommunisten wegen Verbreitung des Flugblattes "Rote Gewerkschaftler" zu langjährigen Zuchthaus- bzw. Gefängnisstrafen verurteilt. Soweit die in diesem Verfahren angeklagten Personen wegen Mangels an Beweisen nicht verurteilt wurden, sich aber der Förderung kommunistischer Bestrebungen verdächtig gemacht hatten, wurden sie in polizeiliche Schutzhaft genommen und grösstenteils dem Konzentrationslager Breitenau zugeführt. Eine grosse Anzahl weiterer als Kommunisten bekannten Personen aus dem früher besonders stark marxistisch



marxistisch durchsetzten Hanauer Bezirk sind gleichfalls dem genannten Lager zugeführt worden. Hiermit dürfte die Gefahr weiterer kommunistischer Agitation in Hanau und Umgebung vorerst beseitigt sein, zumal beabsichtigt ist, die Schutzhäftlinge den kommenden Winter über im Konzentrationslager zu belassen.

In einzelnen Teilen des Bezirks, insbesondere in Kassel und Hanau sind in der letzten Zeit wiederholt kommunistische Flugblätter und sonstige Druckschriften verbreitet worden. So ist in Kassel in den letzten Tagen die Nr. 4 der K. P. D. - Druckschrift "Der Kämpfer" als Flugblatt an mehreren Stellen der Stadt/ z. B. in Postbriefkästen / vorgefunden worden. Über die Druckschrift ist dorthin unterm 25.9.1933 - 70<sup>33</sup> - besonders berichtet. Die bisherigen Ermittlungen nach den Herstellern der Druckschrift waren ergebnislos. Es wird jedoch vermutet, dass ihre Anfertigung in dem benachbarten, zum Bezirk der Staatspolizeistelle Hannover gehörenden Hann. Münden erfolgt. Diese Vermutung erscheint dadurch gerechtfertigt, dass - wie hier bekannt geworden ist - die illegale Bezirksleitung der K. P. D. aus Kassel nach Hann. Münden verlegt werden sollte und in Hann. Münden schon früher eine kommunistische Stadtzeitung "Mündener Rote Latente" hergestellt wurde, die der Herstellungsart des "Kämpfers" entsprach. Auch der zur Herstellung der Druckschrift benutzte Abziehapparat muss sich in Hann. Münden befinden. Die erforderlichen Ermittlungen sind in Einvernehmen mit der Polizei in Hann. Münden eingeleitet.

Vor einigen Tagen wurden in Kassel mehrere Exemplare des beiliegenden Zettels in der Altstadt angeklebt. Die Ermittlungen nach den Herstellern und Verbreitern sind aufgenommen. Es ist hierfür von Bedeutung festzustellen, ob die Klebezettel in der gleichen Ausführung auch an anderen Orten zur Verbreitung gekommen sind. Gegebenenfalls wird um entsprechende Nachricht gebeten.

Die



Die im Hanner Bezirk vertriebenen kommunistischen Flugblätter sollen grösstenteils aus Frankfurt a/M. stammen.

Landwirte aus dem Kreise Schlachten und Kirchhain erhielten im September mit Poststempel "Berlin S N 11" ein Flugblatt mit der Überschrift "Bauern zuhauf!" Der Bauer steht auf!" und der Unterschrift "Das Reichsbauern-Komitee" zugesandt. Ein Exemplar des Flugblattes füge ich bei.

Kommunistische Zusammenkünfte und Demonstrationen sind auch aus Anlass des für den 3. September d.J. vorgesehenen "Internationalen Jugendtages" hier nicht festgestellt worden.

Die S. P. D. scheint im Bezirk der hiesigen Staatspolizeistelle völlig erloschen zu sein. Von einer Agitation für diese marxistische Richtung war im Berichtsmonat nichts zu merken, obwohl die hier in Schutzhaft genommenen S. P. D.-Funktionäre nahezu sämtlich inzwischen aus der Schutzhaft entlassen sind.

In Teilen des Bezirks sind letzthin systematisch polizeiliche Aktionen unter Hinzuziehung von SA.- und SS.-Männern zur Durchführung gelangt, die sich als zweckentsprechende Massnahme zur Bekämpfung des Marxismus bewährt haben. Es ist daher beabsichtigt, derartige Aktionen demnächst erneut in mehreren Teilen des Bezirks durchzuführen.

## II. Judentum:

Allgemein konnte im September beobachtet werden, dass die im Bezirk der Staatspolizeistelle zahlreich ansässigen Juden sich wieder sicherer fühlen und dementsprechend freier in der Öffentlichkeit hervortreten. Dieses Verhalten des Judentums führte in der letzten Zeit wiederholt zu Kundgebungen der nationalen Bevölkerung,  
über







Zentrumsanhänger richten, als gegen die katholische Bevölkerung gerichtet oder gar als Bedrückung der katholischen Volksgenossen hinzustellen. Hierin liegt offenbar eine vorsichtige, aber folgerichtige Sabotage der Aufbauarbeit der nationalsozialistischen Regierung.

In Kreise Fulda musste der katholische Pfarrer Kauth in Poppenhausen, der sich durch unvorsichtige Äusserungen während des Gottesdienstes von der Kanzel herab den Unwillen der Bevölkerung zugezogen hatte, aus seiner Pfarrei entfernt und zu seiner eigenen Sicherheit in den Räumen des Bischöflichen General-Vikariats in Fulda untergebracht werden. Kauth wurde bis zur endgültigen Klärung der Angelegenheit von seiner vorgesetzten Kirchenbehörde beurlaubt; die gegen ihn verfügte Aufenthaltsbeschränkung konnte wieder aufgehoben werden.

Zwei weitere katholische Geistliche ( Pfarrer Ruez in Künzell und Sabregens Dr. Flügel in Fulda ) sind in den Verdacht geraten, durch ihre Privatkorrespondenz in Amerika Greuelpropaganda getrieben zu haben. Die Ermittlungen hierüber sind noch nicht abgeschlossen. Über die letztgenannten Fälle habe ich untern 20.9.1933 - 10<sup>15</sup> e - bzw. 28. 8. 1933 bereits berichtet.

Die katholischen Jugendverbände in Fulda, die in " Uniform " auftreten, sind mit der Hitler - Jugend in offenen Streit geraten. Die katholischen Jugendverbände machen der Hitler - Jugend durch ihre von Geistlichen geleiteten Geländespiele starke Konkurrenz.

Aus der Rechtsprechung des hiesigen Sondergerichts ist als besonders bemerkenswerter Fall mitzuteilen, dass kürzlich der Rittergutsbesitzer von Waldthausen in Gilserhof ( Kreis Fritzlar ), der früher der Deutschnationalen Volkspartei nahestand und örtlicher Führer des Stahlhelms war, wegen Beleidigung des Ministerpräsidenten Göring zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt worden ist. Eine " Abschiedsfeier ", die von Waldthausen in Kreise seiner Gesinnungsgenossen in einem Hotel in Homberg ( Kreis Fritzlar



Fritzlar) vor seinem Strafantritt veranstalten wollte, wurde von mir unterbunden.

In Hersfeld musste der dortige Rechtskonsulent Schandua, der gleichfalls früher Anhänger der Deutsch-nationalen Volkspartei war, vorübergehend in Schutzhaft genommen werden. Gegen Schandua war es zu einer erregten Kundgebung der Bevölkerung gekommen, wobei ihm vorgeworfen wurde, bei der Besorgung von Rechtsangelegenheiten zahlreiche der NSDAP. angehörende Klienten böswillig geschädigt zu haben. Die hiesige Staatsanwaltschaft ist in eine Nachprüfung der Beschuldigungen eingetreten.

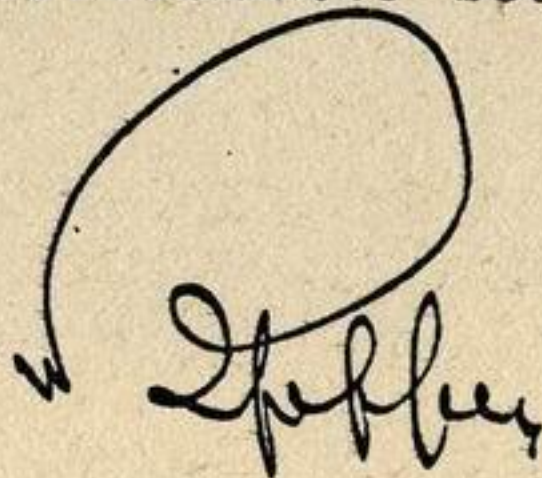
In Kassel musste der hier seit April ds. Js. bestehende "Verein nationaler Frontkämpfer" aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung verboten werden. Der Verein setzte sich aus unzufriedenen Anhängern der NSDAP., aber auch aus ehemaligen Marxisten zusammen. Ausserdem wurde festgestellt, dass der Vereinsvorstand bei der Mitgliederwerbung und Gründung von Ortsgruppen die Namen des hiesigen Gauleiters, seines Stellvertreters und des Unterzeichneten missbraucht hatte. Ein Mitglied des Vorstandes des Vereins wurde vorübergehend in Schutzhaft genommen.

gez. von Pfeffer.

Abschrift

dem Herrn Regierungspräsidenten

mit der Bitte um Kenntnisnahme überreicht.







Abchrift.

# DER POLIZEIPRÄSIDENT IN KASSEL

Staatspolizeistelle.

KASSEL, POLIZEIPRÄSIDIUM, KÖNIGSTOR 31

Regierung-Kassel

21. OKT. 1933 N.

EINGANGS- UND BEARBEITUNGSVERMERK

An

das Geheime Staatspolizeiamt

in

Berlin.

Ail. No. 1244  
Ail.

GESCHÄFTS-ZEICHEN UND TAG IHRES SCHREIBENS

GESCHÄFTSZEICHEN UND TAG MEINES SCHREIBENS

20<sup>30</sup>

21. Oktober 1933.

BETRIFFT Fortbestehen der kommunistischen Jugend-Organisation  
K. J. V. D. / in Kassel.

Ohne Verfügung.

Dem Geheimen Staatspolizeiamt in Berlin und der Staatspolizeistelle war bekannt geworden, dass der K. J. V. D. (Kommunistischer Jugend-Verband Deutschlands) illegal weiter bestand und auch arbeitete. Ein wichtiger Kurier wurde bei der Anlaufstelle in Berlin am 10. ds. Mts. durch Beamte des Geheimen Staatspolizeiamts abgefasst. Hierdurch sind auch die hiesigen Anlaufadressen bekannt geworden. Am 16. ds. Mts. wurde der Leiter, der Kassierer, Zellenleiter und mehrere Ortsgruppen-Vorsitzende des K. J. V. D. Bezirk Hessen-Nordost festgenommen. In Laufe der Aktion konnte die gesamte Organisation aufgedeckt und die Hauptfunktionäre festgenommen werden. Insgesamt wurde über 20 Personen Schutzhaft verhängt. Chiffrierschlüssel und mehrere Deckadressen für Kassel wurden gefunden und der Geheimschlüssel entziffert. Das Vermögen des K. J. V. D. wurde beschlagnamt.

Weiter wurde festgestellt, dass der K. J. V. D. die in der letzten Zeit in Kassel auftauchenden Streuzettel mit kommunistischen Parolen herausgegeben und zur

Vor-

ANLAGEN

DRAHTWORT  
Polizeipräsident  
Kassel

FERNRUF  
350 41

POSTSCHECK  
Frankfurt a/M.  
7069

BANK-KONTO  
Reichsbank-Girokonto

1244



Verteilung gebracht hatte. Der Druckapparat, der zur Herstellung der Streuzettel verwendet wurde, konnte ebenfalls beschlagnahmt werden.

In Zusammenhang mit der Lahnlegung des K.J.7 ist die in Aufbau begriffene Neuorganisation der K.P. aufgedeckt worden. Einige Hauptfunktionäre wurden festgenommen. Durch diese Aktion sind auch diejenigen Personen ermittelt worden, die die illegale kommunistische Zeitschrift "Der Kämpfer" herausgegeben und verbreitet haben.

Gegen sämtliche Beteiligten wird von hier ein Strafverfahren wegen Vorbereitung zum Hochverrat eingeleitet werden. Nach Abschluss der Ermittlungen wird erneut berichtet.

gez. von Pfeffer.

Abschrift

dem Herrn Regierungspräsidenten

mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt.



*Handwritten: 10.10.*

*Handwritten: 10.10.1933*

*Handwritten: M*

*Handwritten: 10/10/33*



Abſchrift.

Der Polizeipräsident  
Staatspolizeistelle  
61<sup>01</sup>/32.

Kassel, den 23. Oktober 1933.

F u n k s p r a c h e .

An

das Geheime Staatspolizeiamt  
in Berlin.

Illegales B. Z.- Büro der K.P.D. Kassel ausgehoben.  
Pol. Leiter F i s c h e r , Vorname Karl, 19.1.1893  
Reichenschwand , Deckname " Georg " . Seit 5. Oktober 1933  
flüchtig. Zur Zeit in Berlin. Folgende Berliner Adressen  
vorgefunden: P o h l , Vorname Karl, Berlin-Weissensee,  
Meinersdorferstrasse 1 a - Ecke Prenzlauerpromenade.  
Frau P o h l , Berlin N 113, Meinersdorferstrasse Nr. 1.  
B ö t t c h e r , Kolonie Lindenhöhe, Martinstrasse 15 -  
Berlinerallee 22. *11.11.33*

Regierung-Kassel

31.10.1933 N.

Abſchrift

dem Herrn Regierungspräsidenten

mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt.

In Vertretung:

*Kühnert*

Kg.

3. 11. 33.

*[Signature]*

1044



Der Landrat

Kassel, den 31. Oktober 1933.

An

den Herrn Regierungspräsidenten  
in Kassel.

Betrifft: Stand der kommunistischen  
Bewegung.

Verfügung v. 10.6.1933

A II 7389a.

Regierung Kasse.

-24.10.1933 v.

Der Hühnerfarmbesitzer Peters in Heckershausen stand seit langem im Verdacht kommunistischer Machenschaften. Am 14. Oktober d. Js. wurde eine überraschende Haussuchung auf seinem Anwesen abgehalten, wobei verdächtiges Schriftenmaterial beschlagnahmt werden konnte. Die Ehefrau des Peters wurde in Schutzhaft genommen und der Staatspolizeistelle in Kassel übergeben. Der Ehemann, welcher sich auf Reisen befand, konnte erst später verhaftet werden. Die Feststellungen der Staatspolizeistelle hat dann zu dem Ergebnis geführt, dass die Eheleute Peters mit den in Kassel aufgedeckten kommunistischen Bestrebungen in Verbindung standen. Die weitere Untersuchung der Angelegenheit wird daher von der Staatspolizeistelle geführt. Ebenfalls im Zusammenhang mit den kommunistischen Vorgängen in Kassel wurde bei der Familie Cohn in Oberkaufungen Haussuchung abgehalten, wobei einiges Material beschlagnahmt und ein Sohn der Familie verhaftet wurde. Auch in Obervellmar und Harleshausen wurden Spuren der Beteiligung an den Kasseler Vorgängen von der Staatspolizeistelle verfolgt.

Soweit mir bekannt, sind die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen.

Im übrigen haben sich bemerkenswerte Vorkommnisse nicht ereignet.

*Hugmann*



Abschrift.



# DER POLIZEIPRÄSIDENT IN KASSEL

Staatspolizeistelle.

KASSEL, POLIZEIPRÄSIDIUM, KÖNIGSTOR 31

EINGANGS- UND BEARBEITUNGSVERMERK

An  
das Geheime Staatspolizeiamt  
in  
B e r l i n .

GESCHÄFTS-ZEICHEN UND TAG IHRES SCHREIBENS

GESCHÄFTSZEICHEN UND TAG MEINES SCHREIBENS

BETRIFFT Kampfgemeinschaft für Rote Sporteinheit. Ad. 43<sup>65</sup> 11. November 1933.

Bezug: III B 259/1310/33.

Als Anlage werden die auf Grund der dortigen Funksprüche Nr. 122 vom 16.10. und Nr. 98 vom 19.10. entstandenen Vorgänge über die "Kampfgemeinschaft für Rote Sporteinheit" übersandt. Durch meinen Funkspruch Nr. 14 vom 24.10. hatte ich bereits mitgeteilt, dass G. Neumann, Wolfhagerstrasse 21, seit dem 23. Juli ds. Js. wegen Vorbereitung zum Hochverrat (K.P.D.) in Untersuchungshaft einsitzt. Das Verfahren schwebt unter dem Aktenzeichen O J 83/33 beim Generalstaatsanwalt in Kassel. Die Hauptverhandlung fand am 10. ds. Mts. statt. Er ist zu 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus verurteilt worden. Die durchgeführte Postsperre hat bis jetzt ein Ergebnis nicht gezeitigt. Desgleichen haben auch die mit Hilfe von V-Leuten betriebenen Erhebungen keinen Anhalt dafür ergeben, dass im Bezirk seitens der "Kampfgemeinschaft für Rote Sporteinheit" noch gearbeitet wird.

Die Kampfgemeinschaft ist am 15. März durch Beschlagnahme sämtlicher Geräte lahmgelegt worden. Der Landesleiter Stein war vom 15. März bis 22. April 1933 in Schutzhaft und der technische Landesleiter Hahn, Georg, befindet sich zur Zeit im Konzentrationslager Börgermoor bei Osnabrück. Den am 21. Oktober 1933 in Schutzhaft genommenen Heinrich Kramer - Blatt 2 der Akte - habe ich wegen seiner Kriegs-

ANLAGEN

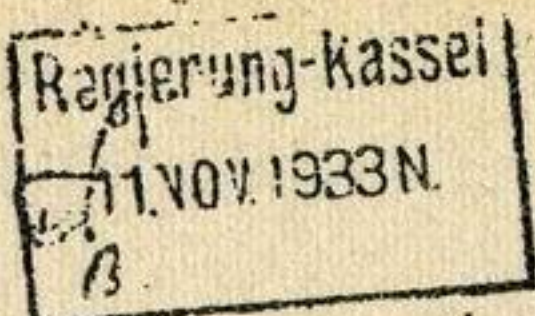
DRAHTWORT  
Polizeipräsident  
Kassel

FERNRUF  
35041

POSTSCHECK  
Frankfurt a/M.  
7059

BANK-KONTO  
Reichsbank-Girokonto  
Ver-





1943  
Ail.

Kriegsverletzung (Kehlkopfschuss) wieder auf freien Fuss gesetzt, da der Verdacht, dass er für die Kampf-gemeinschaft tätig war, nicht nachgewiesen werden konnte.

Als besondere Anlage füge ich eine Anzahl Flugblät-ter mit der Überschrift " Revolutionäre einheitliche Sportorganisation an der Saar ", ein Rundschreiben der Kampf-gemeinschaft für Rote Sporteinheit, Landesleitung Saar, " eine Sammeliste Nr. 36 der gleichen Kampf-gemeinschaft und eine Broschüre " Internationale Sport-rundschau " bei. Dieses Agitationsmaterial wurde am 8.11. bei dem Hauptzollamt in Kassel angehalten und beschlagnahmt. Es ist, wie aus dem beige-fügten Umschlag hervorgeht, an Karl W o l l in Hassel ( nicht Kassel ) St. Ingbert-strasse 35, adressiert. Durch die schlechte Schreibwei-se Hassel ist es nach hier und nicht nach dem Dorf Hassel im Saargebiet gelangt. Aus dem Inhalt der in Kope-hagen herausgegebenen Broschüre " Internationale Sport-rundschau " ist zu entnehmen, dass sich die R.S.I. sehr stark für die deutschen Vorgänge, besonders in der Jugen-bewegung, interessiert. Es sind hier verschiedentlich Auszüge aus deutschen Zeitungen angeführt, so z.B. auf Seite 160 ein Auszug aus einem Artikel " Angriff am Montag " vom 25.9.1933 und auf Seite 192 ein Auszug eines Artikels aus dem " Dortmunder Generalanzeiger " vom 27. August ds. Js., die durch das Herausreißen aus dem Zusam-menhang zeigen, mit welchen gemeinen Mitteln auch hier, soweit es sich um die Ausbildung der Jugend handelt, gear-beitet wird.

gez. von Pfeffer.

Abschrift

den Herrn Regierungspräsidenten

mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt.

18 XI 3  
F.F.

Pfeffer



A b s c h r i f t .

6101/32.

22. 11. 33 10 Uhr-

Funkspruch Nr. 13

An Gestapa

Regierung-Kassel  
25 NOV. 1933 N.  
Berlin.

An 21.11.33 wurde der Agitpropleiter des KPD-Bezirks Kurhessen-Maldeck an verabredeten Treff festgenommen. Bezeichnend ist, dass dem Agitpropleiter Hilfeleistung durch den Sohn des jüdischen Kaufmanns Engelbert, der in guten Verhältnissen lebt, gewährt wurde und dieser auch an Treff selbst zugegen war. Schreibmaschine und Abzugsgapparat wurden beschlagnahmt. Weitere Festnahmen stehen bevor.

Stapo Kassel.

Der Polizeipräsident  
Staatspolizeistelle  
6101/32.

Kassel, den 23.11.33.

Abschrift

den Herrn Regierungspräsidenten

mit der Bitte um Kenntnissnahme vorgelegt.

An den Herrn

28. 11.

F. 11. 33.

Steffen

72.



## WIDERSTANDSARBEIT UNTER ERSCHWERTEN KAMPFBEDINGUNGEN

Bis Ende 1933, Anfang 1934, waren mehrere Bezirksleitungen der KPD und auch die des KJVD verhaftet worden, bereits abgeurteilt, oder erwarteten den Prozess vor dem II. Strafsenat des OLG Kassel. Viele Antifaschisten, bei denen das Prozessmaterial nicht ausreichte, wurden in die Konzentrationslager verschleppt. Trotz erheblicher Verluste an Funktionären und Mitgliedern erfolgte immer wieder der Neuaufbau der Bezirksorganisation der KPD in Verbindung mit anderen antifaschistischen Gruppen und Einzelpersonen. Das musste auch in den geheimen Berichten der Staatspolizeistelle Kassel, unterzeichnet vom SS-Gruppenführer und Polizeipräsidenten von Pfeffer, eingestanden werden, obwohl man in früheren Berichten schon mit Stolz verkündet hatte, es sei kaum noch "kommunistische Wühltätigkeit" und anderweitige Opposition gegen den NS-Staat festzustellen.

Wie schon an anderer Stelle angemerkt, bestand zwischen dem wirklichen Umfang der illegalen Organisation, ihren Aktivitäten und dem Grad der Ermittlung durch die Gestapo ein ganz erheblicher Unterschied. Das hing auch damit zusammen, dass im Gegensatz zur ersten Periode des Widerstandes jetzt allgemein viel strenger die konspirativen Regeln beachtet wurden und der Organisationsaufbau so angelegt war, dass jeder nur den kannte, mit dem er unmittelbar zu tun hatte.

Andererseits ist ohne Übertreibung zu sagen, dass ab 1934 nicht ungünstige Bedingungen bestanden, eine breite antifaschistische Bewegung mit vielen Formen und Methoden zu schaffen. Eine ganze Reihe politischer und sozialer Faktoren, Stimmungen der Enttäuschung und Unzufriedenheit bis in die Reihen der Nazianhänger hinein, auch einige aussenpolitischen Umstände, zeigten an, dass der Hitlerfaschismus noch nicht gefestigt genug war, um einem denkbaren Massenwiderstand wirksam genug begegnen zu können. Um diese Lage auszunutzen, die gegebenen Chancen eines Umschwungs voll wahrzunehmen, bedurfte es vor allem der engen kameradschaftlichen Zusammenarbeit von Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschaftern, der Verständigung über ein gemeinsames Programm des Kampfes gegen den Faschismus und für die Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse. Es gibt viele Beweise und Dokumente dafür, dass die Auslandsleitung der KPD immer wieder an die der SPD herantrat, um durch Verhandlungen zu einem möglichst schnellen und wirksamen Ergebnis für das Handeln zu kommen. Aber die Auslandsleitung der SPD, selbst zwar im Zwiespalt, blieb sich in einem absolut treu - in ihrem Antikommunismus und sogar dem strikten Verbot jeder Aktionseinheit mit der KPD. Nicht minder schlimm war die Anweisung an die eigenen Mitglieder und Anhänger, keine illegale Widerstandsarbeit zu leisten, niemanden persönlich in Gefahr zu bringen und sich für bessere Zeiten aufzuheben. Hoffnungen in das Eingreifen des westlichen demokratischen Auslandes wurden erweckt. Unter solchen Umständen war es auch im Bezirk Hessen-Waldeck schwer, die antifaschistische Bewegung breit zu entwickeln. Dennoch wurde die Aufgabe angepackt, die grosse Überzeugung, Standhaftigkeit und Mut von jedem einzelnen forderte. Jene Sozialdemokraten, die kämpfen wollten und augenscheinlich sahen, dass die KPD als Organisation nicht nur dem Wort nach existierte, konnten für die gemeinsame Sache gewonnen werden.



Mitte 1934 kam im Auftrage der Auslandsleitung der KPD Max Dahlmann nach Kassel. Er nahm die Verbindung zu Ernst Lohagen auf, einem langjährigen führenden Funktionär der KPD in Hessen-Waldeck, der sich bis jetzt allen Zugriffen der Gestapo hatte entziehen können. Mit Lohagen, August Nadler und Konrad Prior wurde der Dreierkopf der Bezirksleitung gebildet. Sie gingen mit beachtlichem Erfolg daran, mehrere Unterbezirksleitungen in Hessen-Waldeck zu schaffen. Wichtigste Aufgabe war, in den Kasseler Betrieben Zellen und Stützpunkte zu organisieren. Etwa 200 antifaschistische Kämpfer waren ein halbes Jahr später in Dreiergruppen oder einzeln erfasst.

Gleichzeitig ging die BL daran, den KJVD neu aufzubauen, wobei die Zusammenarbeit mit den Jugendlichen angestrebt wurde, die früher anderen Jugendverbänden angehört hatten und sich mit der Zwangsorganisation Hitlerjugend nicht abfinden wollten. Die Sammlung der Jugend erfolgte unter der Tarnbezeichnung "Freundeskreis".

Illegale Zusammenkünfte der Gruppen dienten jeweils der Analyse der politischen Gesamtlage, der Strategie und Taktik des antifaschistischen Kampfes, der genauen Untersuchung der örtlichen Lage mit ihren einzelnen Vorkommnissen und Anknüpfungspunkten für die Arbeit. Stets wurde dabei aber auch der Blick auf die weitergehende Perspektive eines neuen Deutschland nach dem Sturz des Faschismus gerichtet, denn es ging nicht nur um den Widerstand gegen das Regime. Als Grundlage dafür dienten ab 1935 die Aussagen des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale und danach die der Brüsseler Konferenz der KPD. Mit Sozialdemokraten wurde zudem besonders über das Prager Manifest einer Auslands-Leitungsgruppe der SPD diskutiert und darauf geachtet, welche Aussagen der Förderung der Aktionseinheit gute Dienste leisteten. Die einschlägigen Dokumente des VII. Weltkongresses, der Brüsseler Konferenz und auch das Prager Manifest kamen in der Gestalt kleiner Tarnschriften in das Land. Beraten wurde der Inhalt eigener Flugblätter, die Losungen von Streu- und Klebzetteln, zu malende Losungen mit Farbe und Kreide, die Hilfe für Angehörige politischer Gefangener.

Der Vorschlag der BL der KPD, innerhalb der "Deutschen Arbeitsfront" Gewerkschaftsgruppen im Sinne der von den Faschisten zerschlagenen freien Gewerkschaften aufzubauen, stiess nach anfänglichen Vorbehalten auf ein breites Echo. Als Schwerpunkt waren die Henschelwerke vorgesehen. Als eigene illegale Bezirkszeitung wurde im Abzugsverfahren wieder "Der Kämpfer" herausgebracht. Bis September 1933 hatte der KJVD eine Zeitung gleichen Namens verbreitet. Von der zentralen Leitung wurde in hunderten Exemplaren das Zentralorgan der KPD "Die Rote Fahne" herangebracht und zum grössten Teil gezielt für 15 Pfennig oder einen höheren Solidaritätspreis verkauft. Von der Jugend wurden kleine Tarnschriften über den faschistischen Zwangs-Reichs-Arbeitsdienst verbreitet. Auch das Zentralorgan des KJVD "Junge Garde" fand den Weg nach Kassel. Die Wahrheit über die Röhm-Affaire fand auch in den Kreisen der unzufriedenen SA-Leute so lebhaftes Interesse, dass einzelne Schriften heimlich von Hand zu Hand gingen. So bot sich die Möglichkeit, auch enttäuschte SA-Anhänger geschickt in antifaschistische Handlungen hineinzuziehen. NSDAP und Gestapo reagierten auf solche Anzeichen der Zersetzung sehr nervös mit



hektisch durchgeführten Razzien und Vernehmungen im Betrieb, wodurch erst recht die Aufmerksamkeit auf das "Röhm-Blättchen" gelenkt wurde und die den Nazis verhasste "Flüsterpropaganda" geradezu animieren half.

Für die spezielle Gewerkschaftsarbeit konnte gezielt die "Internationale Gewerkschaftskorrespondenz" beschafft werden. Eine Schrift "Spitzel und Provokateure" diente der Absicherung der illegalen Arbeit gegen die zunehmenden Versuche der Naziorgane, Spitzel und Provokateure in die Belegschaften und die antifaschistische Organisation einzuschleusen.

Eine aussergewöhnliche Leistung der KPD-Bezirksleitung bestand in der Eigenherstellung und im Nachdruck von Schriften und Flugblättern auf dem Wege des ordentlichen Druckverfahrens. Das war schon deshalb notwendig, weil die oft langen Transportwege vom Ausland her stets mit vielen Gefahren für grössere Materialmengen belastet waren. Bestand die Möglichkeit des Nachdrucks im Bezirk, war die Heranbringung von Einzelexemplaren oder Manuskripten entschieden leichter. Diese Möglichkeit wurde in Kassel trotz grosser Schwierigkeiten für längere Zeit verwirklicht. Max Dahlmann war als Druckereifachmann und sogar mit dem Angebot als Geschäftsführer in eine harmlos aussehende kleine Druckerei in der Kölnischen Strasse eingetreten, die alle möglichen Druckerzeugnisse für Geschäftsbedarf herstellte. Unabhängig davon wurde eine Vertriebsgesellschaft für Nippsachen, Präsente wie Aschenbecher, Vasen, Porzellanfiguren usw. aufgebaut, die ihr Vertretergebiet bis zum Saargebiet ausdehnte, wo ein Stab der Auslandsleitung des ZK der KPD seine Operationsbasis hatte. Zur Tarnung wurden Vertreter zusätzlich ganz offiziell durch Anzeigen geworben. Jeder musste wie allgemein üblich, seine Bewerbungsunterlagen vorweisen und Zeugnisse beibringen. Auf diese Weise waren illegale Kuriere mit Leuten gemischt, die absolut keine Ahnung vom wahren Zweck der Vertriebsgesellschaft hatten.

In der Druckerei war es so, dass sich eingeschleuste Drucker unter Dahlmanns Leitung öfters zu freiwilligen Über- und Nachtstunden bereit erklärten und so ganz ungestört, aber nicht ohne Wachen, den Druck illegaler Materialien durchführen konnten. Einer dieser hervorragenden Druckfachleute war Karl Eckerlin, Sozialdemokrat und ISK-Anhänger, ehemaliger Bezirksvorsitzender der Naturfreunde, der normalerweise in der Waisenhaus-Buchdruckerei arbeitete.

Karl Eckerlin, Max Mayr vom ISK, Willi Paar u.a. machten sich als Sozialdemokraten und Gewerkschafter sehr verdient um die Heranziehung ihrer Genossen und Kollegen beim Aufbau der Gewerkschafts- und Jugendarbeit. Das Verhältnis zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten war auf Vertrauen und Kameradschaft im Geiste der Aktionseinheit gegen den Faschismus aufgebaut.

Die als Kuriere eingesetzten Verbindungsleute zur Abschnittsleitung der KPD im Saargebiet bereisten als Vertreter in Nippsachen und Präsente ihre Bezirke, wickelten ordnungsgemäss Geschäfte ab, um dann in ihren Koffern mit doppeltem Boden illegales Material nach Kassel zu befördern. Alibi und Tarnung waren stets abgesichert, um Überraschungen zu vermeiden. Es ging lange Zeit alles gut.



Im Sommer 1935 hatte die Gestapo Ernst Lohagen, den Bezirksleiter der KPD, endlich aufgespürt und verhaftet. Das war ein schwerer Verlust, aber die Organisation funktionierte weiter. Insbesondere hatte der Aufbau von Gewerkschaftsgruppen im Henschelbetrieb innerhalb der DAF sehr gute Fortschritte gemacht. Auch im Fieseler-Werk Bettenhausen wurde eine Gewerkschaftsgruppe gebildet. Stützpunkte entstanden im Drahtwerk Linker, im Elektrizitätswerk, im grossen Textilbetrieb Salzmann u.Co., bei Karstadt und Baumann und Lederer. In diesen Betrieben, die sich zunehmend vergrösserten, war die Umstellung auf Kriegsproduktion bereits deutlich erkennbar. Gegen die Vorbereitung auf den Krieg richtete sich ein erheblicher Teil der mündlichen und schriftlichen Agitation.

Unter den für die organisierte antifaschistische Widerstandsarbeit gewonnenen Kämpfern waren ausser Kommunisten vor allem zahlreiche sozialdemokratische Gewerkschafter, ehemalige Arbeitersportler, jetzt im Henschel-Turnverein, Arbeitersänger im Henschelchor, frühere Angehörige der Freien Jugend, der Freidenker- und Naturfreundejugend, der SAJ und hier und da sogar Freunde der früheren christlichen Jugendverbände und Pfadfinder. Zum Neuaufbau der Organisation gehörten auch eine Reihe zumeist Kommunisten, die kürzere Haftstrafen abgesessen hatten, oder aus dem KZ entlassen waren. Es muss ihnen als hohe Ehre angerechnet werden, dass sie sich trotz dieser persönlichen Leiden und der Gewissheit, bei erneuter Verhaftung mit schwersten Folgen rechnen zu müssen, nicht von der Mitarbeit abhalten liessen.

Ungewöhnliche Standhaftigkeit zeichnete u.a. Willi Pfromm aus. Aus dem Henschelbetrieb heraus verhaftet, hatte er trotz Folter bei der Gestapo keinerlei Angaben über die illegale Tätigkeit gemacht. Am 17. Februar 1934 vor Gericht gestellt, wurde er mangels Beweisen freigesprochen, aber sofort in ein KZ eingeliefert. Von dort nach 5 Monaten entlassen, musste er sich unterschriftlich verpflichten, sich nie mehr gegen den NS-Staat zu betätigen. Aber schon kurz danach suchte er die Verbindung zu Ernst Lohagen und arbeitete bis zu seiner erneuten Verhaftung am 25. Januar 1936 führend in der illegalen Organisation.

Eine der erfolgreichsten Aktionen im Henschelbetrieb und in anderen Betrieben und zugleich Spiegelbild des Standes der Gewerkschaftsarbeit war die Herbeiführung eines niedrigen Wahlergebnisses bei den Nazi-Vertrauensleute-Wahlen 1935. Flugblätter, Streuzettel, Mund-zu-Mund-Propaganda gegen Lohnkürzungen und Entlassungen, für die Wahrung des freigewerkschaftlichen Zusammenhalts bereiteten den Boden für die Niederlage der Arbeitsfrontbonzen, für NSBO-Lakaien u.a. vor. Diese waren zutiefst bestürzt, als sie die Stimmen zählten. Nur 5300 hatten ihre Kandidaten erhalten, das waren 35 Prozent der abgegebenen Stimmen. Dagegen erhielten zwei als frühere Betriebsräte bekannte Kollegen die doppelte Stimmenzahl. Aber was wollte die DAF-Führung machen, sie waren als DAF-Kandidaten ordnungsgemäss gewählt. Das Ergebnis konnte allerdings nicht ohne Folgen bleiben. Die Gestapo suchte fieberhaft nach den Urhebern für das schlechte Ergebnis der Vertrauensleutewahlen. Da sie einzelne nicht ausfindig machen konnte, verhaftete die Gestapo rund 100 Verdächtige und konstruierte mit Hil-



fe präparierter "Zeugen" Untersuchungsergebnisse, die für eine Anklage wegen Vorbereitung zum Hochverrat ausreichten. Am 7. März 1936 standen vor Gericht: Willi Pfromm (KPD), Hans Hinz (Arbeitersportler), Fritz Dornemann (KPD), Franz Buda (KPD), Willi Paar (SPD), Christian Stephan (KPD), Max Mayr (SPD-ISK), Willi Schiftan (parteilos, Jude), Karl Pfromm (KJVD), Fritz Kramer (KPD). Weil der Gesamtzusammenhang der umfassenden Organisation von der Gestapo nicht ermittelt werden konnte, gab es mehrere getrennte Verfahren. In das eine davon waren Andreas Ruhl, Willi Walberg, W. Zanger und Atti Neumann (alle KPD) verwickelt. Mit ihrer Verhaftungsaktion hatte die Gestapo zwar einen Teil der aktivsten Antifaschisten ausgeschaltet, aber den Fortgang der Widerstandsarbeit nicht lahmlegen können.

### VOLKSFRONT ALLER HITLERGEGNER

Das Zentralkomitee der KPD bemühte sich 1935/36 in der Emigration darum, alle führenden Emigranten verschiedener Richtungen für das Konzept einer antifaschistischen Volksfront zu gewinnen. Trotz aller Schwierigkeiten kam ein vorbereitender Ausschuss in Paris zustande, der sich aus 14 Vertretern der KPD, 20 der SPD, 10 der SAP und 29 namhaften Vertretern der deutschen Intelligenz zusammensetzte u.a. massgeblich Heinrich Mann. Im gemeinsamen Aufruf zur Bildung der deutschen Volksfront vom 21. Dezember 1936 ging es nicht nur um die Überwindung des Hitlerfaschismus, sondern auch um die politische Ordnung danach. Im Aufruf hiess es u.a.:

" Erfüllt von der Überzeugung, dass die braune Tyrannei einzig und allein durch den Zusammenschluss aller zum Kampf für Freiheit und Recht bereiten Deutschen gebrochen werden kann, rufen wir unsere Volksgenossen im Reich und im Ausland auf, sich in einer deutschen Volksfront zu **vereinigen!** Die Volksfront will keine neue Partei sein. Sie soll ein Bund aller derer werden, die entschlossen sind, ihre Kraft für Freiheit und Wohlstand des deutschen Volkes einzusetzen. Alle in ihr vereinigten Parteien und Gruppen bleiben ihren besonderen weiterreichenden Zielen treu. Alle eint der Wille, die braune Zwangsherrschaft zu vernichten...

Die Geschichte der Nachkriegszeit hat gezeigt, wie kleine Gruppen Bevorrechtigter, die den Grossgrundbesitz, die grossen Industriekonzerne und die Banken beherrschen, zu Totengräbern der Freiheit wurden. Um die Freiheit zu sichern, wird das neue Deutschland die Volksfeinde ihrer Macht entkleiden. Es wird die Rüstungsindustrie und die Grossbanken verstaatlichen. Es wird alle Sabotageversuche des Grosskapitals unter Anwendung der schärfsten Mittel zu verhindern wissen.."

### GESTAPO AM TOR ZUM EMPFANG BEREIT

Die Naziführung war mit den Urteilen, die nach den damals noch gültigen Strafgesetzen aus der Weimarer Zeit gefällt wurden und meist bis an die Höchstgrenze gingen, nicht zufrieden gestellt. Sie waren nach ihrer Auffassung nicht hart genug, um die aktiven Widerstandskämpfer lange genug aus dem öffentlichen Leben zu



# Kraftdurch Freude!

Diese Parole sollte natürlich auch für die SA- und SS-Männer gelten. Aber die Wirklichkeit geht hier durchaus andere als die gewünschten Wege. Nach den uns vorliegenden Meldungen, die als völlig einwandfrei wahr zu bezeichnen sind, haben sich in den letzten Monaten Unruhe und vielerlei Zersetzungserscheinungen innerhalb der SA und SS bemerkbar gemacht. Schon vor einigen Wochen wurde berichtet, dass allein im Januar 1934 SA und SS siebenundvierzig Tote zu beklagen hätten. Dass dieser eine Monat nicht einen Sonderfall darstellt, beweist ein Geheimrundschreiben an die Ortsgruppenleiter, das ausser « unzähligen Unfällen » und « zahlreichen Verletzten » einundsechzig Todesfälle meldet, die sich im Dezember 1933 ereignet haben sollen. Das Schreiben lautet : « Bekanntgabe ! Achtung ! Ortsgruppenleiter ! Nach wie vor ereignen sich unzählige Unfälle im Parteidiens. Allein im Monat Dezember wurden ausser zahlreichen Verletzten 61 (Einundsechzig !) Todesfälle der Hilfskasse gemeldet... Bis zum 22. Januar müssen daher die Beiträge für Februar an die Hilfskasse überwiesen werden. Die Beitragszahlung an die Hilfskasse ist laut Anordnung *Adolf Hitlers* Pflicht aller Mitglieder. 30. Januar 1934. gez. *Geisselbrecht*. »

## Eine gute Zeitung !

würde über diese Tatsachen natürlich ausführlich berichten ; denn sie beleuchten ein Geheimnis, das langsam trotz der Totschweigtaktik an die Oberfläche dringt : Aus verschiedenen anderen Geheimbefehlen geht hervor, dass SA und SS von Meutereien erschüttert werden, dass sie sich gegen unbeliebte Führer mit revolutionären Parolen und sogar Sprengkapseln wenden, die im Führerzimmer eines Sturms gefunden wurden. Wie sehr die Disziplin durch Strafen gesichert werden muss, geht aus den verschiedenen Delikten hervor, die besonders als strafbar aufgeführt werden. So heisst es in dem « Lagebericht Nr. 4, vom 8. Februar bis 22. Februar betr. SA » über die neue « Dienststrafordnung der SA » : « Strafbar sind ausser kriminellen Delikten Dienstversäumnis, Unpünktlichkeit, Dienstverweigerung, unberechtigte Kritik, Verbreiten falscher Gerüchte mündlich wie schriftlich, Meuterei, Unterlassen von Meldungen von Verstössen gegen die Dienststrafordnung. Der Sturmführer ist berechtigt, bei Meuterei von der Schusswaffe Gebrauch zu machen. »

## Der « Voelkische ... Beobachter »



er jetzt sicher froh, die SA vom Halse zu haben. Man hat nämlich in einer Versammlung von ehemaligen konservativen Führern ernsthaft erörtert, dass Hitler für den Plan zu haben sei, die SA aufzulösen und dafür die Reichswehr auf 300.000 Mann zu erhöhen. Der „Manchester Guardian“, dessen Korrespondent dieser Versammlung beigewohnt haben will, berichtet darüber weiter, dass die Teilnehmer die meisten Unterführer Hitlers für untauglich halten, von einer Diktatur der Reichswehr, die sie selber befürworten, als Führer übernommen zu werden. Der Masstab für die Verwendungsfähigkeit wäre demnach die Treue gerade gegenüber dem alten System, das von Sozialismus also nicht einmal das verwirklichen will, was die kleinbürgerlich orientierten SA-Sozialisten darunter verstehen. Man soll gewiss nicht in den Fehler verfallen, die gesamte SA heute für eine im faschistischen Sinn unzuverlässige Truppe zu halten. Aber es darf nicht verkannt werden, dass für Sozialisten hier einer der vielen Anhaltspunkte ist, die SA-Leute aus dem Nebel herauszubringen, in den eine hemmungslose, von kapitalistischem Geld und blutrünstigem Chauvinismus gepeiste Propaganda sie hineinvertet hat.

#### DIE VERTRAUENSRAFFE OHNE VERTRAUEN.

Die Vertrauensrätewahlen, die entsprechend dem skandalösen Gesetz zum Schutz der deutschen Arbeit im April vorgenommen worden sind, haben weit mehr noch als die „Vertrauenskundgebung“ für die Hitler-Regierung am 12. November 1933 gezeigt, dass die Opposition gegen das herrschende Regime durchaus nicht etwa besänftigt ist. Wir können es uns hier versagen, auf viele Einzelheiten aus den Wahlergebnissen einzugehen, weil die Kollegen selber auf keinem Gebiet so einfach wie hier kontrollieren können, wie die Stimmung dem Naziregime gegenüber wirklich ist.

Eine amtlich zusammenfassende Zählung der Wahlergebnisse gibt es bisher überhaupt nicht. Sie wird wahrscheinlich auch unterbleiben. Wenn man die vielen Einzelberichte, die trotz des Terrors der führenden Stellen und trotz des Verbots an die Presse, darauf einzugehen, an die Öffentlichkeit gedrungen sind, zusammennimmt, dann kann man ohne schädlichen Optimismus sagen, dass höchstens ein Drittel der stimmungsberechtigten Arbeiter und Angestellten für die Vertrauensleute der Arbeitgeber und N. S. B. O. gestimmt haben, wobei noch zu berücksichtigen ist, dass dabei die Listen häufig noch so korrigiert worden sind, dass wenigstens noch ein verhältnismässig brauchbarer NSBO-Mann an die erste Stelle der Gewählten gekommen ist, entgegen dem Wunsch Derjenigen, die die Wahllisten aufgestellt hatten. Hinzu kommt, dass von dem Ja-sagenden Drittel noch ein grosser Teil abgerechnet werden muss, der sich dem Terror gebeugt hat, der auch bei diesen Wahlen selbstverständlich geherrscht hat: In vielen Betrieben wurde ganz eindeutig so gewählt, dass jeder, der an der Liste etwas änderte, diese Tätigkeit so gut wie öffentlich vornehmen musste. In anderen Betrieben war die Kontrolle weniger streng, mindestens aber war in allen deutlich Derjenige zu erkennen, der aus Opposition sich an der Wahl gar nicht beteiligte.

#### NEUER TERROR UND BLUTGERICHT.

Selbstverständlich hat das Resultat die führenden nationalsozialistischen Kreise ungeheuer verärgert und beunruhigt. Der Terror ist denn auch erheblich verschärft worden: Göring hat wieder einmal von den drakonischen Massnahmen gesprochen, die gegen die sozialistischen und kommunistischen Reste von Organisationen unternommen werden sollen, von denen er dreist genug war zu behaupten, den Mut zu ihrer Tätigkeit nähmen sie von der „Risikolosigkeit“ dieser Arbeit. Die SS, die zuverlässige, sich hauptsächlich aus den höheren Ständen rekrutierende Hitler-Garde hat das Monopol auf die Leitung der Geheimen Staatspolizei auch offiziell übertragen bekommen — und damit man sicher ist, auch jedes nur noch einigermaßen Billigkeitsgründen entsprechende Urteil deutscher Gerichte auszuschalten, hat man besonders Voll-



*Tarnumschlag für  
eine illegale Schrift*

## Gesundheitsfördernde Würzpflanzen für den Winter





April 1935

## Der 1. Mai

«O mag es doch nur einen Tag,  
nur einen, frei zu sein!»

Die Verwirklichung dieser Forderung war der eigentliche Sinn der Maifeiern, ehe der Heilefischismus nach diesem Gedenktag in seine braunen Schmutzflinger nahm. Die Forderung hat sicherlich die meisten Sozialisten und Gewerkschafter überzeugt, dass sie mit den braunen Aenteu des Kapitals keine Kompromisse schliessen dürfen! Obwohl Hitler geschworen hatte, die Gewerkschaften nicht aufzulösen, wurden sie unmittelbar nach dem «gemeinschaftlichen» Rosenkranz der Arbeitgeber und Arbeitnehmer am 2. Mai 1933 gestohlen. Jener notorische Trunkenbold, *Leh*, versuchte damals diesen Diebstahl so zu beschönigen: «Nicht als ob wir damit die Gewerkschaften an sich zerkerten oder zerschlagen wollten. ...Arbeiter, Deine Institutionen sind uns Nationalsozialisten heilig und unantastbar. ...Arbeiter, ich schwöre Dir, wir werden Dir nicht nur alles erhalten, was sich vorfindet, wir werden Schutz und die Rechte des Arbeiters weiter ausbauen. ...»

Die Vernebelungsrichtungen des Faschismus sind mannigfaltig und vor allem gewaltig: es gehört eine besondere Anstrengung dazu, sich der betäubenden Wirkung der gleichgeschalteten Presse, des Rundfunks, der «Kunst», der Massenaufmärsche und Versammlungen und der korrumpierenden Wirkung der Arbeitsbeschaffung in der Rüstungsindustrie zu entziehen. Nur auf der Täuschung, die durch die Konzentrierung aller ideologischen Beeinflussungsmittel herbeigeführt wird, kann sich die innere Macht eines solchen Systems der Lüge und der Ausplünderung der werktätigen Massen auf die Dauer aufbauen. Zwar kann man durch gewalttätigen Terror, der eine der unerlässlichen Begleiterscheinungen jedes Faschismus ist, unruhige Geister zum Schweigen bringen; zwar kann man Führer einer organisierten Protestbewegung für immer «verleiden»; aber da der Faschismus gerade eine Organisationsform der vollendeten Ausbeutung der grossen Masse durch eine kleine Schaar Privilezierter darstellt, kann er sich nicht damit begnügen, Menschen einzusperrn oder umzubringen. Ja, er kann sich auf die Dauer nicht einmal damit begnügen, die von ihm Ausgebeuteten und Abhängigen durch blosser Ausnutzung ihrer Angst zur Fügsamkeit zu zwingen. Untrennbar mit ihm und seiner kapitalistischen und imperialistischen Ideologie verknüpft bleibt das brutale Mittel des Krieges; und die technische Entwicklung der jüngsten Zeit hat es mit sich gebracht, dass man einen Krieg nur führen kann, wenn die grosse Mehrheit des Volkes damit einverstanden ist. Es hängt also für das Gelingen des faschistischen Plans alles davon ab, dass die Masse der Bevölkerung auch ideologisch für die ausbeuterisch-imperialistischen Pläne der faschistischen Gewalthaber gewonnen wird.

Wer die Pläne der Faschisten durchkreuzen will, muss also unablässig dahin wirken, ihre Täuschungsmanöver zu entlarven! Gerade auch bei der drohenden Kriegsgefahr gilt es anzusetzen; denn Hand in Hand mit der allgemeinen Aufrüstung, wozu gerade die faschisierten Länder am meisten beigetragen haben; Hand in Hand mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland zum Beispiel, geht ein Schwall von Friedensreden auf das Volk hernieder, geht die Schöpfung einer Volksstimmung, die den kommenden Krieg als einen Verteidigungskrieg, als einen Kampf um die Ehre, die Freiheit oder den Lebensraum des deutschen Volkes empfinden soll. Daher die Aufregung deutscher Faschisten über Todesurteile in Litauen, obwohl solche Urteile, und zwar viel gröber und ohne jede rechtliche Grundlage, zu Hunderten in Deutschland vollstreckt wurden. Dieses Spiel mit «Grundsätzen», die immer so herumgedreht werden, wie es den imperialistischen Bestrebungen des Faschismus passt, muss Tag für Tag in der zähesten Kleinarbeit in jedem Gespräch aufgedeckt werden, von dem man sich eine Wirkung gegen den Faschismus überhaupt versprechen kann.

Dass die Faschisten nicht gewillt sind, den Klassenkampf durch die Herstellung einer wirklichen Volksgemeinschaft zu liquidieren, wie sie der Sozialismus in seiner Aufhebung der Klassen und in der Herstellung einer wirklichen Gleichberechtigung aller arbeitenden Mitglieder der Gesellschaft erstrebt, zeigt die Behandlung der Interessenvertretungen der Werktätigen. Als Kampforganisationen sind sie überhaupt zerstört. Ihre Unterstützungsrichtungen sind zum grossen Teil zerschlagen. Die Vereine «Kraft durch Freude» und «Schönheit der Arbeit» sollen über diesen Raub hinwegtäuschen. Alle Bildungsrichtungen der Arbeiterschaft sind zu blossen nichtswagenden Propagandamitteln des nationalsozialistischen Blödsinn geworden. Den vorläufigen Höhepunkt der Vergewaltigung der Arbeiterschaft bildet die am 26. März erfolgte Eingliederung aller deutschen Arbeitgeber-Organisationen in die Deutsche Arbeitsfront und deren Unterstellung unter das Kommando der Kapitalisten.

Die vielen Phrasen, die dabei wieder über Gleichstellung von Unternehmern und Arbeitern gedroschen worden sind, können nicht darüber hinwegtäuschen, dass es nur darum ankam, auch den letzten Rest von Widerstandswort aus der Deutschen Arbeitsfront, so verstümmelt sie auch als Arbeiterorganisation gewesen war, zu vertreiben. *Leh* hat sicherlich mit Schaudern daran gedacht, dass aus dem Nebeneinanderbestehen der beiden Organisationen in späteren Zeiten etwas Ähnliches wie der Klassenkampf



# Persil bleibt Persil!

## DER TAG DER NATIONALEN ARBEIT.

Dieser Feiertag, der seine Bedeutung erlangt hat durch eine Forderung der internationalen Arbeiterschaft, die bereits im Jahre 1889 beschloss, am 1. Mai durch Arbeitsniederlegung die Gemeinsamkeit der Ziele der Arbeiterklasse zu dokumentieren, fordert eine besondere Besinnung gerade heute, wo er durch die faschistischen Machthaber zwar den Charakter eines Feiertages erhalten hat, den die Arbeiterschaft ihm schon immer verleihen wollte, wo aber dieser Charakter durch die Art der Feier in das Gegenteil dessen verkehrt worden ist, was eigentlich die Arbeiterschaft damit gewollt hat.

Die Ziele der Arbeiterschaft sind nicht nur weitreichender als die der Nationalisten insofern, als sie nicht nur einen kleinen Teil der Erde betreffen, sondern die gesamte: sie sind vor allem weiter und tiefer reichend weil sie als Grundlage die allgemeinen Prinzipien der Freiheit und Gleichheit: des Sozialismus, vertreten, während ihre nationalistischen Gegner sich in bezug auf die Begründung ihrer Ziele nur auf den reinen Machtstandpunkt und den der blossen und schrankenlosen Willkür stellen können. Die Ziele des Sozialismus zu verfechten, heisst: Idealen dienen, heisst: die Menschheit kulturell weiterbringen, heisst: sie der grösstmöglichen Vollkommenheit näherbringen, heisst kurz: sich wie ein Mensch benehmen. Den Zielen nationalistisch-imperialistischer Willkür zu dienen, heisst: « tierischer als jedes Tier zu sein ».

Benutzen wir die kommandierte Musse des « nationalen » Feiertages, um uns auf die Aufgaben zu besinnen, die die internationale Solidarität verlangt, deren nächstes Ziel ist, das faschistische Tier mit dem Menschengesicht niederzuringen.

Die Neuen politischen Briefe werden sich bemühen, die Aufgaben ständig klar umreissen und durchführen zu helfen.

## Für den Hausgebrauch !

Sehen Sie, die grosse Masse der Arbeiter will nichts anderes als Brot und Spiele, die hat kein Verständnis für irgend welche Ideale... Wir wollen eine Auswahl der neuen Herrschicht, die nicht wie Sie von irgend einer Mitleidmoral getrieben wird, sondern die sich darüber klar ist, dass sie auf Grund ihrer besseren Rasse das Recht hat, zu herrschen und die diese Herrschaft über die breite Masse rücksichtslos aufrechterhält und sichert. » (Hitler, zu Otto Strasser, kurz vor dessen Ausschluss aus der NSDAP im Herbst 1930).

## Für Aussenstehende !

Der tiefste und letzte Grund seines (des Arbeiters) Kampfes war nicht nackte Lohnpolitik, seine Streiks wurden nicht um kleinliche Lohnerhöhungen geführt, nein: der tiefste und letzte Grund war der Kampf um seine Anerkennung und um seine Ehre. Dieser grosse Kampf, der aus dem Stolz der Menschen geboren war, macht uns den Arbeiter so wertvoll. » (Dr. Ley auf einem Empfangsabend des Aussenpolitischen Amtes der NSDAP in Berlin).

Da Adolf Hitler am 1. Mai « nach draussen » spricht, wird also wohl die Arbeiter-« Ehre » vorherrschen !



An den

Herrn L a n d r a t ,

K a s s e l .

politischer Kurzbericht.

A) Allgemeines.

Die schon früher vermerkte Lebhaftigkeit der Mitglieder der Bewegung und ihrer Organisationen hat im allgemeinen eher zu- als abgenommen. Eine erfreuliche Ausnahme macht die SA, deren Veranstaltungen, nachdem sie sich von den Säumnissen gesäubert hat, gut besucht sind. Auch die Frauenschaftsabende weisen eine durchaus befriedigende Beteiligung auf. Die von der Kreisfilmstelle veranlassten Filmvorführungen waren in letzter <sup>ebenfalls</sup> Zeit stark besucht. Die Amtsleiter der NS-Volkswohlfahrt waren öfters zu Schulungs- und Beratungsabenden eingeladen und meist vollzählig zur Stelle. Auffallend ist, wie häufig der Hitlergruss nicht angewendet und sogar verweigert wird. In Ladengeschäften hört man ihn von den Käufern kaum; häufig wird er auch mit einem "Guten Tag" oder "Guten Abend" erwidert.

Bei den Sammlungen für das Winterhilfswerk haben sich eine verhältnismässig grosse Zahl von Volksgenossen nicht in einer ihren Verhältnissen entsprechenden Weise beteiligt. Sie sind von der Ortsführung an ihre Pflicht erinnert worden.

Durch die Butter- und Schweinefleischknappheit ist die Stimmung der Bevölkerung im allgemeinen zweifellos ungünstig beeinflusst worden; man kann aber doch feststellen, dass die Knappheit mit Würde ertragen wird und nicht zu lauten Kritiken in der Öffentlichkeit bisher geführt hat. Dabei nimmt man allerdings an, dass es sich um einen bald vorübergehenden Zustand handelt, obwohl hier und da auch pessimistische Stimmen laut werden. Unter vielen Hilfsbedürftigen und Hindernismittelten lebt zudem die Hoffnung, dass zum Weihnachtsfest eine grössere Fettverteilung erfolgen werde. Die Hausfrauen halten fast durchweg die Einführung einer Fettkarte <sup>für</sup> erwünscht, weil eine Organisation der Fettabgabe den Geschäftsleuten bisher nicht gelungen ist. Unmut erregte es, als bei einer



kürzlichen Kontrolle, der zum Kasseler Markt durchreisend, Butterhändler festgestellt wurde, dass sie teilweise erhebliche Mengen - bis zu 5 Pfd. - Butter für einen einzigen mit Namen bezeichneten Haushalt mit sich führten. Kritisiert wurde auch gelegentlich die angebliche Tatsache, dass Verheiratete Angehörige der Wehrmacht Butter in ausreichender Masse in den Kameradenheimen erstehen könnten, und auch wirklich erstehen, daneben aber ihren Bedarf noch in den hiesigen Geschäften decken.

Geklagt wird allgemein über eine Verschlechterung der Fleisch- und namentlich der Wurstqualitäten. Die vorgeschriebenen Preise nach dem Stande vom März 1935 suche man durch Verminderung der Qualität auszugleichen. Auch ist beobachtet worden, dass Fleischergeschäfte Dauerware herstellen, die sie nach einiger Zeit ~~bei~~ Trocknung der Waren zum erhöhten Preise zu verkaufen hoffen.

Einen niederdrückenden Eindruck hatte die Ankündigung zahlreicher Arbeiterentlassungen in dem Betriebe der Firma Gebr. Credé & Co. verursacht. Der Umstand, dass die Zahl der Entlassungen herabgesetzt und ein Teil der Entlassenen anderwärts untergebracht wurden, hat eine gewisse Beruhigung gebracht. Man fürchtet aber, dass mit weiteren Entlassungen gerechnet werden muss.

**B) Kommunistische Bewegung.**

Es sind keine Beobachtungen gemacht worden, aus denen geheime Zusammenschlüsse und systematisches illegales Arbeit geschlossen werden könnte. Feststeht jedoch, dass es am Orte noch zahlreiche verbissene Kommunisten gibt, die, ~~für~~ wenn sie nichts zu fürchten hätten, ihre Staatsfeindlichkeit betätigen würden. Leider wohnen diese Elemente teilweise in Gemeindefamilienwohnungen, ohne dass es gelingt, sie anderweitig unterzubringen.

**C) Sonstige marxistische Bewegungen.**

Unter den früheren Anhängern dieser Bewegung, insbesondere der SPD, befinden sich ebenfalls noch zahlreiche Volksgenossen, die sich mit den heutigen Zuständen einfach nicht abfinden wollen, die aber die Vorteile, die der nationalsozialistische Staat bietet, z.B. das Winterhilfswerk, dennoch in Anspruch nehmen.

**D) Katholische Bewegung.**

Die in den letzten Jahren auf etwa 200 Köpfe angewachsene katholische Gemeinde, die hier ein eigenes Gotteshaus unterhält, tritt nach aussen nicht hervor und konnte bei politischer Betätigung nicht beobachtet werden. Ein auffälliges Bemerkbares



einzelner Katholiken ~~innerhalb der Bewegung~~ innerhalb der Bewegung und ihrer Organisationen kann nicht festgestellt, ein bewusstes Zurückhalten aber auch nicht behauptet werden.

E) Evangelische Bewegung.

Hier ist im allgemeinen Ruhe eingetreten. Einer der beiden zur Pfarrer-Opposition gehörenden Geistlichen ist inzwischen versetzt und durch einen jungen, der SA ~~angehörig~~ angehörenden Pfarrer ersetzt, ~~zudem~~ ferner ein Vikar angestellt wurde, der ebenfalls Angehöriger der SA ist.

F) Juden.

Eine der beiden hiesigen Judenfamilien hat den Ort verlassen nachdem <sup>er</sup> sich wirtschaftlich infolge des stillen Boykottes nicht mehr halten konnte. Seine Tochter, eine frühere Kommunistin, war kurz zuvor wegen Rassenschande von der Staatspolizei festgesetzt worden. Der noch hier wohnende Jude besitzt die ausländische Staatsangehörigkeit, in der er anscheinend einen persönlichen Schutz sieht. Sein Geschäft (Schneiderei) geht noch immer recht flott. Die Juden aus der näheren Umgebung, die hier von jeher Handelsgeschäfte von Haus zu Haus gemacht haben, sind noch immer nicht aus dem Ortsbilde verschwunden. Auch kommt es hin und wie er mal vor, dass Vieh heimlich von Juden gekauft wird. Die politischen Leiter üben jedoch eine scharfe Kontrolle aus, und warnen die Artvorgessenen Volksgenossen in mancherlei Form.

G) Sonstigen. Nichts zu bemerken.

Der Bürgermeister :

*[Handwritten signature]*

*[Handwritten notes:]*  
Bürgermeister  
Hingewiesen  
Hingewiesen



7. Aug. 1936

**f ü r R e c h t e r k a n n t:**

Das in der Strafsache gegen den Angeklagten Wilhelm Pfromm (O.Js. 132/33) ergangene freisprechende Urteil des II. Strafsenats des Oberlandesgerichts in Kassel vom 17. Februar 1934 wird aufgehoben, soweit es den Angeklagten Wilhelm Pfromm betrifft.

**Die Angeklagten**

Wilhelm P f r o m m ,  
H i n z ,  
D o r n e m a n n ,  
B u d a ,  
P a a r ,  
S t e p h a n ,  
M a y r und  
S c h i f t a n

sind der Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens  
die Angeklagten

Karl P f r o m m und  
K r a m e r

der Beihilfe zu diesem Verbrechen schuldig.

Es werden deshalb verurteilt:

Wilhelm P f r o m m zu sieben Jahren sechs Monaten Zuchthaus,

H i n z zu sieben Jahren sechs Monaten Zuchthaus.

D o r n e m a n n zu vier Jahren sechs Monaten Zuchthaus,

B u d a zu drei Jahren sechs Monaten Zuchthaus,

P a a r zu zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis,

S t e p h a n zu zwei Jahren Gefängnis,

M a y r zu zwei Jahren sechs Monaten Zuchthaus,

Karl P f r o m m zu neun Monaten Gefängnis,

S c h i f t a n zu vier Jahren Zuchthaus,

K r a m e r zu neun Monaten Gefängnis.

Den Angeklagten Wilhelm Pfromm und Hinz werden die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von je 10 Jahren, den Angeklagten Dornemann, Duda, Mayr und Schifftan auf die Dauer von je 5 Jahren aberkannt.

Zugleich wird gegen die Angeklagten Wilhelm Pfromm, Hinz, Dornemann, Duda, Mayr und Schifftan auf Zulässigkeit von Polizeiaufsicht erkannt.

Sämtlichen Angeklagten wird die erlittene Untersuchungshaft auf die erkannten Strafen angerechnet, den Angeklagten Karl Pfromm und Kramer jedoch nur mit einem Teil von je drei Monaten.

Die Kosten des Verfahrens werden den Angeklagten auferlegt.

Gründe:



H a f t lA n k l a g e s c h r i f t .  
-----

- Bl. 3/3 R. 1.) Schmidt , Friedrich , Maler , aus Kassel , Mühlengasse 15 ,  
verheiratet, glaubenslos, geb. am 20. Oktober 1904 zu  
Hann.-Münden,  
vorbestraft,  
in dieser Sache polizeilich festgenommen am 27. Februar  
1936 und seit dem 28. Februar 1936 in Untersuchungs-  
im Gefängnis in Kassel,
- 1/R. X 2.) Körle , Heinrich , Arbeiter , aus Oberkaufungen , Leipziger  
straße 49, verheiratet, glaubenslos, geb. am 22. November  
1895 zu Zennern, Krs. Fritzlar,  
in dieser Sache polizeilich festgenommen am 15. Dezember  
1936 und seit dem 16. Dezember 1936 in Untersuchungsha-  
im Gefängnis in Kassel,
- 55/R. 3.) Gachwender , Karl , Kriegsbeschädigter , aus Kassel ,  
Sodensternstraße 6, verheiratet, glaubenslos, geb. am 2.  
August 1900 zu Bamberg,  
in dieser Sache polizeilich festgenommen am 15. Dezember  
1936 und seit dem 16. Dezember 1936 in Untersuchungsha-  
im Gefängnis in Kassel,
- 59/R. 4.) Waschhausen , Albert, Karl Friedrich, Bauarbeiter , aus Kasse  
Judengasse Nr. 7, verheiratet, glaubenslos, geb. am 11.  
August 1898 zu Moringen, Krs. Northeim,  
in dieser Sache polizeilich festgenommen am 15. Dezember  
1936 und seit dem 16. Dezember 1936 in Untersuchungs-  
haft im Gefängnis in Kassel,
- 83/R. 5.) Bredow , Bernhard , Schlosser , aus Kassel , Artilleriestr.  
H. II. , verheiratet, evangelisch , geb. am 5. November 189  
zu Kassel

in



entfernen, oder sie ganz zu vernichten. Das Ziel der Faschisten richtete sich immer mehr darauf, ihre Gegner auf lange Frist moralisch zu zermürben und die gefährlichsten physisch und psychisch zu zerbrechen oder zu liquidieren. Für den Justizapparat wurde bereits 1934 die Handhabe gegeben, härteste faschistische Terrorurteile bis zur Todesstrafe zu verhängen. Roland Freisler wurde dabei federführend. Zehn, zwölf, fünfzehn und lebenslang Zuchthaus für die Fortsetzung "staatsfeindlicher" Tätigkeit waren nun keine Seltenheit mehr. Aber auf alle Funktionäre und Mitglieder der Arbeiterorganisationen, die nach altem Strafgesetz im Maximum mit drei Jahren Zuchthaus weggekommen waren, wartete nach Verbüßung der Strafhafte von Ausnahmen abgesehen, die Gestapo schon am Zuchthaus- und Gefängnistor auf die Entlassenen. Die Opfer dieser Willkür bekamen selten die Gelegenheit, wenigstens einen Tag im Kreise der Familie die Freiheit zu genießen, sondern wurden unverzüglich in eines der Konzentrationslager eingeliefert. So kam es, dass Tausende und Abertausende von politischen Häftlingen von 1933 oder 1934 an bis zur Befreiung im Jahre 1945 ununterbrochen inhaftiert blieben, sofern sie nicht schon vorher oder in letzter Minute von der SS ermordet wurden.

### IM ZUCHTHAUS VERHUNGERT

Traugott Eschke aus Harleshausen, Mitglied der Bezirksleitung der KPD, wurde nach drei Jahren immer neuer Vernehmungen unter grausamer Folteranwendung und anderen Quälereien zu fünfzehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Staatsanwalt hatte die Todesstrafe beantragt. Sein Mitangeklagter Karl Krug, Mitglied der illegalen Leitung, bekam zwölf Jahre Zuchthaus. Eduard Wilhelm aus Harleshausen, Kurier der Bezirksleitung, wurde ein Opfer der furchtbaren Folterungen der Gestapo. Um nicht schwach zu werden und den Qualen zu entgehen, wählte er den Freitod in der Zelle. Traugott Esche überlebte die Strafzeit im Zuchthaus Wehlheiden nicht.

Nach insgesamt 8 Jahren Haft einschliesslich der Untersuchungshaft ging er an den Haftbedingungen elendiglich zugrunde. Halbverdorbene Nahrungsmittel und schlechtes Brot waren an der Tagesordnung. Nur robuste Naturen standen solche Verhältnisse durch, aber Traugott Eschke, magenkrank und in einer feucht-kalten Kellerzelle von Tuberkulose befallen, verhungerte regelrecht, weil er den Zuchthausfrass nicht mehr vertrug.

Was hatte Traugott Eschke "verbrochen?" In Harleshausen alteingesessen war er als Mensch und Politiker hochgeachtet in der ganzen Bevölkerung, auch bei andersdenkenden. Als Gemeindevertreter setzte er sich konsequent für die Interessen der arbeitenden Menschen ein und galt als unbestechlich. Rentnern und anderen Hilfsbedürftigen half er bis zu seiner Verhaftung mit sachkundigem Rat und Anträgen bei den Ämtern. Selbst die Nazis am Ort schreckten 1933 davor zurück, diesen geachteten und aufrechten Menschen in der Schule zu verprügeln, weil sie die Verachtung der Bevölkerung aller Richtungen fürchteten. Konnte ein Mann wie er, von seinen Ideen zutiefst überzeugt und jedes Unrecht hassend, sich mit den brutalen Verhältnissen der Nazidiktatur abfinden? Selbstverständlich kämpfte





Jahr: 1943  
Nr. 1

Name J. J. K. L.  
geb. am 2. 1. 1895 in Braunschweig / Friedrichshagen  
Wohnung Rudolf-H. Finklerstrasse 15  
Beruf Lieferant  
Aufgenommen 7. 1. 43. um 10. Uhr — ist am 3. 1. 43  
Heute ungeheilt — gebessert — geheilt  
nicht arbeitsfähig — arbeitsfähig in \_\_\_\_\_ Tagen  
entlassen worden.  
Krankheit Hernienoperation, Wundinfektion

**Der behandelnde Arzt:**

Dr. Kirk



er gegen die Schmach des Hitlerfaschismus, weil er Nichtkämpfen als ein Verbrechen an der Allgemeinheit angesehen hätte. Er wusste, was er seiner Frau und seinen beiden heranwachsenden Töchtern auferlegte, die ihn sehr liebten und nicht verlieren wollten. Mancher seiner Bekannten und Freunde flüsterten ihm zu: "Traugott, lasse doch die Finger davon. Es hat doch alles keinen Zweck mehr." Entweder winkte er dann wortlos ab, oder wenn er Hoffnung hatte, den anderen durch sein Beispiel zu gewinnen, antwortete er: "Selbst wenn es vorerst keinen Zweck hätte, ist das kein Grund, nicht gegen das Verbrechen zu kämpfen. Der Faschismus wird zerschlagen werden, aber wir können das nicht irgendwem überlassen, es zu tun. Wer jetzt nichts tut, verhindert damit kein noch grösseres Verbrechen. Umgekehrt wird ein Schuh daraus." Was in den Augen der Nazijustiz ein Verbrechen war, bedeutete Traugott Eschke kommunistische Pflichterfüllung und Verantwortung vor dem deutschen Volk. Dafür ist er wie viele andere gezwungenermassen gestorben, weil er für das Leben, das er liebte, gekämpft hatte. Niemand mag zu ermessen, was seine tapfere Frau und treue Lebensgefährtin an seelischer Qual neben bitterster materieller Not durchgestanden hat. Wieviel moralische Kraft gehört dazu, mit ansehen zu müssen, wie der geliebteste Mensch langsam zugrunde geht und den Menschen nach aussen hin dennoch ein Lächeln zu zeigen. Diese Frau besass die Kraft. Das Zuchthaus tor öffnete sich einen Tag vor dem Tode Traugott Eschkes.

Die hohnvolle "Gnade" der Nazibehörden überwand sich dazu, den Totkranken in das zivile Diakonissenhaus überführen zu lassen, damit seine Angehörigen die Hand in seiner Sterbestunde halten und ihm den Todesschweiss von der Stirn wischen konnten. Das kostete die Nazis nicht viel an "Grossmut", denn einen ihrer gefährlichsten Widersacher hatten sie weniger. Der Arzt wurde dazu erpresst, auf den Totenschein als Todesursache "Herzmuskelschaden, Kreislaufstillstand" zu schreiben. Die wahre und schlimmste Todesursache bestand in einer Tbc, hervorgerufen durch eine der kältesten Kellerzellen und die Verweigerung warmer Kleidung von seinen Angehörigen.

#### BESTIALISCHER MORD AN HEINRICH TRÄBING

Heinrich Träbing war gebürtiger Oberkaufunger, einfacher Arbeiter, im Dorf geachtet, mit fröhlichem Humor, stets hilfsbereit. In den Jahren nach 1933 hatte er seine Gesinnung nicht abgestreift wie eine Schlangenhaut. Zahlreiche seiner Freunde und Bekannten schmachteten hinter Kerkermauern, er war noch verschont geblieben, aber das Schicksal der anderen und ihrer Familien ging ihm an die Nieren. Mancher deutete seine an ihm ungewohnte Stille als ein Zeichen möglicher Anpassung. Grosser Irrtum. Heinrich war das, was man im Volksmunde als "stikum" (verschwiegen) zu bezeichnen pflegte. In aller "Stike" tat er das, was am nötigsten war - solidarische Hilfe für die Frauen und Kinder der Inhaftierten. Diese wurden mit kümmerlichen Bettelpfennigen des Wohlfahrtsamtes abgespeist. Der Träbing Henner sammelte in seinem Betrieb unter antifaschistischen Kollegen und der Bevölkerung zu Hause kleine Geldbeträge. Es kamen keine grossen Summen zusammen, aber jede Mark bedeutete für die Frauen mehr als eine materielle Hilfe in der Not. Sie fühlten vor allem, dass sie nicht allein gelassen wurden.



Heinrich fand alle möglichen Mittel, um zu helfen. Mal liess er dem Jungen der Marie die Schuhe besohlen, mal besorgte er dem Fritz einen abgelegten Trainingsanzug für den Sport, mal fanden die Kleinsten ein Spielzeug auf dem Weihnachtstisch, das nicht vom Weihnachtsmann gebracht worden war. So war der Henner und er kannte kein schöneres Gefühl der Befriedigung, als den Verfolgten eine Freude machen zu können.

Aber die Handlanger des Regimes lagen schon auf der Lauer. Einer der niederträchtigsten Gestaposchurken im Kasseler Polizeipräsidium, der Kriminalsekretär Hellwig, hatte von der Hilfsbereitschaft Träbings durch einen Denunzianten Wind bekommen. Am 8. Oktober 1936 um 6 Uhr pochte es an die Haustür von Träbings und der Ruf ertönte: "Aufmachen, Polizei!" Wie es dann weiterging, das schildert die schwer leidende Witwe Heinrich Träbings so:

" Sie liessen ihn nicht aus den Augen, als er sich anzog. Als er mit ihnen ging, sagten sie mir, er wäre bald wieder zurück, ich sollte mich nicht aufregen. Ich sass und wartete, wartete, bis Mittag, konnte mich nicht zu irgendeiner Arbeit aufraffen. Vielleicht kam er mit dem Mittagszug, vielleicht war er auch gleich zur Arbeit gegangen, um nicht noch mehr Stunden zu versäumen. Was habe ich alles in meiner Not gedacht, der Mensch klammert sich bei so etwas an den Strohalm."

Witwe Träbing macht eine lange Pause. Man sieht ihr an, wie die grausamen Bilder an ihrem geistigen Auge vorbeiziehen, wieder lebendig werden. Sie fährt fort:

"Das war am 8. Oktober und am 11. war er schon tot. Sie haben ihn so furchtbar geschlagen. Als ich ihn am anderen Tage im Polizeipräsidium sprechen wollte, wurde mir das verweigert. Nur ein paar Sachen haben sie mir abgenommen wie Rasierseife usw. Am anderen Tage bin ich wieder hin und habe sie gefragt, warum sie mich nicht zu ihm lassen. Sie lachten höhnisch, die von der Gestapo. Auf dem Flur traf ich nachher einen Polizeibeamten, dem ich wohl leid tat. Er flüsterte mir zu, dass er meinen Mann noch in der Nacht gesehen hätte, als sie ihn wieder zur Vernehmung holten.

Ich wollte wissen, wie er ausgesehen hätte, ob sie ihn geschlagen hätten. Der Polizist hob die Schultern und guckte mich so an, dass ich auch ohne Worte Bescheid wusste. Am 11. haben sie mir gesagt, dass mein Mann gestorben wäre - an einem Herzschlag. Er hätte sich so aufgeregt bei den Vernehmungen. Ich wollte meinen Mann sehen, aber sie zeigten ihn mir nicht. Ich sollte zum Rathaus gehen und die Freigabe beantragen. Also ging ich zum Rathaus, wie von Hammerschlägen halb betäubt, nur mit dem Gedanken, meinen Heinrich zu sehen. Im Rathaus sagten sie mir: Liebe Frau, es ist doch besser, wenn sie ihn so in der Erinnerung behalten, wie er von ihnen gegangen ist. Ich liess mich auf nichts ein und sie mussten mir eine Bescheinigung ausstellen. Meinen Mann hatten sie ins Krankenhaus geschafft, in die Leichenhalle. Sie wollten einen natürlichen Tod vortäuschen. Der Arzt im Krankenhaus sagte mir, der Wärter von der Leichenhalle wäre nicht da, ich könnte meinen Mann nicht sehen. Ich fuhr wieder nach Hause. Am anderen Tage war ich wieder im Krankenhaus. Zuerst haben sie mir gesagt, ich sollte die Totenpapiere im Büro abholen. Der Totenschein war gefälscht.





Minard Swaling Oberlin

Das in besseren Tagen aufgenommene Bild fürs Familienalbum. Es zeigt die Familie Heinrich Träbing. Kamerad Träbing war ein treuer Helfer in der materiellen und seelischen Not verfolgter Familien. Dafür wurde er am 8. Oktober 1936 von der Gestapo abgeholt und bestialisch ermordet.

In Kaffel Linggijewskaja Nr 41  
 Kun der T. U. margal 129



(Heinrich Träbing)

3

### Eidesstattliche Erklärung!

Nach den Ursachen, die zur Ermordung Heinrich Träbing durch die Gestapo geführt haben, kann ich folgende Schilderung geben.

Nachdem unsere Ehemänner verhaftet, verurteilt und in Gefängnissen, Strichhäusern und Königenstrassenlagern saßen, sammelte Heinrich Träbing in der Bevölkerung von Oberkainpfingen Geldbeträge, die er zu unserer Unterstützung an uns reichte. Es waren Beträge von 2-3 Mark.

8. Oktober 1936 morgens um 6 Uhr von der Gestapo aus dem Nach geholt und in das Foltergepris hinein gebracht. Dort wurde er verhört. Hier Frauen der Gefangenen wurden sämtlich zum Bürgermeisteramt vorgeladen und von zwei Gestapobeamten unter Drohungen und Beschimpfungen vernommen. Sie sollten sagen, was oft was Geld bekommen hatten und in welcher Höhe die Beträge waren.

Mit uns waren vorgeladen Frau Katz, Frau Köhl, Frau Finckh, Frau Ubert, Frau Helmer, Frau Piemer, Frau Kraker, Frau Rache, Frau Lückert.

Ich kann ausserdem bezeugen, dass von Frauen eine gänzlich falsche Kollektivismus bekannt und dafür noch gezwungen wurden, kleiner Stempel für den Bau des Schwimmbades Oberkainpfingen zu transportieren. Unsere Häuser dürfte niemand betreten, wenn es nicht verdächtig werden sollte. Hier wurden wir Missstätze behandelt.

Oberkainpfingen, den 2. Juni 1960 Marion Lenz

Eidesstattliche Versicherung, die über die Ermordung von  
Heinrich Träbing Aufschluß gibt.







Als Todesursache stand zuerst etwas anderes da, es war durchgestrichen und da stand etwas, was ich nicht verstanden habe, irgendwas mit dem Herzen. Dann endlich stand ich in der Leichenhalle vor der Bahre meines Heinrich. Er hatte eine grosse Schmarre quer über den Kopf und am Kinn ein Loch. Sie mussten ihm den Schädel zertrümmert haben. Es war furchtbar für mich und ich konnte es nicht glauben, dass Heinrich tot sein sollte. Dann brach ich an der Bahre zusammen. Ein Auto brachte mich nach Hause.

Den Gestapobestien wie Hellwig genügte es nicht, dass diese Frau so schwer durch den Verlust ihres Mannes betroffen wurde, vor allem, auf welche Weise das geschehen war. Die Beerdigung Heinrich Träbings wurde zu einem Tag der Schmach und Schande für die Nazis. Mehr als tausend Einwohner von Oberkaufungen folgten in einem schweigenden Protestmarsch dem Sarg des Ermordeten. Trotzdem bedrohte die Gestapo auch noch Frau Träbing, um ihre Schandtat verwischen zu können. Hier ihr Bericht:

" Als ich nach dem Krankenhaus wie von Sinnen in Oberkaufungen ankam, fragte mich der Gendarm auf der Strasse, was mit meinem Mann geworden sei. Ich sagte ihm: "Sie haben ihn wie einen Hund totgeschlagen!" Der Gendarm darauf: "Um Gotteswillen, Frau Träbing, sagen sie das nicht weiter, sonst werden Sie auch noch weggeholt." Mir war alles egal und ich habe allen erzählt, was vorgefallen war. Das kam dem Gestapomann Hellwig wieder zu Ohren und er liess mich zum Amtsgericht kommen, wohin er extra aus Kassel herkam. Er sagte: ' Wenn Sie sich unterstehen, noch weiter zu erzählen, was Sie gesehen haben und dass wir Ihren Mann totgeschlagen hätten, dann kommen Sie dahin, wohin Kommunistenweiber gehören.'

Die Drohungen verhinderten nicht, dass die schändliche Mordtat an Heinrich Träbing in Stadt und Land bekannt wurde. Nach und nach kehrten verurteilte Oberkaufunger aus der Haft zurück und erfuhren, wofür der Träbing Henner sein Leben verlor. Jetzt fühlten sie sich trotz der Warnung örtlicher Nazibonzen ihrerseits verpflichtet, der Witwe und ihrem Jungen zu helfen, denen sogar die Fürsorgeunterstützung verweigert worden war.

#### EINEINVIERTTEL JAHR GEHETZT

Eine markante Persönlichkeit im Kampf gegen Faschismus und Militarismus, für den Frieden, war Wilhelm Marker, Kassel-Niederzwehren. In Hofgeismar geboren, verlor er früh seinen Vater. Die Mutter musste als Putzfrau den Unterhalt der Familie verdienen. Der Junge war mit der Not gross geworden. Seine herausragenden Leistungen in der Schule nützten ihm im System der Privilegierten nichts und so musste er Schuhmacher lernen. Doch als junger Mann nahm er schon am Kampf gegen den Kapp-Putsch teil und wurde Mitglied der KPD.

Von 1926 bis zu seiner Verhaftung im Jahre 1934 hatte er seinen Wohnsitz in der noch selbständigen Gemeinde Niederzwehren. Schon 1926 war er als Kandidat der KPD in den Gemeinderat gewählt worden und wurde wegen seiner unermüdlichen Arbeit für die Interessen der arbeitenden Bevölkerung bis 1933 immer wieder gewählt. Besonders am Herzen lagen ihm die Credé-Arbeiter, die Mieter und Kleinbauern.





Das demokratische Kassel erinnert mit der Wilhelm-Markert-Straße an den von allen Schichten der Bevölkerung geschätzten Gemeindevertreter der KPD, Wilhelm Marker, Kassel-Niederzwehren. Marker wurde im Block 11 im KZ Sachsenhausen bestialisch ermordet. Zu diesem Zeitpunkt war der frühere SS-Angehörige Bugdalla der Verantwortliche für Block 11.



Die Nazis fürchteten seine grosse Popularität und beredsame Durchschlagskraft. In Niederzwehren bekamen sie lange Zeit kein Bein auf die Erde, denn der Fipse Marker sorgte auch für die Einheitsfront mit vielen Sozialdemokraten und anderen. Die von ihm herausgegebene Kleinzeitung "Zwehrener Kauz" vertrat nicht nur konsequent soziale Interessen, sondern wurde zur Waffe für den antifaschistischen Kampf. Nach 1933 erschien der "Kauz" illegal und ging von Hand zu Hand. Für die Nazis war sein "Schuldkonto" hoch genug, um ihn zu jagen und unschädlich zu machen. Doch sie bekamen ihn lange Zeit nicht zu fassen.

Von der Gestapo und Nazispitzeln wurde Wilhelm Marker eineinviertel Jahr gesucht. Er aber verstand es im illegalen Kampf immer wieder, neue Ansatzpunkte eines breiten Widerstandes auch in Zwehren zu nutzen, was sich im Klagebericht des Bürgermeisteramtes an die Nazibehörden über die antinazistische Stimmung in Zwehren widerspiegelte. "Fipse" war aber gezwungen, seine illegale Arbeit mehr nach auswärts zu verlegen. So rief er in einem Flugblatt die Kleinbauern von Helsa zum Steuerstreik und gegen die Erbhofgesetze auf. Oft ohne Geld, auf seinen Wanderungen von Ort zu Ort auf die Hilfe treuer Mitkämpfer angewiesen, hatte er mehr als einmal kein wärmendes Bett, keine Möglichkeit, die nassen Kleider an einem Ofen zu trocknen. Ungebrochen und zäh, überzeugt von der Richtigkeit der Sache, nahm er Entbehrungen und Gefahren auf sich wie kaum ein anderer.

Endlich hatte ihn die Gestapo in der Nähe von Eschwege aufgespürt und verhaftet. Er wurde von der Gestapo furchtbar gefoltert, aber sie bekam nicht ein Wort aus ihm heraus. Das magerere Prozessmaterial reichte nur für 15 Monate Gefängnis aus. Wie nicht anders zu erwarten, sorgte Gestapo-Hellwig nach der Haftverbüßung für seine Verschleppung in das KZ Esterwegen, von wo er in das berüchtigte Lager Sachsenhausen verlegt wurde. Ihn begleitete der Vermerk der Kasseler Gestapo "Rückkehr unerwünscht." 1940 im Januar kam er in Sachsenhausen in das Todeskommando, Block 11, Strafkomp<sup>er</sup>anie. Hier wurde<sup>er</sup> nachts im Schlafraum bestialisch ermordet. Sein Tod kam auf das Konto des 40-fachen SS-Mörders Bugdalla, Verantwortlicher für den Block 11.

Wilhelm Marker ist nicht vergessen. In der Zeit nach 1945, als der antifaschistische Kampf noch in frischer Erinnerung war, anerkannten die städtischen Körperschaften seine Verdienste im Kampf gegen den Faschismus und für ein demokratisches Deutschland, indem eine Strasse in Niederzwehren den Namen Wilhelm Marker verliehen bekam.

### STREIK AN DER REICHAUTOBAHN

Vorbestrafte Antifaschisten bekamen ihren Beruf faktisch gestrichen. Das betraf den Facharbeiter wie den Techniker oder ungelernten Arbeiter. Besonders Betriebe, die für die Rüstung arbeiteten - welcher arbeitete nicht schon dafür - blieben sowohl für vorbestrafte wie verdächtige Nazigeegner verschlossen. Im "Arbeitsbuch" des Nazistaates befand sich für sie ein Stempel S, wonach diese Art Arbeitsuchende nur im Tiefbau, als Bauhilfsarbeiter oder in nicht rüstungswichtigen Betrieben beschäftigt werden durften. Jede zugewiesene Arbeit musste angenommen werden. Weigerung war an die Gestapo zu melden und hätte unweigerlich neue Inhaftierung nach sich gezogen. So kam es, dass sich nicht wenige



Kommunisten und andere Antifaschisten nach der Haft auf Arbeitsämtern, Autobahnbaustellen und anderen Grossbaustellen wiedertrafen. Hier arbeiteten sie mit vielen anderen zusammen, die je nach Ortsklasse auch nur mit erbärmlichen Stundenlöhnen von 58 - 54 Pfennig im Tiefbau, oder mit 72 bis 76 Pfennig als Bauhilfsarbeiter abgespeist wurden, während grosse Baufirmen Riesenprofite einsteckten. Darüber murrte auch mancher SA-Mann, der sich von der nationalsozialistischen "Volksgemeinschaft" mehr erhofft hatte. Schlechtwetterzulagen bei Regentagen oder Schneematsch gab es nicht, sodass mancher Familienvater bei grösseren Stundenausfällen mit 26 - 32 Mark in der Woche nach Hause ging. Der Normalarbeitstag betrug 10 Stunden, aber 12 und 14 Stunden waren längst keine Seltenheit mehr. Das alles gab häufigen Anlass zu Unzufriedenheit und Auflehnung.

Der langjährige Kommunist August Leck aus Oelshausen im Kreis Wolfhagen, bekannt und beliebt in weiten Kreisen der Landbevölkerung, erzählt davon, wie es ihm und einigen anderen Genossen mit grossem Geschick gelang, an einem Autobahnabschnitt die etwa 180 Mann starke Belegschaft zur Arbeitsniederlegung für einen ganzen Tag zu veranlassen. Es ging um eine Lohnerhöhung von 4 Pfennig die Stunde, um die Einschränkung der Überstunden und ihre höhere Bezahlung, um die kostenlose Versorgung mit Warmgetränken durch die Baufirma.

August Leck war längere Zeit in Haft gewesen. Gerade er musste mit Bedacht und Schläue an das Werk gehen, um nicht gleich als "Aufwiegler" abgestempelt zu werden. Er und einige Genossen verstanden es, einer Reihe von SA-Mitgliedern zu suggerieren, dass sie doch am ehesten das Recht und die Pflicht hätten, gegen das unsoziale Verhalten der Bauleitung bei dieser vorstellig zu werden. Natürlich würden auch andere dabei mitmachen. Man wurde sich einig über die einzelnen Forderungen und die Auswahl von 12 Mann als Sprecher der Baustellenbelegschaft. Die Schicht hatte gerade begonnen. Die Delegation zog zur Bude des Bauführers. Fast die gesamte Mannschaft trottete hinterher. Keine Baumaschine lief, die Schippen und Hacken ruhten. Der Bauführer hatte die Szene schon vom Fenster aus erkannt und stürzte heraus. Er drohte, sofort Meldung wegen Arbeitsverweigerung und Sabotage zu machen, wenn nicht unverzüglich mit der Arbeit begonnen würde. Man merkte ihm aber auch die schlotternde Angst vor einem Skandal an und fragte: "Was wollen Sie denn von mir?" Gleich Dutzende riefen durcheinander, dass es so nicht weitergehen könnte mit der Schinderei bei zu wenig Geld.

Aus dem Kreis der 12 Sprecher traten zwei SA-Männer und August Leck hervor, trugen im Namen aller die Forderungen ruhig und bestimmt vor. Der Bauführer hob betuernd die Hände und erklärte, darüber nicht entscheiden zu können. "Dann rufen Sie sofort Ihre Firmenleitung an" wurde ihm geantwortet. In Gegenwart der Sprecher musste er das tun, bat aber inständig, bis zum Bescheid die Arbeit wieder aufzunehmen, oder er komme mit der Terminleistung für den Tag in Verzug und so in des Teufels Küche. August Leck teilte das den draussen wartenden Arbeitern mit, die aber einmütig und laut genug bekundeten, dass sie vor der Bewilligung ihrer Forderungen keinen Handschlag machen würden. "Sie haben es selbst gehört", sagte August Leck zum Bauführer. Das Gespräch des Bauführers mit der Geschäftsleitung ging lange hin und



her und endete vorerst damit, dass die Geschäftsführung die Sache erst beraten müsse. Es wurde Mittag und Nachmittag. "Hauptsache, wir sind uns einig", hörte man unter den Arbeitern sagen, "wir können warten." Einige SA-Männer drohten dem Bauführer, die Leitung der Arbeitsfront anzurufen. Aber andere SA-Leute meinten, die hätten sich ja schon längst um bessere Arbeitsverhältnisse an der Autobahn kümmern müssen, aber nichts getan. Kritische Worte wendeten sich gegen nicht eingehaltene Versprechungen des Staates und dass sich die "da oben" genau so die Taschen vollmachen, wie früher auch. August Leck und seinen Genossen konnte die Stimmung nur recht sein und förderten den Unwillen durch geschickte Fragestellungen und ironische Bemerkungen.

Erst am späten Nachmittag kam der Bauführer hervor und verkündete die mit lautem Hallo aufgenommene Entscheidung, dass die Firma 4 Pfennig als aussertarifliche Zulage bewilligt habe, dass Überstunden über den 10-Studenten Tag hinaus freiwillig seien und mit dem doppelten Betrag des Lohnzuschlags bezahlt würden. Die kostenlose Bereitstellung von Warmgetränken sei ebenfalls bewilligt worden. Über den Erfolg der Aktion, die wohlweislich nicht als Streik bezeichnet wurde, herrschte grosse Freude.

"Mir war ja mehrere Tage nicht wohl zumute, denn es war durchaus möglich, dass sich bestimmte Stellen für den Vorfall und einige seiner Urheber interessierten", schloss August Leck seinen Bericht. Wahrscheinlich hatten aber untere Stellen Gründe genug, um die Geschichte nicht an die grosse Glocke zu hängen.

#### PAULA LOHAGEN UND ERICH WEINERT

Unvergessen und nicht wegzudenken aus dem Kasseler Widerstandskampf sind Paula Lohagen und Erich Weinert. Paula Lohagen, die Frau von Ernst Lohagen, kam aus der KPD, Erich Weinert von der Freidenkerjugend, ein prachtvoller Mensch und Vorbild für die Jugend. Beide organisierten erfolgreich neue Widerstandsgruppen im Auftrage der Bezirksleitung, der Zeitung "Rote Fahne" und des Jugendorgans "Junge Garde". Paula Lohagen leitete ein System von Fünfergruppen im Henschelwerk Mittelfeld, Erich Weinert widmete sich mehr der Jugend. Der Henschel-Turnverein und die CT-Turnhalle in der Jahnstrasse waren legal getarnte Treffpunkte für Absprachen. Illegale Zeitungen wurden bei befreundeten Kioskinhabern, Zigarrengeschäften u.a. für die Abholung deponiert.

Paula Lohagen, diese tapfere und unerschrockene Frau im Widerstand, und Erich Weinert wurden nach langer Fahndung in kurzen Abständen verhaftet. Nach langen Quälereien in der Untersuchungshaft kam sie in das KZ Ravensbrück und wurde dort ermordet. Erich Weinerts Leidensweg endete ebenfalls nach mehreren Stationen im KZ Heuberg. Die Gestapo hatte aus beiden nicht ein Wort über die Organisation, ihre Freunde und Kameraden herauspressen können.

#### VOM WIDERSTAND IM FIESELER-FLUGZEUGWERK

Die Facharbeiter Eduard Wilhelm und Heinrich Meise arbeiteten beide im Fieseler-Werk Bettenhausen, einem Rüstungsbetrieb für spezielle



Kriegsflugzeuge unter der Führung des bekannten deutschen Kunstfliegers Gerhard Fieseler. Vorher der KPD und SPD nahestehend und miteinander befreundet, fanden sie Gleichgesinnte. Im Zuge des schon erwähnten Neuaufbaus der antifaschistischen Organisation bauten sie mehrere voneinander unabhängige Gruppen auf. Hauptziel der Agitation war die Anprangerung der Kriegsvorbereitungen des Hitlerfaschismus und die Aufforderung, mit allen Mitteln bis zur Sabotage dagegen zu kämpfen.

Das Werk war nicht gross und die Fertigungshallen sehr übersichtlich. Es war nicht leicht, während der Arbeit miteinander über antifaschistische Arbeit zu sprechen. Also gingen E.W. und H.M. daran, zahlreiche Wohnadressen von Kollegen zu sammeln, wobei ihnen ein Mitarbeiter im Personalbüro Unterlagen verschaffte. Ausserdem wurde die neue Fieseler-Siedlung nach und nach von Werksangehörigen bezogen. Jeweils diejenigen Kollegen, die ihrer gewerkschaftlichen Herkunft und sonstigen Haltung nach für geeignet angesehen wurden, fanden von Zeit zu Zeit Flugblätter und kleine Schriften etwa mit dem Titel "Über die Pflege von Zimmerpflanzen" in ihren Briefkästen. Dass diese Aufklärungsarbeit Wirkung erzielte, war anlässlich des Austritts Hitlerdeutschlands aus dem Völkerbund zu verspüren, der den aggressiven Kreisen des deutschen Gross- und Rüstungskapitals Bewegungsfreiheit für die intensive Vorbereitung auf den Revanchekrieg verschaffen sollte. Der damit verbundene Schock als Ausdruck der Furcht vor einem neuen Krieg löste auch im Fieselerwerk lebhaftere offene Diskussionen aus und hatte sogar zeitweilige Arbeitsniederlegungen zur Folge. Eduard Wilhelm, Heinrich Meise u.a. nutzten die antifaschistischen Stimmungen auch für Solidaritätssammlungen zugunsten der Angehörigen von Verfolgten. Dass die Gestapo aufmerksam gemacht worden war, konnten die Organisatoren der Widerstandsarbeit bald an allerlei Zeichen verspüren.

Ede Wilhelm wurde aber nicht im Betrieb, sondern in einem anderen Zusammenhang verhaftet, woraus die Gestapo dann aber Schlüsse auf die Vorgänge im Fieselerwerk zog. Mehr als zwei Jahre versuchten die Gestaposchergen aus ihm Angaben über Einzelheiten und Mitbeteiligte herauszuprügeln. Wie schon früher erwähnt, entzog er sich weiteren Qualen und in der Gewissheit des unvermeidbaren Schicksals seinen Henkern durch Freitod in der Zelle.

Bei Heinrich Meise ist anzumerken, dass er von der SPD enttäuscht und arbeitslos zunächst den Irrweg zur SA gefunden hatte, aber nie an Exzessen beteiligt war. Als ihm sein Freund Ede in das Gewissen geredet hatte, nahm er den Auftrag an, Informationen über Unternehmungen aus dem "Braunen Haus" zu beschaffen, wo er häufig zur Hauswache eingeteilt war. Beinahe hatte ihn die SA-Führung wegen einer unbedachten Bemerkung über Gewaltakte des "Verrats" überführt, doch er konnte sie täuschen. Im Fieselerwerk war er nun von einem Subjekt denunziert worden und geriet in den dringenden Verdacht, mit Eduard Wilhelm zu tun gehabt zu haben. Er wurde verhaftet, wieder freigelassen, ständig beobachtet und dann zur Wehrmacht gezogen, nach dem Überfall auf Polen in eine "Sondereinheit" gesteckt, die ihn wenig später als gefallen meldete. Von seinen Angehörigen war nicht zu erfahren, ob er der Gestapo und der Naziführung noch in anderer Weise aufgefallen ist. Nicht jedes Schicksal von ehemaligen antifaschistischen Kämpfern lässt sich bis in alle Einzelheiten verfolgen.



## EINE SEHR GEÄHRRLICHE SITUATION

Es war im Jahre 1938. In der Quellhofstrasse bestand seit zwei Jahren eine Fabrikniederlassung der Coca-Cola-GmbH, Lizenzbetrieb des USA-Konzerns gleichen Namens. Als Getränkebetrieb war das Coca-Cola-Werk nicht rüstungswichtig. Just hier fanden sich innerhalb weniger Monate sechs aus der Haft entlassene beziehungsweise als unzuverlässig geltende kommunistische Antifaschisten wieder, vom Arbeitsamt vermittelt. Die bekanntesten unter ihnen waren August Thöne, ehemals Bezirksleitungsmitglied der KPD, und Willi Belz, früherer Bezirkssekretär des KJVD. Willi Lein hatte als KJVD-Angehöriger wegen "Wühlarbeit" gegen den Reichsarbeitsdienst gesessen. Die alten Bekannten guckten sich erstaunt an und amüsierten sich über die seltsame Art, wie man sie faktisch zu einer potentiellen antifaschistischen Gruppe zusammengewürfelt hatte. Dass aus der Potenz auch die Zeugung einer Gruppe werden würde, lag einfach in der Natur der Sache und der Personen. Jeder wusste natürlich, was er mit der Fortsetzung illegaler Widerstandsarbeit an Risiko auf sich nahm, aber keiner zweifelte an ihrer Notwendigkeit. Seine Zuverlässigkeit hatte jeder einzelne in der Praxis ebenso erwiesen wie Verschwiegenheit im Falle des Falles. Trotzdem wurde zunächst mit Bedacht gehandelt.

Eine Verbindung zu einer höheren Parteileitung der KPD bestand zur Zeit nicht, es musste selbständig gehandelt werden. Doch zumindest die drei hörten systematisch den Moskauer Rundfunk, den Londoner Sender und den illegalen Freiheitssender der KPD auf Welle 29,8. Von letzterem gingen ganz konkrete Informationen und Orientierungen für den antifaschistischen Kampf aus. Sie bildeten die Grundlage für die aufklärende und organisierende Tätigkeit der Gruppe im Betrieb, die aber auch schon bald auf die angrenzenden grossen Wohngebiete ausgedehnt wurde. Unabhängig davon arbeitete W.B. an seinem Wohnort Harleshausen führend in einer Widerstandsgruppe.

Sorgfältig sahen sich die zunächst Verschworenen in der Belegschaft um, prüften, mit wem etwas anzufangen war, sondierten die Stimmung und die Charaktere. Einer von ihnen kannte den Maschinenmeister seit Jahren, einen ehemaligen Arbeiterturner und SPD-Mitglied, von dem er wusste, dass er sich niemals mit dem Naziregime abfinden würde. Nach einem Gespräch war A.H. bereit zur Mitarbeit. Ausschlaggebend dafür war die heraufziehende Kriegsgefahr. A.H. empfahl auf Grund seiner Kenntnis zwei weitere ihm als zuverlässig erscheinende ehemalige Gewerkschafter. Die führende Dreiergruppe beschloss, die politische Tätigkeit mit dem Angehen betrieblicher Sozialfragen aufzunehmen, um eine breitere Basis in der Belegschaft und Vertrauen zu gewinnen. Anlass gab die schlechte Bezahlung in der Branche und die Anwendung eines amerikanischen Prämiensystems, das einen gegen den anderen ausspielte.

Maschinenmeister A.H. war bei der Durchsetzung von Verbesserungen ein wichtiger Mittler. Als hervorragender Fachmann genoss er das besondere Vertrauen des Fabrikleiters Sch., der zwar das Abzeichen der NSDAP trug, aber seine liberale Einstellung und Abneigung gegen die Nazis vertrauenswürdigen Personen gegenüber deutlich werden liess. Er war über die politische Vergangenheit der Kommunisten im Betrieb informiert, begegnete ihnen aber ohne Vorbehalt und mit sichtbarem



Respekt, der durch ordentliche Arbeit im Betrieb erhöht wurde. Das Zusammentreffen dieser günstigen Umstände erleichterte die Durchsetzung sozialer Verbesserungen und besserer Arbeitsbedingungen. Da die Initiativen jeweils von der illegalen Gruppe ausgingen, begünstigte das Vertrauen auch politische Gespräche in der gewünschten Richtung. Zur Abschirmung ihres Wirkens vor einigen Speichelleckern und Spitzeln hatte sich die illegale Gruppe eine originelle Methode einfällen lassen. In der am Rande des Fabrikraums befindlichen Werkstatt-ecke des Maschinenmeisters wurden mit abwechselnder Beteiligung die politischen Aussprachen über die jeweilige Situation und das Verhalten dazu geführt. Der Maschinenlärm der Abfüllanlage sorgte dafür, dass der Inhalt der Unterhaltungen nur den daran beteiligten hörbar war. Aber fast jedes Gespräch endete mit einem handfest inszenierten "Krach" und so laut, dass auch andere mithörten, es gehe um Streitigkeiten über den Ablauf der betrieblichen Arbeit. Diese Tricks sollten sich schon bald als lebensrettend erweisen.

Ein Angehöriger der SA, typischer "Radfahrer" beim Chef, trachtete nach dem Posten des Maschinenmeisters und galt auch bei den meisten Belegschaftsmitgliedern als miese Figur. Niemand wusste vorerst, dass dieser Nazi einen denunzierenden Brief an die Gestapo geschrieben hatte, in dem von "kommunistischen Umtrieben" die Rede war. Die Angaben waren aber offenbar so unbestimmt, dass die Gestapo keine Handhabe zum Zugreifen sah und die Sache zu beobachten gedachte. Wie das vor sich gehen sollte, zeigt folgender Ablauf:

Überraschend war ein führender Genosse der illegalen Gruppe für einige Monate zum Hauptbetrieb in Essen versetzt worden. Eines Tages schickte ihm seine Frau einen Brief mit der erschreckenden Mitteilung, sie sei von einem Gestapobeamten vorgeladen und gebeten worden, ihm einen Dienst zu erweisen. Da er annahme, dass ihr Mann nach mehreren Haftjahren von seinen "kommunistischen Verirrungen" geheilt sei, meinte der Gestapomann, müsse er auch einmal etwas für den Staat tun. Er solle ihm brieflich aus Essen mitteilen, - das merke ja niemand - ob es tatsächlich in der Coca-Cola Kassel kommunistische Wühlarbeit gebe.

Was tun? Ein Glück für den in Essen befindlichen Genossen, dass er dadurch Distanz und Zeit zum Überlegen hatte. Normalerweise durfte ein Kommunist derartige V-Mann-Ansinnen nicht beantworten, aber das hätte sich in diesem Falle sofort verhängnisvoll auswirken können. Auf Grund unweigerlichen dringenden Verdachts hätte die Gruppe durch eine Überumpelung der Gestapo überrascht werden können. Der Genosse in Essen liess sofort seine Frau kommen und beauftragte sie, August Thöne unverzüglich zu warnen, um gewappnet zu sein. Dann schrieb er einen Brief an den Gestapomann. Darin sagte er diesem auf den Kopf zu, dass sein "Informant" nur der K. gewesen sein könne und zwar aus ganz gemeinen egoistischen Gründen der Postenjägerei, wobei er nicht davor zurückschrecke, einen Familienvater wie den Maschinenmeister und andere ins Unglück zu stürzen. Sodann schilderte er anschaulich, welche Eifersüchteleien und Streitigkeiten es laufend im Betrieb gäbe. Einer strebe nach des anderen besseren Posten: Unter derartigen Umständen sei es doch wohl absurd, eine lebensgefährliche kommunistische Wühlarbeit für denkbar zu halten. Ihm erscheine es angebracht, dem schmutzigen Denunzianten einen Denkkzettel zu verpassen.



auch nach diesem Brief plagten den in Essen festgenagelten Genossen eine Woche lang unruhige Nächte. Doch es erfolgte nichts. Der in die Angelegenheit soweit angänglich eingeweihte Fabrikleiter nutzte die erstbeste Gelegenheit, um den Denunzianten zu entlassen.

Mit dem Eintritt der USA in den Krieg gegen Hitlerdeutschland wurden die Konzernbeziehungen der Coca-Cola unterbrochen und dadurch kam der Cola-Grundstoff nicht mehr heran. Im Zuge der Umstellung auf ein Ersatzgetränk namens "Fanta" wurde der grösste Teil der Belegschaft vorerst entlassen, die illegale Widerstandsgruppe auseinandergerissen. August Thöne wurde später das Opfer eines Bombenangriffs auf Kassel. Willi Lein, zur Wehrmacht eingezogen, ist bei dem Versuch, in Frankreich Anschluss an den Maquis zu finden, verhaftet und von der SS erschossen worden. Willi Belz setzte seine Widerstandsarbeit anderweitig fort.

### SOLIDARITÄT IN BUCHENWALD

Max Mayr gehörte als Funktionäre dem Internationalen Sozialistischen Kampfbund (ISK) in Kassel an, der im Rahmen der SPD entstanden war. Der ISK, 1925 als Kaderorganisation von Angestellten und Intellektuellen gegründet, der nur wenige Arbeiter angehörten, übte seine Tätigkeit vornehmlich in Massenorganisationen der SPD aus. In Kassel zählte die Gruppe Ende 1932 etwa 25 Mitglieder. Max Mayr arbeitete als Dreher bei Henschel, was dazu beitrug, dass er auch nach 1933 wie seine kommunistischen und sozialdemokratischen Kollegen die Gesinnung nicht am Werkstor und bei der nazistischen Arbeitsfront abgab, sondern als Mensch mit aufrechtem Charakter am Widerstand teilnahm.

Obgleich die Auslandsleitung des ISK die Zusammenarbeit mit der KPD verbot, beteiligte sich Max Mayr bis zu seiner Verhaftung im Januar 1936 gemeinsam mit Kommunisten an der illegalen Betriebsarbeit. Wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt, wurde er nach Verbüßung der Haft in das Konzentrationslager Buchenwald auf dem Ettersberg bei Weimar eingeliefert.

Wie er selbst erzählt, wurde ihm, körperlich von schwacher Statur und bei schlechter Verpflegung, die schwere Arbeit im Aussenkommando zur Hölle und er hätte sie wahrscheinlich nicht überstanden. Jetzt erwies sich, was für ihn die Solidarität seiner kommunistischen Kumpels bedeutete. Der KPD-Funktionär Karl Wack aus Kassel war sogenannter Kapo in der Häftlingsschreibstube. Er schlug Max Mayr dem SS-Rapportführer als Hilfsschreiber vor, weil er eine so gute Handschrift und Kenntnisse der Verwaltungsarbeit besitze. Es klappte, was Max seine Lebenslage erleichterte, ihn aber auch mit einer riskanten Verantwortung schwer belastete. Bei der Listenführung über tausende Häftlinge verschiedenster Nationen und Kategorien durfte ihm kein Fehler unterlaufen, weil die SS schnell mit dem Verdacht der Sabotage zur Hand war und der konnte tödlich enden. Der Schreiber Max Mayr erwies sich aber als so clever, dass er dem SS-Rapportführer, dem oft Bockmist beim Zählappell unterlief, als unentbehrlicher "Experte" erschien.

Max Mayr befolgte aber auch mutig und konsequent lebensgefährliche Aufträge der illegalen Widerstandsleitung im Lager, durch Manipulationen bei der Listenführung das Leben besonders gefährdeter Häftlinge



vor dem vernichtenden Zugriff der SS-Lagerführung zu retten. Das gelang häufig durch Verlegungsmanöver in den Baracken, oder die Verschiebung in andere Arbeitskommandos. Im äussersten Notfall mussten aber Häftlinge den Namen von toten Kameraden untergeschoben bekommen, um für die SS nicht mehr existent zu sein. Es grenzte schon an Wunder, die SS über Jahre hinweg durch solche Manöver zu überlisten und damit nicht nur wertvolles Leben über die Zeit zu retten, sondern auch die illegale Widerstandsorganisation vor schweren Verlusten zu bewahren.

Max Mayr hat sich durch seinen Mut und grosse Findigkeit bleibende Verdienste erworben. Er macht davon nicht viel Aufhebens, sagt aber: "Der Ruf durch das Lagermikrophon "Mayr ans Tor!", wenn der Zählappell nicht stimmte, werde ihn bis an das Ende seiner Tage verfolgen. Die Erforschung von Einzelheiten aus der Geschichte Buchenwalds verdankt ihm viele wertvolle Hinweise.

### NICHT NUR KOMMUNISTEN UND SOZIALDEMOKRATEN

Die brutalen Herrschaftsmethoden der NSDAP, ihr ungezügelter Terror verbunden mit Ausschliesslichkeitsanspruch auf allen Lebensgebieten stiessen im Laufe der Jahre auch mehr und mehr auf Kritik und Widerstand jener Bevölkerungskreise, die ihrer sozialen Herkunft nach nicht zur Arbeiterklasse gehörten. Kreise der bürgerlichen Intelligenz, die sich abwartend dem NS-Regime gegenüber verhalten hatten, fühlten sich angewidert durch die Missachtung und Zertrampelung der humanistischen Kultur, durch die Methoden der Jugendverhetzung und vieles andere. Die Nazi-partei verlangte von der bürgerlichen Intelligenz bedingungslose Unterwerfung unter die Naziideologie. Wer nicht mitmachte und auszuweichen versuchte, wurde mit typischen Mitteln erpresst und wenn das nicht half, so oder so zur Strecke gebracht.

Stellvertretend für viele steht das Beispiel und Schicksal des langjährigen Direktors der Landesbibliothek, Dr. Hoff. Früher hatte er der "Deutschen Volkspartei" des ehemaligen Reichsaussenministers Stresemann angehört, war ihr Landesvorsitzender in Hessen und persönlicher Freund von Stresemann gewesen. In der Eigenschaft des Direktors der LB erwarb er sich einen grossen Ruf als Historiker. Er war Vorsitzender des Hessischen Geschichtsvereins und Präsident der historischen Kommission der Universität Marburg sowie der Kurhessischen Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft.

Die Nazis versuchten Dr. Hopf zur Mitgliedschaft in der NSDAP zu veranlassen, aber dieser lehnte konsequent das Ansinnen ab. Daraufhin hinderte man ihn an der Durchführung seiner Vortragsreisen, sodass er nur noch eingeeengt an sein Publikum herankam. Im Jahre 1937 glaubte die sogenannte Kulturabteilung der Gauleitung der NSDAP endlich das Mittel gefunden zu haben, Dr. Hopf ganz kaltzustellen und ihn sogar hinauszuwerfen. Der auch für die Landesbibliothek zuständige Landeshauptmann, SS-Oberscharführer Traupel, wollte Hitler zu dessen Geburtstag ein besonderes Geschenk machen, das im Besitz der LB befindliche älteste deutsche Lied, das Hildebrandtlied, ein historisches Kunstdokument unschätzbaren Wertes. Dr. Hopf weigerte sich standhaft, das Werk herauszugeben, sodass sich Traupel mit einer Kopie abfinden musste, die er dem "Führer" vermachte. Wie nicht anders zu erwarten, wurde Dr. Hopf von Traupel entlassen.



Der Hass des Hitlerfaschismus richtete sich auch gegen alle jene Vertreter der evangelischen und katholischen Geistlichkeit, die sich nicht von den Unmenschlichkeiten und dem geistigen Terror der Nazis beugen lassen wollten.

Die katholische Kirchenführung hatte mit der Hitlerregierung unter Vermittlung des späteren Papstes Pius XII, (in den Jahren der Nazi-herrschaft päpstlicher Nuntius und Doyen des diplomatischen Korps in Berlin), ein Konkordat abgeschlossen. Den Vorteil davon hatte allein der Faschismus, der seine Verbrechen nun auch noch mit dem Segen der römisch-katholischen Kirche kaschieren konnte. Die evangelische Kirchenführung Deutschlands forderte von ihren Gläubigen die Unterwerfung unter die "Obrigkeit" des faschistischen Staates als von Gott gewollt. Aber alle die Geistlichen, die den unversöhnlichen Widerspruch zwischen dem humanistischen Inhalt des Evangeliums und der menscheitsfeindlichen Ideologie und Praxis des Nazismus nicht verleugnen wollten, gingen in die kirchliche Opposition und wurden damit zwangsläufig erklärte Gegner der Nazidiktatur. Viele von ihnen wurden mutige Widerstandskämpfer und haben ihre tapfere Haltung mit dem Opfer des Martyriums bezahlt.

Eines der Opfer des nazistischen Terrors in Kassel wurde der Pfarrer Paul Lieberknecht. Im Gegensatz zu nazi-staatstreuen geistlichen Würdenträgern begründete er im Jahre 1934 die Gemeinschaft der bekennenden Kirche und wurde ihr mutiger Wortführer. Im früheren Evangelischen Vereinshaus in der Unteren Kölnischen Strasse begann er seine Predigten, in denen er furchtlos die Gläubigen dazu aufrief, dem herrschenden Ungeist den Humanismus des Evangeliums entgegenzusetzen, streitbare Bekenner des wahren Christentums zu sein.

Die Gauleitung der NSDAP erhielt Hinweise über das Wirken des Kirchenrebellen und setzte SA-Trupps ein, die in die Versammlung der bekennenden Kirche eindrang, randalierte und tätlich gegen Pfarrer Lieberknecht wurde, der sie des Saales verwiesen hatte. Lieberknecht musste gegen aufgehetzte Feinde der bekennenden Kirche mehrmals durch die Ordnungspolizei geschützt werden, um seine Wohnung erreichen zu können. Er dachte aber nicht daran, vor dem Terror zu kapitulieren.

Paul Lieberknecht war fest angestellter Pfarrer der Kreuzkirche in der Luisenstrasse, datiert bis 1941. Weil er auch dort seine Predigten im Sinne der bekennenden Kirche aufbaute, wurden sie von der Gestapo mitgeschrieben. Die Folge davon waren ungezählte Vorladungen zur Gestapo, wo man ihm jeweils die Stellen seiner Predigten vorhielt, die im Widerspruch zum Geist der "nationalsozialistischen Volksgemeinschaft" stehen sollten. Lieberknecht stritt sich mit den Gestapobeamten herum und weigerte sich, seine Predigten einer Zensur zu unterwerfen. Die Gestapo schaltete das Presbyterium der evangelischen Kirche ein, das Lieberknecht verbot, im Sinne der bekennenden Kirche fortan in der Luisenkirche zu predigen. Auch im Vereinshaus wurde ihm die Arbeit so schwer gemacht, dass in die Familienkreise ausgewichen werden musste. Damit war die BK faktisch schon zu einer illegalen Gemeinschaft des Widerstandes gegen den Nazistaat geworden, die von nun an mit härtesten Verfolgungsmassnahmen rechnen musste.





Der tapfere evangelische Bekenntnispfarrer lic. Paul Lieberknecht, verstorben an den Mißhandlungen durch die Gestapo, unvergessen von der Widerstandsbewegung Kurhessens.



Im Jahre 1939 vollbrachte Pfarrer Lieberknecht eine ausserordentlich mutige Tat. Sie war nach der sogenannten Kristallnacht im Jahre 1938, die den exzessiven Höhepunkt der Judenverfolgung vor der "Endlösung" darstellte, umso höher zu bewerten. Lieberknecht bestätigte die Kinder des jüdischen Bankiers Dr. Hoffa. Das brachte die Nazis so in Wut, dass die SA den Versuch unternahm, die Kreuzkirche ebenso anzustecken, wie sie es mit der jüdischen Synagoge gemacht hatte. Die Brandstiftung konnte in letzter Minute verhindert werden.

Einige Zeit später nahm Lieberknecht die fünf Kinder der jüdischen Kasseler Kinderärztin Dr. Jahn in persönliche Obhut, die nach ihrer Verschleppung nach Auschwitz dort in der Gaskammer ermordet wurde. (Eines der Kinder, Gerhard Jahn, ist identisch mit dem späteren Bundes-Justizminister Dr. Jahn). Die Kasseler Faschisten geraten über diesen unbeugsamen Mann ausser sich und die Folge ist, dass die oberste Naziführung an den Plakatsäulen ganz Deutschlands anschlagen lässt, dass Lieberknecht ein "Judenknecht" ist. Das faschistische, spezifisch antisemitische Sudelblatt "Der Stürmer" Julius Streichers veröffentlichte schweinische Karikaturen und Schmähartikel gegen den aufrechten Pfarrer und schafft Sonderauflagen nach Kassel.

Die Vernichtung Lieberknechts war beschlossene Sache der Kasseler Naziführung und der Gestapo. Nur noch die grosse Beliebtheit des Pfarrers hatte ihn davor bewahrt, längst in einem KZ zu sein. Er kannte die ständig über ihm schwebende Lebensgefahr, verbreitete aber dennoch im Jahre 1941 heimlich einen Rundbrief des General-Superintendenten Blau, Posen, worin dieser sich auflehnend mit den Auffassungen des Gauleiters Greiser zur Kirchenfrage auseinandersetzte. Die Gestapo erfuhr davon durch Zuträger. Um seine Freunde zu schützen, nahm L. allein auf sich, den Brief verbreitet zu haben. Die Folge war seine Entfernung aus der Kreuzkirche und Versetzung auf eine Landpfarrstelle.

Im Jahre 1943 wurde L. von der Gestapo abgeholt, weil er, wie schon erwähnt, die fünf jüdischen Kinder zu sich genommen hatte. Er wurde drei Tage und Nächte lang im Gestapokeller in der Wilhelmshöher Allee misshandelt und in einem bejammernswerten Zustand nach Hause geschickt. Durch spätere Aussagen eines Gestapobeamten wurde bekannt, dass Lieberknecht am Tage vor dem Einmarsch der Amerikaner in Kassel mit 12 Gestapohäftlingen auf dem Wehlheider Friedhof erschossen werden sollte, aber seine Abholung unterblieb wegen eines Bombenangriffs, der auch das Gestapoquartier getroffen hatte. Die zwölf Häftlinge wurden tatsächlich erschossen. Pfarrer Lieberknecht war ein gebrochener Mann geworden. Nach eineinhalb Jahren Pflege seiner tapferen Frau ist er gestorben. Er hat der bekennenden Kirche ein rühmliches Denkmal des Widerstandes gesetzt.

#### AM HEBEL DER RÜSTUNGS - PRODUKTION

Das nachfolgende Kapitel wird die unverbesserlichen kalten und heissen Krieger empören, die immer noch der irren Meinung frönen, Hitler hätte den Krieg gewonnen, wenn nicht die Amerikaner auf russischer Seite und die deutsche Widerstandsbewegung gegen die Pläne und Aktionen der Hitler-Kriegsführung gekämpft hätten. Mit solchen Redensarten, die jeder Realität entbehren, verbindet sich zugleich eine falsche Glorie des



Todes Millionen deutscher Soldaten an allen Fronten des zweiten Weltkrieges. Diese Millionen deutscher Männer, von einer verbrecherischen Propaganda imperialistischer Aggressionsziele beeinflusst, wurden sinnlos geopfert. Nicht ein einziger Frontsoldat starb für "Volk und Vaterland", sondern für die Hitlerfaschisten und ihre Auftraggeber des Gross- und Rüstungskapitals. Darum war jede Tätigkeit zur raschen Beendigung des Hitlerkrieges und für die Wiederherstellung friedlicher demokratischer Verhältnisse ein wahres Verdienst für das deutsche Volk. In der Präambel zum Bundesentschädigungsgesetz (BEG), das den Opfern des Naziterrors sachliche und moralische Wiedergutmachung gewähren sollte, wurde ausdrücklich festgestellt, dass der Widerstand gegen das Naziregime ein Verdienst am deutschen Volk in seiner Gesamtheit war.

1918 erfanden die Kriegstreiber Deutschlands für ihre Niederlage die "Dolchstoßlegende", nach ihrer zweiten Niederlage im Jahre 1945 behaupteten sie, die nationalen antifaschistischen Widerstandsgruppen seien den Frontsoldaten in den Rücken gefallen. Tatsache jedoch war, dass diejenigen deutschen Arbeiter, die als Rüstungsarbeiter dem Moloch Krieg in den Arm fallen und damit das Kriegsende beschleunigen wollten, dabei auch von dem Willen beseelt waren, Millionen deutschen Soldaten das Leben zu retten. Das ist die Wahrheit und kein reaktiver Militarist, oder Neofaschist kann daran deuteln.

Das Attentat vom 20. Juli auf Hitler wird in der Bundesrepublik als nationale Tat gewürdigt, aber nur mit Heuchelei von jenen hohen Bundeswehroffizieren, die Hitler bis fünf nach zwölf gedient haben und halben Herzens auch von manchen anderen. Beim 20. Juli darf aber die geschichtliche Wahrheit nicht übersehen werden, dass einige seiner führenden Offiziere und Politiker zwar Hitler weghaben wollten, aber nicht für den sofortigen generellen Kriegsschluss waren. Der Krieg sollte im Westen eingestellt werden, aber an der Ostfront weitergehen und das in Übereinstimmung mit den Westalliierten der Sowjetunion. Diese perfiden Absichten scheiterten nicht nur am missglückten Attentat auf Hitler, sondern kraft der Gesetzmässigkeit der Anti-Hitler-Koalition.

Ganz anders und im wahrsten Sinne als national sind die Handlungen zu bewerten, die darauf gerichtet waren, die Rüstungsproduktion zu behindern, die Wehrmacht zum Sturz Hitlers und zur Einstellung aller Kampfhandlungen gegen die überfallenen und blutig unterdrückten Völker Europas aufzurufen, - alles zu tun, um die nationale Katastrophe Deutschlands zu verhindern. In diesem Sinne wirkte das "Nationalkomitee Freies Deutschland".

Der bekannte Dichter und Schriftsteller Günther Weissenborn traf in seinem berühmten Buch "Der lautlose Aufstand" die richtige Feststellung: "Heute, nachdem die Geschichte gesprochen hat und die eiserne Summe gezogen worden ist, sollte klar sein, auf welcher Seite der Landesverrat begangen wurde. Wer sein Volk soldatisch in das schrecklichste Unheil seiner Geschichte schickte und es belog, beging Landesverrat. Wer die ehrlichen und betrogenen Männer unseres Volkes in Uniformen steckte und sie über die Grenzen jagte, um andere Völker mit Krieg zu überwinden, der beging Verrat an unserem Volk. Wer sein Volk gegen diesen Wahnsinn zu verteidigen suchte, kämpfte gegen die Landesverräter."



In den Jahren 1935 bis nahezu Kriegsende arbeiteten in verschiedenen Kasseler Betrieben Widerstandsgruppen. Davon war schon an anderer Stelle die Rede. Von Interesse ist in diesem Zusammenhang die spezifische Widerstandsarbeit gegen die Rüstungsproduktion. Am ausgeprägtesten war sie in den Henschelwerken, wo in den Kriegsjahren besonders die Produktion schwerer Panzer immer mehr ausgebaut wurde. Die Leitung der Widerstandsarbeit lag ausserhalb der Henschelbetriebe Mittelfeld, Kassel und Rothenditmold und sie wurde durch einzelne Verbindungsleute gewährleistet, die als Betriebsangehörige zugleich Leiter einer ganzen Anzahl von streng ausgesuchten und höchstens drei Mann zählenden Gruppen waren. Ihre Aufgabe bestand darin, zielgerichtet auf die potentiell geeigneten Kollegen in der Arbeitskolonne Einfluss zu nehmen, die ihnen bekannt, antinazistisch gesinnt und zuverlässig erschienen. Das war eine langwierige, sich über Jahre erstreckende, behutsame politische Aufbauarbeit, die je nach Lage nicht immer und gleich Früchte zeigte und anstrengende Geduld erforderte.

Die seit der Niederlage der Wehrmacht bei Stalingrad sich häufenden Rückschläge an der Ostfront, aber auch in Nordafrika, verbreiterten ganz erheblich die Auffassung, dass die Niederlage Hitlerdeutschlands kaum aufzuhalten sein wird. Aber auch die Stimmen und Andeutungen vermehrten sich, dass man mit der Hand am Hebel der Rüstungsproduktion so manches tun kann, um Hitlers Niederlage zu beschleunigen und so das Naziregime vom Halse zu bekommen. Die illegale Leitung sorgte dafür, dass solche Willensbildungen immer mehr Auftrieb bekamen, vor allem durch die Aufklärung und die Ermutigung, die von den Auslandssendern verschiedener Art ausgingen. Gedruckt wurden ganze Listen mit den Namen von Rundfunksendern und Wellenlängen in Umlauf gebracht und gingen von Hand zu Hand. Wo das nicht möglich war, wurden die wichtigsten Sender, vor allem der Moskauer und Londoner, zum regelmässigen Abhören empfohlen. Dass diese Anregungen befolgt wurden, konnte man allenthalben in den Kolonnen auf indirekte Weise verspüren und hören. Die sogenannte Sklavensprache hatte in langer Übung meisterliche Formen angenommen. Was nur für die zuverlässigsten Ohren bestimmt war und konkret auf Konsequenzen für das Handeln hinauslief, wurde im engsten Kreis, oft nur von Mann zu Mann, und vielfach auch ausserhalb des Betriebes nach Feierabend, auf dem Fussballplatz, im Sportverein, auf Wanderungen, oder anlässlich von Familienfeiern diskutiert und geplant.

Man kann sagen, dass mit der Zunahme des faschistischen Terrors und der Methoden zur Bespitzelung nahezu aller "Volksgenossen" die Hauptmethode der Verbreitung antifaschistischer Agitation und Propaganda die von Mund zu Mund wurde, aber auch auf schriftliche Materialien nicht verzichtet wurde, wenn dafür die nötigen Voraussetzungen bestanden. Einige Dokumente zeigen das.

Das heikelste Problem bestand darin, mit den geeigneten und zuverlässigsten Kollegen ganz gezielt über die Durchführung von Sabotageakten im Produktionsablauf zu sprechen und die unauffälligsten sowie schwer nachweisbaren Methoden auszuknobeln. Aber die Sache entwickelte sich. Über die persönliche Ausführung, wann und wie, wurde in der Regel dann kein Wort mehr verloren. Das Resultat konnte weder übersehen, noch überhört werden. Nur wenn es um die Methode des Langsamarbeitens ging,



war die Verständigung weniger kompliziert herzustellen. Wie man trotz aller Vorkehrungen technischer Art und Schuldnachweismöglichkeiten dennoch grössere Mengen Ausschuss produzieren konnte, das war das gehütete Geheimnis versierter Facharbeiter. Es kam eben öfter vor. Nicht minder war es der ganz persönlichen Findigkeit erfahrener Fuchse anheimgegeben, dafür zu sorgen, dass eine wichtige Maschine, oder ein ganzes Aggregat, zeitweilig wegen aufgetretener Schäden für einen oder mehrere Tage nicht eingesetzt werden konnte. Monteure, die zu den Widerstandsgruppen Kontakt hatten und wussten, worauf es ankam, sahen oft auf einen Blick, woran es liegen konnte. Aber oft wussten sie den zuständigen Hallenleiter davon zu überzeugen, dass die Maschine auseinandergenommen werden müsse, um sie wieder funktionsfähig machen zu können. Auch antifaschistische Meister waren nicht bestrebt, zur schnellen Behebung von Mängeln ihre Spezialkenntnis und Erfahrung hervorzukehren. So gab es eine Menge von Mitteln, um den Produktionsablauf zu stören und für Ausfälle zu sorgen. Aber jeder Vorfall erregte immer die Gemüter derer, die ständig unter dem Druck von oben standen, die Stückzahlen zu erhöhen. Die Front brauchte Panzer, Panzer, wegen der Verluste. Aber das war für die aufmerksamen Beobachter stets Anregung für die Entwicklung ganz individueller Initiativen.

Die grösste Kunst der Rüstungssabotage bestand darin, wenn ausgelieferte Panzer erst an der Front wegen Havarien verschiedener Art ausfielen, wenn es z.B. im Getriebe oder im Laufwerk krachte. Oft konnte die Ursache nicht einwandfrei festgestellt werden, um Sabotage zu begründen. Wenn aber Eisenspäne oder Schrauben in Getrieben und ausgeschlagene Buchsen etc. entdeckt wurden, suchte die Gestapo nach den möglichen Tätern. Aber sie finden, das war nicht einfach. Einfach auf Verdacht zuschlagen und damit ganze Abteilungen lahmlegen konnte man sich nicht leisten. Hier und da wurden Verdächtige aus den Werkshallen zu Vernehmungen geholt, Meister und Ingenieure in die Mangel genommen, aber ohne Ergebnis.

Die grosse Aufregung der Geschäftsleitung, der Gestapo und Werkspolizei, der Kasseler NSDAP-Grössen über die Sabotageakte im Henschelwerk zeigte, wie verwundbar das Naziregime an dieser Stelle war. In den Abteilungen und Kolonnen tauchten jetzt immer häufiger fremde Gesichter als neue Kollegen auf, denen man unschwer anmerken konnte, dass sie weniger zur Arbeit als zu anderen Diensten eingesetzt waren. Es hiess doppelt und dreifach auf der Hut zu sein. Der Gestapo gelang es trotzdem nicht, einen ernsthaften Schlag gegen die Widerstandsgruppen zu führen.

Im Verlauf der Kriegsjahre kamen auch ausländische Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene, Franzosen, Polen, Russen und andere in den Henschelbetrieb. Sie sollten den Nazis, die ihr Land verwüsteten und ausplünderten, obendrein behilflich sein, den eigenen Landsleuten Tod und Verderben zu bringen. Mit der Peitsche des Hungers und schwerster Strafen sollten sie gezwungen werden. Unter besonders scharfer Bewachung standen russische Zwangsarbeiter und Gefangene. Jeden Tag kam es vor, dass einzelne oder mehrere wegen des Vorwurfs der Arbeitssabotage geschlagen, oder abtransportiert wurden. Beauftragte der Widerstandsgruppen nahmen trotz grosser Schwierigkeiten und Gefahren die Verbindung zu



den Zwangsarbeitern auf, fanden Mittel und Wege, ihnen die Solidarität deutscher Antifaschisten zu beweisen. Hier und da war es möglich, sich mit einzelnen Russen und Franzosen über Angelegenheiten gemeinsamen Widerstandes zu verständigen. Manches zusätzliche Frühstücksbrot fand seinen Weg zu den ausländischen Kameraden. Einigkeit bestand darin, dass dem verhassten Faschismus bald die letzte Stunde schlagen und damit die Freiheit für alle kommen wird.

Am 22. Oktober 1943 erfolgte der vernichtende anglo-amerikanische Bombenangriff auf Kassel, bei dem nicht nur die Stadt, sondern auch ganz besonders Henschel-Mittelfeld schwer getroffen wurde. Im Werk herrschten Empörung und Verwirrung, was die Widerstandsgruppen und ihre zahlreichen Freunde zur Steigerung ihrer Anstrengungen veranlasste, die Stimmung für die schnelle Beendigung des Krieges voranzutreiben und die Durchhalteparolen der Nazipropaganda anhand der nackten Tatsachen ad absurdum zu führen. In der Tat war die Empörung so stark, dass manches Wort mehr als sonst gewagt werden konnte, ohne sich in ernste Gefahr zu bringen.

Bei einem weiteren gezielten Bombenangriff auf das Werk Mittelfeld schnitten während des Alarms einige beherzte Widerstandskämpfer das Hauptkabel und wichtige Stromzuleitungen zu einer noch intakt gebliebenen grossen Werkhalle durch. Ein gewaltiger Kurzschluss richtete Zerstörungen in wertvollen Apparaturen an, sodass die Produktion für mehrere Tage ausfiel. Der danach nicht weit vom Tatort erfolgte Einschlag einer kleineren Bombe hatte die Spuren des Sabotageaktes verwischt.

Im Jahr 1944 gelang es der Gestapo, die organisierte Widerstandsarbeit empfindlich zu lähmen. Sie hatte auf höhere Weisung kein anderes Mittel gefunden, als den Betrieb nach früheren Angehörigen demokratischer Organisationen und der Gewerkschaften gründlich zu durchforschen. Die dabei aufgestellten Listen hatten zur Folge, dass für viele Antifaschisten die uk-Stellung (Unabkömmlichkeit) aufgehoben wurde und ihre Einziehung respektive Sofortabstellung an die Front erfolgte. Hatte schon die erhebliche Zerstörung des Werkes manches durcheinandergebracht, so war das der härteste Schlag für die illegale Arbeit. Widerstandsgruppen samt ihrer Peripherie wurden auseinandergerissen und gesprengt. Nur wenige konnten wieder neu aufgebaut werden und konnten sich bis zum Kriegsende halten.

Die Erstauflage dieses Buches erschien in der Zeit des Kalten Krieges der 60er Jahre, der an die Stelle des einstigen antifaschistischen Zusammenhalts auch geistigen und politischen Zwiespalt setzte. Der Widerstandskampf wurde diffamiert und im speziellen Falle der Rüstungssabotage als "Landesverrat" verunglimpft. Deshalb gab es erhebliche Schwierigkeiten, von einer Reihe Beteiligten Einzelheiten über ihre konkreten Handlungen zu erfahren. Das ist zwar zu bedauern, hebt aber die historische Tatsache nicht auf, dass nicht wenige Henschelaner Existenz und Leben für eine gute Sache auf das Spiel gesetzt haben. Die Geschichte des Widerstandes kennt zahlreiche Beispiele dieser Art im ganzen ehemaligen Reich. Wären sie Allgemeingut und stark genug gewesen, hätte das grossen Einfluss auf die Verhinderung der nationalen Katastrophe Deutschlands haben können, denn die Arbeiterschaft war die entscheidende antifaschistische Kraft.



# Was geht vor in der Welt?

Um der völligen Abschliessung durch die einseitige Goebbels-Berichterstattung zu entgehen, höre man den einen oder andern der folgenden Sender. Der Vergleich mit den Tatsachen wird dann helfen, die Wahrheit zu ermitteln.

## Auf Kurzwellen:

Zeit	Nachr. aus	über die Wellen	Zeit	Nachr. aus	über die Wellen	Zeit	Nachr. aus	über die Wellen
0.15	Russland	42, 40, 39 m	12.00	England	49, 41, 31, 25 m	19.15	Ägypten	29,83, 38,13 m
0.15	Ver. Staaten	39, 38, 31 m	12.15	England	49, 41, 31 m	19.15	Ver. Staaten	25, 19, 16 m
0.15	Amerika in Eur.	49, 41, 31, 25 m	12.15	Ver. Staaten	31, 25, 19 m	19.15	Russland	42,98, 40,38 m
1.00	England	49, 41 m	12.30	Schweiz	47,28 m	19.30	Schweiz	47,28 m
1.00	Russland	42, 41, 40, 37 m	13.00	Norwegen	31,45 m	19.30	England	49, 41, 31 m
1.15	Ver. Staaten	39, 38, 31 m	13.15	Algier	25,56 m	19.30	Ver. Staaten	25, 19 m
2.00	England	49, 41 m	13.15	Ver. Staaten	25, 23, 19 m	19.40	Russland	43, 40, 37 m
2.15	Ver. Staaten	49, 47, 39, 38 m	13.25	Schweiz	32,66 m	20.00	Russland	47, 40, 34, 26 m
3.15	Ver. Staaten	49, 47, 39, 38 m	13.30	Russland	25,79 m	20.00	England	49, 41, 31, 25 m
4.15	Ver. Staaten	49, 47, 39, 38 m	14.00	England	49, 41, 31, 19 m	20.15	Ver. Staaten	25, 19, 16 m
5.15	Russland	28,72, 25,79 m	14.15	Russland	31, 28, 25 m	20.15	Russland	42,98, 40,36 m
5.15	Ver. Staaten	48, 39, 38 m	14.15	Ver. Staaten	25, 23, 19, 16 m	20.30	Algier	31,46, 31,22 m
6.00	England	31,88 m	14.15	Russland	35, 27, 25 m	20.30	Ver. Staaten	25, 23, 19, 16 m
6.15	Russland	31, 28, 25 m	14.30	Ver. Staaten	25, 19, 16 m	20.45	Russland	42,98, 40,38 m
6.15	Ver. Staaten	49, 39, 38, 31 m	14.45	England	49, 41, 31 m	20.45	Vatikan	50,26 m
6.30	Russland	31,65, 25,79 m	15.00	England	49, 41, 31, 25 m	21.00	Algier	31,46 m
6.45	England	49, 41, 31 m	15.15	Russland	28,72 m	21.00	Amerika in Eur.	49, 41, 31, 25 m
6.55	Russland	31, 27, 25 m	15.15	Ver. Staaten	25, 23, 19, 16 m	21.00	Russland	47, 40, 35 m
7.00	Schweiz	47,28 m	16.00	Ver. Staaten	23, 19 m	21.00	Ver. Staaten	31,02 m
7.00	England	49, 41, 31 m	16.15	Algier	25,56, 25,25 m	21.15	Russland	43, 40, 37 m
7.00	Russland	35, 27, 25 m	16.15	Russland	28,72 m	21.15	Ver. Staaten	25, 23, 19, 16 m
7.15	Russland	31, 28, 25 m	16.15	Ver. Staaten	25, 20, 19, 16 m	21.30	Russland	47, 41, 40 m
7.15	Ver. Staaten	49, 47, 38, 31 m	16.45	Ver. Staaten	25, 19, 16 m	21.30	Norwegen	31,45 m
7.30	Norwegen	31,45 m	17.00	Algier	25,56, 25,25 m	21.30	Ver. Staaten	31, 25, 23 m
7.30	Russland	25,79 m	17.00	England	41, 31, 25, 16 m	21.45	England	49, 41, 31, 25 m
7.40	Russland	40, 31, 28, 25 m	17.00	Russland	25,10 m	21.45	Russland	42, 40, 39 m
8.00	England	49, 41, 31 m	17.15	Algier	25,56, 25,25 m	22.00	England	49, 41, 31 m
8.05	Russland	34, 27, 25 m	17.15	Amerika in Eur.	49, 41, 31, 25 m	22.00	Russland	47, 40, 35 m
8.15	Ver. Staaten	48, 38, 31 m	17.15	Ver. Staaten	25, 20, 19, 16 m	22.00	Ver. Staaten	31, 25 m
8.30	Russland	25 m	17.15	Russland	42,98 m	22.15	Algier	31,46, 31,22 m
9.00	England	49, 31 m	17.30	Russland	40, 34, 28, 26 m	22.15	Russland	43, 42, 37 m
9.00	Russland	35, 27, 25 m	18.00	Algier	25,56, 25,25 m	22.15	Ver. Staaten	31, 25, 23, 19 m
9.15	Ver. Staaten	48, 38, 31 m	18.00	England	31, 25 m	22.30	Schweiz	47,28, 25,48 m
9.30	Russland	34, 27, 25 m	18.00	Norwegen	31,45 m	22.30	Russland	47, 41, 40 m
9.45	England	49, 41, 31, 19 m	18.15	Algier	25,56 m	22.30	Ver. Staaten	23 m
10.15	Ver. Staaten	38, 31, 25 m	18.15	Russland	40,38, 42,98 m	23.00	Amerika in Eur.	49, 41, 31, 25 m
10.30	Russland	31, 25, 22 m	18.15	Ver. Staaten	25, 23, 19, 16 m	23.00	Russland	41, 40 m
11.00	Algier	25,56, 25,25 m	18.30	Schweden	27,83, 19,60 m	23.00	Schweiz	47,28, 25,48 m
11.00	England	49, 41, 31, 25 m	18.30	Ver. Staaten	20, 19, 16 m	23.00	England	49, 41, 31 m
11.00	Russland	35, 27, 25 m	18.30	Russland	42, 40, 37 m	23.15	Russland	42,98, 37,27 m
11.15	Russland	31,65, 25,79 m	18.45	Ver. Staaten	25, 20, 19, 16 m	23.15	Ver. Staaten	38, 31, 25, 19 m
11.15	Ver. Staaten	31, 30, 25 m	19.00	England	49, 41, 31, 25 m	23.30	Russland	40 m
11.30	Russland	31, 28, 25 m	19.00	Algier	25,56, 25,25 m	24.00	England	49, 41 m
12.00	Algier	25,56, 25,25 m	19.00	Russland	47, 40, 35 m	24.00	Russland	47, 40, 35 m

**Auf Mittel- und Langwellen** kann man eine Reihe dieser Sendungen ebenfalls hören, und zwar im allgemeinen auf 261, 267, 285, 307, 373, 1500 m die Sendungen aus England [die z. T. auch die amerikanischen Sendungen bringen « Amerika ruft Europa »] um 0.00, 0.45, 1.00, 2.00, 6.00 [Arbeiterprogramm], 7.00, 8.00, 9.00, 11.00, 12.00 [Frauensendung], 14.00, 17.00 [Sendung der R.A.F.], 18.00 [für die deutsche Wehrmacht], 19.00 [Gefangenensendung], 20.00 [Montags und Donnerstags Arbeitersendung], 21.00, 21.15 [Arbeitersendung, Sonntag für Frauen, Donnerstag Kriegsgefangenensendung], 22.00, 23.00 [Gefangenensendung]; die Sendungen um 18.00, 19.00 und 20.00 kommen auch auf Langwelle 1293.

**Sehr hörensenswert** sind oft auch die Sendungen « Weltchronik », die der Schweizer J. R. von Salis jeden Freitag über Beromünster bringt: um 22.45 auf Kurzwellen 47,28 und 25,48 m; um 19.10 auf Mittelwellen 218,2 und 539,6 m.

### Nicht vergessen:

Immer auch das eigene Denken einschalten.

### Vorsicht

bei der Verwendung des Gehörten.

**Achtung!** Nach Abhören eines ausländischen Senders immer den Apparat sofort auf eine deutsche Station einstellen.



# **Mach Dich nicht mitschuldig** an der Kriegs- verlängerung!

**Denk selber darüber nach,**

wo überall Du Gelegenheit findest, mit kluger Vorsicht die Kriegs-  
anstrengungen wirksam zu sabotieren.

**Langsam arbeiten**

**Materialverschwendung**

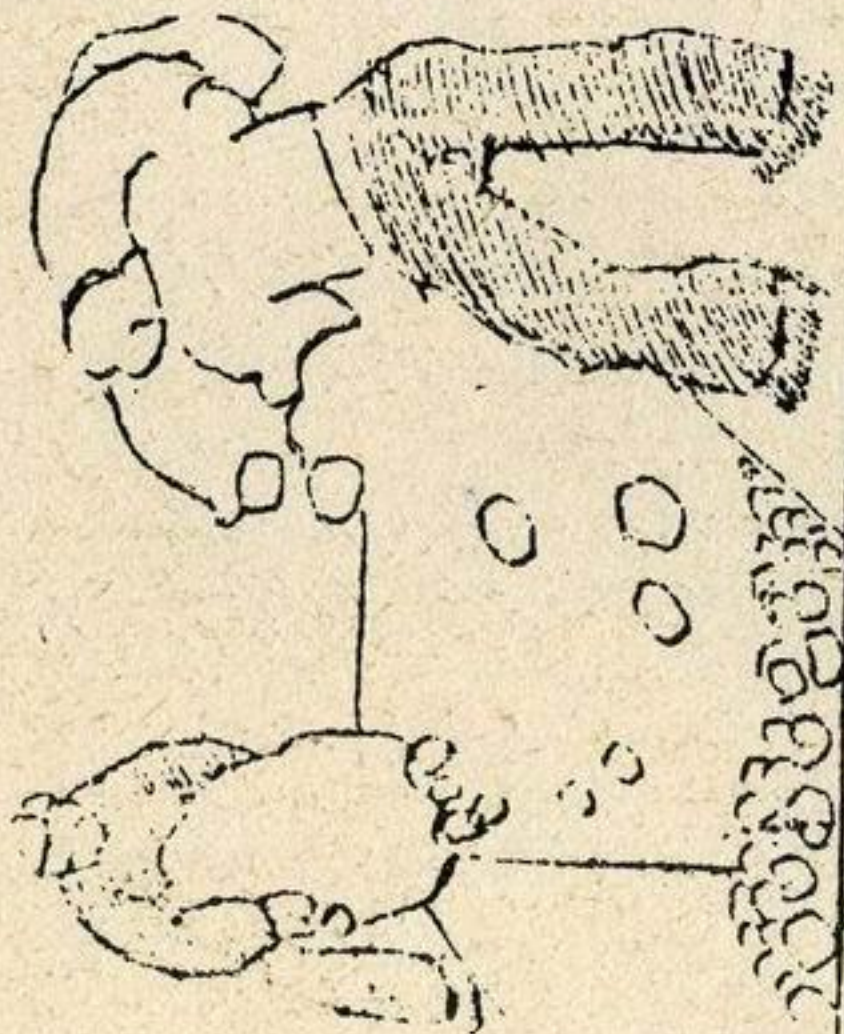
**Arbeitsversäumnis**

das sind nur ein paar Beispiele, die man  
vermehrten kann.

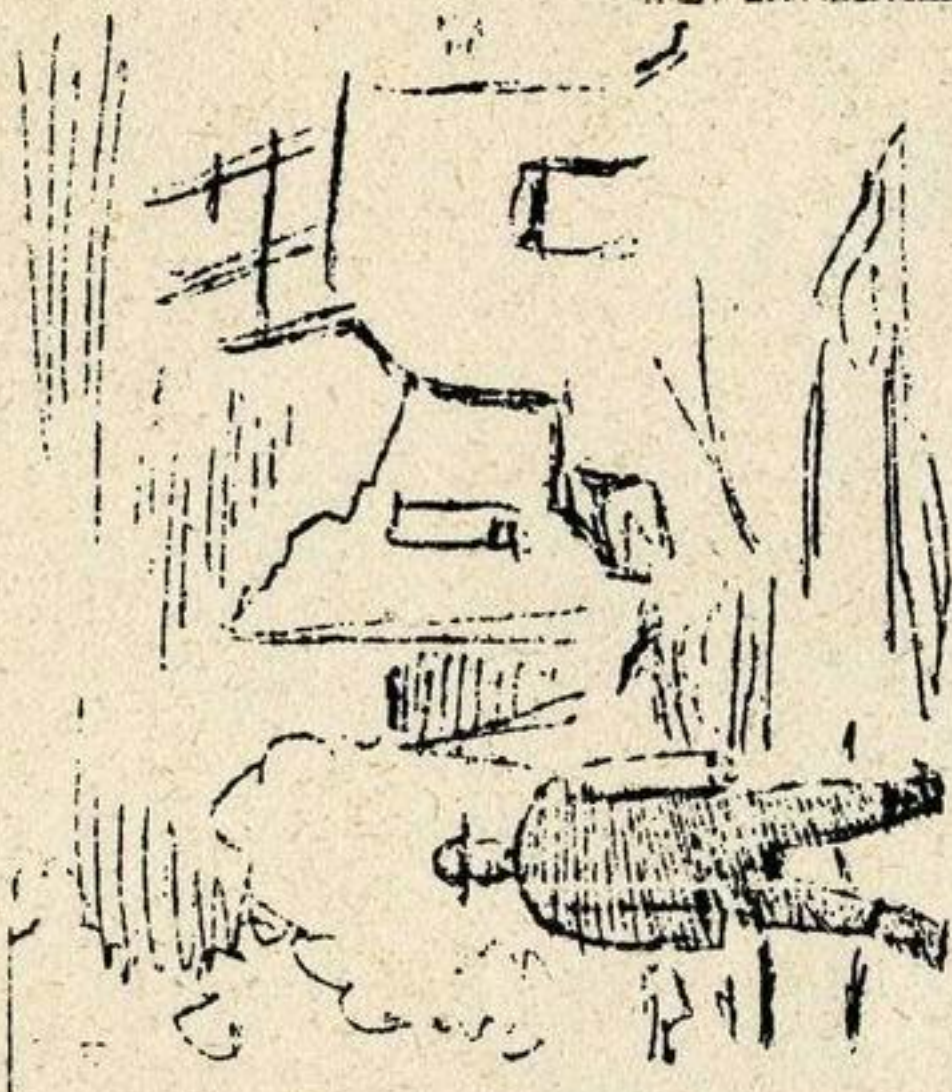
**Auch**

**auf Dich kommt es an!**





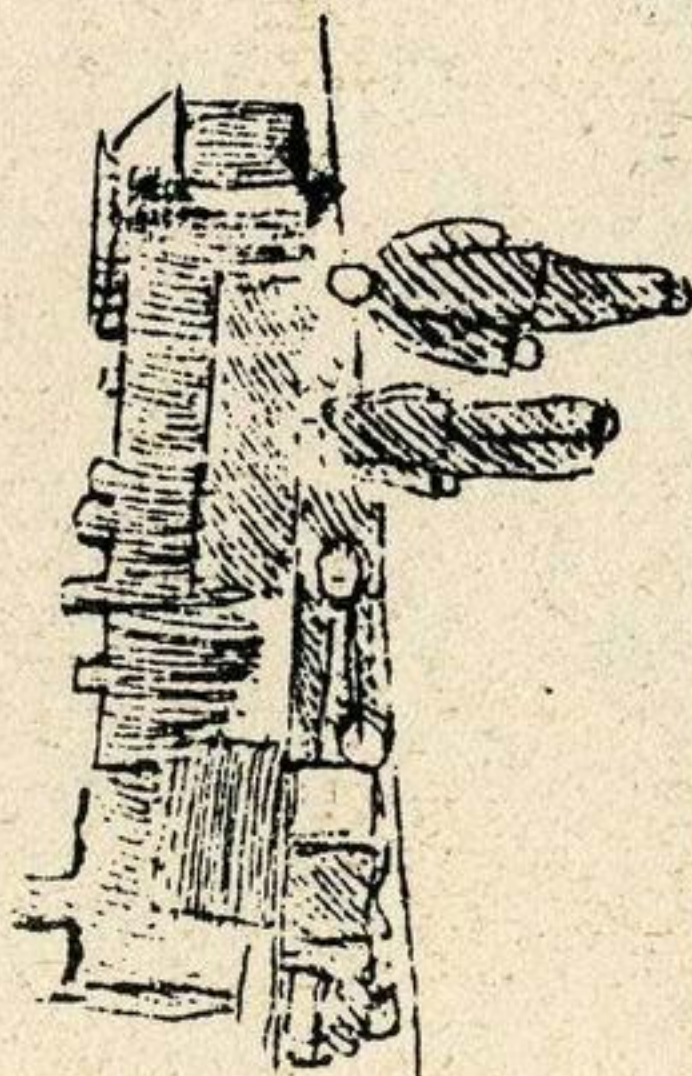
BAUER verbirgt deine Ernte -  
du verlängerst sonst den Krieg der  
Nazi. Du bist Bauer und wolltest  
keinen Krieg. Mach Schluss damit.



Bauer das war dein Heim und Hof -  
Das dankst du dem Führer -



Wir haben nur einen Feind  
Und dieser Feind ist der Nazi



EISENBANNER fahr nicht in  
den Tod. Jede Stunde die du fehlst  
verringert die Kriegsdauer. Du ret-  
test dir und anderen damit das Leben.

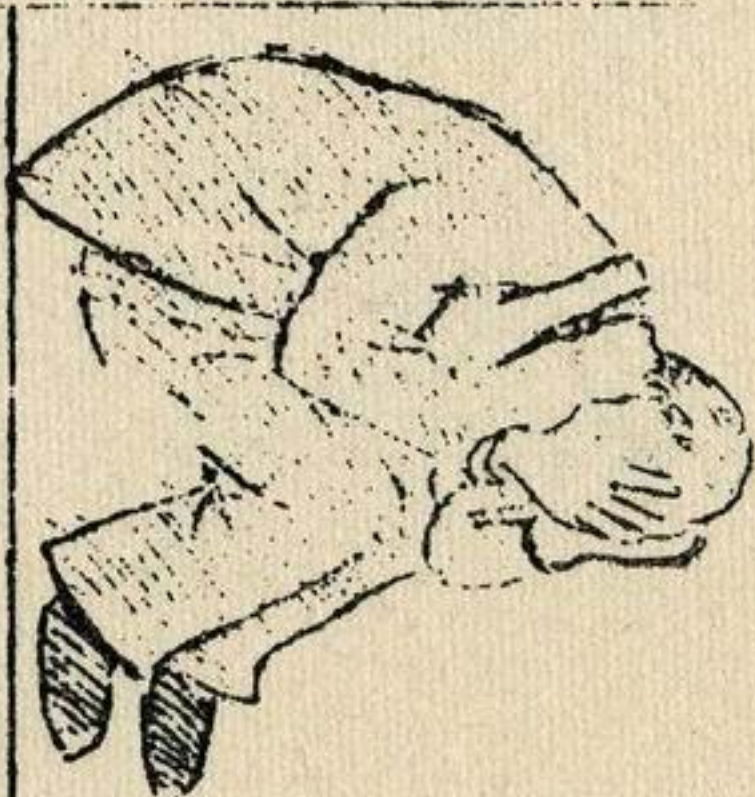


MUNITIONSFABRIK  
Du arbeitest an deinem eigenen  
Untergang. Streu Spähne ins Getrie-  
be! Mach Schluss! stell den Karren!  
ab.

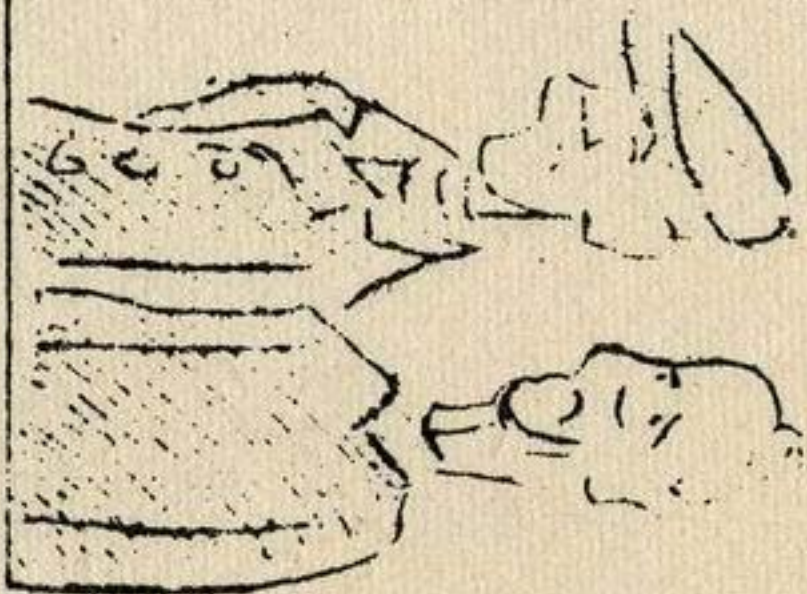


Mach Schluss mit dem Tyrannen  
- Ehe es zu spät ist.

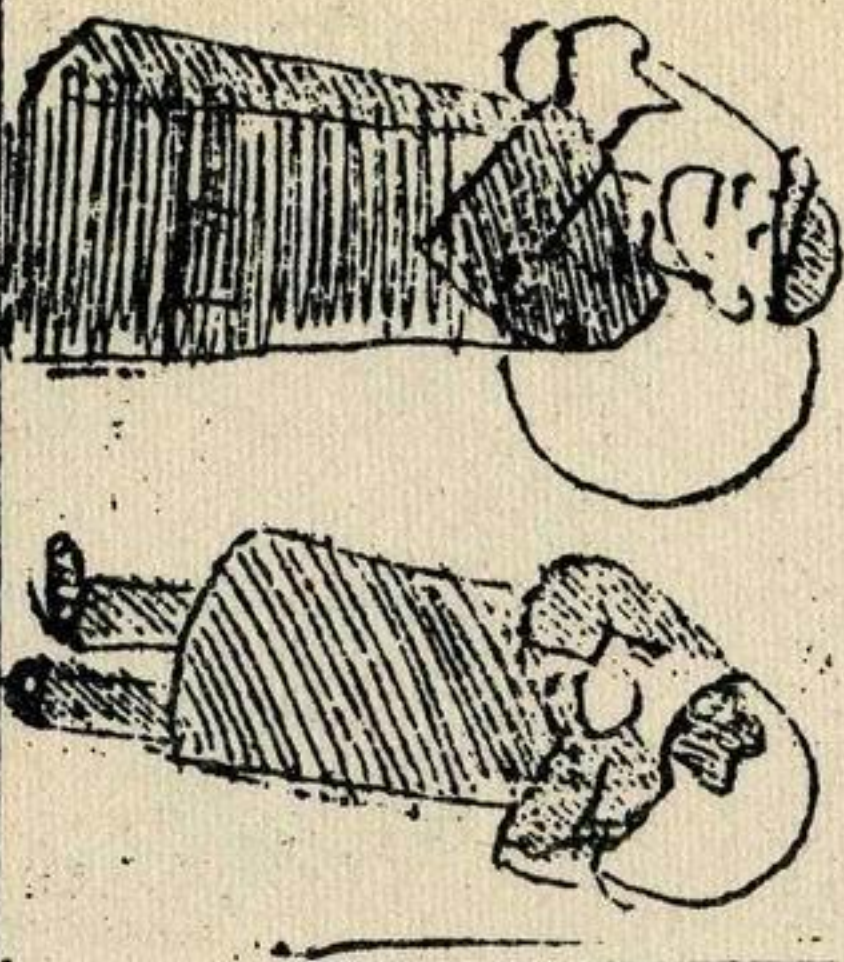




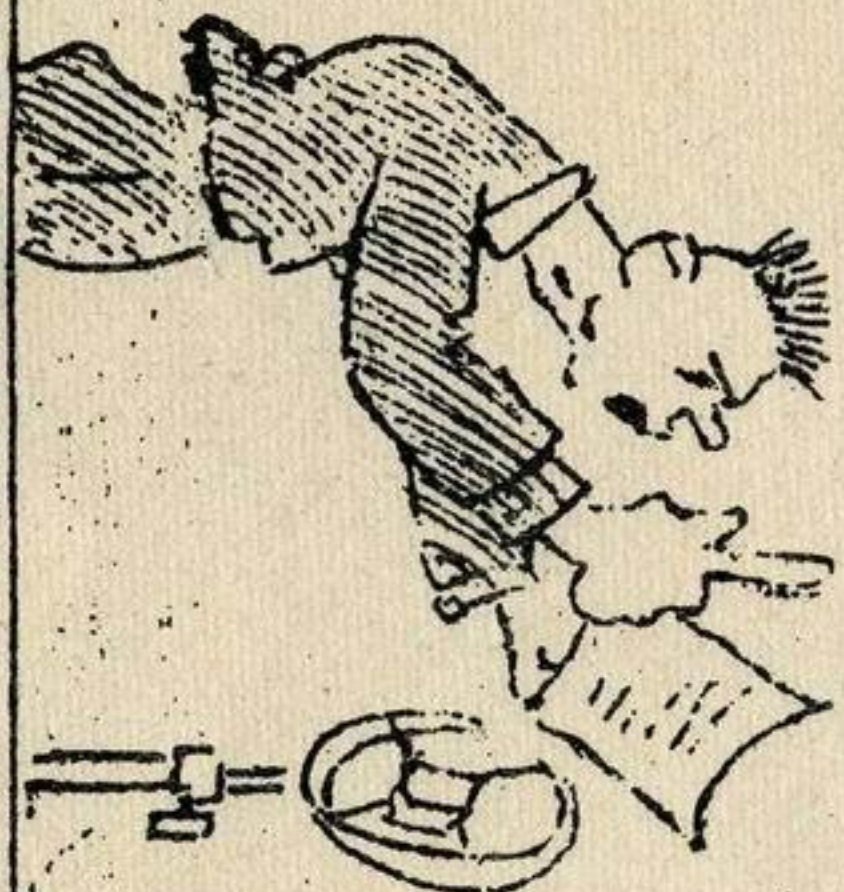
Städter du hungerst in deinem gebor-  
ten Keller . Die Nazi aber fressen  
und saufen auf ihren Schlössern.



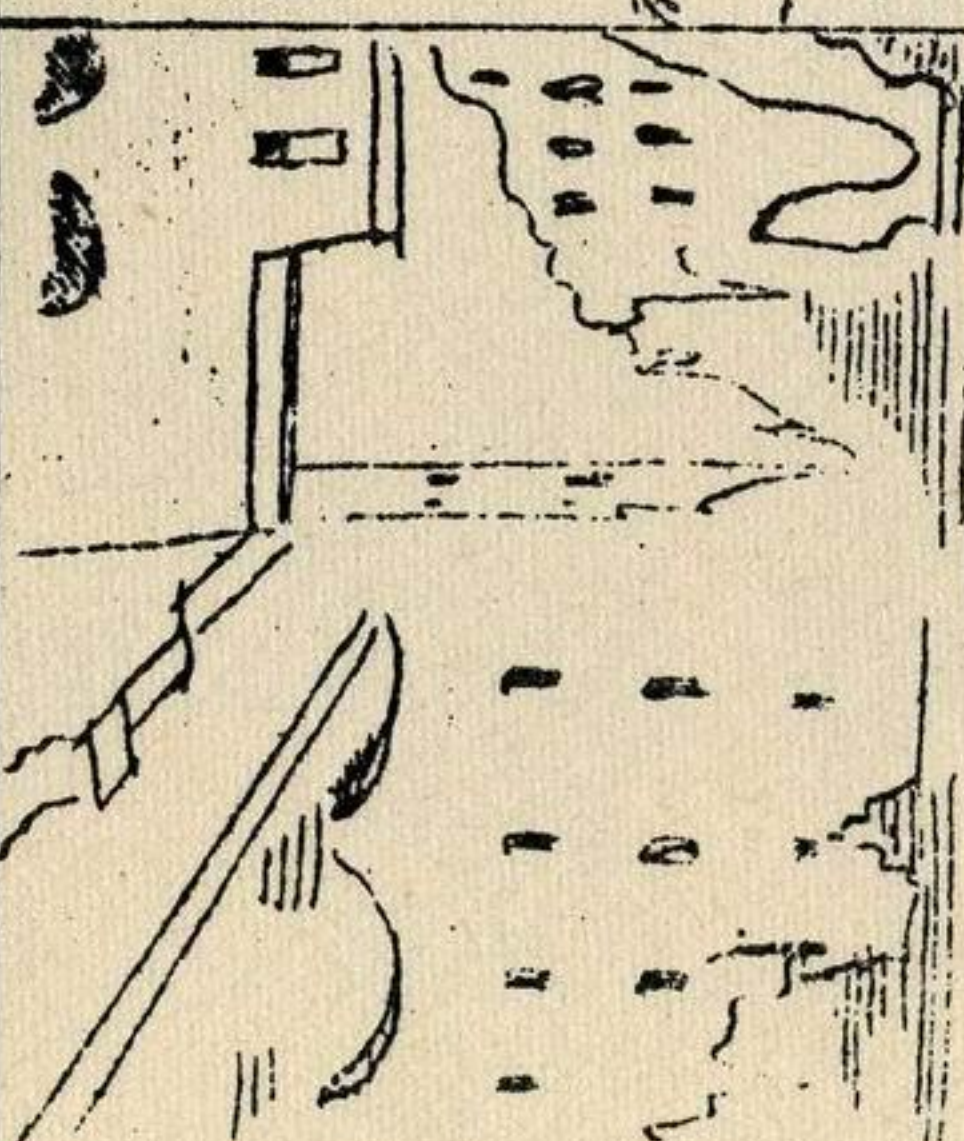
A R M E R M A N N du und deine  
Frau müssen hungern. Der Nazi preisst  
aber mit seinen Weibern. Tod der  
Hurenpeck - Tod den Verbrechern.



Flüchtling bleib wo du bist. Der  
Nazi verspricht nur. Helfen tut er  
nur sich selbst. Folgst du seinen  
Befehlen denn kommst du ins Elend.



F R O H T S O L D A T die Keulhel-  
den Nazi hetzen fern vom Schuss zum  
durchhalten. Bis leben davon, du aber  
sollet vor die Hunde gehen.

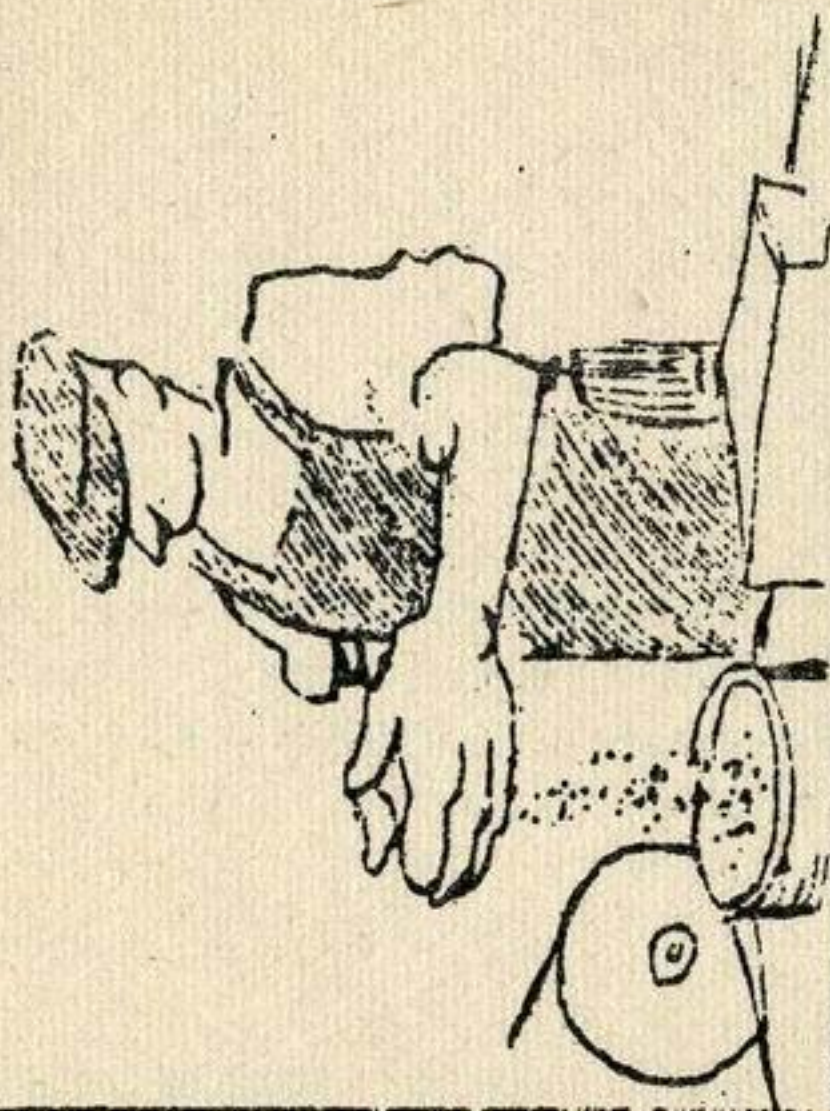


Städter - deine stolze Stadt stirbt  
Des dankst du deinem Führer.

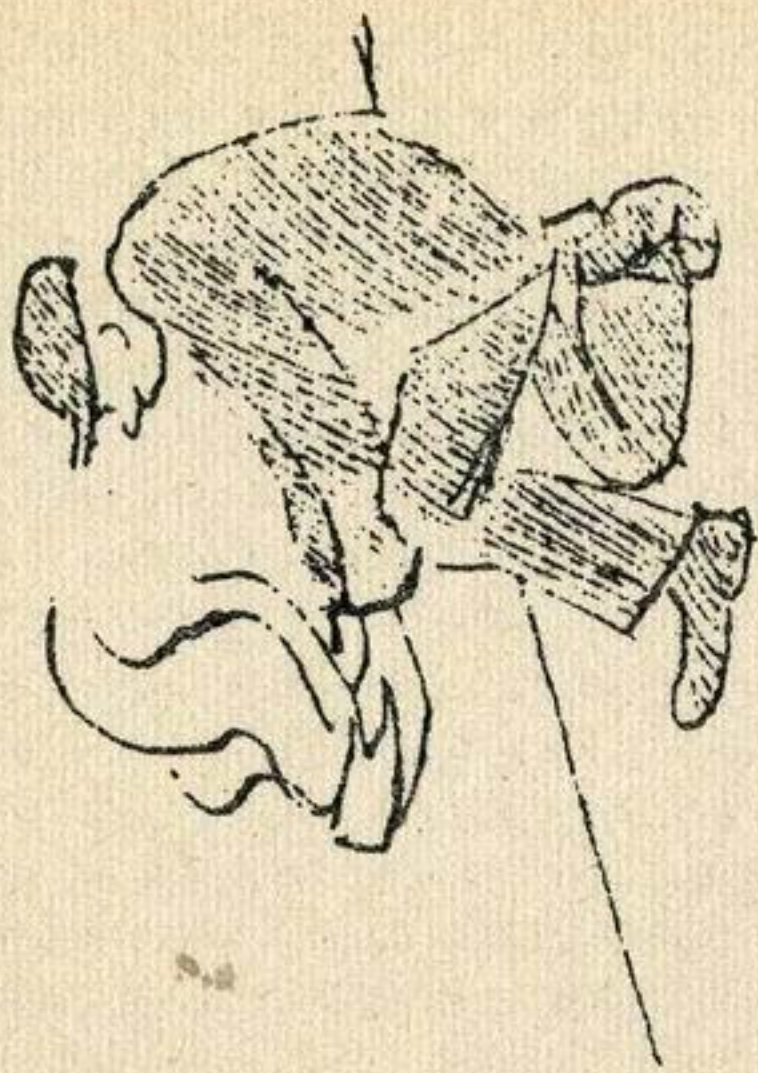




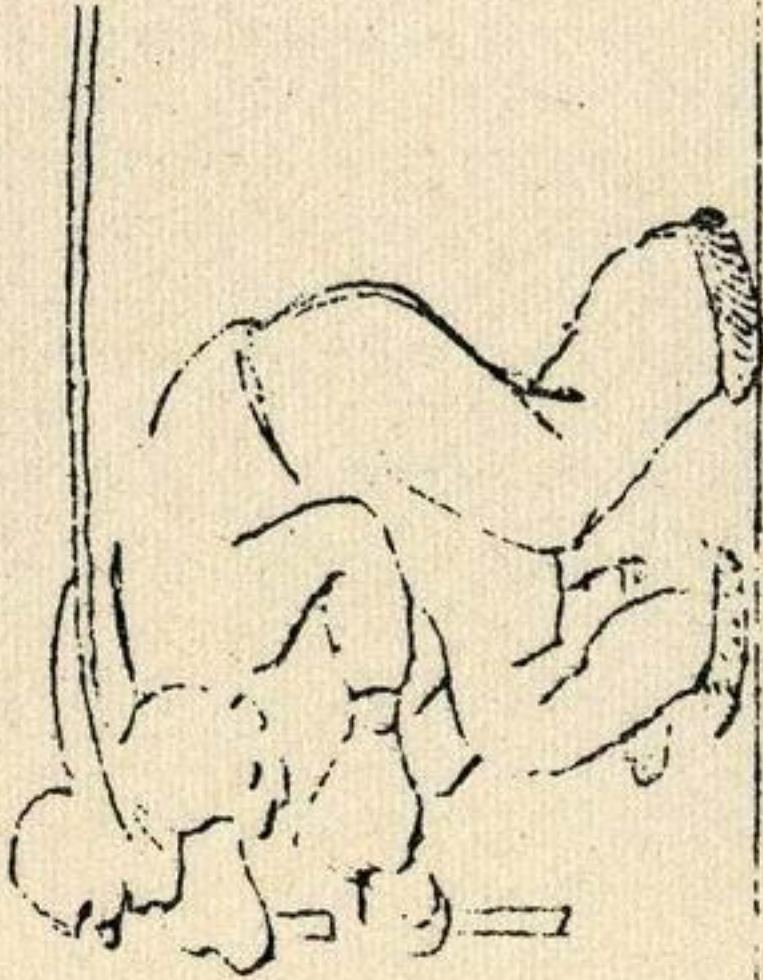
Das Reich wurde zum Totenhaus  
Das danken wir dem Führer



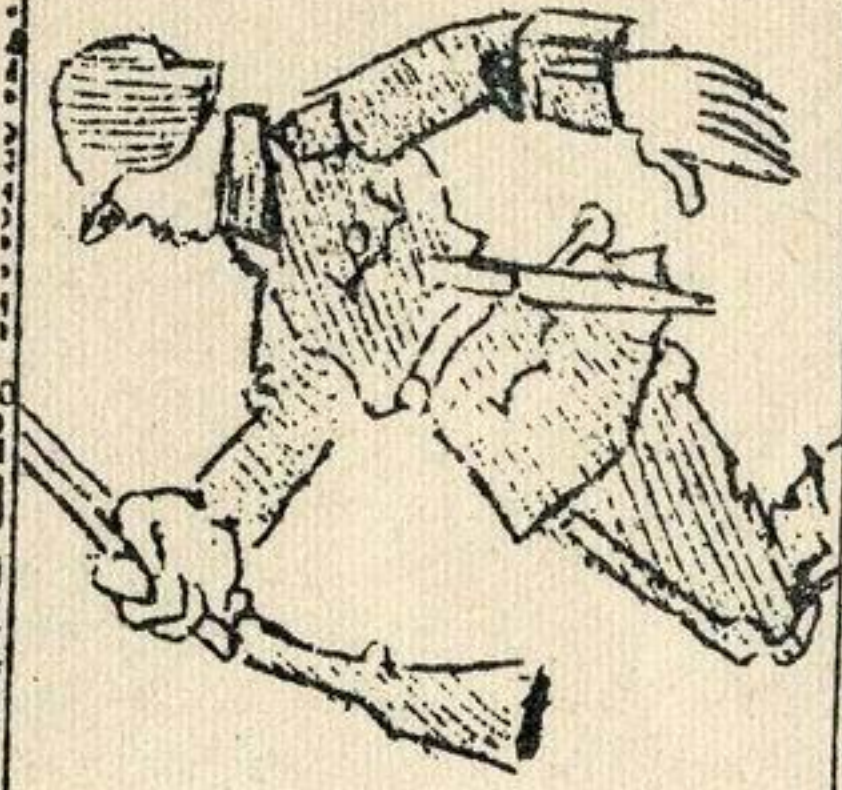
A R B E I T E R streu Sand in die  
Schmierbüchse, du verlängerst sonst  
den Krieg der Nazi. Sie haben den  
Krieg begonnen, du kannst ihn beenden!



A R M E E M A N N leg die Brand-  
päckchen. Die Nazi haben dir alles  
genommen. Nun nimm ihnen die Mög-  
lichkeit zum Krieg.



Die Freiheit wurde zur Sklaverei  
Das danken wir dem Führer -



L A N D S E R die Nazi verlängern  
den Krieg um länger ihr Schlemmer-  
leben zu leben. Du aber stellst für  
das dein junges Leben lassen.



V O L Z S T U R M M A N N ver-  
steck Munition und Waffe. Du wirst  
sie bald brauchen können wenn du  
dem Nazi die Rechnung machst.



Mit der Schaffung der Naziwehrmacht als Massenheer erstanden dem antifaschistischen Kampf neue Probleme von grösster Bedeutung, weil damit die verstärkte Vorbereitung der aggressivsten Kreise des deutschen Finanzkapitals auf einen neuen Weltkrieg sichtbar wurde. Hunderttausende junge Menschen wurden im Zuge der Wehrpflicht vom 16. März 1935 Jahrgang für Jahrgang eingezogen. Im Gegensatz zum ausgesuchten Hunderttausend-Mann-Heer der alten Reichswehr kamen jetzt massenhaft junge Leute aus der Arbeiterbevölkerung und vom Lande in die Armee. Sie mussten den Eid auf Hitler schwören, wurden gedrillt im Sinne des alten preussischen Kadavergehorsams und der Abtötung jedes demokratischen und menschlichen Bewusstseins, im Geiste der Verachtung anderer Völker und für den Anspruch Deutschlands auf mehr "Lebensraum", der Revanche für den verlorenen ersten Weltkrieg. An der Spitze dieser Wehrmacht standen die alten Generale und Stabsoffiziere, reaktionär und kriegshungrig bis in das Mark, die mehr als einmal auf revolutionäre deutsche Arbeiter hatten schiessen lassen, teilweise am Kapp-Putsch gegen die Weimarer Republik und am Hitler-Putsch beteiligt gewesen waren. Da stellte sich für den antifaschistischen Kampf zwangsläufig die Frage: Durfte untätig zugelassen werden, dass in diesem Macht- und Aggressionsinstrument die grösste Gefahr für die Völker Europas und des eigenen Volkes heranwuchs? Diese Frage musste beantwortet werden, nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten. Die KPD beantwortete die Frage so: Wenn es nötig ist, in den nazistischen Massenorganisationen antifaschistische Arbeit zu leisten, dann konsequenterweise auch in der Armee.

Junge Kommunisten in den Gefängnissen beherzigten die Taten und Lehren ihres grossen Vorbilds Karl Liebknecht. Durch Gerichtsurteile automatisch für wehrunwürdig erklärt, stellten sie für die Zeit nach ihrer Haftentlassung vielfach Anträge auf Wiedererlangung der Wehrwürdigkeit, um in Friedenszeiten antifaschistische Gegenarbeit zu tun. Die Entscheidung der Anträge durch die Wehrkreisämter zog sich aber bis in die Zeit von 1939 hin, als mit dem Überfall auf Polen schon der zweite Weltkrieg begonnen hatte. Das veränderte die Lage, aber sie war nicht mehr rückgängig zu machen.

Solange sie selbst noch nicht den Stellungsbefehl erhielten, nahmen sich junge Kommunisten und andere Antifaschisten vor, als Zivilisten den Kontakt zu eingezogenen Soldaten aus ihrem Bekannten,-Freundes,-Wohngebiets,-Sport und anderen Kreisen zu pflegen, sie im Anti-Barras-Geist und gegen den faschistischen Raubkrieg zu beeinflussen, sie nicht vergessen zu lassen, wo sie herkamen, ihnen vor Augen zu führen, für wen und was sie kämpfen und sterben sollten. Hierbei wurde auch die kollegiale Verbundenheit zum ehemaligen Betrieb genutzt. Solche Möglichkeiten wurden von Kasseler KJVD-Angehörigen im Bunde mit anderen Jugendfreunden aktiv und mit Erfolg wahrgenommen.

Die Lage änderte sich, wenn ehemalige Gefängnis- und KZ-Häftlinge selbst zur Wehrmacht eingezogen wurden. Für sie kam es auf zwei Dinge an: In ihren jeweiligen Truppenteilen antifaschistische Freunde zu gewinnen und die Verbindung zur illegalen Organisation am Heimatort so lange wie möglich aufrechtzuerhalten. Von einem solchen Beispiel soll hier berichtet werden:



Der wegen Vorbereitung zum Hochverrat vorbestrafte und wieder auf freiem Fuss befindliche B. aus Kassel war wieder "wehrwürdig" geworden und fand sich bald darauf in der Kasseler Lüttichkaserne wieder, als das IR 15 gerade von seinen "Ruhmestaten" in Polen zurückgekommen war. Er blieb in fester Verbindung zur illegalen Organisation, in der er massgeblich seit zwei Jahren gearbeitet hatte. Sein fester Plan und Auftrag hiess, alles zu tun, um nicht an irgendeiner neuen Kriegsfront für "Führer, Volk und Vaterland" zu fallen, sondern sich mit allen Mitteln davon fernzuhalten und dennoch seine antimilitaristischen Aufgaben zu erfüllen. Kurz gesagt, er hat es durch allerlei gewagte Tricks und Manöver verstanden, die meiste Zeit seiner Wehrmachtzugehörigkeit in Heimatgarnisonen und vorübergehend im besetzten Frankreich zuzubringen und das bis zwei Jahre nach dem Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion. Er hatte sich damit der Eventualität entzogen, an Kriegshandlungen beteiligt zu sein und möglicherweise selbst sein Leben für das zu verlieren, wogegen er kämpfte.

In seinen verschiedenen Truppenteilen konnte B. nicht wenige antinazistisch gesinnte Kameraden gewinnen und ihnen in vielen Gesprächen das Leben beim Kommiss und das mögliche Sterben an der Front gründlich zu verleiden. Bei seinem Vorgehen war er ganz auf sich gestellt, hatte aber sehr oft Verbindung mit der illegalen Gruppe zu Hause. So wurde er z.B. beim Ersatztruppenteil in Würzburg wegen seiner schönen Handschrift vom Spiess auf die Schreibstube geholt. Damit war der unbezahlbare Vorteil verbunden, dass die "Schreibstubenbullen" abgesehen von längeren Urlauben jedes Wochenende von Freitagabend bis Montagmorgen zum Wochenendurlaub davoneilen konnten. Die kostbare Zeit nutzte B. nicht nur im Kreise der Angehörigen und bei seiner Frau, sondern vor allem zu intensiven Beratungen mit der Leitung und anderen Genossen der Organisation, wobei die neuesten Informationen ausgetauscht, der Stand der illegalen Arbeit besprochen und weitere Massnahmen festgelegt wurden.

Im Kriegsjahr 1943 mit seinen entscheidenden Wendungen der Kriegslage war B. noch immer in Würzburg auf der Schreibstube. Die Stimmung in der Würzburger Bevölkerung war für die Nazis und ihren Krieg schlecht. B. hatte unter seinen Kameraden einen gefunden, mit dem Pferde zu stehlen waren. Mit ihm gemeinsam machte er sich abends nach Dienstende über 14 Tage lang auf, um mit Kreide in zahlreichen Hausfluren Würzburger Miethäuser Parolen wie "Schluss mit dem Hitlerkrieg" und "Weg mit Hitler" u.ä. zu schreiben. Das gab grosse Aufregung bei der Gestapo und selbst in den Kasernen wurde durch Anschlag an der Diensttafel dazu aufgefordert, nach den "Volksschädlingen" mit zu fahnden und sie unverzüglich der Gestapo zu übergeben. Dass die Parolenschreiber unter Soldaten sein konnten, kam der Gestapo anscheinend nicht in den Sinn. Die beiden erfüllten ihre Aufgaben mit grösster Umsicht und Kaltblütigkeit.

Es war die Zeit, als der berüchtigte General von Unruh, genannt "Heldenklau" vom "Führer" und Obersten Feldherrn den Auftrag erhalten hatte, vom OKH in Nürnberg aus auf direktem Befehlsweg alles aus den Kasernen herauszuholen, was für die Front nötig war. Das Kanonenfutter war schon sehr knapp geworden. Wöchentlich hatte jeder Truppenteil



die Original-Bestandslisten am Wochenende per Kurier nach Nürnberg zu leiten, wonach der Stab Unruh unter Umgehung der örtlichen Truppenführer unmittelbare Abstellungen an die Front befahl. Eine solche Liste hatte der Schreiber B. aus Kassel zu führen. Da kam ihm der kühne Gedanke, dass man die Liste manipulieren und so dem "Heldenklau" in das Handwerk fuschen konnte. Das hiess, die Frontabstellung ganzer Gruppen von Soldaten über Wochen und Monate zu verzögern und ihnen so möglicherweise das Leben zu retten. Seinen Entschluss und die Art, wie er es anzufangen gedachte, teilte B. niemandem, selbst nicht seinen besten Genossen in Kassel mit. Wozu auch, denn die Gesetze der Konspiration galten unter allen Umständen. Natürlich wusste auch keiner der von B. ausgesuchten Kameraden, - deren Gesinnung und Haltung er kannte - von seinem Glück. Sie kamen dazu, wie die Jungfrau zum Kind.

Zur Methode sei erklärt, dass die Truppenliste der Kompanie mit Bleistift zu führen war und mehrere Kategorien enthielt: kv (kriegsverwendungsfähig sofort), gvf (abstellfähig zum frontnahen Raum nach Genesung von Verwundung), gvh (garnisonverwendungsfähig Heimat bei Genesung), dann die verschiedenen Kommandierten für Waffenmeisterei, Kfz-Park, Küche, Ordonnanzendienst im Kasino usw. Das System der Listenfälschung war denkbar einfach. B. versetzte diejenigen, die er vor der Front bewahren wollte, über das Wochenende auf Stellen, wo sie normalerweise nicht hingehörten. Er musste nur am Montagmorgen, wenn die Liste schon wieder aus Nürnberg zurück war, als erster auf der Schreibstube sein, um eiligst mit Hilfe des Radiergummis alles wieder an die richtige Stelle zu rücken. Ganz einfach deshalb, weil der Kompaniechef und der Spiess natürlich ihren Truppenbestand kannten. Es durfte eben kein "Fehler" auffallen. Immerhin konnte B. seine Mission über ein halbes Jahr durchführen.

Am 12. April 1943 ereilte ihn sein Schicksal. Der zweite Schreiber, ein fanatischer Hitlerjugendführer, stiess zufällig im Aktenschrank auf die Wehrstammakte von B., in der auch ein Blatt mit den Angaben über die politische Vorstrafe und die Entscheidung der Wehrwürdigkeit abgeheftet war. Flugs legte er die Akte dem neuen Hauptfeldwebel vor, einem üblen Landsknechtstyp, der sich als "Frontschwein" auch seiner Schandtaten gegen die russische Zivilbevölkerung brüstete. Noch am gleichen Tage veranlasste er die Abstellung von B. an die Ostfront.

Wie für diesen Fall vorsorglich mit der illegalen Leitung und seinen Angehörigen besprochen, ging er schon nach kurzer Zeit bei günstiger Gelegenheit auf die Seite der Roten Armee über. Er stellte sich sofort dem im Juli 1943 von deutschen Emigranten, Soldaten und Offizieren in der Gefangenschaft, gegründeten "Nationalkomitee Freies Deutschland" zur Verfügung, arbeitete an der Front im Lautsprechereinsatz und später in Kriegsgefangenenlagern für die Ziele des Komitees. Das NKFD stellte sich die grosse nationale und demokratische Aufgabe, die Angehörigen der Hitlerwehrmacht an der Front, die gefangenen Soldaten in den Lagern und das deutsche Volk in der Heimat vom verbrecherischen Charakter des Hitlerkrieges, von seiner Sinn- und Aussichtslosigkeit, zu überzeugen. Die Konsequenz daraus sollte sein, den Kampf an der Front einzustellen, Hitler und seine Bande zu stürzen, oder zumindest das Leben in die freiwillige sowjetischen Gefangenschaft für eine bessere Zukunft Deutschlands zu retten. Die Heimat sollte sich zur Volksfront gegen Hitler vereinigen.



In einem Kriegsgefangenenlager mit 7000 Mann, wo B. führend für das NKFD tätig war, traf er auch zahlreiche Landsleute aus Kassel und Nordhessen. Beim späteren Wiedertreffen nach dem Kriege konnte er mit Befriedigung feststellen, dass mancher in der Gefangenschaft gelernt hatte, sich aktiv für ein antifaschistisch-demokratisches und friedliebendes Deutschland einzusetzen.

### GESCHICHTSFÄLSCHER

Zu den übelsten Geschichtsfälschungen gehört die Behauptung, die Sowjetregierung habe durch den am 23. August 1939 mit der Hitlerregierung abgeschlossenen Nichtangriffsvertrag die Sache des deutschen und europäischen Antifaschismus verraten und die eigenen deutschen Genossen und Anhänger der KPD im Stich gelassen. Die Geschichtsfälscher verschweigen, dass dieser Vertrag die erzwungene diplomatische Folge hinterhältiger Absichten der Westmächte war, sich ihren eigenen erklärten Beistandspflichten gegenüber befreundeten osteuropäischen Staaten zu entziehen und dadurch die Sowjetunion vorzeitig in einen mörderischen Krieg mit Deutschland zu verwickeln, aus dessen Ausgang sie für ihre Interessen Kapital schlagen wollten.

Trotz einer äusserlich zur Schau getragenen antifaschistischen Propaganda über ihre Rundfunksender, störte es die reaktionären Kreise des westlichen Grosskapitals nicht im geringsten, dass Hitler in Deutschland mit den Kommunisten und der Arbeiterbewegung allgemein blutige Abrechnung hielt. Es sei kurz daran erinnert, dass schon bei der Rheinlandbesetzung im Jahre 1935 durch die deutsche Wehrmacht und einigen anderen Akten Hitlers sowohl der Zeitpunkt, als auch der Anlass dazu gegeben war, mit militärischer Intervention zu antworten und damit zugleich den antifaschistischen Widerstandskräften den Sturz der Nazi-diktatur und die Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse zu ermöglichen. Stattdessen machten die westlichen Regierungen Hitler ein Zugeständnis nach dem anderen, wobei das schändlichste im Münchener Abkommen vom 29. September 1938 seinen Ausdruck gefunden hatte. Dieses Abkommen war unterzeichnet vom englischen Premier Chamberlain, vom französischen Ministerpräsidenten Daladier, von Mussolini und Hitler. Es lieferte die Tschechoslowakei mit Haut und Haar an den Hitlerfaschismus aus.

Die Geschichtsfälscher, die der Sowjetunion einen Nichtangriffspakt als Verrat vorwerfen, der im Interesse der Erhaltung des Friedens und der Hinausschiebung der Aggression gegen die Sowjetunion geschlossen wurde, unterschlagen dabei ihre eigene Handlungsweise, die wahrlich nicht den Frieden fördern, sondern zerstören half. Sie schlossen am 30. September und 6. Dezember 1938 mit der Hitlerregierung Nichtangriffspakte ab, um deren Aggressionsdrang nach dem Osten zu lenken.

Der wahre Verlauf der Ereignisse des zweiten Weltkrieges, aber auch schon die Vorkriegszeit, zerstörte nach und nach die von der SPD-Führung und bestimmten bürgerlichen genährte Hoffnung und Illusion, die Befreiung Deutschlands von der faschistischen Diktatur könne nur von aussen und zwar durch den Westen erfolgen. Die Führung der KPD trat solchen Illusionen entgegen, orientierte konsequent auf die Verstärkung des eigenen antifaschistischen Kampfes zum Sturz Hitlers. Sie beschloss trotz schon erschwelter Kampfbedingungen im Mai 1938, die



Verlegung der Operationsabteilung vom Ausland in das Reichsgebiet. Hauptziel dieser Periode war, den Ausbruch eines zweiten Weltkrieges zu verhindern und die schon erfolgten Aggressionen rückgängig zu machen.

Auch dem voreingenommenen Leser mag nur ein einziges Dokument unter vielen die Absichten der sowjetischen Aussenpolitik veranschaulichen:

=====

Aus der Erklärung des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, M.M. Litwinow, vom 17. März 1938:

"Die gegenwärtige internationale Lage stellt alle friedliebenden Staaten und insbesondere die Grossmächte vor die Frage ihrer Verantwortung für das weitere Schicksal der Völker Europas...Darum kann ich im Namen der Sowjetunion erklären, dass sie ihrerseits nach wie vor zur Teilnahme an kollektiven Aktionen bereit ist, die gemeinsam mit ihr beschlossen werden und die das Ziel haben würden, der weiteren Verbreitung der Aggression Einhalt zu tun und die verstärkte Gefahr eines neuen Weltkrieges zu beseitigen. Sie ist bereit, unverzüglich mit anderen Staaten im Völkerbund oder ausserhalb des Völkerbundes praktische Massnahmen zu erörtern, die sich aus der gegenwärtigen Lage ergeben.."

=====

#### DIE " KRISTALLNACHT " IN KASSEL

Ein Höhepunkt der Pogromakte gegen Juden war jene umfassende Terroraktion des Jahres 1938, die von ihren Urhebern selbst mit der Bezeichnung "Reichs-Kristallnacht" gekennzeichnet wurde. Will man ihren wahren Hintergrund erkennen, muss einiges darüber vorausgeschickt werden.

Einerseits malten die Nazis dem Volke das Schreckgespenst einer Bedrohung oder gar einen Überfall des "russisch-asiatischen Bolschewismus" an die Wand. Mit der unerhörten Lüge, einem Angriff des russischen Kommunismus gerade noch zuvorgekommen zu sein, wurde das deutsche Volk in den Krieg gegen die Sowjetunion gehetzt und sie diente zur Rechtfertigung aller Gewalt- und Mordtaten gegen das sowjetische Volk. Auf der anderen Seite wurde von Anfang an die Hetze gegen das "Judentum" inszeniert, eben das, was man unter Antisemitismus zu verstehen hat.

Der Antisemitismus hatte eine ganz bestimmte Funktion zu erfüllen. Für alle gegen die arbeitenden Menschen in der Vergangenheit gerichteten unsozialen Massnahmen, für die Arbeitslosigkeit der Jahre von 1929 - 1932, verbunden mit unerhörtem Massenelend, dem Zusammenbruch zahlloser kleinerer und mittlerer Gewerbebetriebe sowie Bauernwirtschaften, einschneidende Kreditbeschränkungen und Halsabschneiderei der Banken, für Behördenwillkür und die Notverordnungspolitik der Weimarer Republik machte die Nazipropaganda die Juden hauptverantwortlich. Sie log der Bevölkerung vor, alle Not hätte ein Ende, wenn die Juden aus der Wirtschaft, dem Geldwesen und den staatlichen Behörden vertrieben würden. Indem die Faschisten gegen eine verhältnismässig kleine Schicht von jüdischen Unternehmern und Banken wetterten, wollten sie von der eigentlichen wirtschaftlichen Hauptmacht der Thyssen, Stinnes, Mannesmann



usw. sowie den beherrschenden Grossbanken ablenken, den Hauptschuldigen an der Wirtschaftskrise und dem sozialen Elend. Eine andere Seite der antijüdischen Verhetzung des Volkes bestand im Rassenwahn, der das "arische deutsche Blut vor artfremder Vergiftung" bewahren sollte. War das auch vom Standpunkt der biologischen Wissenschaft ausgesprochener Blödsinn, so hatte er doch Methode und sollte das deutsche Herrenmenschentum nach innen und aussen ideologisch begründen.

Wer wirklich hinter den Judenpogromen stand, wird jedem klar, wenn er die Ereignisse der "Kristallnacht" und die Umstände, die sie zur Auslösung brachten, näher betrachtet. Im November 1938 wurde in Paris auf den deutschen Botschaftsrat Ernst von Rath, einem Neffen des Aufsichtsratsvorsitzenden des IG-Farben-Trusts, ein Attentat verübt. Heute weiss die Welt, dass dieses Attentat in gleicher provokatorischer Weise benutzt wie der Reichstagsbrand einem weitgehenden Zweck diente. Es wurde zum Signal für die Ingangsetzung furchtbarer faschistischer Untaten gegen das Eigentum, die Freiheit und das Leben vieler tausender Juden in Deutschland. Die über den Rundfunk von Göring und Goebbels hinausgebrüllten Hassreden riefen den schlimmsten Abschaum in den Reihen der SA und SS auf den Plan. Tausende Schaufenster jüdischer Geschäfte wurden mit Steinen und Äxten zertrümmert, die Auslagen und Warenbestände auf die Strassen geworfen und geplündert. Jüdische Geschäftsinhaber wurden hinter dem Ladentisch hervorgerissen, aus ihren Wohnungen geholt und an Ort und Stelle erbarmungslos zusammengeschlagen. Als Juden bekannte berühmte Ärzte und Wissenschaftler beraubte man ihrer Betätigungsmöglichkeit und Existenz. Unzählige Juden wurden in die KZ-Lager verschleppt und viele von ihnen erschlug die SS schon am Lagertor auf bestialische Art.

Auch in Kassel tobte der nazistische Mob wie eine Furie. Zuerst wurde die gewaltige Synagoge, die Kirche der Juden, in der Unteren Königsstrasse in Brand gesteckt, sodass nur noch das übrigblieb, was aus Stein war. Danach zogen die SA-Banden gröhrend gegen die jüdischen Geschäfte los und verwüsteten sie. In der ehemaligen Wörthstrasse wohnten zahlreiche Juden. Die Pogromhelden stürmten in die Wohnungen und warfen sämtliche Möbeleinrichtungen, wertvolle Kunstgegenstände, Porzellan und Glaszeug durch die Fenster auf die Strasse. Von hysterischen Freudentänzen der entmenschten Horden begrüsst, stülpten die schlimmsten Lumpen ganze Klaviere und Standuhren aus dem dritten und vierten Stockwerk über die Fensterbänke auf die Strasse. Teils fassungslos, teils empört reagierend, erlebten hunderte Menschen diese Bilder des Wahnsinns.

Von nun an wurde es den Juden verboten, irgendwelche öffentlichen Einrichtungen, Kinos oder Konzertsäle und dergleichen zu besuchen. Mit einem grossen Davidstern auf der Brust gekennzeichnet, durften sie nur in bestimmten Geschäften ihren Kauf an Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen tätigen, wobei sie oft schmähsch betrogen wurden und mit halbverdorbenener Ware abziehen mussten. Ein Wort der Beschwerde hätte schwere Folgen für sie gehabt. Die Nazibehörden ordneten auch die geschlossene Unterbringung von Juden an, so u.a. im jüdischen Altersheim in der Mombachstrasse. Die spätere "Endlösung der Judenfrage" vollzog sich so, dass von Zeit zu Zeit bei Nacht und Nebel Transporte Kasseler Juden zusammengestellt wurden und zwar dorthin, wo es keine Rückkehr gab.



Die Urheber der "Kristallnacht" waren zugleich ihre grössten materiellen Nutzniesser. Während sich die kleinen Räuber an Uhren, Geräten, Schmuck, kleineren Geldbeträgen und anderen Wertgegenständen bereichern durften, machten die Herren der deutschen Hochfinanz einen wahren Haifischzug. Die Hitlerregierung verhängte über die Juden eine Strafkontribution von einer Milliarde Reichsmark für das Attentat auf den Pariser Botschaftsrat, das einem Juden in die Schuhe geschoben worden war. Die Dresdener Bank steckte die jüdischen Berliner Banken Bleichröder und Arnold ein, die Deutsche Bank nahm von der Mendelsohnbank Besitz. In die Berliner Handelsgesellschaft, eines der bedeutensten privaten Bankinstitute, trat an Stelle des jüdischen Teilhabers ein Spross der Göringfamilie ein. Die Warburgbank teilten sich die Deutsche Bank, der Haniel-Konzern und Siemens. Siemens eignete sich ferner das jüdische Kabelwerk Casirer und die Heliowatt-Werke Berlin an. Die AEG hatte ihre Hand bei der Einverleibung der Hirsch-Kupfer- und Messingwerke im Spiele. In Kassel wurden das Kaufhaus Tietz, das Residenzkaufhaus u.a. geraubt. Die Rüstungsindustriellen an der Ruhr, so der Mannesmann-Konzern rissen die grosse Metallfirma Wolff, Netter und Jakobi mit acht weiterverarbeitenden Eisen- und Walzwerken, auch die Hahn'schen Eisenwerke, an sich. Friedrich Flick bemächtigte sich der Metallgesellschaft Rawack und Grünfeld.

Es könnten noch viele Beispiele dafür angeführt werden, wie sich die herrschenden deutschen Industrie- und Bankherren skrupellos auf Kosten ihrer jüdischen Standes- und Klassengenossen gesundgestossen haben und damit zugleich lästige Konkurrenten los wurden. Unzählige Landsitze und Villen von reichen Juden, die in das Ausland emigriert waren, - was Zehntausenden kleinen jüdischen Geschäftsleuten, Intellektuellen und auch Arbeitern meistens nicht möglich war - beherbergten jetzt die Nutzniesser der Judenverfolgung.

Der getäuschte Mittelstand, dem die Nazis die Enteignung der jüdischen Warenhäuser und Banken zu seinem Vorteil vorgegaukelt hatten, sah von den geraubten Milliardenvermögen fast nichts. Im Gegenteil, die Wirtschaftspolitik der von der Nazidiktatur geschützten Konzerne brachte es in der Folgezeit soweit, dass rund 200 000 Mittelstandsexistenzen mit der Begründung liquidiert wurden, ihr Jahres-Steueraufkommen sei zu niedrig. Im Krieg machte man das einfach so, dass die Inhaber von kleinen Geschäften und Handwerksbetrieben einberufen wurden. An ihrer Ladentür oder der Werkstatt hing dann ein Schild "Wegen Einberufung geschlossen." So setzten die Grosskonzerne mit Hilfe Hitlers nur das fort, was schon in der Weimarer Republik zur Vernichtung unzähliger Mittelstandsbetriebe geführt hatte, nur noch rigoroser.

#### GESTAPOMORDE IN BREITENAU

Zweimal in den Jahren des Hitlerfaschismus hatte das ehemalige Kloster Breitenau bei Guxhagen an der Fulda eine besondere Bedeutung. Zum erstenmal zwischen 1933 und 1934 als Konzentrationslager. Zum zweitenmal in den letzten Tagen der Nazi Herrschaft. Innerhalb der hohen Mauern spielte sich ein Drama ab, von dem nur wenig bekannt wurde. Die Kasseler Gestapo hielt in ihren Folterzellen noch etwa 100 Gefangene fest, von einem Transport, der wegen eines Bombenangriffs eiligst ausgeladen wurde. Es waren Ausländer und Deutsche, deren Namen unbekannt geblieben sind. Wegen Platzmangels und weil die Amerikaner schon aus Richtung



Paderborn im Anmarsch waren, schaffte man die meisten von ihnen nach Breitenau. Von ihnen massakrierte die SS 51 mit Maschinenpistolen. Das stellten im Arbeitshaus Breitenau dort beschäftigte Ortseinwohner fest, nachdem die Mörder davongebraust waren. Sie bestatteten die Opfer auf dem kleinen Klosterfriedhof und fertigten ein Holzkreuz an, auf das sie wie von einem ortsansässigen Antifaschisten empfohlen, die Worte schrieben:

Unbekannte Opfer der Gestapo - Geopferte mahnen euch -  
Menschen lasst nicht vom Streben nach Frieden und Recht!

In mühevoller Sucharbeit nach dem 8. Mai 1945 ist es gelungen, 22 der Ermordeten mit Hilfe von gefundenen Gestapounterlagen und Angehörigen zu identifizieren.

### UNSERE HEIMATSTADT IM FEUERSTURM 1943

Die Widerstandskämpfer gegen das Naziregime hatten immer wieder davor gewarnt, dass ein neuer Krieg von deutschem Boden aus zurückschlagen und den Untergang der eigenen Nation herbeiführen wird. Eine solche sichere Voraussage gründete sich auf die geschichtliche Erfahrung und das Wissen, dass sich die Völker Europas niemals mit einer Unterwerfung und Verslavung abfinden werden. Die Tatsachen haben bestätigt, dass die Niederlage des deutschen Imperialismus, Militarismus und Faschismus gesetzmässig vorbestimmt war.

Es gab leider viele, viele Deutsche, die an solche Warnungen nicht glauben wollten und das war eine der Ursachen dafür, dass das Verhängnis nicht rechtzeitig durch eine starke Volksbewegung aufgehalten wurde. Nun waren schon jahrelang viele Länder Europas von deutschen Truppen besetzt und seit dem 22. Juni 1941 tobten in der weiten Sowjetunion vom Eismeer bis zum Kaukasus blutige Schlachten. Allenthalben war jetzt wenigstens Sorge zu spüren und häufig wurde gesagt: Gegen Russland hätte Hitler keinen Krieg anfangen sollen, wer weiss, wie das enden wird." Die Ausreden der Goebbelspropaganda für steckengebliebene Offensiven und ernste Niederlagen an der Ostfront, - es wurden der "General Schlamm" und der "General Winter" erfunden und dafür verantwortlich gemacht - empfanden viele als faul. Schliesslich waren Schlamm, Kälte und Schnee auch nicht Freunde der Roten Armee. Es war etwas anderes, das die Lage änderte. Die Briefe von der Front kündeten von der furchtbaren Härte der Kämpfe, enthielten pessimistische Betrachtungen und den immer wiederkehrenden Wunsch, dass alles bald zu Ende sein möge.

Jetzt bewahrheitete sich auch bedrohlich zunehmend die Voraussage, dass der Krieg mit allen seinen Schrecken auf Deutschland selbst zurückfallen wird. Die Bombenangriffe englischer und amerikanischer Geschwader erfolgten immer massierter und in kürzeren Abständen. Fliegeralarme bei Tag und Nacht für die Bevölkerung wichtiger Städte waren an der Tagesordnung. Für alle, die es persönlich erlebt haben, was hier noch einmal in Erinnerung gerufen werden soll, ist es leider oft nur Erinnerung. Unsere Jugend weiss davon wenig oder nichts, vor allem über die Ursachen, auf die es entscheidend ankommt, geben Schule und selbst viele Elternhäuser nur dürftige Auskünfte.

Der Nazistaat hatte aus Kassel ein bedeutendes Rüstungszentrum gemacht. Ausserdem spielte es von jeher eine wichtige strategische Rolle als Kreuzungspunkt der Bahnlinien von Ost nach West und von Nord nach Süd.



Zwei Reichsautobahnen durchschnitten den Knotenpunkt Kassel. Zudem war Kassel seit Kaiser Wilhelm II. der zweitwichtigste Konzentrationspunkt militärischer Kräfte und auch jetzt wieder Sitz des Generalkommandos II. Grosse Rüstungsbetriebe waren: Henschel für Panzer, Fieseler für Flugzeuge besonderer Art, Junkers für Flugzeugmotorenbau, die Spinnfaser für Sprengwolle und die Henschelabteilung Altenbauna für Flugzeugbau. In Ihringshausen wurde im grossen Umfang Munition hergestellt, bei Fürstenhagen befand sich ein sehr grosses unterirdisches Werk für Sprengstoff, die Firma Wegmann baute Panzertürme und Richtmaschinen. Zu den grossen Rüstungsbetrieben kamen eine Menge Zulieferer. Das alles zusammen war genug Anziehungspunkt für Luftangriffe.

Bisher hatten die Bombenangriffe noch nicht allzu grossen Schaden angerichtet und auch die Verluste der Zivilbevölkerung waren nicht gross, aber die Angriffe kündigten schweres und unvorstellbares Unheil an. Es wurde geradezu mit heraufbeschworen durch Goebbels grossmäulige Brandrede am 18. Februar 1943 im Berliner Sportpalast. Nach der Katastrophe von Stalingrad sollte die Kriegsstimmung des deutschen Volkes wieder hochgepeitscht werden. Vor 20 000 fanatischen Nazibonzen und sonstigen Handlangern der Nazi Herrschaft, die er als stimmberechtigt für das ganze deutsche Volk bezeichnete, stellte er zehnmal mit verschiedenen Einleitungen die Frage: "Wollt ihr den totalen Krieg?" Zugespitzt fragte Goebbels: "Wollt ihr ihn, totaler und radikaler, als wir es uns heute überhaupt noch vorstellen können?" Ein hysterisches "Ja" wurde ihm zehnmal entgegengebrüllt.

Am 22. Oktober 1943 bekam auch unsere Heimatstadt die Folgen dieser wahnwitzigen Herausforderung mit aller Härte zu spüren. Der Rundfunk hatte routinemässig eine Vorwarnung über den Anflug starker Bomberverbände in Richtung Kassel gemeldet. In den Häusern trafen die Bewohner wie üblich ihre Vorbereitungen, stellten Koffer mit den nötigsten Bekleidungsstücken, die Tasche mit Wertsachen und Papieren griffbereit zurecht, teilweise in Angst und Panikstimmung, teilweise gleichgültig und die Gefahr nicht so ernst nehmend. Keiner ahnte, was schon zwei Stunden später sein würde, - dass eine junge glückliche Mutter in ängstlicher Erwartung den Säugling zum letztenmal an das klopfende Herz drücken, dass die gewissenhafte Hausfrau nie mehr die Frühstücksbröte für ihren Mann und die Kinder zubereiten, Vaters Anzug ausbürsten, dem sich blosstrampelnden Jüngsten liebevoll und behutsam die Decke zurechtrücken würde, dass junge liebende Menschen mit hochfliegenden Plänen, denen der Himmel trotz allen Kriegsunglücks voller Geigen zu hängen schien, keine Erfüllung ihrer Träume fanden.

Gegen 19.30 Uhr ertönte Vollalarm aus den Luftschutzsirenen und schon hingen auch die ersten sogenannten Christbäume am Himmel, die das Bombenziel ausleuchteten. Es wurden soviel wie niemals zuvor. Das Stadtgebiet war zum grossen Teil taghell angestrahlt. Das gewaltige Brummen des anfliegenden Verbandes liess einen Grossangriff vermuten. Tausenden in den Luftschutzkellern steckte die Angst wie ein Mehlkloß im Hals. Dann brach ein wahres Inferno mit Explosionen und Feuer über Kassel herein. Es regnete im wahrsten Sinne des Wortes Spreng- und Brandbomben, vermischt mit schweren Luftminen und heimtückischen Zeitzünderbomben. Ganze vierzig Minuten reichten aus, die Stadt in eine an allen Ecken brennende und rauchende Trümmerwüste zu verwandeln. Nicht nur die vielen Fachwerkhäuser



# Kaffeler Neueste Nachrichten

Stettiner Abendzeitung

Freitag, 19. Februar 1943

33. Jahrgang

mit neuem Wehrmachtbericht

Einzelpreis 10 Pf.

Stettin, den 19. Februar 1943

Die Kaffeler Neueste Nachrichten sind eine der größten und ältesten Zeitungen in Pommern. Sie sind seit 1872 im Druck und haben eine lange, erfolgreiche Geschichte. Die Zeitung ist in der Regel am Freitagabend erschienen und hat eine Auflage von etwa 10.000 Exemplaren. Sie ist eine der wichtigsten Informationsquellen für die Bevölkerung in Stettin und der umliegenden Gebiete.

Die Kaffeler Neueste Nachrichten sind eine der größten und ältesten Zeitungen in Pommern. Sie sind seit 1872 im Druck und haben eine lange, erfolgreiche Geschichte. Die Zeitung ist in der Regel am Freitagabend erschienen und hat eine Auflage von etwa 10.000 Exemplaren. Sie ist eine der wichtigsten Informationsquellen für die Bevölkerung in Stettin und der umliegenden Gebiete.

## Zehn Fragen an das deutsche Volk

Reichsminister Goebbels' Appell in ernster Stunde / Das Volk erkennt die Gefahr und weiß ihr mit geballter Kraft zu begegnen / Einmütige Willenskundgebung der Nation



der Altstadt verbrannten im Feuersturm wie Zunder, selbst der Asphalt der Strassen stand in hellen Flammen, durch die markerschütternd schreiende Menschen in irrer Verzweiflung, an Kleidern und Haaren wie lebende Fackeln brennend, um die Rettung ihres Lebens rannten, aber auf dem brodelnden Asphalt die Schuhe verlierend, hängenbleibend, niederstürzend einen grässlichen Tod erlitten.

Welche Vortstellungskraft ist hinreichend genug, um zu erfassen und nachfühlen zu können, was jene vierhundert Kasseler, zumeist alte Frauen, Männer und Kinder vor ihrem grausamen Ende durchgemacht haben, die im Luftschutzkeller der "Pinne" in der Wildemannsgasse Zuflucht gesucht hatten. Nur ein zehnjähriges Mädchen hatte sich durch das einzige noch vorhande Schlupfloch des Kellers hindurchgezwängt und brachte den Rettungsmannschaften mit vor Schreck aufgerissenen Augen die Kunde von der "Pinne", einer bekannten Gastwirtschaft. Aber wohin sollten sich denn die Retter des Luftschutzes zuerst wenden, sie hätten hunderte Hände und Beine haben müssen und ihre Hilfe wäre doch meist zu spät gekommen. Nur achtunddreissig Menschen konnten aus der "Pinne" lebend geborgen werden.

Jedem Leser bleibt es selbst überlassen, - viele von ihnen haben das Grauen selbst erlebt - aus der ach so kalten und nüchternen Statistikzahl der Opfer abzulesen, welche menschlichen Tragödien sie im einzelnen ausdrücken. Nach heute noch nicht endgültigen Feststellungen sind am Abend des 22. Oktober 1943 rund dreizehntausend Zivilpersonen um ihr Leben gekommen. Die Zahl ist nach Auffassung massgeblicher Stellen eher zu niedrig als zu hoch gegriffen. Über viele Durchreisende, darunter auch Soldaten und andere nicht fest ansässige Personen liess sich nichts mehr ermitteln.

Es seien an dieser Stelle gleich die gesamten Kriegsverluste der Bevölkerung von Kassel genannt. Zu den Bombenopfern kamen rund sechstausend Gefallene und dreitausendvierhundertachtzig Vermisste. Zusammen sind rund zehn Prozent der Einwohner dem verbrecherischen Hitlerkrieg zum Opfer geallen.

#### UNERSETZLICHE KULTURWERTE VERNICHTET

Im Bombenhagel und Feuersturm sind viele unersetzliche Zeugnisse menschlichen Fleisses und der Kultur aus der Kasseler Geschichte vernichtet worden. Vorweg seien die Verluste an Wohnstätten genannt, von denen eine beträchtliche Anzahl, besonders in der über tausendjährigen Altstadt, historische Baudenkmäler repräsentierten. Kassel besass vor der Zerstörung 63 568 Wohnungen. Davon wurden 34 865 völlig dem Erdboden gleichgemacht, oder in Ruinen-Torsos verwandelt. Rund 8200 Wohnungen waren zu 80 Prozent zerstört und somit nicht mehr verwendbar. Nach Abzug der teilzerstörten Häuser, die später wieder hergerichtet werden konnten, blieben nur 6 800 Wohnungen völlig erhalten.

Als im Jahre 1913 die Bürger unserer Stadt ihr tausendjähriges Bestehen feierten, ahnten sie, ihre Kinder und Enkel nicht, wie und durch welches Verbrechen des Barbarentums sich das Bild ihrer Heimatstadt einmal verwandeln würde. Unserer jungen Generation kann vieles, wie es einmal ausgesehen, nur anhand der heimatgeschichtlichen Literatur, Zeichnungen und Fotos gezeigt werden. Wir von der älteren Generation kommen manchmal in besinnlichen Stunden beim Gang durch die neuen Strassen der Altstadt



nicht umhin, den Platz alter Erinnerungen zu suchen. Das ist manchmal nicht einfach. Doch wenn die Bilder im Gedächtnis wieder Gestalt annehmen, verbinden sich damit vergangene Erlebnisse und Episoden der verschiedensten Art.

Besonders den ehemaligen Widerstandskämpfern gegen den Faschismus und manchen anderen, die dabei waren, sind die vielen Demonstrationen gegen den aufkommenden Naziterror unvergessen, die durch die Brüderstrasse, über den Altmarkt, (im Volksmunde der "Dalles") durch die Fischgasse, die Wildemannsgasse, die Marktgasse, über den Pferdemarkt, durch die Müllergasse, Mittel- und Oberste Gasse und andere führten. Sie waren es, die ihrer Heimatstadt rechtzeitig das furchtbare Schicksal zu ersparen trachteten, das sie später betroffen hat.

Für Altkassel gab es zudem typische Bilder, die dem Kasseler an das Herz gewachsen sind, Bilder des friedlichen Alltagslebens, des Frohsinns und der Gemütlichkeit. War es nicht amüsant zu sehen, wie der alte klapperige Gaul vor dem Rollwagen ohne Kommando mit unwandelbarer Sicherheit an jeder Altstadtkneipe gewöhnheitsmässig anhielt, seinen Kutscher mit einem zurückgeworfenen Blick auffordernd: Nu mach schon, hier musst du deinen Fuhrmannschnaps hinter die Binde giessen und ein Schwätzchen machen. Der Gaul bekam derweil den typischen Hafersack umgehängt. Oder auf der Bank am Rondell erzählte der Karle dem Henner die Streiche von Ephesus und Kubille, den beiden Originalen von Kassel. Na, und wenn man sich an den alten Zissel mit zünftigem Fullefez erinnert – das war doch alles viel traulicher und netter als heute. Heute ist der Schauplatz, die Kulisse und damit auch die alte Atmosphäre des Heimatfestes weg – geopfert dem deutschen Militarismus.

Nichts ist mehr da vom altehrwürdigen Hause in der Marktgasse, wo die Gebrüder Grimm lebten und ihre Märchenbücher niederschrieben. Zuschanden geworden ist das im Renaissance-Stil 1596-98 erbaute Bürgerhaus, das berühmte Linker'sche Haus in der Brüderstrasse, das Bürgerhaus am Martinsplatz aus dem 16. Jahrhundert, in dem die Chemiker Wöhler und Bunsen Unterricht erteilten. Ausgelöscht sind solche schönen Fachwerkbauten wie der "Weisse Hof", die in der Klosterstrasse, das Eckhaus in der Druselgasse 27 und viele andere. Mit der Teilzerstörung des Naturkundemuseums gingen unersetzliche Werte verloren, schwer getroffen wurde die Gemäldegalerie, vernichtet wurde die Kunstakademie in der Aue. Vom Staatstheater blieb nur noch die Ruine zurück wie auch vom Orangerieschloss. Das Schloss Wilhelmshöhe wurde teilweise zerbombt. Mehrere alte Kirchen, Wahrzeichen unserer Stadt, ragten als Ruinen in den Himmel – und was mit am schwersten wiegt, der grösste Teil der Kasseler Schulen wurde in Schutt und Asche gelegt. Das weltberühmte Tapetenmuseum und andere Kunstschatze gingen teilweise oder ganz verloren. Mit allem wurde der grösste Teil der zu Stein gewordenen 1000-jährigen Geschichte Kassels ausgelöscht. Fotos und Dokumente können nur schwacher Ersatz dafür sein.

Aber unsere Stadt hat noch andere sehr bedeutende Traditionen aufzuweisen. Kassel wurde im Laufe vieler Jahrzehnte eine wichtige Industriestadt, deren Geschichte in erster Linie von den Zehntausenden fleissiger Hände gemacht wurde, ohne die sich kein einziges Rad dreht. Das Henschelwerk war die grösste Produktionsstätte und nicht ohne Grund galt auch nach dem Kriege das für die wirtschaftliche Existenz Kassels und seiner Umgebung Wort: Henschel ist Kassel, und Kassel ist Henschel. Damit kann natürlich



nur gemeint sein, dass vom Blühen und Gedeihen der Friedensindustrie die Lebensexistenz und die Sicherheit des Arbeitsplatzes für zehntausende Familien abhängig ist, - eine Lehre, die inzwischen trotz aller schlimmen Erfahrungen selbst von Bürgern unserer Stadt vergessen wurde.

Nur ein verbrecherisches volksfeindliches Regime mit seinen grosskapitalistischen Auftraggebern, das aus Blut Profit gemacht hat, konnte den vernünftigen Sinn einer zum Wohle der Menschen geschaffenen Industrie in ihr Gegenteil verkehren. Jahrelange Entbehrungen auch nach dem Krieg waren die Folge, alle Lasten des Wiederaufbaus mussten diejenigen auf sich nehmen, die für die Ursachen der Katastrophe nicht verantwortlich waren. Das darf nie vergessen werden.

Vergessen werden darf aber vor allem nicht, dass die meisten Opfer des verruchten Naziregimes aus den Kreisen der Arbeiterschaft gebracht wurden. Die schwieligen Hände von Arbeitern, die gestern noch die Kelle und den Hammer umschlossen hatten, umschlossen mit ihren Fäusten die Gitter von Zuchthausfenstern, leidend, hungernd, gequält, geschunden, aber auch oft bekümmert darüber, dass es ihnen nicht gelungen war, alle, alle mit in den Kampf zur Selbsterhaltung hineinzureissen durch ihr Beispiel. Ihr Handeln im Interesse der Demokratie, der Humanität und sozialen Gerechtigkeit, ihr Opfer für das ganze werktätige Volk Deutschlands und seiner ebenso am Frieden interessierten Nachbarvölker muss stets als Mahnung und Lehre lebendig gehalten sowie nutzbar gemacht werden. Ein bekannter bürgerlicher Politiker hat nach dem Hitlerkrieg den Satz gesagt:

" Es ehrt die deutschen Arbeiterbewegung, dass sie niemals nur eine Lohnbewegung, sondern immer auch eine Freiheitsbewegung gewesen ist." Das hat dieser bürgerliche Politiker nachher gründlich vergessen und missachtet. Leider nicht nur er allein.

#### OPFER DER NAZIVERFOLGUNG IN KASSEL

Nach dem Abschnitt über die Zerstörung Kassels und seine Kriegsverluste ist es angebracht, anhand einiger Zahlen zu demonstrieren, wie stark sich der Naziterror gegen die ausgewirkt hat, die dem Regime Widerstand entgegensetzten, oder ihm aus diesen und jenen Gründen im Wege standen. Der Leser möge daraus ersehen und verstehen, was die Widerstandskämpfer und ihre Familien in Kassel und Nordhessen auf ihre Schultern genommen haben, um die Katastrophe zu verhindern und die Menschenopfer abzuwenden, die für die verderblichen Ziele der Hitlerdiktatur gebracht wurden.

Die Entschädigungsbehörde für die Wiedergutmachung im Regierungsbezirk Kassel hat rund fünfzehntausend Anträge registriert. Wie schon angedeutet, handelte es sich bei den Antragstellern nicht ausschliesslich um antifaschistische Widerstandskämpfer. Ein grosser Teil der Anträge bezieht sich auf Schäden an Leben, Eigentum und Körper als Folge rassistischer Verfolgung. Bei vielen anderen geht es um solche Personen, die wegen ihrer früheren Parteizugehörigkeit und Weltanschauung aus Behördenstellen und Berufen entfernt wurden. Die "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes"-Bund der Antifaschisten, beklagt aus ihrem Mitgliederkreis einunddreissig Todesopfer. Ein grosser Teil ihrer Mitglieder leidet als Folge von Haft und Drangsalierung an nicht mehr zu



-heilenden Gesundheitsschäden. Zahlreiche andere sind inzwischen an den Haftfolgen verstorben. Nach vorliegenden Erkenntnissen kann über die Opfer der jüdischen Bevölkerung gesagt werden, dass es vor ihrer Vertreibung und Verschleppung in Vernichtungslager etwa 3000 jüdische Familien in Kassel gab. Davon sind nur ganz wenige zurückgekommen, die vor der Vernichtung gerettet werden konnten, oder in das Ausland emigriert waren. Die wenigen Mitglieder der jüdischen Gemeinde haben fast ausnahmslos alle Angehörige und Verwandte verloren.

Nicht weniger als das Schicksal unserer eigenen Landsleute geht uns das Leiden und Sterben der polnischen, russischen, französischen und anderer Kriegsgefangener sowie Zwangsarbeiter an, die fern von der Heimat und ihren Lieben in Kassel und Umgebung durch Nazischeren erschlagen und erschossen wurden, oder die man einfach verhungern liess. Ausserdem wurden in den letzten Kriegstagen in der Nähe des Bahnhofs Wilhelmshöhe siebzig italienische Soldaten erschossen, die zu den Badogliotruppen gehörten. Aus den Diana-Werken wurde die Ermordung von vier polnischen Gefangenen wegen Widerstandes bekannt. Bei Wegmann wurde ein Russe erhängt und aus dem Henschelbetrieb mehrere Zwangsarbeiter von Gestapo erschossen. Ausländer, die von nazistischen Luftschutzwarten aus den Bunkern geworfen wurden, kamen bei Bombenangriffen um. Nur sehr lückenhaft sind die Angaben über das Ende zahlreicher Kriegsgefangener und Zwangsarbeiter aus deutschen Quellen. Die "Hessische Nachrichten" nannten 1959 einmal die Zahl von vierhundert.

#### ! HATTE WIDERSTAND ÜBERHAUPT EINEN SINN ?

Sofern mancher Leser nur das Opfer und den Terror im Zusammenhang mit der Darstellung des Widerstandes sieht, mag er die Frage stellen, ob Widerstand in den Jahren, in denen der Gestapoterror mit Hilfe eines kaum vorstellbaren Spitzelsystems seine höchste Perfektion erreichte, wegen der vermeintlichen Aussichtslosigkeit und dem hohen Preis für den Einsatz überhaupt noch sinnvoll war. Ob es denn nicht sinnvoller gewesen wäre, wertvolle Menschen für die Zeit zu erhalten, zu der das Naziregime ohnehin durch den Sieg der vereinigten bewaffneten Kräfte der Anti-Hitler-Koalition zerschlagen sein würde. Eine solche Frage könnte noch gestützt werden, wenn man sich einmal einen Überblick über das gesamte Ausmaß des nazistischen Schreckensregiments verschafft. Es gab über 300 grosse und kleinere Konzentrationslager und regelrechte Vernichtungslager im Reichsgebiet sowie in okkupierten Ländern. Hunderte von Zuchthäusern und Gefängnissen waren ständig überfüllt.

" Bis zum Sommer 1939 hatten die Faschisten etwa eine Million Männer, Frauen und Jugendliche für längere oder kürzere Zeit in Haft gehalten. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich rund 300 000 Hitlergegner in Gefängnissen, Zuchthäusern und Konzentrationslagern. Die Zahl der bis dahin erschlagenen und hingerichteten Antifaschisten ist nicht bekannt." ( Aus Klaus Mammach -"Die KPD und die deutsche antifaschistische Widerstandsbewegung 1933-1939", S.261, Röderberg-Verlag, Frankfurt/M.)

Aus Günter Weissenborn "Der lautlose Aufstand" Rowohlt-Verlag sind folgende Angaben zu entnehmen: Von Nazigerichteten waren 225 000 Männer



und Frauen Deutschlands zu rund 600 000 Jahren Freiheitsstrafen verurteilt worden. Zu diesem Zeitpunkt waren 86 grosse politische Massenprozesse gegen linksorientierte Widerstandsgruppen abgerollt. Nach einem Gestapobericht befanden sich am 10. April 1939 im Konzentrationslager oder in Gestapogewalt 162 734 sogenannte Schutzhäftlinge.

Allein im Zuchthaus Brandenburg wurden in der Zeit vom 22. August 1940 bis zum 20. April 1945 wegen ihres Widerstandes gegen die Nazis aus politischen, sozialen und religiösen Gründen 2042 Männer, Frauen und Jugendliche hingerichtet. Wie sich diese Opfer zusammensetzen, mag folgende Aufstellung anschaulich machen:

Arbeiter und Handwerker	775
Techniker, Ingenieure, Architekten, Baumeister	363
Kleine und mittlere Unternehmer, Industrielle, Kaufl.	97
Bauern und Gärtner	79
Forscher und Gelehrte	51
Künstler	49
Berufssoldaten und Offiziere	35
hohe Beamte	38
Geistliche	21
Schüler und Studenten	22
Redakteure und Journalisten	12
unbestimmte Berufe	31 (37)

Einer der Hingerichteten war blind, zwei hatten keine Beine, sechsmal wurden Vater und Sohn hingerichtet, der Jüngste war 16, mehrere erst 17, 75 weniger als 20 Jahre alt.

Im Jahre 1943 wurden 5684 Frauen und Männer hingerichtet, im Jahre 1944 waren es 5764. Zwischen 1933 und 1945 sind in den Konzentrationslagern rund 250 000 nichtjüdische Häftlinge umgebracht. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944 mussten 275 Personen ihren letzten Gang antreten. Wegen angeblichem Landesverrat wurden im Jahre 1944 3427 Menschen zum Tode verurteilt. In ganz Europa hat die SS insgesamt 7 820 000 Menschen in den KZ gefangen gehalten. Von diesen überlebten das Kriegsende nur 700 000. In Arolsen im Kreis Waldeck befindet sich das vom Internationalen Roten Kreuz verwaltete "Archiv des Grauens" – die Sammlung der Millionen Dokumente über das einmalig in der Geschichte dastehende Verbrechen des SS-Staates, der von reaktionärsten und aggressivsten Kreisen des deutschen imperialistischen Monopolkapitals geschaffen und genutzt wurde.

Aber kommen wir auf die gestellte Frage zurück, ob unter diesen Umständen Widerstand Sinn hatte. Als Verfasser stelle ich die Gegenfrage: Was hätte es für einen "Sinn" gehabt, keinen Widerstand zu leisten? Sinnlos kann doch etwas sein, was der menschlichen Vernunft widerspricht. Sinnlos war das Sterben und Leiden für die Ziele der faschistischen Barbarei, bewusst oder aus Mitläufertum und Angst. Sinnvoll war der antifaschistische Widerstand schon von Anfang an. Wem hätte es genutzt, ihn mit der Zunahme der faschistischen Verbrechen einzustellen oder aus Angst um das persönliche Schicksal aufzugeben? Das wäre unverantwortlich gewesen und hätte der Barbarei keine Grenzen mehr gesetzt. Eine Bestie bändigt man nicht dadurch, dass man ihr freien Lauf lässt. Was wäre zudem aus den Völkern ganz Europas und der



ganzen Welt geworden, hätten sie sich nicht zum Befreiungskampf erhoben und kraft der militärischen Anti-Hitler-Koalition der faschistischen Aggression ein Ende gemacht. Auch an sie hätte man die Frage stellen können, ob die Opfer dafür einen Sinn hatten.

Ganz schlicht gesagt, waren die antifaschistischen Widerstandskämpfer in allen Ländern Europas Menschen mit Herz und Gewissen, mit Verstand und Mut, - sie kämpften, um das Leben zu erhalten für ihr Volk. Sie kämpften aus tiefster Überzeugung und beherzigten die Wahrheit, dass es zum Verbrechen wird, nicht zu kämpfen, wo man kämpfen muss. Bertold Brecht drückte es mit den Worten aus: "Wo ein Unrecht ist, muss ein Aufruhr sein!" Die es mit vollem Bewusstsein und stets grossem Risiko taten, hatten nicht die geringste Lust, mutwillig und aus falschem Heroismus oder als Märtyrer zu sterben. Sie kämpften für das Leben, aber viele verstanden auch, wenn es unabwendbar war, den Tod würdig zu ertragen. Der grosse tschechoslowakische Patriot und Widerstandskämpfer, den sicheren Tod vor Augen, hinterliess in seiner "Reportage unter dem Strang geschrieben" solche unvergesslichen Worte:

"Auch mein Spiel geht dem Ende zu. Das Ende habe ich nicht mehr beschrieben. Das kenne ich noch nicht. Das ist kein Spiel mehr. Das ist das Leben. Und im Leben gibt es keine Zuschauer. Der Vorhang senkt sich. Menschen, ich hatte euch lieb. Seid wach!"

Die Widerstandskämpfer wählten nicht den Tod, sie erlitten ihn, wie vor ihnen alle die bekannten und unbekannten Menschen in der Geschichte der Menschheit, die für ihr Fortschreiten zu höherer Vollkommenheit und gegen die jeweilige Reaktion alles Wissen, alle Kraft und notfalls auch das Leben einsetzten. Das Leben hat sie alle gerechtfertigt, denn das Neue, der Fortschritt, haben stets gesiegt und auch die Hitlerbarbarei niedergerungen.

Wie ist es denen ergangen, die aus Furcht um ihr eigenes Leben glaubten, sich dem Naziregime beugen und anpassen zu müssen? Millionen von ihnen verloren trotzdem ihr Leben, ihre heilen Glieder, ihre Existenz, ihr Familienglück, weil sie nicht den Mut und die Kraft zum Widerstand und zur gemeinsamen Niederringung des Faschismus aufbrachten. Viele glaubten Zuschauer zu sein, aber es nützte ihnen nichts. Es hatte also immer einen grossen Sinn, Kämpfer gegen die Barbarei zu sein, seiner Überzeugung treu zu bleiben und dem Gewissen zu folgen. Aber damit sich nichts ähnliches noch einmal zutrage, muss aus den Erfahrungen ein für allemal die Lehre gezogen werden, jeglicher Gefahr rechtzeitig entgegenzutreten. Leider gibt es heutzutage massgebliche Politiker in unserem Lande, die damals zur Kapitulation und zum Abwarten rieten und heute, anstatt dem Neonazismus und Neofaschismus mit aller Konsequenz entgegenzutreten, ihn verharmlosen und ihm sogar demokratische Freiheiten zubilligen, dagegen junge Fortsetzer des antifaschistischen Erbes mit Diffamierung und Berufsverboten verfolgen.

Das ist für Millionen Menschen ausserhalb der Bundesrepublik unfassbar, die sich mit höchster Achtung der deutschen Widerstandsbewegung erinnern und später in einer gemeinsamen Front mit ihnen für die Befreiung vom Faschismus gekämpft haben: Russen, Franzosen, Italiener, Belgier, Holländer, Spanier, Polen, Jugoslawen, Griechen - wer nennt die Völker, nennt die Namen, alle standen sie auf und niemals werden sie vergessen, was der Faschismus war, unter welchen Opfern er bezwungen wurde.



Als reguläre Soldaten der Anti-Hitler-Koalition kämpften sie mit geballter Kraft für die Zerschlagung der Kriegsmaschine Hitlers, seiner militaristischen Generale und SS-Banden, um ihre Völker von der Okkupation und Deutschland vom Faschismus zu befreien. Im Hinterland der verhassten Okkupationstruppen kämpften die Partisanenverbände und illegalen Widerstandsgruppen, um ihren Teil zur Vernichtung und Vertreibung der fremden Eroberer zu leisten. Schon in Spanien 1936 - 1939 hatten 5000 deutsche Antifaschisten in den Internationalen Brigaden gemeinsam mit tausenden Antifaschisten anderer Länder Seite an Seite mit der spanischen Volksarmee ihre internationalistische Solidaritätspflicht getan, um die spanische Republik vor dem Faschisten Franco zu retten, der von Hitler und Mussolini unterstützt wurde.

Zehntausende wichen dem Abtransport zur Zwangs- und Sklavenarbeit in Deutschland aus, indem sie in die Berge und Wälder zu den Partisanen gingen. Sie warteten nicht darauf, dass ihnen irgendwer die Freiheit wiederbringt, sie kämpften selbst dafür. Die SS, der Sicherheitsdienst (SD), die Gestapo und andere versuchten, den Willen zum Leben und zur Freiheit mit unmenschlichem Terror und Massenmord zu ersticken. In den Konzentrations- und Vernichtungslagern litten zusammen mit ihren deutschen Kameraden Hunderttausende, Widerstands- und Befreiungskämpfer ganz Europas. In fester Solidarität standen sie trotz nationaler Unterschiede, Sprache, politischer Herkunft und Weltanschauung zusammen. Sie nahmen vorweg, was dereinst überall kommen wird, dieses "Alle Menschen werden Brüder" Beethovens.

So schwer es für manchen Widerstandskämpfer im Zuchthaus, im KZ oder oftmals - ganz auf sich allein gestellt - in der Gestapozelle, seelisch und körperlich gemartert, auch war: die feste Überzeugung vom Sieg über den Faschismus, das Bewusstsein und der Stolz, ein Teilchen in diesem menschlichsten aller menschlichen Kämpfe zu sein, liess viele Menschen über sich selbst hinauswachsen, machte sie zu bekannten und unbekannten Helden ihres Volkes. Der russische Dichter Nikolei Ostrowski hinterliess der fortschrittlichen Menschheit diese goldenen Sätze:

" Das kostbarste, was der Mensch besitzt, ist das Leben. Es wird ihm nur einmal gegeben, und benutzen soll er es so, dass ihn zwecklos verlebte Jahre nicht bedrücken, dass ihn die Schande einer niederträchtigen Vergangenheit nicht brennt, und dass er, sterbend, sagen kann: Meine ganze Kraft, mein ganzes Leben habe ich dem Herrlichsten in der Welt, der Befreiung der Menschen gewidmet."



## Zweiter Abschnitt

### ERLEBNIS-BERICHTE UND SCHICKSALE

=====

In den vorausgegangenen Kapiteln war ich bemüht, den Verlauf des Widerstandskampfes und andere Ereignisse möglichst anschaulich in Verbindung mit allgemeinen Tatsachen und politischen Hintergründen darzustellen.

Diskussionen mit Lesern der ersten Auflage, insbesondere mit Jugendlichen, haben mir aber auch bestätigt, dass spannende, dramatische und teils erschütternde Erlebnisberichte noch nachhaltiger und vorstellbarer das Wissen über den Faschismus und den Antifaschismus zu vermitteln vermögen. Ich gehe davon aus, dass es bei einem neuen Leserkreis nicht anders sein wird und habe das bei den Ergänzungen gegenüber der ersten Auflage berücksichtigt.

Der Verfasser



Sonntagnachmittag. Mutter B. schneidet den Streuselkuchen für ihre hungrigen drei Rangen auf. Achtzehn, sechzehn und acht Jahre sind sie jung. Der Vater ist schon am frühen Morgen aus dem Haus gegangen, um an einer illegalen Sitzung der Bezirksleitung der KPD teilzunehmen. Die Märzahlen 1933 waren gerade vorbei und es musste mit verstärkten Verhaftungen gerechnet werden. Der Streuselkuchen war gebacken worden, weil der älteste Sohn zwei Tage nach der Wahl seinen 18. Geburtstag hatte. Nun sassen die vier bei der bescheidenen Geburtstagsfeier zusammen, über der allerlei Sorgen um die weitere Zukunft hingen.

Plötzlich schrillt die Türklingel, aufdringlich, mehrmals hintereinander. Mutter und Söhne sehen sich etwas erschrocken an. Wer kann das sein? Darüber gibt es schon in der nächsten Minute keinen Zweifel mehr, denn von der Treppe her wird gebrüllt: "Aufmachen, he, sofort aufmachen." Willi, der älteste Sohn, fasst sich ein Herz und geht, um die Flurtür zu öffnen. Zehn, zwölf, fünfzehn braune Gestalten, die Sturmriemen heruntergezogen, mit Pistolen in den Händen, dringen in die Wohnung ein. Mutter B. ist entsetzt. Fassungslos starrt der kleine Kurt die fremden "Onkels" an, die ihm so unheimlich bedrohlich sind.

Die SA-Horde verteilt sich auf die Küche und die Zimmer, im Handumdrehen eine Wüstenei anrichtend. Krachend zerklirren Rahmen und Glas eines Leninbildes auf dem Boden. Betten werden herausgerissen. "Wo ist die rote Fahne, wo sind die Waffen versteckt?" herrscht der SA-Sturmführer Schmidt Willi an und packt ihn beim Kragen. "Wo ist der Alte?" will der "Kommissar" in Zivil wissen. Dann wird Willi die Treppe hinunter vorangestossen in den Keller. Der Sturmführer zwingt ihn, mit den Händen Kohlen und Holz wegzuräumen. Er hofft, die Fahne und Waffen zu finden. Vergebliche Sucherei. Schmidt schleudert Willi brutal gegen die Kellerwand, drückt ihm den Lauf einer schweren Parabellumpistole in den Bauch und geifert: "Sag, wo dein Alter ist, oder ich mache dich kalt!" Willi starrt ihn mit zusammengebißnen Zähnen voller Wut durch die heruntergefallenen Haarsträhnen an und sagt keinen Ton. Keine Schwäche gegenüber den Nazistrolchen zeigen, die er lange genug aus vielen Auseinandersetzungen kennt, so sagt er sich. Es wird ihm aber auch in diesen Minuten bewusst, dass schwere Zeiten kommen werden, weil es mit der Einheitsfront bis jetzt nicht geklappt hat.

Die Kellerdurchsuchung ist beendet. Ehe es wieder hinaufgeht in die Wohnung, machen sich die SA-Leute noch einen besonderen Jux mit Willi. Der Nazihauswirt, der auch auf die grosse rote Fahne aufmerksam gemacht hatte, die ihm bis vor zwei Tagen bis zu seinem Fenster heruntergeweht hatte, lieh den Banditen eine Schere. Ein SA-Mann versuchte Willi ein Hakenkreuz in die Frisur zu schneiden. Um seine schönen welligen Haare tat es ihm leid, aber er sagte sich, solange man nur Haar lassen muss, geht es noch. Andere haben bereits das Leben lassen müssen, erschlagen, oder "auf der Flucht erschossen!"

Das Rollkommando wartet in der Wohnung, um Vater Konrad B. in Empfang nehmen zu können. Es ist nicht möglich, das verabredete Zeichen mit dem Blumentopf am Strassenfenster für den Fall der Gefahr zu geben.



Es ist noch Tag, als Konrad B. in seine Strasse einbiegt. Er sieht viele Bewohner und Freunde diskutierend herumstehen. Aus den Fenstern schauen überall Leute herunter. Nachbarn und Freunde warnen B. und raten ihm dringend, vor der SA zu fliehen, die in seiner Wohnung auf der Lauer liege. Konrad B. lehnt mit einer entschlossenen Handbewegung ab und geht auf seine Wohnung zu. Soll die ganze Strasse doch sehen, welche Verbrecher jetzt an der Macht sind und wogegen man sich wehren muss. In dieser Situation wäre Flucht kein gutes Beispiel für Mut und Entschlossenheit, so sagt er sich und steigt die Treppen zur Wohnung hinauf. Schon auf dem obersten Treppenabsatz stürzt sich die Meute auf ihn. Er und seine beiden älteren Söhne werden auf einen schon wartenden Lastwagen getrieben. Hunderte Strassenbewohner gleich welcher politischen Richtung bringen ihre Empörung unüberhörbar zum Ausdruck. Die kommunistische Familie B. ist weit und breit geachtet. Die SA-Leute müssen sich schwere Vorwürfe anhören wie solche: "Ihr benehmt euch ja schlimmer wie Tiere - was haben euch denn diese Menschen getan, lasst sie in Ruhe!" "Schande!" "Brauner Abschaum!" und ähnliche Ausdrücke flogen den Braunen an den Kopf und etwas betroffen brachten sie schnell den Lastwagen in Gang, um aus der Strasse herauszukommen.

Vor dem Heroldhaus in der Kölnischen Strasse endete die Fahrt, dem Sitz der SA-Standard 83. Von hier aus starteten die Rollkommandos ohne Unterbrechung ihre Aktionen gegen die Funktionäre und Mitglieder der Arbeiterorganisationen. B. und seine Söhne müssen auf einem Flur an der Zimmerflucht Platz nehmen. Sie sind fortgesetzt Tritten und Schlägen aus-und eingehender SA-Leute ausgesetzt. Dann wird Vater B. in ein Zimmer geholt. Die bangen Augen seiner Jungen folgen ihm, bis die Tür zugemacht ist. Gleich danach hören sie Gepolter, das Klatschen von Schlägen und die Schmerzens- wie Empörungsschreie des Vaters. Willi will sich wutverzerrt auf die Tür stürzen, wird aber brutal zurückgerissen und mit Fäusten bearbeitet. Kurze Zeit später wird Vater B. aus Mund und Nase blutend weggeschafft. Seine Jungen werden festgehalten. Wie sich anderntags herausstellt, wurde Konrad B. in die berüchtigten "Bürgersäle" geschleppt, über den "Bock" gelegt und weiter schwer geschlagen. Zwei Jahre später stirbt er an den Folgen der schweren Misshandlungen, während sein Sohn Willi sich im Konzentrationslager Lichtenburg befindet.

Ernst, der zweitälteste Sohn, wurde von der SA spätabends nach Hause geschickt zu seiner kranken und verzweiferten Mutter. Vater und Willi kommen nicht zurück. Mit Willi hatte der "Geheimdienst" der SA etwas besonderes vor. Eine erste Vernehmung von Willi war trotz Schlägen erfolglos gewesen. Der "Kommissar" sagte: "Da haben wir geglaubt, du wärest von deinem Alten nur verseucht und verführt, aber du bist ja schlimmer als der Alte selber." Nach Mitternacht wurde Willi B. von dem "Kommissar" und einem SA-Mann mit Karabiner bewaffnet, in die Mitte genommen und ebenfalls zu den Bürgersälen geführt. Er wird über den Saal in ein tiefes Kellergewölbe gebracht, ohne Licht, ohne Kellerfenster. Von hier kann kein Laut nach aussen dringen. Ein idealer und gruseliger Mordkeller. Willi fröstelt es etwas in dieser unheimlichen Atmosphäre. Er ahnt, was kommen kann. Der erste würde er nicht sein, der erledigt wird und von dem es dann klein in der Zeitung heisst: "Auf der Flucht erschossen!" Hier steht er nun an der Wand des Gewölbes, etwa vier Meter vor ihm der SA-Mann, den



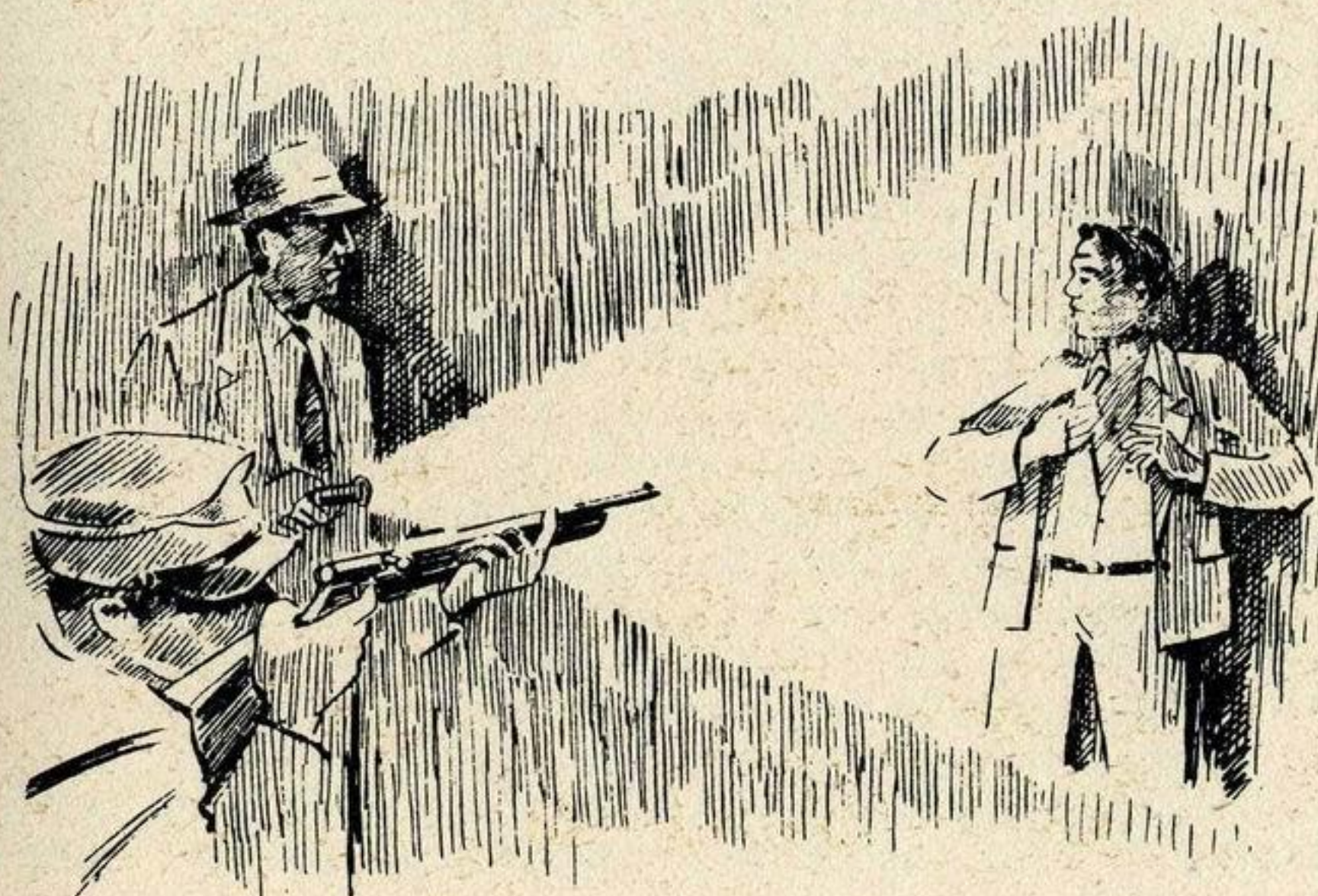
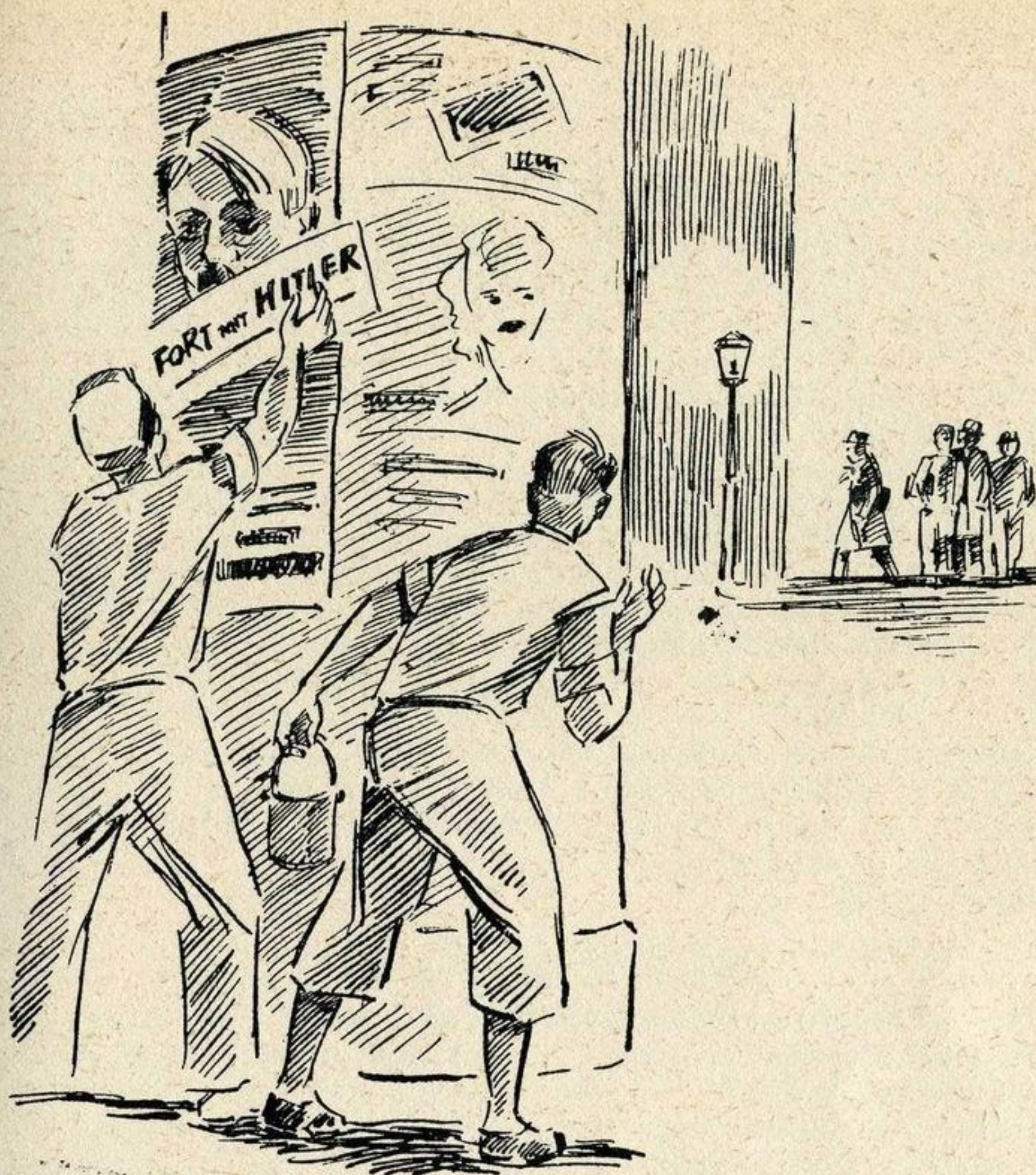
Karabiner unter den Arm geklemmt. Dicht vor ihm hat sich der "Geheimdienst-Kommissar" im grauen Ledermantel mit schussbereiter Pistole postiert, die er gemächlich durchlädt und ihm wortlos unter die Nase hält. Willi kennt diesen Strolch, der sich schon vor 1933 offenbar als Nazispitzel in die KPD eingeschlichen hat und in Versammlungen Informationen über Referenten und Funktionäre gesammelt haben musste. Er konnte durchaus wissen, dass Willi eine führende Funktion im KJVD ausgeübt hatte, wenn auch nicht genau welche. Seine Vermutung, dass der "Kommissar" von ihm Angaben über die Organisation haben will, wird schnell bestätigt.

Das Gewölbe wird gespenstisch vom Lichtstrahl einer Stablampe gestreift, der abwechselnd auch auf die handelnden Personen der Szene fällt. Ein junger Mensch von gerade achtzehn Jahren befindet sich hier Auge in Auge mit einer furchtbaren persönlichen Gefahr. Niemand kann ihm beistehen, die Genossen und Freunde können ihm nicht helfen, sie ahnen sicher nur, wo er sich befindet. Was ihm in dieser unheimlichen Situation Halt und Mut gibt, das ist sein unbändiger Hass gegen die Nazibrut, gestützt durch politische Überzeugung im Jugendverband und die Erziehung von seinen Eltern, erworben auch im Umgang mit alten Genossen, deren Vorbild er nacheifern will. Mag kommen, was will, denkt er voller Trotz, er wird den Nazis nichts schenken. Willi ist trotz seiner Jugend dennoch kein Romantiker mit falschem Heldenpathos. Man stirbt nicht leichten Herzens, wenn man das Leben noch vor sich hat. Nur die zwingende Notwendigkeit kann mit dem eventuell unvermeidbaren tragischen Ende versöhnen. An den Jammer seiner Mutter wagte er kaum zu denken, wenn ihm etwas zustiesse.

Der selbsternannte "Kommissar" hält Willi einen Vortrag. Er soll ihm sagen, wo sich die Mitgliederlisten des KJVD, Schreibmaschine und Abziehapparat befinden, wo Waffen versteckt seien. Es habe doch wenig Zweck, für eine verlorene Sache das Leben einzusetzen. Ihn hier umzubringen, sei eine Kleinigkeit, kein Hahn werde nach ihm krähen. Sie brauchten nicht einmal einzugestehen, dass er auf der Flucht umgelegt worden sei. "Sag uns, was du weißt, und du bist in einer halben Stunde zu Hause. Deine Genossen brauchen ja nicht zu wissen, was du gesagt hast", so schloss der Ledermantel seine Rede. So einfach ist das in so einem Nazihirn, dachte Willi: Du verrätst deine Genossen und Freunde, pfeifst auf Gesinnung und Ehre, gehst nach Hause, legst dich ins Bett und schläfst ruhig, als ob nichts geschehen wäre.

Willi sagte kurz und bündig: "Über die Organisation sage ich kein Wort. Waffen haben wir ausser unserer politischen Überzeugung keine im Besitz." Der Graue ist mit der Antwort höchst unzufrieden und sagt: "Ich gebe dir fünf Minuten Bedenkzeit". So beiläufig bedeutet er dem SA-Mann, den Karabiner schussfertig zu machen. Willi soll also in fünf Minuten eine ganze Vorstellungswelt, seine Ideale, die beste Sache der Menschheit dahingeben, um sein persönliches Leben dafür zu erkaufen. Nie und nimmer. "Sparen sie sich ihre Bedenkzeit, ich habe nichts zu bedenken", sagt er trotzig seinem Todfeind ins Gesicht. "Dann stirb wie ein Mann!" antwortet der.







Das klang sehr theatralisch, aber war es Spiel oder Ernst? Der wütende Tonfall liess auf Ernst schliessen. Noch bewegten Willi Gefühle, aber nicht der Angst, sondern des Schmerzes um Mutter, Vater und Brüder. Dann aber starb das alles ab und wie erstarrt erwartete er das Ende der Szene. Nur noch halb bewusst hörte er das Kommando "Feuer!" und den Knall des Schusses. Davon wieder aus der Betäubung gerissen nahm er wahr, dass er noch auf den Beinen stand. Mechanisch betastete er sich in der Brustgegend und sieht im Lichtschein schemenhaft seine Feinde. Die lachen auf einmal laut los und der Graue sagt: "Komm mit!"

Jetzt wird Willi klar, dass die "Erschiessung" ein Manöver war, ausgeführt mit einer Platzpatrone. Davon war also der stechende Schmerz an der Stirn gewesen. Ein Holzsplitterchen der Patrone hatte ihn getroffen. Im ersten Moment ist er wütend, den Bluff für tödlichen Ernst genommen zu haben. Die Genossen würden ihn auslachen, wenn er das alles erzählt. Sie lachten ihn nicht aus, sondern meinten, Willi habe eine ernste Bewährungsprobe bestanden. Niemand hätte an seiner Stelle am Ernst der Situation zweifeln können, denn Morde gab es jetzt jeden Tag und die sie ausführten, glaubten sich damit ein Verdienst für die Macht des "Nationalsozialismus" erworben zu haben. Zurückgebracht zur SA-Standard 83 liess die SA Willi zu seinem Erstaunen wieder frei. Wie schon schnell erkennbar, um ihn laufend zu beschatten und so an die antifaschistische Jugendorganisation heranzukommen. Doch sie haben damit kein Glück. Die illegale Arbeit geht verstärkt weiter.

#### DER KLINGELNDE KRAUTKOPF

Seit drei Monaten standen Schreibmaschine und Abziehapparat des KJVD immer arbeitsbereit in einer Gartenlaube unweit des Strassenbahndepots Wilhelmshöhe. Die Lage des Gartens war in jeder Hinsicht ideal, man konnte ihn nahezu ungesehen betreten und Nachbargärten bildeten keine Gefahr. Hier wurden die illegale Zeitung, Flugblätter und handliche Streuzettel in Mengen hergestellt. Auf einem unauffälligen Handwägelchen unter Gemüse und Gartengerät versteckt wurden sie zum verabredeten Punkt gebracht und aufgeteilt. Der Gartenbesitzer, ein früheres Mitglied der SPD und des Freidenkerverbandes, hatte dem Jugendfreund, der ihn dazu bewegte, seinen Gartenschlüssel zum jederzeitigen Betreten ausgehändigt. Er wusste, dass die Laube einem guten Zweck diene, wollte aber nichts genaues wissen. Nur seine überaus ängstliche Frau durfte nicht den leisesten Wind von der Sache bekommen.

Doch ein dummer Zufall wollte es, dass sie doch etwas gemerkt hatte und ihren Mann zur Rede darüber stellte, was im Garten vorgehe. Er sagte es in der Hoffnung, ihr Einverständnis zu bekommen. Aber da war absolut nichts zu machen. Sie verlangte, dass alles aus der Laube zu verschwinden habe, was nicht hingehört und drohte, selbst dafür zu sorgen. Sie wolle nicht von den Nazis eingesperrt werden. Es war klar: Die Sicherheit der illegalen Druckerei erforderte schnellsten Stellungswechsel. Das war aber in der Eile nicht einfach. Franz wurde mit dem Abtransport der Druckgeräte beauftragt, Hermann sollte an der Wittichstrasse mit einem Handwagen, getarnt mit einer Fuhre



Bündelholz. Auf diese Weise sollte er die schwere Schreibmaschine unverdächtig für neugierige Nachbarn in seinen Keller schaffen, bis der neue Standort der Druckerei geklärt war. Der Abziehapparat sollte an einen anderen Ort gebracht werden.

Franz packte an einem Vormittag die grosse Conti-Maschine in den Rucksack, liess oben einen Krautkopf herausgucken und machte sich auf den Weg zur Strassenbahn Endstation Wilhelmshöhe. Auch auf der Plattform der Bahn setzte er seine Last nicht ab. Plötzlich fing es im Rucksack ganz fein, aber unüberhörbar an zu klingeln. Franz wurde siedeheiss. Was da klingelte, war die Rücklaufeinrichtung der Maschine. Neben ihm auf der Plattform standen noch zwei Fahrgäste. Mussten die nicht aufmerksam werden und sich die Frage stellen, seit wann Kohlköpfe Klingellaute von sich geben? Wie, wenn es der Teufel wollte, dass da ein aufmerksamer Nazispitzel oder gar Kriminalbeamter neben ihm stand, schoss es Franz durch den Kopf. An jedem Schienenstoss ging es "Kling". Franz schwitzte, wie man so sagt, Blut und Wasser. Hatte der eine in dem grünen Lodenmantel nicht schon so komisch auf ihn und den Rucksack gesehen? Verdammt nochmal, wenn diese Höllenfahrt doch bald ein Ende haben würde, oder die anderen ausstiegen. Franz nahm sich trotzdem zusammen und tat harmlos, schien von dem Gebimmel keine Notiz zu nehmen. Mochten die anderen denken, dass es eben manchmal Dinge auf der Welt gibt, die man sich nicht sofort erklären kann.

In der Frankfurter Strasse, - er war umgestiegen - war die Plattform diesmal nicht von anderen mitbesetzt, verliess Franz dennoch beinahe fluchtartig die Strassenbahn und ging eiligst in Richtung Treffpunkt. Das war noch einmal gut gegangen. Aber da wartete schon das nächste Dilemma auf ihn. Hermann war nicht zu sehen. Unmöglich, mit dem Rucksack längere Zeit am Treffpunkt zu verweilen. Das war gegen jede illegale Regel. Franz kam eine rettende Idee. In der Nähe wohnte seine Tante und die hatte in der Tischbeinstrasse einen Schrebergarten mit Laube. Dorthin begab er sich, stieg ungesehen über den niedrigen Zaun und stellte den Rucksack in eine Ecke neben der Laube. Endlich war er das schwere Biest erst einmal los. Dann ging er zur Tante, um ihr Bescheid zu geben und sie zu bitten, den Rucksack wenigstens eine Stunde bei der Laube zu dulden, bis er ihn wieder abholen würde.

Aber die Tante kannte die politische Aktivität ihres Neffen und ahnte auf der Stelle, welches "Kuckucksei" er ihr in das Nest gelegt haben konnte. Franz hob schon abwehrend die Hände, als ein wahrer Vulkan an Hysterie über ihn hereinbrach und die Tante ihn am Kragen schüttelte wie ein Karnickel. "Sofort kommt das Ding da weg, sofort, sofort", schrie sie schrill. Im nächsten Augenblick befand sich der arme Franz mit ihr auf der Strasse. Die dreissig Meter quer über die Frankfurter Strasse waren schlimmer als hundert Meter Spiessrutenlaufen beim alten Fritz. Diese Frau war ausser sich vor hysterischer Angst, gestikulierte und schrie: "Du bringst uns alle ins Zuchthaus!" Franz versuchte ihr den Mund zuzuhalten. Ein Glück, die Strasse war überquert, ohne dass ein Passant aus der Szene schlaue geworden wäre. Trotz aller Zwischenfälle kam die Maschine schliesslich dorthin, wo sie sicher stand und ihren weiteren Zweck erfüllte. Hermann war



zehn Minuten später am Treffpunkt erschienen, weil ein Rad an seinem Handwagen durch eine Schraubenmutter blockiert wurde.

### ZU STAUB ZERFALLEN

Das hatte sich der SA-Rottenführer fein ausgedacht. Die Schutzhäftlinge des Lagers Breitenau sollten einen Beitrag zu ihrer eigenen "Umerziehung" leisten. Sie sollten mit ihren Händen ein Ehrenmal für den Nationalsozialismus errichten.

"Mal herhören, ihr staubigen Brüder", so begann er eines Tages beim Appell seine Ansprache, und fuhr fort: "Damit ihr überhaupt wisst, warum ihr hier seid, sollt ihr beweisen, was euch die Symbole unseres neuen deutschen Staates unter unserem geliebten Führer wert sind. Da guckt ihr doof, was? Na, ich werde euch das schon verklikkern." "Wer von euch ist Maurer, Putzer oder Stukkateur?" will der Rottenführer wissen. Keiner der Häftlinge beknt sich nach dieser Eröffnungsrede zu seinem Beruf. "So, ihr wollt nicht, ich werde euch Beine machen! Lagerältester, Häftlingsliste holen, dalli! Und ihr alle los, Dauerlauf, marsch, marsch!" Die Wachmannschaft stürzt sich mit Gebrüll auf die Häftlinge und treibt sie mit Pfiffen und Tritten zum Schnellerlaufen an. Karl Bender hat einen Herzfehler, nach zwanzig Minuten bricht er zusammen. Die Kameraden bringen ihn ins Krankenrevier. Das Lager muss wieder antreten. Der Rottenführer ruft die Häftlinge mit den gesuchten Berufen auf und lässt sie vortreten.

Am folgenden Tage geht es hinauf zum Fuldaberg. Eine Art "Ehrenhain" soll hier errichtet werden. Der Rottenführer zeigt den Fachleuten, wie die Anlage aussehen soll: Eine lange Trockenmauer ist an einem Hang vorgesehen, von einer Nische im Mittelteil unterbrochen, über der ein Pleitegeier der NSDAP und darunter eine Tafel mit Inschrift prangen soll. Die Tafel sollte Besuchern der Anlage davon künden, dass sie von Häftlingen des KZ Breitenau errichtet wurde.

Wochenlang schleppten die Häftlinge Feldsteine aus der Umgebung für die Mauer zusammen. Nun stand die Krönung der Anlage mit der künstlerischen Gestaltung des Emblems und der Tafel an. Aber die Bauherren hatten nicht mit der Findigkeit der Zwangserbauer gerechnet und die hatten schon längst im kleinen Kreise einen Plan ausgeknobelt, wie man der SA ein Schnippchen schlagen könnte. "Ich hab's", rief Heini Heeb, der gewiegte Tüftler aus, "hört mal zu. Zu der Stukkarbeit gehört doch bekanntlich Muschelkalk." Darunter konnten sich die Nichtfachleute noch wenig vorstellen und fragten, was es damit auf sich hätte. Heini Heeb: "Also aufgepasst! Wenn man unter den Muschelkalk Salz oder Kali mischt, wird er in wenigen Monaten unter Wettereinwirkung völlig zu Staub zerfallen. Kapiert?" Man hatte und war sofort begeistert bei der Sache.

Einige befassten sich damit, möglichst schnell Salz aus der Küche und Kali vom Landwirtschaftsbetrieb in der Anstalt Breitenau zu organisieren. Als es soweit war, rollte die edle Mischung in Zementsäcken auf den Fuldaberg. Mit viel Liebe fertigten Heini Heeb und einige andere das Kunstwerk, hocherfreut von der SA-Wachmannschaft und ihrem "Baumeister" besichtigt und danach höheren Vorgesetzten aus der Kasseler SA-Führung vorgeführt. Das konnte wieder einen



höheren Dienstrang und Lob einbringen. Gewundert hatte sich die SA nur, warum die Häftlinge plötzlich mit einem so grossen Eifer ans Werk gegangen waren. Der neue Geist schien sie doch schon umgeformt zu haben.

Der Plan der Häftlinge gelang perfekt, aber sie konnten den Effekt nicht selbst erleben, weil das Lager Breitenau schon bald aufgelöst und die Insassen auf andere KZ verteilt wurden. Einige erfuhren von in Freiheit gewesenen Kameraden, dass von dem ganzen Klimbim auch nicht mehr die Spur zu erkennen blieb. Andere haben es erst erfahren, als der Nazistaat zerschlagen war. Ehemalige von Breitenau luden Kameraden zu einem Ausflug auf den Fuldaberg ein, um ihnen die Reste des "Ehrenhains" zu zeigen. Leider musste dabei auch davon gesprochen werden, dass Heini Heeb, der Hauptakteur der damaligen Sabotage, in einem anderen KZ ermordet wurde.

Da war aber noch etwas anderes, über das Adi Ruhl z.B. zu berichten wusste. Während der Errichtung der Trockenmauer hatten Genossen und Freunde beschlossen, heimlich eine Flasche mit einem von allen unterzeichneten Bekenntnis in die Trockemauer einzuschmuggeln. Am Tage der Befreiung sollte sie herausgeholt werden. In dem Bekenntnis hiess es:

" Wir schwören, niemals im Kampf gegen den Faschismus zu erlahmen, bis er besiegt sein wird. Der Nazistaat wird so sicher in Staub zerfallen wie das Salz den Muschelkalk zerfrisst, aus dem wir als Zeugnis unserer Unterwerfung und der Schande ein Naziemblem errichten sollten. Es lebe die Freiheit!"

#### " AUF DER FLUCHT ERSCHOSSEN"!

Das hatte sich der schon betagte Louis Pappenheim nicht träumen lassen. War es schon schlimm, aus einer jahrzehntelangen politischen Tätigkeit für die SPD, - zuletzt war er Mitglied des Kommunallandtages und des Provinziallandtags in Hessen gewesen - aus dem Amt geworfen zu werden, so hatte es doch Pappenheim nicht für möglich gehalten, eines Morgens von brutalen SA-Fäusten aus dem Bett gezerrt und in das KZ Breitenau eingeliefert zu werden. Aber es war so. Deshalb die Nazis auf ihn einen besonderen Hass hatten, war nicht herauszufinden. Möglicherweise hing das mit seiner Tätigkeit als Redakteur der sozialdemokratischen Zeitung "Volksblatt" in Schmalkalden zusammen. Aber ausser ihm waren im Regierungsbezirk Kassel noch andere führende Kommunalpolitiker der SPD durch SA-Rollkommandos abgeholt worden, unter ihnen der Landrat Hermann und der Landrat Treibert sowie zahlreiche Bürgermeister.

Die SA-Lagerleitung brachte die SPD-Politiker mit den Kommunisten in der Berechnung zusammen, dass es zwischen ihnen heftigen Streit über das Verhalten in der Weimarer Zeit geben werde, der nach ihren Vorstellungen sogar in Tötlichkeiten seitens der Kommunisten ausarten könnte. Aber daraus wurde absolut nichts, obgleich die Kommunisten von den beamteten Sozialdemokraten manche staatliche Unterdrückungsmassnahme zu erleiden hatten. Jetzt wurden die Nazis deutlicher. Zu einigen massgeblichen Kommunisten sagten sie ganz gezielt: So, jetzt haben wir euch den Oberbonzen Pappenheim zu euch



gelegt. Mit dem habt ihr doch noch ein Huhn zu rupfen. Schlagt ihm die Knochen kaputt, bringt ihm den "heiligen Geist", wir haben nichts gesehen und gehört." Die Kommunisten dachten nicht im entferntesten daran, den schmutzigen Absichten der Faschisten auch nur den Nagel des kleinen Fingers zu reichen. Trotz aller politischen Meinungsverschiedenheiten, trotz aller Verbitterung darüber, dass die SPD nicht die von ihr beherrschten staatlichen und politischen Möglichkeiten gegen die Nazis genutzt und stattdessen Verbotsmassnahmen gegen die KPD verhängt hatte, gab es in dieser Lage für sie nur einen Gedanken: Demonstration der Gemeinsamkeit gegenüber der SA und ihren Drahtziehern im Hintergrund, Solidarität gegenüber den Kameraden und Leidensgefährten.

Louis Pappenheim hatte besonders Hilfe nötig. Er war derart kurzsichtig, dass man schon von Blindheit sprechen konnte und zudem schon bei Jahren. Aus Wut darüber, dass ihre Pläne nicht aufgegangen waren, jagten die Wachmannschaften Pappenheim wie toll auf dem Hof herum, schlugen und traten, beleidigten und demütigten ihn auf schändliche Weise. In solchen Situationen waren es gerade die Kommunisten, die ihm dabei halfen, den SA-Leuten aus dem Wege zu gehen und ihn moralisch aufrichteten. Pappenheim war schon dem psychischen Zusammenbruch sehr nahe, die Wochen der Haft waren ein Martyrium für ihn.

Eines Tages musste er seine Sachen packen und verliess das Lager in Begleitung eines SA-Mannes. Allgemein wurde angenommen, dass er entlassen worden sei. Das war aber nicht der Fall. Pappenheim wurde in das Moorlager Esterwegen im Emsland transportiert, von dem er nicht mehr zurückkehrte. Ehemalige Häftlinge des Moorlagers berichteten über sein tragisches Ende folgendes:

Er wurde von der Wachmannschaft, der er anscheinend vorher angekündigt worden war, mit Gebrüll empfangen und schon am Lagertor zu Boden geschlagen. Dabei ging seine Brille entzwei. Damit war Pappenheim völlig hilflos. Ohne die Unterstützung von Kameraden war er nicht in der Lage, sich zu orientieren. Daraus machten sich SS-Posten ein besonderes Vergnügen, indem sie ihn johlend herumstiessen. Fand er beim Appell nicht seinen Platz, wurde er geschlagen. Lief er versehens auf einen SS-Posten zu, rief dieser: "Du Schwein willst mich angreifen?" Er wurde dafür verprügelt, sodass er nur noch heruntorkelte und die Hände zur Abwehr hob. Das alles genügte den Sadisten nicht. Von oben hatten sie wohl den Wink bekommen, Pappenheim ganz "fertig" zu machen. An einem Morgen wurde er unter Gejohle aus der Baracke geholt, musste in eine Hundehütte kriechen und Laute wie ein Hund von sich geben. Danach bearbeitete man ihn mit Hundepeitschen.

Das Schicksal des Häftlings Pappenheim sollte sich bald endgültig erfüllen. Trotz seines Zustandes wurde er dem Arbeitskommando Moorstechen zugeteilt. Die Kameraden sahen sich vielsagend an. Sie wussten aus Erfahrung, welche Schurkerei jetzt in Szene gesetzt werden würde. Die Kolonne rückt zum Mittagessen ein. Aber da ist ja ein Spaten im Graben "stehengeblieben". "Häftling Pappenheim, zurück marsch, marsch, Spaten holen! Alles andere Nase nach vorn, Dauerlauf!" schreit der Postenführer. Kaum ist die Kolonne hundert Meter gelaufen, kracht rückwärts ein Schuss. Ein Aufschrei. Noch ein Schuss und dann Stille. Die Kameraden wissen, wie es weitergeht. Ein Sonderkommando wird den Tote



am Abend in das Lager holen. Beim abendlichen Zählappell meldet der Rapportführer dem Lagerkommandanten: "Häftling Pappenheim beim Fluchtversuch erschossen! Alles andere vollzählig angetreten!" Der Mörder bekommt drei Tage Sonderurlaub. Der Mord hindert die Mannschaft der SS nicht, bis in die Morgenstunden ein wüstes Saufgelage zu veranstalten.

### IN DEN FÄNGEN DER GESTAPO

"Die zentrale Leitung lässt dir sagen, dass du in absehbarer Zeit in einen anderen Bezirk des Reichsgebietes gehen wirst", sagt Berta, die Kurierin des Zentralkomitees, zu Willi, dem Bezirksleiter des Kommunistischen Jugendverbandes in Hessen-Waldeck. Das war Ende September 1933. Damit war Willi nicht so ohne weiteres einverstanden und wandte ein: "Bedenkt doch, dass wir durch den Zusammenschluss mit der SAJ gerade jetzt erst ein Stück in der Verbreiterung der Einheit vorangekommen sind. Ich habe den besten persönlichen Kontakt zu den leitenden Funktionären der SAJ, - ob das richtig ist, mich jetzt hier wegzunehmen?" "Gerade wegen dieser Fortschritte musst du aus Sicherheitsgründen hier weg. Was glaubst du, wie lange du dich noch in Kassel halten kannst bei den verschärften Gestapoaktionen? Sorge schnellstens dafür, dass die Übergabe an deinen Ablöser reibungslos erfolgen kann. Also mach's gut und halte dich bereit", so verabschiedete sich Berta.

Anfang Oktober erhält der Bezirkssekretär über die Deckadresse den schmalen Streifen Durchschlagpapier, auf dem die Mitteilung steht: "Erwarten dich 11.10. morgens in Berlin. Melde dich am Obststand in Höhe Skalitzerstrasse 96 Punkt 9 Uhr. Kennwort für den Obsthändler: Wie stehen die Kartoffel-Großpreise? Antwort: Zum Kotzen! Es wird dich jemand weiterleiten. Berta."

Willi unterrichtet die anderen Genossen der Leitung und bespricht mit ihnen die notwendigen Angelegenheiten. Spätabends begibt er sich zum Nachtzug nach Berlin. Mancherlei Gedanken gehen ihm mit geschlossenen Augen in eine Ecke des Abteils gedrückt durch den Kopf. Im Geiste stellte er sich die Wiederbegegnung mit der Hauptstadt vor, die auf ihn schon damals, kaum 17-jährig, wegen ihrer grossen Kampftraditionen einen besonderen Reiz ausgeübt hatte. Er war zu einem grossen Reichstreffen der Jugend delegiert worden und hatte in der Nähe Berlins die Reichs-Organisationsschule des KJV absolviert. Die Schule musste schon zu dieser Zeit der Brüning'schen Notverordnungs-diktatur so gut wie illegal durchgeführt werden. Jetzt sollte er die Metropole unter den Bedingungen der faschistischen Diktatur, sozusagen auf leisen Sohlen wiedersehen, umgeben von lauernden Gefahren. Würde alles gut gehen? Er konnte nichts anderes tun, als sich so zu verhalten, wie ihm aufgetragen und musste sich ganz auf die Genossen verlassen.

Der Tag graute, Willi schaute aus dem Fenster, an dem die etwas eintönige Sand- und Kiefernlandschaft des Vorberliner Flachlandes vorüberhuschte. Schon passierte der Zug den Templiner See und Babelsberg. Bald kamen die ersten Häuser der Berliner Vororte in Sicht, die ungeschönen rußgeschwärzten Hinterfronten von Miethäusern wechselten mit Stadtwäldern und den Villen der Leute, die auf der Sonnenseite des Lebens wohnten.



Ein Blick auf die Uhr. Etwas Herzklopfen. In wenigen Minuten musste der Zug im Anhalter Bahnhof einlaufen und dann begann das unbekannte Spiel mit dem vorgesehenen Ablauf, oder mit unvorhergesehenen Zwischenfällen. Aber dann schritt der Ankömmling beherzten Mutes mit dem Strom der Reisenden durch die Vorhalle, fragte einen Gepäckträger nach der Skalitzerstrasse und machte sich dahin auf den Weg. Er war nicht lang. Aha, das musste der Obststand sein, es war kein anderer bei der Nummer 96 zu sehen. Also darauf zu. Der Händler schien ganz normal seine Kunden zu bedienen.

"Guten Tag! Wie stehen die Kartoffel-Grosspreise?" Der Mann antwortete: "Zum Kotzen!" Es schien alles nach Programm zu laufen. Zwar kam Willi der Obsthändler etwas nervös vor, aber wie sollte er den Menschen einschätzen, dem er nie begegnet war. Seine Rolle wurde auch schon im nächsten Augenblick von einem etwa dreissigjährigen Mann mit blauer Schiffermütze abgelöst, der aus dem Hintergrund an den Obststand herantrat und Willi unauffällig bedeutete, ihm zu folgen. Er murmelte, dass er den Auftrag habe, ihn weiterzuleiten.

#### PRINZ - ALBRECHT - STRASSE

"Wir haben noch Zeit, wie wäre es nach der langen Nachtfahrt mit einem Kaffee?" Willi hatte gegen den Vorschlag seines Begleiters nichts einzuwenden, folgte ihm in ein kleines Stehkaffee. "Kannst mich Atze nennen", flüsterte er ihm zu, "ich arbeite im Apparat." Willi nickte, blieb aber aus erworbenem konspirativen Instinkt wortkarg. Er war auch müde von der fast schlaflosen Nacht. Beide rührten in ihrem Kaffee herum. "Atze" musste noch etwas auf dem Herzen haben, spürte sein Nachbar. Richtig, schon hub er an: "Da wäre vorher noch etwas zu besprechen. In den nächsten Tagen muss die Berta von Hannover kommend, bei euch in Kassel anlaufen. Geht das klar mit dem Anlauf während deiner Abwesenheit?" Willi war im Moment etwas verdutzt und überlegte schnell, ob er antworten sollte. Aber wenn "Atze" von Bertas Auftrag wusste, musste er wohl mit Instruktoren- und Kuriersachen zu tun haben. Die Sache war dennoch verzwickt. Weil Willi annahm, dass er nach der Tagung zwecks der Übergabe seiner Funktion in Kassel noch einmal zurückfahren würde, hatte er für die Zwischenzeit nichts veranlasst, um den Anlauf eines Kuriers und seine Weiterleitung zu sichern. Nur er persönlich verkehrte mit den Anlaufstellen, über die Kuriere bisher mit ihm die Verbindung herstellten. Was also tun, damit Berta ihren Auftrag erledigen konnte und nicht in Verlegenheiten geriet?

Er erklärte "Atze" die Sachlage. Das sei doch kein Problem, sagte dieser. "Wir lassen Berta in Hannover eine Nachricht zukommen. Bis du eventuell zurückkommst, ist es zu spät. Wo soll sie hin und wie mit den Genossen Kontakt finden?" Willi musste sich entschliessen, etwas zu tun, was normalerweise den Regeln widersprach. Er nannte "Atze" die Namen und die Arbeitsstellen seiner beiden Genossen im Dreierkopf. Berta könne sie dort ohne Schwierigkeit und unter einem Vorwand heraussuchen lassen, um das weitere zu verabreden. "Atze" machte sich Notizen und bemerkte, dass die Sache noch heute erledigt werde und Willi sich keine Sorgen zu machen brauche. Der Kaffee war ausgetrunken, das Gespräch beendet. "Gehen wir", meinte "Atze". Willi prüfte noch einmal Verstand und Empfinden, vermochte aber an



seinem Begleiter nichts befremdendes entdecken. Der trieb allerdings jetzt zur Eile, denn um 10 Uhr müsse man an Ort und Stelle sein.

Was dann kam, traf Willi wie einen Blitzschlag. Ehe er im geringsten reagieren konnte, hatte ihn "Atze" mit blitzschnellem Polizeigriff in den Ärmel seines Gabardinemantels gefasst und diesen umgedreht, wobei er zischte: "So, mein Junge, jetzt gehen wir zur Polizei!" Das war genau vor der Tür eines Polizeireviers, wie Willi im nächsten Augenblick sehen konnte. Sich der Verhaftung voll bewusst werdend, versuchte er mit hektischer Kraftanstrengung den Griff seines Feindes loszuwerden und die Flucht zu ergreifen. Aussichtslos. Auch wenn er sich hätte befreien können, wäre er in der fast menschenleeren Strasse den Schüssen seines Verfolgers ausgeliefert gewesen, der schon mit den entsprechenden Worten die Pistole gezogen hatte. Also hinein in das Polizeirevier. Durchsuchung von Kopf bis Fuss. Ausser Personalausweis und Reisegeld für die Rückfahrt fand sich in den Taschen Willis zur Enttäuschung des Gestapobeamten, als der sich "Atze" jetzt höhnisch vorstellte, nur ein leeres Notizbuch.

Eine halbe Stunde später wurde der Verhaftete in Begleitung des Gestapobeamten mit dem Kraftwagen zur Zentrale der Geheimen Staatspolizei in der Prinz-Albrecht-Strasse, einem mächtigen Quaderbau, gefahren und fand sich in einem grossen Zimmer des obersten Stockwerks wieder. Vom Fenster her kam eine grosse Gestalt in Zivil auf ihn zu, ihn zunächst wortlos mit kaltem Blick musternd. Hinter dem Schreibtisch erhob sich eine zweite Gestalt, massig und schwergewichtig, mit dem Gesicht einer Bulldogge. Wie sich erst später herausstellte, war der erste kein geringerer als der Dr. B., der jahrelang in der Weimarer Republik Chef der politischen Polizei Abteilung Ia von Berlin gewesen war und nun zur Gestapoführung gehörte. Der andere wurde mit Standardenführer angeredet und kam gewiss aus Himmlers und Görings Truppe. Willi ahnte, was ihn hier zu erwarten drohte.

"Wir wollen uns ein wenig mit dir unterhalten", richtete der Kriminalrat Dr. B. das Wort an Willi. "Aber vorher sollst du dich davon überzeugen, dass Flausen keinen Zweck haben. Euer famoses Hauptnest haben wir hopp genommen." Genüsslich zeigte man ihm einen auf dem Schreibtisch liegenden aufgeklappten Koffer und liess ihn einen Blick hineintun. Erschreckt gewahrte Willi Listen mit Anlaufstellen und Deckadressen aus den Bezirken, ja sogar die ihm wohlbekannten schmalen Streifen Durchschlagpapiers. Man hielt ihm die Kopie seiner Benachrichtigung für die Beratung in Berlin unter die Nase. Ihm wurde sofort klar, dass nur so auch sein Empfang am Obststand durch einen gut getarnten Gestapomann arrangiert worden sein konnte. Ohne jeden Zweifel musste der illegale Apparat des Zentralkomitees hochgegangen sein, sodass die Gestapo genau wusste, wann welche KJVD-Funktionäre aus den Bezirken und wo sie ankommen würden. Anhand der gefundenen Unterlagen brauchte sie nur die Fallen aufzustellen. Eine sehr betrübliche Geschichte.

Nach diesen Offenbarungen wurde ein Schemel in die Mitte des Zimmers gestellt, auf dem Willi Platz zu nehmen hatte. Vor ihm baute sich der Kriminalrat auf, geniesserisch an einer Zigarre saugend, hinter ihm stand der Standardenführer mit dem Bulldoggengesicht. Jetzt musste es losgehen, dachte Willi und seine Nerven waren bis zum äussersten angespannt. Es ging los.



"Nach Lage der Dinge bist du also der Bezirkssekretär von Kassel und wirst uns deshalb jetzt fein säuberlich den Aufbau eurer Organisation einschliesslich aller Namen und Adressen mitteilen", liess sich der Kriminalrat vernehmen. "Fangen wir an, wie heissen deine Mitarbeiter?" Schweigen. Der Frager nimmt gemächlich seine Zigarre in die linke Hand, um die rechte frei zu bekommen und holt damit weit aus. Ein fürchterlicher Schlag mit der flachen Faust trifft Willi, sodass er kopfüber vom Schemel auf den Fussboden stürzt. Der andere reisst ihn brutal an seinen langen Haaren wieder hoch und stösst ihn erneut auf den Schemel.

"Wie heissen deine Mitarbeiter?----" Schweigen. Jetzt trifft das Opfer ein noch härterer Schlag von dem Stand ardenführer, der von hinten zugeschlagen hat. Willi stürzt wieder zu Boden, schon stark benommen. So geht das ohne Pause und immer mit der gleichen Fragestellung dutzendemale weiter. Aber der Delinquent sagt keinen Ton, presst die Zähne zusammen und in seinem Kopf trommelt es: Nichts aussagen, nichts aussagen! Sein Schädel brummt und ist schon unförmig angeschwollen. Er blutet aus Mund und Nase, fühlt mit der Zunge, dass ihm Zähne ausgeschlagen sein müssen. Der Kopf fällt ihm nach vorn herunter, aber eine brutale Hand reisst ihn hoch und er hört immer noch bei Besinnung den Kriminalrat: "Wirst du endlich reden Freundchen, wir haben noch andere Mittel, um dich zu zwingen!"

Willi kämpft den Kampf mit sich selbst, wobei ihm eine unbändige Wut auf seine Peiniger Stärke verleiht. Er presst durch die Zähne: "Tut, was ihr wollt, ich...ich, kann nichts sagen!" Er ist sich dessen bewusst, dass es keine schlimmere Schande und Schmach geben kann, als der Gestapo die Genossen und Freunde auszuliefern, er würde ihnen nicht mehr unter die Augen treten können. Und seine Eltern? Sie haben ihn zu einem standhaften und charakterfesten Menschen erzogen, er muss diese Erziehung rechtfertigen. Er weiss, dass er nun die schwerste Prüfung seines Lebens bestehen muss. Die ihn in ihrer Gewalt haben, kennen kein Erbarmen.

Der Kriminalrat hatte offenbar den tieferen Sinn der Worte wohl verstanden und verlor die Ruhe. Auf einen Wink wurde Willi von mehreren Fäusten gepackt, bäuchlings auf den Schemel gerissen. Einer der Gestapoleute klemmt ihm den Kopf zwischen die Beine, ein anderer hält ihn an den Füßen fest. Das Jackett wird hochgerissen, die Hosen heruntergezogen. Dann prasselt eine Unzahl von Schlägen mit schweren Hundepeitschen auf Rücken, Gesäss und Oberschenkel nieder. Er krümmt sich wie ein Wurm, brüllt wie ein Tier, versucht loszukommen, hält unwillkürlich die freien Hände nach hinten zur Abwehr hin. Die Bestien zerschlagen ihm auch die Hände.

Nach der ersten Serie machen sie Pause, selbst ausser Atem, und reissen den Gequälten hoch auf den Sitz. Und wieder stellt Kriminalrat Dr.B. mit eiskaltem Blick die Frage: "Wie heissen deine Mitarbeiter?" Keine Antwort. Schon ist Willi wieder über den Schemel heruntergerissen und wird erneut erbarmungslos zusammengeschlagen. Neue Pause, die gleiche Frage, das gleiche Schweigen. Möglicherweise fragten sich die Gestaposchläger verwundert, wie das der kaum 1,50 grosse schwächliche Bursche bis jetzt ausgehalten hatte. Aber der hatte die eiserne Energie und Zähigkeit vom Vater geerbt und war kerngesund. Das war es.



Jetzt hielt ihm der Chef der Gestapo eine Zwischenrede: "Wenn du nicht reden willst, schlagen wir dich solange, bis du an Herzschwäche eingehst, oder du fliegst durch das Fenster. Vor dir sind schon andere aus dem Fenster gefallen und haben das Atmen vergessen." Dieser Bemerkungen hätte es nicht bedurft, denn Willi war sich darüber klar, dass er sich hier in der schlimmsten Gestapohölle befand und dass die Alternative nur heissen konnte: Aussage oder Tod! Oder gab es doch noch einen Ausweg? Das zu überlegen, blieb ihm kaum Zeit, denn die Kanonade der Schläge setzte nun schon zum drittenmal ein. Diesmal endet sie damit, dass das Opfer die Besinnung verliert und in eine Ecke des Zimmers geschleift wird.

Langsam kam Willi wieder zu sich, blinzelte aber nur mit den Augen und tat weiter, als sei er noch nicht wieder vernehmungsfähig. Die Gestaposchergen sassen rauchend auf den Tischen herum und vertrieben sich mit Witzen die Wartezeit. Willis Gehirn arbeitete fieberhaft, um eine Möglichkeit herauszufinden, wie er zunächst einmal aus den Klauen dieser Banditen herauskommen könnte. Er kombinierte. Todssicher würde jetzt anhand der gefundenen Anlaufstellen in den Bezirken eine Aufrollaktion der Gestapo vor sich gehen. Er musste irgendeine glaubwürdige Finte ausknobeln, die seine Überführung nach Kassel notwendig machte. Die etwa zwanzig Minuten wirklicher und simulierter Bewusstlosigkeit reichten für die Lösung des Problems gerade so aus, denn die Schläger zogen ihr Opfer am Rockkragen hoch.

"Ich will eine Aussage machen", erklärte Willi dem Kriminalrat. "Na, warum nicht gleich so?" erwiderte dieser und führte ihn in das nächste Zimmer zur Sekretärin an die Schreibmaschine. In diesem Augenblick begegnete ihm, von Gestapoleuten links und rechts vor dem Zusammenbrechen gehalten und mehr geschleift als gehend, ein schwer zugerichteter Jugendgenosse, den er trotzdem sofort als Rudi Arndt vom ZK des KJVD erkannte. Ihre Blicke begegneten sich und Willi gewahrte ein ermutigendes Lächeln in dem zerschundenen Gesicht Rudis. Sie waren sich früher mehrmals in Berlin und auf der Org.-Schule begegnet. Es war ein trauriges Wiedersehen, aber in Tapferkeit gegenüber einem unerbittlichen Feind.

Willi tischte dem Kriminalrat ein glaubhaftes Märchen auf. Er erklärte ihm, dass er zwar für die vermutete Funktion einmal vorgesehen worden sei, aber sie noch nicht ausgeübt habe und deshalb auch keine Angaben über die Organisation machen könne. Die Partei habe ihn nach Berlin geschickt. Am Dienstag abends um halb acht erwarte ihn der Bezirkssekretär der Partei zu einem Treff für die Berichterstattung und alles weitere. Der Kriminalrat war anscheinend mit dem Ergebnis zufrieden und rechnete sich wahrscheinlich aus, über Willi an die illegale Leitung der KPD heranzukommen und so einen weiteren Schlag führen zu können. Damit war die Vernehmung vorerst zu Ende und der Geschundene landete bei der SS-Wache im Keller. Hier traf er zehn bis zwölf andere Genossen des Jugendverbandes, darunter auch eine Genossin, neben die Willi auf der Bank zu sitzen kam. Sie flüsterte ihm zu, dass die "Gerda" bis zum Wahnsinn geschlagen worden und weggeschafft worden sei. Heimlich steckte ihm die dunkelhaarige mutige Genossin ein Stück Brot zu, denn seit seiner Wegfahrt aus Kassel hatte er ausser einem kleinen Nachtimbiss im Zug nichts mehr gegessen und drohte vor Hunger und Schwäche nach den Torturen von der Bank zu kippen.



Es stand fest, dass alle auf der Wache sitzenden Genossen führende Funktionäre des KJVD waren, aber natürlich kannte keiner den anderen, auch wenn er ihn gekannt hätte. Gegenseitige Ermutigung war in dieser Lage das wichtigste.

### COLUMBIAHAUS

Am Flughafen Berlin-Tempelhof hatte die Gestapozentrale ein ihr direkt unterstehendes Gestapogefängnis unter Bewachung der späteren "Leibstandarde Adolf Hitler" eingerichtet, eine der schlimmsten Marterhöllen der Gestapo zu dieser Zeit, das "Columbiahaus". Es war eine ehemalige Militär-Arrestanstalt gewesen. Die sollte Willi noch an diesem Tage kennenlernen. Gemeinsam mit den männlichen Jugendgenossen trat er gegen Abend auf einem offenen Mannschaftswagen der SS den Weg in die Hölle an. Alle waren gezeichnet von den schweren Folterungen im Laufe des Tages, hungrig und physisch am Rande der Erschöpfung. Doch es gab keine Atempause zur Erholung.

Angekommen auf dem Hof des Columbiahauses wurden die Häftlinge mit Tritten und Schlägen in den Bau zur Aufnahme gejagt. Alle bekamen den Befehl, sich so an die Wand des Korridors zu stellen, dass oben die Nasenspitze und unten die Fusspitzen die Wand berührten. Aber die Qualen des Tages machten sich bemerkbar und es dauerte nicht lange, bis die ersten bewusstlos zusammenbrachen. Auch Willi rutschte wie ein Sack in sich zusammen. Ein SS-Arzt gab den Umgefallenen eine scharfe Essenz ein, die sie langsam wieder auf die Beine brachte. Ein SS-Scharführer erledigte einzeln die Aufnahme. Dabei wurden den Häftlingen alle Sachen wie Leibriemen, Hosenträger, Taschenmesser, Rasierzeug abgenommen, um, wie es hiess, Selbstmordversuchen vorzubeugen. Nur mit Hemd und Hose bekleidet wurde jeder wieder auf den Flur hinausgejagt. Wer aber jetzt geglaubt hatte, endlich in eine Zelle eingeschlossen zu werden und auf eine Pritsche sinken zu können, der befand sich im Irrtum.

Ein schriller Pfiff und Kommandos jagten die Ankömmlinge im Laufschrift durch den ganzen Bau vom Parterre bis zum Oberstock. Am Anfang und Ende jedes langen Korridors befanden sich Flügeltüren, durch die der Treppenaufgang zu erreichen war. Hinter jeder Flügeltür, auf jedem Treppenabsatz und auf die Gänge verteilt standen SS-Verbrecher mit Gummiknüppeln, Hundepeitschen, Schemelbeinen, Ochsenziemern und sonstigen Schlaginstrumenten auf der Lauer und prügelten wie die Bestien und mit den Rufen "Wollt ihr laufen, ihr Schweine" auf ihre Opfer los. Wer vor Erschöpfung oder Schmerzen zusammenbrach, wurde solange bearbeitet, bis er wieder aufsprang und weiterlief. Mancher blieb liegen. Diese irrsinnige Attacke dauerte etwa eine Stunde, die zur Ewigkeit wurde. Dann erst wurden die Zellen aufgeschlossen und die Häftlinge hineingeworfen.

Willi stürzte über eine niedrige Holzpritsche der Länge nach hin. Vier andere Leidensgenossen standen stramm unter dem Gitterfenster und mussten dem SS-Posten Meldung über die Belegung machen. Einer davon musste von seinen Kameraden hochgehalten werden, weil er durch Misshandlungen schwere innere Verletzungen davongetragen hatte. Willi war nicht mehr fähig, weitere Wahrnehmungen zu machen. Er blieb, wie er gefallen war, auf der Holzpritsche ohne Matratze liegen und versank



in einen ohnmächtigen Schlaf, der ihn von den unsagbaren Schmerzen am ganzen Körper für einige Zeit erlöste.

Lange sollte es nicht sein. Die Nachtposten machten sich ein Vergnügen daraus, entweder die Zellentür blitzschnell aufzuschliessen und so die Insassen zur Meldung hochzujagen, oder nur durch Einstecken des Schlüssels in das Türschloss die gleiche Wirkung zu erzielen. Wer nicht schnell genug unter dem Fenster stand, musste unweigerlich damit rechnen, aus der Zelle geholt und dann auf dem Flur unter Schlägen hin- und hergejagt zu werden. Das Opfer musste dabei in Hockstellung gehen, mit den Händen die Fussgelenke erfassen und hüpfen. Kein Häftling im ganzen Bau hatte Ruhe vor solchen nächtlichen Peinigungen.

Über allen schwebte Nacht für Nacht noch eine andere furchtbare Drohung. Die SS holte nacheinander Häftlinge aus den Zellen und schleppte sie in den Keller. Dort wurden sie auf einen langen Tisch gelegt und von mehreren SS-Leuten zugleich geprügelt, bis sich die Haut in Fetzen ablöste. In solchen Fällen wurden nasse Handtücher aufgelegt und weiter geschlagen. Wer bewusstlos wurde, bekam eine Kanne kalten Wassers über den Kopf gegossen. Fast alle Häftlinge im Columbiahaus waren führende kommunistische Funktionäre. Mit solchen Methoden sollte ihre Moral gebrochen werden. Die Prügelorgien waren einerseits das besondere Vergnügen für die entmenschte SS, zum anderen aber wohnten ihnen oft Beamte der Gestapozentrale bei, die auf diese Weise neue Versuche unternahmen, Aussagen aus den Häftlingen herauszupressen. Mancher kehrte von diesen Torturen nicht mehr lebend zurück.

Fünf Tage nur verbrachte Willi in dieser Hölle, aber wie er später sagte, hätte er dafür gut und gern ein bis zwei Jahre Gefängnishaft eingetauscht.

### WIEDER IN KASSEL

Er hatte richtig kalkuliert. Die Berliner Gestapozentrale entsandte einen ganzen Stab von ihren Leuten in die Bezirke, die anhand der gefundenen Anlaufstellen mit Kennworten und Deckadressen als getarnete "Kuriere" an die Aufrollung der Organisation herangingen. Zwei Kriminalsekretäre fuhren mit Willi in einem reservierten D-Zug-Abteil nach Kassel.

Am folgenden Tag sollte er ja mit "Erich", dem Bezirkssekretär der KPD, an der Weserspitze zusammentreffen, den die Gestapo auf diese Weise in die Hand zu bekommen gedachte. Aber "Erich" war ein Fantasiegebilde und konnte deshalb auch nicht leibhaftig am Treff erscheinen. Nichtsdestoweniger rollte die Komödie theatergerecht ab. Der "Lockvogel" wurde zur gegebenen Zeit in einen Wagen gesetzt, in die Mitte genommen von zwei Gestapoleuten aus Kassel. An der Weserspitze musste er aussteigen und unter Bewachung auf- und abgehen. "Erich" durfte keinen Verdacht schöpfen. Der "Lockvogel" spielte seine Rolle echt, indem er angestrengt in das Abenddunkel spähte und ab und zu mal auf eine Person zuging, die er für "Erich" gehalten haben möchte. In Wahrheit spähte Willi nach etwas ganz anderem, nämlich nach einer Fluchtmöglichkeit. Sein Manöverplan war auf einer logischen Rechnung aufgebaut. Mit grösster Wahrscheinlichkeit musste es dazu kommen, dass der Freund von der Anlaufstelle, sofern er nicht irgendwie



Verdacht schöpfte, auf den vermeintlichen Kurier hereinfallen. Das bedeutete, dass der "Kurier" zur elterlichen Wohnung Willis geleitet wurde, um Verbindung aufzunehmen. So war es auch tatsächlich gekommen. Verhielt sich der als Kurier auftretende Gestapomann geschickt genug, um die Eltern Willis in ein Gespräch zu ziehen, musste das auch zu deren Verhaftung führen. Wie er später erfuhr, verlief alles wie befürchtet bis zu dem Augenblick, als seine Mutter gegenüber dem angeblichen Kurier Verdacht schöpfte und damit die Unterhaltung mit der Verhaftung der Eltern und des Freundes von der Anlaufstelle endete.

Eben dieser zu vermutenden Katastrophe wollte Willi zuvorkommen. Die elterliche Wohnung lag nur etwa 1000 Meter von der Weserspitze entfernt. Er wollte die Flucht ergreifen, schnell die Eltern warnen, seinen Bruder zur Anlaufstelle rennen lassen und dann untertauchen. Deshalb war sein Augenmerk ständig auf den Fluchtweg gerichtet. Aber jeder Strassenausgang war von Gestapoleuten besetzt und keine zehn Schritte von ihm beschattete ihn einer der Berliner Gestapoleute. Es war nicht möglich, aus diesem Ring von schussbereiten Bewachern auszubrechen. Aber auch die Gestapoleute hatten inzwischen begriffen, dass sie ihre Hoffnungen aufgeben mussten. Die Treffzeit war längst überzogen.

"Komm, mein Junge, du hast uns beschwindelt, steig ein", sagte der Berliner. Im Polizeipräsidium erhielt Willi eine Tracht Prügel mit dem Gummiknüppel zur Strafe, aber was bedeutete das schon im Vergleich zu der Lage, der er durch den Bluff erst einmal entronnen war. Seine Mutter wurde wegen ihres schweren Rheumaleidens freigelassen, der Vater wegen seiner gebrochenen Gesundheit infolge schwerer Misshandlungen durch die SA. Ein wesentlicher Grund mochte aber auch der sein, dass die Verhaftung der kranken Eltern grosse Empörung in der Bevölkerung hervorgerufen hatte.

Leider war es nicht möglich gewesen, die Aufrollungsaktion der Gestapo gegen einen Teil der Organisation des KJVD zu verhindern. Sie war zunächst ihrer Führung beraubt.

#### DAS DRAMA UM WOLFGANG SCHÖNFELD

Wolfgang Schönfeld war ein Kasseler Junge, hatte gerade sein Studium beendet und befand sich im Jahre 1944 als Soldat an der Ostfront, einer von vielen, der auf Befehl des "Führers" die traurige "Pflicht" erfüllen sollte, andere Völker unterjochen zu helfen. Es ist begründet anzunehmen, dass Wolfgang das widerwillig tat, aber auch eben so mitmachte.

Doch eines Tages begriff er schlagartig, um was es ging und welche unmenschlichen Verbrecher ihn in die Uniform gesteckt hatten. Sein Vater war Jude, die Mutter Nichtjüdin, er selbst also nach der Klassifizierung der Faschisten ein Halbjude. Kanonenfutter war rar und so duldete man auch Halbjuden in der Armee. 1944 setzte die "Endlösung" der Judenfrage durch Hitler, Himmler und Eichmann ein. Wolfgangs Vater, früher einmal Direktor der Kasseler Wach- und Schliessgesellschaft, wurde bei Nacht und Nebel abgeholt. Sein genaues Schicksal blieb unbekannt, aber es konnte nur im Vernichtungslager geendet haben. Mutter Schönfeld schrieb dem Sohn die furchtbare Nachricht an die Front, die sie selbst wie ein Blitz getroffen und zur gebrochenen Frau werden liess.



Dem zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilten Kasseler Widerstandskämpfer Karl Krug verdanken wir, dass uns das furchtbare Ende Wolfgang Schönfelds bekannt wurde.

Als er den Brief seiner Mutter in den Händen hielt, packte ihn unbändige Wut und er sagte sich: Für diese Verbrecher, die meinen Vater, nur weil er Jude ist, vernichten wollen, soll ich mein Blut vergiesen? Schluss damit! Wolfgang wurde klar, dass dieser mörderische Krieg gegen andere Menschen auch nur Mord, Völkermord war. Mit Vaterland, Freiheit und Recht hatte das nichts zu tun. Unter unglaublichen Gefahren verliess Wolfgang Schönfeld seinen Truppenteil und schlug sich in wochenlanger nervenaufreibender Flucht vor den Verfolgern der Geheimen Feldpolizei und der "Kettenhunde" bis nach Kassel durch. Er verbarg sich in der Gartenlaube einer befreundeten Familie, die ihn auch mit Lebensmitteln versorgte. So konnte er auch die Verbindung zu seiner Mutter aufnehmen. Seine Braut war dienstverpflichtet und sollte an einem Wochenende auf Urlaub kommen. Verständlich, dass Wolfgang den Wunsch hatte, mit seiner Braut irgendwie zusammenzutreffen. Dieser Wunsch wurde ihm zum Verhängnis.

Die gelungene Flucht musste ihn zu einer Tollkühnheit verleitet haben. Er beschloss, seine Braut selbst am Hauptbahnhof abzuholen. Wer würde ihn schon kennen? Aber Wolfgang hatte nicht an alles gedacht. Als er die Bahnhofshalle betrat, hielt ihn, obwohl er sich Zivil besorgt hatte, eine Polizeistreife an, die Ausweiskontrollen vornahm. Wolfgang hatte keinerlei Papiere in der Tasche und sollte mit zur Polizeiwache kommen. Die tödliche Gefahr erkennend, versuchte er in Richtung Kurfürstenstrasse zu entfliehen, dicht hinter ihm die mit Pistolen feuernden Verfolger. Der Bahnhofsvorplatz bot keine Deckung und bis zu den Trümmern waren es noch gut dreissig Meter. Ein Streifschuss traf ihn an der Wange, er taumelte, stürzte und wurde gepackt.

Die Gestapo stellte seine Herkunft bald fest und die Wehrmachtstellen gaben an, dass er sich von seiner Truppe an der Front entfernt habe. Wegen Überbelegung des Gestapokellers in der Wilhelmshöher Allee kam Wolfgang Schönfeld in die Sonderabteilung des Zuchthauses Wehlheiden. Hier lernte er Karl Krug kennen, der als Kalfaktor Zugang zur Sonderabteilung hatte. Wolfgang war der einzige Kasseler unter den rund hundert Gestapohäftlingen.

Gegen Ostern 1945 erschienen Gestapoleute in Lodenmänteln, Polizeigruppen mit SS-Runen am Ärmel in Wehlheiden. Dreiundfünfzig Häftlinge wurden auf Lastwagen verladen. Es waren diejenigen, die in Breitenau niedergemetzelt wurden. Am Karfreitag trug sich folgendes zu: Wieder erschien ein Kommando der Gestapo. Diesmal wurden zwölf Häftlinge aus der Sonderabteilung abgeholt und im Hof aufgestellt. Ein Gestapomann zerschnitt einen fingerdicken Strick in kürzere Stücke und damit wurden jeweils zwei Häftlinge an den Handgelenken zusammengefesselt. Auch Wolfgang Schönfeld war dabei. Vor dem Verlassen des Zuchthauses konnte ihm Karl Krug nur noch mit bangem Gesicht zurufen: "Mach's gut Wolfgang!" Was dann geschah, erfuhr Karl Krug von Paul Trümper, einem Polizeiwachtmeister in der Sonderabteilung. Trümper war zum Gegner der Nazis geworden und hatte Vertrauen zu Karl Krug, der als Reiniger auch die Wachstube der Sonderabteilung zu besorgen hatte. Nach diesem Karfreitag rief er ihn zu sich in



die Wachstube, setzte sich an den Tisch, stützte den Kopf schwer auf die Hände und sagte: "Mensch, diesen Freitag werde ich mein Lebtag nicht vergessen können!" Dann berichtete er Karl Krug unter dem Siegel der Verschwiegenheit, was er gesehen und miterlebt hatte. Die zwölf Häftlinge waren auf den Wehlheider Friedhof gebracht worden. An einem grossen ausgehobenen Grab, das für mögliche Bombenopfer schon vorbereitet war, mussten die Männer Aufstellung nehmen. Angesichts des Ortes und der entsicherten Maschinenpistolen begriffen die Häftlinge ihre verzweifelte Lage. Als die erste Salve ihre getroffenen Opfer aufschreien und taumeln liess, machte Wolfgang mit seinem an ihn gefesselten Kameraden einen verzweifelten Fluchtversuch zwischen Grabsteinen hindurch. Es war vergeblich. Nach kaum zwanzig Schritten wurden die beiden Flüchtlinge von den Gestapomördern zusammengeschossen.

### MORD AN EINEM SCHWERBESCHÄDIGTEN KRIEGSDIENSTVERWEIGERER

Ein Opfer der faschistischen Unmenschlichkeit wurde buchstäblich in letzter Minute des Krieges der Kasseler Bürger Johannes Walter. Als überzeugter Katholik lehnte er konsequent das Naziregime ab. Besonders verhasst war ihm der grauenvolle Krieg und wo überall es ihm möglich war, machte er daraus kein persönliches Geheimnis, fand er Gesinnungsfreunde.

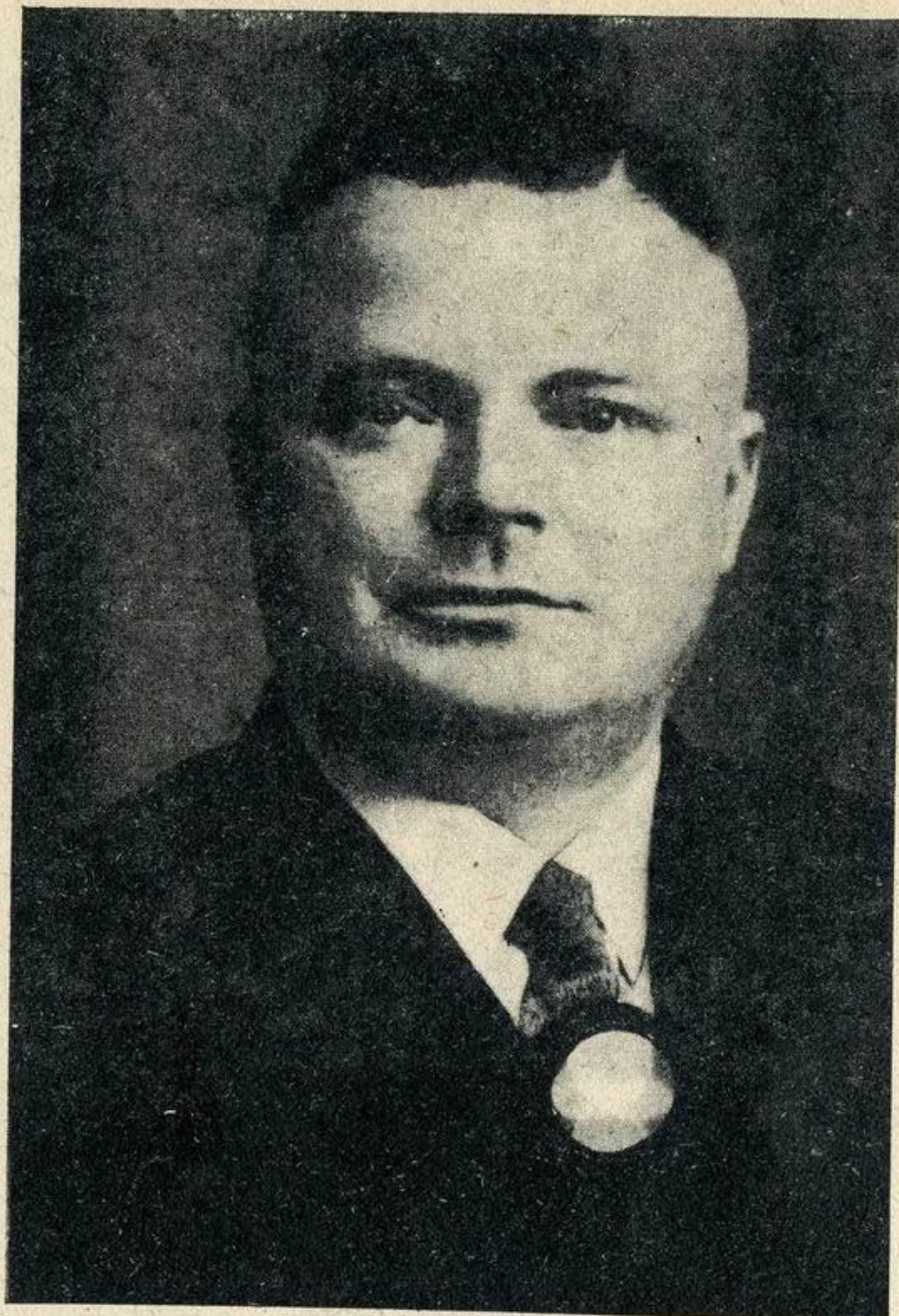
Walter wurde eines der Opfer des verbrecherischen Hitler-Befehls, die Stadt Kassel zur "Festung" zu erklären, die mit allen Mitteln bis zum letzten Mann zu verteidigen sei. Das in einer Stadt, die im Zuge der Bombenangriffe schon ein Trümmerhaufen geworden war. Der beauftragte Kampfkommandant stellte zwei Polizeibataillone auf. Polizeikommandeur wurde der Oberstleutnant Wilhelm Tirpitz. Trotzdem Walter vom vorigen Krieg her schwerbeschädigt war, wurde er zum Luftabwehrdienst herangeholt. Er verweigerte unter Hinweis auf sein Beinleiden den Einberufungsbefehl. Wegen "Wehrkraftzersetzung" stellte man ihn vor das Kasseler SS- und Polizeigericht unter der Leitung des höheren SS-Führers Dr. Paulmann und verurteilte ihn zum Tode. Paulmann hatte sich schon 1933 als Chef der SA/SS-Rollkommandos und des sogenannten Geheimdienstes schwerer Verbrechen schuldig gemacht.

Laut Vorschrift musste das Urteil vom Reichssicherheits-Hauptamt in Berlin als höchste Instanz bestätigt werden, ehe es vollstreckt werden konnte. J. Walter hatte sich um Aufhebung des Urteils bemüht, wobei ihm seine Frau Anna zur Seite stand. Es war ihr gelungen, auf telegrafischem Wege eine Aussetzung der Vollstreckung zu erwirken. Der Todeskandidat sass in seiner Zelle der "Elwe", Leipziger Strasse 11 in der Hoffnung auf eine günstige Wende seines Schicksals. Diese Hoffnung machten die Verbrecher der SS und Polizei in Kassel zunichte, indem sie eigenmächtig handelten, trotzdem eine neue Gerichtsverhandlung angeordnet war.

Einen Tag bevor die amerikanischen Truppen Kassel besetzten, wurde Walter durch Leute einer Polizei-Einsatzkompanie gegen vier Uhr früh aus der Zelle geholt, angeblich wegen Überstellung zur Verhandlung. Es ging über die Zwischenhöfe zum Hinterausgang. Plötzlich zog einer der Polizisten die Pistole, zögerte aber noch. Ein anderer rief ihm



Johannes Walter,  
Katholik und Kriegs-  
dienstverweigerer, noch  
in letzter Minute des  
Hitler-Krieges meuch-  
lings durch Polizei-  
schergen im Gerichtsge-  
fängnis Leipziger Str. 11  
erschossen.





zu: "So schiess' doch!" Walter, der die Lage erkannte, schrie noch in letzter Minute: "Ihr wollt uns doch nicht noch in letzter Minute umlegen, seid ihr wahnsinnig?" Da krachte auch schon ein Schuss und Walter brach in den Kopf getroffen, tot zusammen. Seine Leiche wurde von den Mördern eiligst im Grasteil des Gefängnishofes verscharrt.

Diese Einzelheiten wurden in einer Gerichtsverhandlung bekannt. Aber erst im Mai 1949 hatten sich die Mordgesellen und ihre Auftraggeber vor einem Kasseler Gericht zu verantworten. Solange liefen diese Verbrecher trotz Beschuldigung und dringenden Tatverdachts frei herum. Die Anklage stellte trotz schwer belastender Zeugenaussagen, auch der Mitangeklagten, zwar fest, dass der Befehl zur Mordaktion von Tirpitz ausgegangen sein konnte, sprach ihn aber "mangels Beweisen" frei. Auf diese Art wurde von der Justiz schon damals die Vergangenheit "bewältigt". Die Ausführenden, der Polizeihauptmann Hölzinger und Polizeimeister Walter Riebeck, wurden wegen gemeinschaftlichem Totschlag(!) zu drei Jahren und 25 Monaten Gefängnis verurteilt. Der ihr Chef war, blieb ungeschoren und erwarb sich damit im neuen Staat Bundesrepublik Pensionsansprüche.

### HITLERGRUSS VERWEIGERT

Es gab im Nazireich viele äussere Erscheinungsformen, die der heutigen Generation als absurd vorkommen und die berechtigte Frage aufwerfen, wie sich damit die Mehrheit eines ganzen Volkes abfinden, respektive daran gewöhnen konnte. Zu den absurden Erfindungen der Nazis gehörte, dass an die Stelle des üblichen Tageszeit-Grusses der sogenannte deutsche Gruss "Heil Hitler" gesetzt und zur Pflicht gemacht wurde. Verweigerung konnte schwerste Folgen nach sich ziehen. Dennoch machten den deutschen Krampf vielenicht mit, umgingen ihn mit allen möglichen Tricks.

Konrad Klinge, Inhaber des bekannten und beliebten Fahrradgeschäftes in der Holländischen Strasse 66, gehörte zu denen, die sich konstant weigerten, den Arm zu heben und "Heil Hitler" zu sagen, wenn Kunden sein Geschäft betraten. Auch wenn einer damit hereinkam, antwortete er stets mit "Guten Tag, was darf es sein". Konrad Klinge war parteilos, stand aber gesinnungsmässig fest zur Arbeiterbewegung. Zu seinen Kunden gehörte ja auch in der Mehrzahl die Arbeiterbevölkerung des Stadtteils Holland/Nord. Klinge zeichnete ein geradliniger Charakter aus und sein ganzer Hass galt dem braunen Gesindel.

Sein Verhalten sprach sich bald herum und kam durch Nazianhänger im Braunen Haus und bei der Gestapo zu Ohren. Man schickte bewusst Provokateure zu Klinge, die aufdringlich und mit drohendem Unterton "Heil Hitler" grüssten. Die Antwort war wie üblich. Es gab Verwarnungen und schliesslich Drohungen. Nur die Popularität des aufrechten Mannes hielt die Faschisten von Massnahmen bis zum KZ ab. Konrad Klinge blieb ein Beispiel antinazistischer Gesinnung.

An der Jahreswende 1944/45 griff Hitler auf das letzte Aufgebot zurück, um den verbrecherischen Krieg und die Herrschaft der Naziclique zu verlängern. Auf ausdrückliche Weisung wurde die Gelegenheit ausgenutzt, Klinge durch die Einberufung zum "Volkssturm" loszuwerden und an ihm Rache zu nehmen. Er wurde nach Angaben seiner Angehörigen



in Richtung Pommern verfrachtet. Mit dem "Volkssturm" wollte Hitler den sowjetischen Vormarsch auf Berlin aufhalten. Beim Abschied hatte Klinge sinngemäss gesagt: Den Halunken werde ich was pusten. An mir wird der "Führer" keine reine Freude haben. Ich kenne meine Pflicht. Keinen Schuss werde er für die Verbrecher abgeben. Seitdem kam kein Lebenszeichen mehr von ihm. Soweit die Nachforschungen möglich waren, lag die bestimmte Vermutung nahe, dass er mit anderen wegen Einsatzverweigerung und versuchter Desertion von einem SS-Jagdkommando erschossen oder erhängt wurde, ohne die Angehörigen irgendwie zu benachrichtigen.



BRIEFE AUS DER KERKERHAFT

Auszüge aus Briefen eines Kasseler Widerstandskämpfers nach seiner Verurteilung zu einer langjährigen Zuchthausstrafe und vor seinem Tode infolge grausamer Haftbedingungen. Die Briefe stehen im Geist der Unbeugsamkeit für viele, sodass auf die Namensangabe verzichtet werden kann. Zu berücksichtigen ist dabei, dass alle Briefe durch die Zensur der Anstaltsleitung gingen. Es bleibt dem Einfühlungsvermögen des Lesers überlassen, zwischen den Zeilen das zu lesen, was nicht darin stehen konnte, oder von der Zensur gestrichen wurde.

-----

DAS URTEIL IST GESPROCHEN - 1938 -

"...Nun ist wohl auch der schwerste Tag, den wir vier in unserem Leben je erlebt haben, vorüber. Wie mögt Ihr, meine Lieben, um Euren Papa gebebt und gebangt haben, ohne dass ihr dabei die furchtbarste Möglichkeit geahnt habt. (Der Schreiber musste mit dem Todesurteil rechnen - Verf.) Ich selbst wusste, was kommen konnte, aber wie hätte ich es über das Herz bringen sollen, Euch das auch nur anzudeuten...Es ist dennoch eine sehr harte Strafe, die mich betroffen hat, aber vor dem allerfurchtbarsten hat uns das Schicksal noch einmal bewahrt. Es ist mir ein Trost, dass auch das richterliche Urteil zum Ausdruck brachte, dass das, was ich getan habe, nie aus eigennützigen Motiven geschah. Und das wisst ja auch Ihr, dass Euer Papa an sich selbst immer zuletzt gedacht hat. Wenn Ihr an mich denkt, so denkt immer an den, der ich Euch war. Du, meine liebste Frau, wirst nun lange Jahre des Gatten entbehren müssen, der Dir nicht zur Seite stehen kann, möge doch ein gütiges Schicksal auch diese Zeit abkürzen. So grausam kann das Schicksal nicht sein, dass es uns für immer trennt. Dir, meine liebe Frau, lasse unsere beiden lieben Kinder ein grosser Trost sein. Du weisst doch, wie lieb sie Dich haben, richte Dich an ihnen auf. Und Ihr, meine lieben, guten Kinder, wie werdet Ihr es ertragen, Euren Papa, der Euch doch alles war, für so lange Zeit entbehren zu müssen. Bleibt wie Ihr immer gewesen seid, brav und anständig, macht der Mama keinen Kummer, versucht ihr das Leben ein klein wenig zu erleichtern. Die erste Zeit wird ja nun schwer und hart für Euch sein, aber die schlimmsten Wunden werden mit der Zeit vernarben...Dieses Höllenfeuer, welches uns im Inneren brennt, will uns ja nicht verbrennen, um ein Häufchen Asche übrig zu lassen, es will uns klären und läutern! Es wird einen geraden und stärkeren Menschen aus uns machen...Vor uns liegt Neuland und das dürfen wir nicht ängstlich, das müssen wir mutig beschreiten, immer den Blick nach vorn, denn wie sagt doch der Dichter Immermann, der in Deutschlands schwerster Zeit lebte: "Ängstlich nieder blickt der Wicht, doch der Brave hebt zum Licht seine reinen Wimpern..." Und nun lebt wohl, meine Herzallerliebsten, bleibt tapfer. Seid tausendmal geküsst von Eurem Papa!"... Ohne Licht kein Schatten. Wo das hellste Licht ist, ist der dunkelste Schatten...bleibt zuversichtlich, eine lichte Zukunft wird kommen!"



## DER LETZTE BRIEF

Von seinen Genossen und Kameraden wissen wir, dass dieser antifaschistische Kämpfer bis zuletzt vom Sieg der Roten Armee über die Hitlerwehrmacht und die Gesamtniederlage des Faschismus überzeugt war. Doch diesen Tag erlebte er nicht mehr. Am 8. Januar 1943 nach rund 8 schweren Zuchthausjahren machte ihm eine völlig vernichtete Gesundheit das Ende. Auf der Rückseite eines letzten Briefes an seine Frau und die Kinder hinterliess er die nachfolgenden Verse von Stiller und Theodor Storm:

"Die Luft ist grau und es streift der Wind  
die Dächer, die verschneiten,  
Ich denke an dich mein liebes Kind  
Und an die alten Zeiten.  
Ich schau hinaus mit leerem Blick,  
Schon fängt es an zu dunkeln.

Mir ist, als wäre nur mein Glück  
im Winterschlaf versunken,  
Als läg nur tiefer, tiefer Schnee  
Auf all dem süssen Leben.  
Als müsst es nach dem Winterweh  
Doch einmal Frühling geben!-----

Dieweil wir doch geschieden sind  
Für alle alle Zeiten ---  
Die Luft ist grau und es streift der Wind  
Die Dächer, die verschneiten ----"

Storm: "Der eine fragt, was kommt danach?  
Der Andre, was ist recht?  
Und also unterscheidet sich  
Der Freie von dem Knecht!"

Ein acht Wochen vor seinem qualvollen Ende geschriebener Brief fand sich erst in den Nachlassachen. Er trug den Vermerk: "Beanstandet - Anzüglichkeiten - Unterkleidung nicht nötig!"


" Welche schlimmen Gedanken sind doch hinter den hohen weissen Stirnen mancher Menschen zu Hause, was wird da alles ausgeklügelt, um den anderen das Leben zur Qual zu machen...Ach, was ist das doch für eine Zwiespältigkeit in der Welt, alles ist Dualismus, Gutes und Böses, Recht und Unrecht, Liebe und Hass, Wahrheit und Lüge stehen in immerwährendem Widerspruch, Gegensatz und Kampf miteinander... Die Hauptsache ist, dass der Mensch vor sich selbst bestehen kann.. Meine Lieben, ich bin noch immer im Krankenbau...der Husten ist noch nicht weg, der Hals nicht in Ordnung, die Mandeln vereitert, die Temperatur immer erhöht...Und dann die kalte Kellerzelle - stellt doch mal den Antrag, dass ich eine warme Unterjacke, eine Leibbinde und ein Paar Kamelhaarschuhe bekommen darf, damit wäre mir viel geholfen. Ich will gesund sein und hier nicht eingehen. Dieser Gedanke ist schrecklich für mich, wenn ich an Euch, meine Herzallerliebsten denke. Dagegen kämpfe ich mit aller Kraft an..."



## BRIEF AUS DER TODESZELLE

Wie auf Seite 44 berichtet, wurde der Kommunist Johannes Becker aus Kassel im Jahre 1933 auf Grund der falschen Anschuldigung, im Jahre 1931 den Polizeioffizier Kuhlmann erschossen zu haben, von der Blutjustiz des Faschismus wegen Mordes zum Tode verurteilt und im Zuchthaus Wehlheiden hingerichtet.

Sein Brief aus der Todeszelle gibt Antwort auf die innere Versuchung Hans Beckers, durch Selbstmord oder durch ein Gnadengesuch dem Henkerbeil zu entrinnen. Die Entscheidung, die er trifft, offenbart seine aus tiefster Überzeugung gewachsene wahrhaft menschliche Grösse: Sowohl Selbstmord als Bitte um Gnade erscheint ihm als eines wahren Kämpfers gegen die braune Barbarei unwürdig.

In seinem letzten Brief schreibt Hans Becker: 

" Ich will lieber in Ehren den Golgathaweg der deutschen Arbeiterklasse beschreiten...  
Diese Massenhinrichtungen von deutschen Arbeitern, diese Opfer sind die ruhmreichen Vorboten einer neuen Gesellschaftsordnung, sie sind die sichtbarsten Zeichen einer herannahenden, siegreichen, proletarischen Revolution."

Hans Becker war einer der neunundvierzig deutschen Kommunisten, die das Opfer der von Hitler, Göring und Goebbels erlassenen Blutgesetze mit rückwirkender Kraft wurden. Danach wurden die 49, in den verschiedensten Gegenden Deutschlands beheimatet, wegen der Beteiligung an von den Nazis provozierten gewaltsamen Zusammenstössen, wobei es auch Tote der SA und SS gegeben hatte, vor Gericht gestellt. Ein Teil von ihnen war schon von der Weimarer reaktionären Justiz wegen "Landfriedensbruchs" oder "Aufruhr" zu Zuchthaus verurteilt und fiel den Nazis noch während der Haftverbüßung in die Hände.

In keinem einzigen Falle konnte konkret nachgewiesen werden, dass der Beschuldigte einen Naziterroristen getötet hatte. Vielmehr wurde auf Grund des sogenannten Willensstrafrechts festgestellt, dass der Betreffende "Führer" oder "intellektueller Urheber", oder "Hauptverantwortlicher" gewesen sei und die "Tat als seine eigene gewollt" habe, somit auch ohne Tatnachweis des Mordes schuldig sei. Eine Notwehrsituation wurde überhaupt nicht in Betracht gezogen. Selbst SA-Terroristen, die bei ihren Schiessereien das Opfer der eigenen Leute geworden waren, kamen auf das "Schuldkonto" der Antifaschisten.



Vierter Abschnitt  
HINWEISE UND ERLÄUTERUNGEN

1 HITLER-PUTSCH:

Zu diesem Putschversuch waren Hitler und seine Mitverschwörer offensichtlich durch Mussolinis erfolgreichen faschistischen Marsch auf Rom im Jahre 1922 inspiriert worden. Der nazifaschistische Putsch wurde am Abend des 8. November 1923 im Verlaufe einer Versammlung bürgerlicher Reaktionäre inszeniert, um die Machthaber des bayrischen Staates, Generalstaatskommissar Gustav Ritter von Kahr, Reichswehrgeneral Otto von Lossow sowie den Kommandeur der bayrischen Landespolizei Hans Ritter von Seisser zum geplanten "Marsch auf Berlin" zu bewegen. Die Reichsregierung wurde für abgesetzt erklärt und die Bildung einer Regierung proklamiert, der Adolf Hitler, Erich Ludendorff (ehemaliger General-Quartiermeister des kaiserlichen Heeres) und extreme Reaktionäre angehören sollten. Geplant war die Errichtung einer faschistischen Militärdiktatur zur terroristischen Unterdrückung aller Arbeiterorganisationen und demokratischen Kräfte. Der Putsch scheiterte an der Kampfbereitschaft der Arbeiterschaft und daran, dass er für die Mehrheit der reaktionären Kreise des Grosskapitals taktisch unzeitgemäss erschien.

2 PROZESS GEGEN HITLERPUTSCHISTEN

Obwohl es sich beim Hitler-Putsch um ein hochverräterisches Verbrechen zum Sturz des Staates gehandelt hatte, fand der Prozess gegen Hitler und die anderen Verschwörer nicht vor dem Staatsgerichtshof, sondern vor dem bayrischen Volksgerichtshof statt. Er dauerte vom 26. Februar bis zum 1. April 1924. Das Gericht gab Hitler die Gelegenheit, fanatische Agitationsreden zu halten und die "Führerlegende" zu begründen. Hitler wurde zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt, jedoch schon nach 9 Monaten begnadigt. Während der Haftzeit konnte er ungehindert sein Buch "Mein Kampf" niederschreiben, in dem die Vernichtung der Weimarer Republik und ein Revanchekrieg mit dem Ziel der Beherrschung Europas und der Welt angekündigt wurde. Die Behörden der Weimarer Republik taten nicht gegen die Herausgabe des Buches.

3 WELTWIRTSCHAFTSKRISE 1929-1933

Die schwerste Krise des kapitalistischen Systems, die auf Grund der internationalen Verflechtungen grosser Monopolgesellschaften und Banken die gesamte kapitalistische Welt erfasste. Sie führte in Deutschland zu einem nie dagewesenen Produktionsrückgang, zum Massenzusammenbruch mittlerer und kleiner Betriebe, zu einer Massenarbeitslosigkeit mit fast 7 Millionen Betroffenen.

4 BRÜNING-REGIERUNG

Sie amtierte nach der Ablösung der von Hermann Müller (SPD) geführten Reichsregierung vom 30. März 1930 bis 30. Mai 1932. Brüning gehörte der klerikalen Zentrumspartei an. Sein Kabinett bestand aus Vertrauensleuten der Grossindustrie, des Grossgrundbesitzes und der



Reichswehr, vertreten durch Namen wie Julius Curtius, Hermann Dietrich, Martin Schiele und Wilhelm Groener (Reichswehrminister). Die Minister kamen aus den Parteien Zentrum, Bayerische Volkspartei, Deutsche Demokratische Partei und der Wirtschaftspartei. An der Brüningregierung waren vor allem die IG-Farben, die AEG, die Deutsche Bank und ein Teil der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie interessiert. Die B. war keine Koalitionsregierung und verfügte nicht über eine parlamentarische Mehrheit. Sie stützte sich nur auf das Vertrauen des Reichspräsidenten und wurde damit eines der ersten Präsidialkabinette mit autoritären Vollmachten. Mit der B. begann das deutsche Grosskapital die Methode der bürgerlich-demokratischen Machtausübung aufzugeben und wurde damit zu einer Regierung der Vorbereitung der faschistischen Diktatur. Die Weltwirtschaftskrise hatte Deutschland mit aller Konsequenz erfasst. Es ging dem Grosskapital darum, die Folgen der Krise auf das Volk abzuwälzen und vor allem den Widerstand der Arbeiterbewegung gegen diese Politik niederzuhalten. Dazu bediente sie sich des Art. 48 der Weimarer Verfassung zum Erlass von Notverordnungen und des Art. 25, der das Recht auf Reichstagsauflösung vorsah, sowie die Übernahme des Oberbefehls über die Reichswehr durch den Reichspräsidenten.

Die Regierung B. erliess im Jahre 1931 nicht weniger als 41 Notverordnungen, die im sozialen Bereich den Arbeitern, den Arbeitslosen und Rentnern, aber auch anderen Schichten der werktätigen Bevölkerung grosse Härten auferlegte, im politischen Bereich zu zahllosen Versammlungs-Demonstrations- und Zeitungsverboten gegen links führten. Die Regierungspolitik begünstigte die Tätigkeit der NSDAP und ihrer Terrororganisationen unter dem Deckmantel, dass die demokratischen Rechte für alle Gültigkeit hätten. Die Regierung B. wurde von der SPD toleriert, was dazu führte, dass viele von Sozialdemokraten geführte Länderministerien, Provinzialbehörden, Landratsämtern und Kommunen die Notverordnungen der Reichsregierung ohne Widerstand durchführten. Die Regierung B. wurde im Mai 1932 durch die Papen-Regierung, das Kabinett der nationalen Konzentration, abgelöst. Sie griff zum Staatsstreich gegen die sozialdemokratische Preussenregierung Braun/Severing, die sich ohne Gegenwehr aus dem Amt jagen liess.

## 5 VOLKSGERICHTSHOF

Das juristische Hauptinstrument des faschistischen Terrorstaates. Der V. wurde unter dem Vorsitz von Roland Freisler zum berüchtigsten Ausnahmegericht für die Verfolgung und Vernichtung von Nazi-gegnern.

## 6 ROTER FRONTKÄMPFERBUND (RFB)

Antimilitaristische Wehr- und Schutzorganisation der deutschen Arbeiterbewegung in der Zeit der Weimarer Republik. Der RFB wurde am 31. Mai 1924 auf Beschluss der Zentrale der KPD mit dem Ziel gegründet, alle bewussten Arbeiter, insbesondere ehemalige Soldaten des 1. Weltkrieges, zum Kampf gegen das Wiedererstarken des deutschen Militarismus, gegen die Gefahr eines neuen Krieges zu organisieren. Das Auftreten der militaristischen und faschistischen



Freikorps, der SA und SS, sowie des Stahlhelms u.a., der Kappputsch und der Hitlerputsch, waren entscheidende Gründe für die Schaffung einer eigenen Wehr- und Schutzorganisation. Der RFB wurde zu einer wirkungsvollen Massenorganisation mit mehr als 150 000 Mitgliedern. Im Februar 1925 wurde Ernst Thälmann zum Vorsitzenden des RFB gewählt. Der sozialdemokratische preussische Innenminister Karl Severing verbot 1929 den RFB im Lande Preussen. Danach erfolgte das Verbot in ganz Deutschland. Der RFB setzte seine Tätigkeit illegal fort.

#### 7 REICHSBANNER SCHWARZ-ROT-GOLD

Bund republikanischer Kriegsteilnehmer, eine bürgerlich-demokratische Massenorganisation zum Schutze der Republik, gegründet im Februar 1924 auf Initiative von SPD-Führern. Das RB erreichte eine Stärke von mehr als 1 Million Mitgliedern, die zu 90 Prozent der SPD und den Gewerkschaften angehörten. Der RB verkündete den Schutz der Republik gegen die "Feinde von rechts und links". Dadurch wurde das Zusammengehen von Kommunisten und Sozialdemokraten, des RFB und RB, gegen rechts sehr erschwert und von der Führung sogar verboten. 1933 weigerte sich die RB-Führung, zum Widerstand gegen die Nazidiktatur aufzurufen. Der Versuch des letzten RB-Führers Höltermann, mit Göring über die Erhaltung der Legalität des RB zu verhandeln, scheiterte. Das RB wurde verboten, die Führung floh ins Ausland.

#### 8 KAMPFBUND GEGEN DEN FASCHISMUS

Auf Initiative der KPD im September 1930 als überparteiliche Massenorganisation zum Kampf gegen die faschistische Gefahr gegründet. Der K. hatte 1932 über 100 000 Mitglieder. Nach dem Mai 1932 sah der K. seine weitergehende Aufgabe darin, alles für ein noch breiteres antifaschistisches Aktionsbündnis in der Antifaschistischen Aktion zu tun.

#### 9 SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (SPD)

Sie ging hervor aus der von August Bebel und Wilhelm Liebknecht begründeten und auch später von Lassalle stark beeinflussten sozialistischen Arbeiterbewegung. Vom Parteitag in Halle/Saale 1890 an gab sich die bisherige Sozialdemokratische Arbeiterpartei den Namen SPD. Sie wurde zur stärksten Arbeiterpartei in Deutschland vor dem 1. Weltkrieg und zur grössten in der II. Internationale. Sie hatte auch in der Weimarer Republik den grössten Einfluss auf die Arbeiterschaft. In ihrer Programmatik verkündete sie einen Sozialismus auf der Grundlage der allmählichen Reformierung des Kapitalismus und des Hineinwachsens in den Sozialismus. Sie lehnte den revolutionären Weg zur Überwindung des Kapitalismus und die politische Macht der Arbeiterklasse ab. Die Mehrheit der Führung rief 1914 zur "Vaterlandsverteidigung" für das kaiserliche Deutschland auf. Schon im Verlauf des Krieges bildete sich in der SPD ein linker, revolutionärer und antimilitaristischer Flügel unter Karl Liebknecht u.a. Nach der Novemberrevolution formierte sich zunehmend eine linke Opposition u.a. in der Unabhängigen SPD, die sich wiederum spaltete. Aus den Auseinandersetzungen um den Kurs der



Novemberrevolution ging 1918 die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands hervor.

10 **KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (KPD)**

Der Gründungsparteitag der KPD fand am 30. Dezember 1918/1. Januar 1919 in Berlin statt. Die KPD erklärte sich als marxistische Partei der deutschen Arbeiterklasse, bekannte sich zu den Lehren von Marx/Engels und ihrer Weiterentwicklung durch Lenin. Führer der KPD wurden Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Die Gründung der KPD markierte einen Wendepunkt in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, nachdem die SPD-Führung den Marxismus faktisch aufgegeben hatte und sich als im bürgerlichen Sinne staatserhaltende Reformpartei auswies. Im Frühjahr 1919 schloss sich die KPD der III. Internationale, der Kommunistischen Internationale an. Sie setzte sich zum Zwecke der Erreichung eines demokratischen Friedens für ein Bündnis mit Sowjetrußland ein und rief die Arbeiter und Soldaten dazu auf, dem Beispiel der Oktoberrevolution in Rußland zu folgen. Letzter Vorsitzender der KPD bis zu seiner Verhaftung 1933 war Ernst Thälmann. Die KPD hatte Ende 1932 rund 360 000 Mitglieder.

11 **HINDENBURG, PAUL VON**

Generalfeldmarschall und Chef des Generalstabs der OHL des kaiserlichen Heeres, Prototyp eines preussischen Reaktionärs und Militaristen. Nach dem Tode Friedrich Eberts 1925 zum erstenmal Reichspräsident. 1932 mit Unterstützung der SPD zum zweitenmal zum RP in der Hoffnung gewählt, er werde Hitler nicht an die Macht heranzulassen. Hindenburg berief am 30. Januar 1933 Hitler zum Reichskanzler.

12 **INDUSTRIELLEN-DENKSCHRIFT**

Am 19. November 1932 von führenden Vertretern des deutschen Finanzkapitals an den Reichspräsidenten von Hindenburg gerichtete Eingabe mit der Aufforderung, Adolf Hitler zum Reichskanzler zu berufen. Die Kreise der Montanindustrie um Fritz Thyssen hatten schon 1930 die Beteiligung der NSDAP an der Reichsregierung gefordert, sich damit aber bei der Mehrheit des Grosskapitals unter der Führung des Schwerindustriellen Karl Duisberg noch nicht durchsetzen können. Diese Kreise hielten es für zweckmässig, sich noch auf die Zusammenarbeit mit den Parteien des Zentrums und der SPD für die Durchsetzung ihrer Interessen zu stützen. Die Verschärfung der Wirtschaftskrise, die Zunahme der sozialen und politischen Auseinandersetzungen und dabei das starke Anwachsen des Masseneinflusses der KPD vergrösserten die Gruppe des Grosskapitals, die den Übergang zu einer offenen terroristischen Diktatur befürworteten. Auf einer Tagung am 11./12. Oktober 1931 in Bad Harzburg bildete sich eine extrem-reaktionäre Gruppierung heraus, die "Harzburger Front", die die verschiedenen zum Faschismus neigenden Strömungen der Reaktion vereinte. Die aus der NSDAP, der DNVP, dem Stahlhelm, dem Reichslandbund, des Alldeutschen Verbandes und Vertretern des Industriellenverbandes zusammengesetzte Gruppierung forderte den Rücktritt der Reichs- und Preussenregierung. Die NSDAP und die DNVP konnten sich zu dieser Zeit allerdings noch nicht über den Führungsanspruch und den Reichskanzler



einig werden. Am 1. Juni 1932 berief Hindenburg im Einvernehmen mit dem Reichswehrgeneral von Schleicher seinen Vertrauten, den ehemaligen Generalstabsoffizier und preussischen Herrenreiter Franz von Papen zum Reichskanzler.

### 13 NATIONALSOZIALISTISCHE DEUTSCHE ARBEITERPARTEI (NSDAP)

Von Adolf Hitler mit einigen Kumpanen 1921 mit dem Ziel gegründet, in Deutschland eine militaristisch-faschistische Diktatur zu errichten. Im Zusammenhang mit dem Hitlerputsch 1923 vorübergehend verboten, erfolgte im Februar 1925 die Neuformierung der NSDAP mit Hitler als unumschränktem Führer. Die Reichsleitung hatte ihren Sitz in München. Chef der Parteikanzlei war der ehemalige Fliegeroffizier Rudolf Hess, Leiter der Hilfskasse der Partei Martin Bormann, ein berüchtigter Freikorpsmörder. Die NSDAP war von Anfang an eine Partei, die objektiv und subjektiv den Interessen der reaktionärsten Kreise des Finanzkapitals, seinen militärischen Revanchezielen und imperialistischen Eroberungsinteressen diente.

### 14 SCHUTZSTAFFEL (SS)

Als schwarzuniformierte, mit dem Totenkopf an der Mütze gekennzeichnete faschistische Terrortruppe die zuverlässigste Elitegarde des "Führers". Sie wurde 1925 zunächst im Rahmen der SA als Sondertruppe zbv gegründet, später verselbständigt. Die Auslese erfolgte nach solchen Kriterien wie bedingungsloser Führergehorsam, Mindestkörpergrösse 1.80 Meter, arischer Nachweis bis 1750 zurück in der Ahnentafel. 1929 ernannte Hitler den einstmaligen Fememörder Heinrich Himmler zum Reichsführer SS. Aus der SS gingen die schlimmsten Schergen der Konzentrationslager, der Gestapo, des Sicherheitsdienstes (SD) hervor. Der SS-Obergruppenführer Reinhard Heydrich wurde berüchtigt durch seine Mordaktionen in der Tschechoslowakei, SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann war mit der "Endlösung" der Judenfrage beauftragt, der über 6 Millionen Juden durch Erschiessung und Vergasung zum Opfer fielen. Die SS wurde unmittelbar vom Grosskapital durch den sogenannten Freundeskreis des Reichsführers SS Himmler finanziell unterstützt. Seit dem Jahre 1936 standen der SS jährlich etwa 1 Milliarde RM aus Spenden zur Verfügung.

### 15 STURMABTEILUNG ( SA )

Von der NSDAP aufgebaute Terrororganisation. Im August 1921 von Hitler gegründet, getarnt als Turn- und Sportverein. Rudolf Hess war ihr erster Führer. Die SA-Führer standen in geheimer Verbindung mit Stäben der Reichswehr und wurden wie ein Freikorps mit Uniformen und Waffen ausgerüstet. Etwa 1922 übernahm der ehemalige Fliegerhauptmann Hermann Göring die SA-Führung. Die meisten SA-Leute kamen anfangs aus rechtsextremen Verbänden und Freikorps. Auch die Ausrüstung und der Aufbau der SA stützte sich auf reiche Spenden aus Industriekreisen. Unter der Führung des aus Bolivien zurückgekehrten Hauptmanns Ernst Röhm wurde die SA zur Massenorganisation der NSDAP mit der Hauptaufgabe des Terrors gegen die Arbeiterbewegung. 1932 war sie etwa 300 000 Mann stark.



Es wird gebeten, bei allen  
Eingaben die nachstehende  
Geschäftsnummer anzugeben.

Geschäftsnummer:

**0.3. 64/34.**

## **Strafsache**

Es wird gebeten, diese  
Kopie zum Termin  
mitzubringen.

gegen **August Meisner aus Harleshausen und Gen.**

wegen **Verderblichung zum Hochverrat**

Sie werden zur Hauptverhandlung auf

den **24. August** 19 **34.**

**9** Uhr

vor dem ~~Schöffengericht~~ in

den **II. Strafsenat des Oberlandesgerichts in Kassel**

— Zimmer Nr. **32**

geladen.

~~Der Beschluss über die Eröffnung des Hauptverfahrens liegt an:~~

Sollten Sie sich zur Zeit des Termins auf freiem Fuß befinden, so mühte, falls Sie  
ohne Entschuldigung ausbleiben, Ihre Verhaftung oder Vorführung erfolgen.

Zugleich werden Sie aufgefordert, zu erklären, ob und welche Anträge Sie in bezug auf  
Ihre Verteidigung für die Hauptverhandlung zu stellen haben.

Zu der Verhandlung werden — außer den in der Anklageschrift benannten — Zeugen  
— und Sachverständigen — geladen

als Zeug :

**General-  
Auf Anordnung des Oberstaatsanwalts.**

Stellen Sie  
Sich.

*Thäfer*  
**Justizsekretär.**



Der Generalstaatsanwalt.

Kassel, den 22. Juni 1934.

O.J. 64/34

Anklageschrift I

- Bl. 2 1./Der Schlosser August Waldeck aus Harleshausen, Kreis Kassel-Land, Kronenstraße 10, geb. am 28. November 1906 in Kassel, ledig.
- 9 2./der Schlosser Wilhelm Appel aus Harleshausen, Kreis Kassel-Land, Am Kreuzstein 15, geb. am 30. September 1901 in Harleshausen, verheiratet.
- 8 3./der Schlosser Heinrich Buchheister aus Harleshausen, Kreis Kassel-Land, Lerchenfeldstr. 2, geb. 24. Mai 1908 in Harleshausen, verheiratet.
- 17 4./der Schlosser Traugott Eschke aus Harleshausen, Kreis Kassel-Land, Finkuppenstr. 15, geb. am 2. Januar 1895 in Kerstenhausen, Kreis Fritzlar, verheiratet.
- 13 5./der Zimmermann Hans Hauptreiff aus Harleshausen, Kreis Kassel-Land, Wegmanns Park, geb. am 27. Januar 1902 in Beckershausen, Kreis Kassel-Land, verheiratet.
- 9 6./der Arbeiter Willi Heinzenmann aus Harleshausen, Kreis Kassel-Land, Lindenstr. 1, geb. am 16. Juni 1900 in Harleshausen, ledig.
- 19 7./der Stuhlflechter Armin Mesch aus Kassel, Am Vogelsang 28, geb. am 2. August 1909 in Vellendorf, Kreis Hildburghausen, verh.
- 4 8./der Dreher Gustav Rippe aus Harleshausen, Kreis Kassel-Land, Lindenstr. 59, geb. am 7. November 1900 in Harleshausen, verh.
- 3 9./der Arbeiter Heinrich Metershäuser aus Harleshausen, Kreis Kassel-Land, Lindenstr. 68, geb. am 8. April 1899 in Gossfelden, Kreis Marburg/Lahn, verheiratet.
- 11 10./der Dreher Adam Halperk aus Harleshausen, Kreis Kassel-Land, Mittelstr. 8, geb. am 30. Juni 1907 in Braunhausen, Kreis Rotsburg a/F., verheiratet.

werden angeklagt



Geschäftsnummer:

Ord. 32/94.

An

Herrn

Arbeiter Wilhelm Ewald.

in Überkaufungen.

In der Strafsache

gegen

den Installateur Fritz Hebehardt aus Niedersachsen  
und Gen. **X**

u e g e n Vorbereitung zum Einbruch

Mit Ihnen die Anklageschrift mitgeteilt. Sie können  
innerhalb 3 Tagen Einwendungen gegen die Anordnung der  
Hauptverhandlung vorbringen.

Solche Anträge oder Einwendungen können Sie entwe-  
der schriftlich einreichen oder zu Protokoll der Geschäfts-  
stelle erklären.

Der Rechtsanwalt Dr. Kremer in Kassel  
ist Ihnen zum V e r t e i d i g e r bestellt.

Kassel, den 26. November 1934.

Das Oberlandesgericht, II. Strafsenat.

Der Vorsitzende: gez. Dr. Siehr.

Angefertigt:

Kassel, den 27. November 1934

als Urkundsbehalter der Geschäftsstelle.

1628.





Der Generalstaatsanwalt.

Kassel, den 22. Juni 1934

O.J. 52/34.

Anklageschrift.

- Bl. 18 1. Der Bauarbeiter Martin Auel aus Kassel, Klosterstr. 6, geb. am 25. Juli 1896 in Bickershausen, Kreis Homberg-Fritzlar, geschieden,
- Bl. 23 2. der Monteur Wilhelm Becker aus Kassel, Ottostr. 14, geb. am 8. Dezember 1905 in Kassel, verheiratet,
- Bl. 30 3. der Drahtflechter Willi Stein aus Kassel, Leipzigerstr. 27, geb. am 21. Oktober 1902 in Kassel,
- Bl. 25 4. der Schlosser Gottfried Gerland aus Kassel, Graten 45, geb. am 17. April 1895 in Frankenhain Kreis Dornbach,
- Bl. 22 5. der Schmied Christoph Eisenhut aus Kassel, Wildemannsgasse 8 geb. am 6. April 1906, in Kassel, III.
- Bl. 15 6. die Ehefrau Wilhelmine Stern geb. Schad aus Kassel, Kastanien-gasse 12, geb. am 30. Juni 1910 in Kassel,
- 4 .57 7. der Installateur Fritz Mohnhardt aus Niederkauungen Kreis Kassel-Land, Bornstr. 33, geb. am 29. Juli 1903 in Kassel, verheiratet,
- Bl. 59 X 8. der Steinriecher Heinrich Diemer aus Niederkauungen, Kreis Kasse.-Land, geb. am 21. März 1897 in Oberkauungen, verheiratet,
- Bl. 66 X 9. der Arbeiter Friedrich Gogmann aus Niederkauungen, Kreis Kassel-Land, geb. am 18. Februar 1905, ebenda, verheiratet,
- Bl. 61 X 10. der Schlosser Wilhelm Lange aus Niederkauungen, Kreis Kassel-Land, geb. am 14. Dezember 1891, ebenda, verheiratet,
- Bl. 65 X 11. der Maler Valentin Schäfer aus Niederkauungen, Kreis Kassel-Land, geb. am 24. September 1907 in Groß-Moor, Kreis Hünfeld, verheiratet.



(Blau Pünfingern)

- 2 -

- Bl. 69 X 12. der Bäcker Hans Ebert aus Oberkaufungen, Kreis Kassel-Land, geb. am 11. August 1902 in Eschwege, verheiratet.
- Bl. 82 X 13. der Melkerlehrling Otto Bachmann aus Mollenfelde, Kreis Göttingen, geb. am 2. September 1913 in Eschenstruth, Kreis Kassel-Land, ledig.
- Bl. 72 X 14. der Kaufmann Jakob Berg aus Oberkaufungen, Kreis Kassel-Land, Haus Nr. 63 1/2, geb. am 30. Juli 1902, verheiratet.
- Bl. 76 X 15. der Schlosser Adolf Stener aus Kassel, Schlachthofstr. 38 geb. am 7. Dezember 1893 in Oberzellmar, Kreis Kassel-Land, verheiratet.
- Bl. 75 X 16. der Landwirt Heinrich Löbermann aus Bahlheim, Kreis Hann. Münden, dort geboren am 18. März 1868, verheiratet.
- Bl. 71 X 17. der Arbeiter Wilhelm Ewald aus Oberkaufungen, Leipzig-gerstr. 17, geb. am 13. April 1902, verheiratet.
- Bl. 70 X 18. der Arbeiter Wilhelm Heßner aus Oberkaufungen, Kreis Kassel-Land, Bindenburgerstr. 178 3/4, geb. am 9. Dezember 1892 in Bahlheim, Kreis Hann. Münden, verheiratet.
- Bl. 94 X 19. der Maurer Elias Herbst aus Oberkaufungen, an Herenberg, geb. am 9. Januar 1914 ebenda, ledig.
- Bl. 86 X 20. der Arbeiter Justus Klaus aus Oberkaufungen, Leipzigerstr. 1 3/5, geb. am 18. Oktober 1907 in Oberkaufungen, ledig.
- Bl. 92 X 21. der Breher Arno Krebs aus Oberkaufungen, Kreis Kassel-Land, Haus Nr. 149, geb. am 18. Januar 1901 in Münchens-Gladbach, verheiratet.
- Bl. 89 X 22. der Weber Jakob Raabe aus Oberkaufungen, Kreis Kassel-Land, geb. am 24. April 1897 in Oberkaufungen, verheiratet.
- Bl. 78 X 23. der Schneidermüller Albert Walz aus Oberkaufungen, Kreis Kassel-Land, Haus Nr. 240, geb. am 27. Oktober 1879, verh.
- Bl. 85 X 24. der Weißbinder Ludwig Weiß aus Oberkaufungen Kreis Kassel-Land.



Der Generalstaatsanwalt .

Kassel, den 15. Januar 1934 .

O.J. 181/33 .

Anklageschrift .

- X Bl. 6** 1) Der Zeichner Willt B e l z aus Kassel, Hebbelstr. 96, geb. am 7. März 1915 in Kassel, zur Zeit in Schutzhaft im Konzentrationslager in Breitenau .
- Bl. 69, 72**
- Bl. 12** 2) der Handlungsgehilfe Helmuth Thiele aus Kassel, Hohenrollerstr. 153, geb. am 6. Juni 1915 in Brandenburg a/H., zur Zeit in Schutzhaft im Konzentrationslager in Breitenau,
- B. 69, 72**
- Bl. 16** 3) der kaufmännische Volontär Erwin Cohn aus <sup>Werra</sup> Oberkaufungen, Leipzigerstr. Nr. 13 1/2, geb. am 25. Dez. 1911 in Fulda, zur Zeit in Schutzhaft im Konzentrationslager in Breitenau,
- Bl. 69, 72**
- Bl. 37** 4) der Schneider Ernst Belz aus Kassel, Hebbelstr. 96, geb. am 6. Juli 1917 in Kassel,
- Bl. 47** 5) die Oberprimaerin Liselotte Wiegand aus Harleshausen b/Kassel, Hauptstr. 25 1/2, geb. am 11. Sept. 1913 in Kassel,
- Bl. 64** 6) die Schülerin Lisa Koch aus Kassel, Humboldstr. 13, geb. am 2. Februar 1915 in Berlin,
- Bl. 66** 7) die Elisabeth Leithäuser aus Kassel, Bismarkstr. 16, geb. am 2. Juli 1914 in Berlin,
- ~~**Bl. 68** 8) der Laborant Wolfgang Appel, aus Kassel-Brascheberg, <sup>Werra</sup> ~~Geoponweg 7~~, geb. am 9. Juli 1912 in Kassel~~
- Bl. 21** 9) der Installateur Justus Hochrath aus Uechlag Kre. Hann.-Münden, Haus Nr. 170, geb. am 23.2.1915 in Uechlag,
- Bl. 69, 72** zur Zeit in Schutzhaft im Konzentrationslager in Breitenau
- Bl. 23** 10) der Klempner Albert Banbach aus Niederkaufungen, Kreis Kassel, Wilhelmstr. 11, geb. am 17. Dez. 1914 in



3 -

Land, Freiheit Nr. 27, geb. am 19. Februar 1882, verheiratet,  
Bl. 84 ~~X~~ der Arbeiter Heinrich Wolfram aus Oberkaufungen, Kreis  
Kassel-Land, Haus Nr. 58 3/4, geb. am 24. März 1896, in  
Oberkaufungen

werden angeklagt

in Kassel, Niederzwehren, Nieder- und Oberkaufungen und  
Danholtz

1. seit Dezember 1932 ein hochverräterisches Unter-  
nehmen vorbereitet zu haben,



- Bl. 31 19) der Elektriker Ernst Ehmer aus Kassel, Holländische Str. 172, geb. am 17. Mai 1911 in Kassel.
- Bl. 69, 72 zur Zeit in Schutzhaft im Konzentrationslager in Brettenau.
- Bl. 33 20) der Graveurhilfe Friedrich Gerlach aus Kassel, Oestmannstr. 3, geb. am 16. April 1892 in Kassel.
- Bl. 69, 72 z. Zt. in Schutzhaft im Konzentrationslager in Brettenau.
- Bl. 73 21) das Lehrlingsmädchen Martha Engelhardt aus Kassel, Wolfhagerstr. 90, geb. am 1. Jan. 1917 in Kassel.
- Bl. 27 22) der Schneidermeister Philipp Knögel aus Kassel, Königstor 11 B, geb. am 3. Januar 1872 in Hastetten Krs. St. Goarshausen.
- Bl. 69, 72 z. Zt. in Schutzhaft im Konzentrationslager in Brettenau.
- Bl. 49 23) die Näherin Berta Günther aus Kassel, Augustastr. 16, geb. am 10. April 1881 in Heinersdorf Krs. Oststernberg.
- Bl. 35 24) der Zuschneider Karl Gaußel, aus Kassel, Frankfurterstr. Nr. 81, geb. am 29. Juni 1904 in Nürnberg.
- Bl. 69, 72 zur Zeit in Schutzhaft im Konzentrationslager in Brettenau,

werden angeklagt.

im Jahre 1933

in Kassel und Umgebung

ein hochverräterisches Unternehmen vorbereitet zu haben, die Angeeschuldigten zu 4, 11, 13, 15, 18 und 21 nach ihrer geistigen und sittlichen Entfaltung fähig, das Ungesetzliche der Tat einzusehen und ihren Willen dieser Einsicht gemäß zu bestimmen.

Verbrechen, strafbar nach den §§ 36, 82, 81, Abs. 2 StGB.,

1, 3, 5-7 JGG. .



- in Niederkaufungen ,  
 Bl. 69, 72 zur Zeit in Schutzhaft in Konzentrationslager in Breitenau ,  
 Bl. 25 11) der Maurergeselle Metarich Arno aus Großenritte, Krs. Kassel, Grüner Weg 44 , geb. am 24. März 1916 in Großenritte ,  
 Bl. 69, 72 zur Zeit in Schutzhaft in Konzentrationslager in Breitenau ,  
 Bl. 19 12) der Steinmetz Hans Umbach aus Weimar , Krs. Kassel Trifstr. 160 , geb. am 22. März 1915 in Weimar ,  
 Bl. 69, 72 zur Zeit in Schutzhaft in Konzentrationslager in Breitenau ,  
 Bl. 39 13) der Schreinerlehrling Hans Herold aus Harleshausen an Kreuzstein 22 , geb. am 11. Februar 1918 in Harleshausen ,  
 Bl. 44 14) die Verkäuferin Ella Waldeck aus Harleshausen , Kronenstr. 10 , geb. am 1. Mai 1915 in Harleshausen ,  
 Bl. 54 15) der Dreher Willi Buchheister aus Harleshausen , Steinstr. 8 , geb. am 14. Januar 1916 in Harleshausen ,  
 Bl. 52 16) der Paoker Bernhard Lohaus aus Harleshausen , Firnskuppenstr. 29 , geb. am 24. Juni 1914 in Harleshausen ,  
 Bl. 57 17) der Malergehilfe Konrad Rausch aus Harleshausen , Firnskuppenstr. 8 , geb. am 1. Jan. 1914 in Harleshausen ,  
 Bl. 60 18) die Arbeiterin Elisabeth Kochke aus Harleshausen , Firnskuppenstr. 15 , geb. am 9. Januar 1917 in Harleshausen ,



# Sammlung von Urteilen von 1933 - 1942 =====

zusammengestellt  
von Max Mayr

Urteil des Sondergerichts in Kassel vom 11. April 1933, Aktz. S. 3 K.L. 12/33 wegen Landfriedensbruch			
Namen der Verurteilten	geboren	wohnhaft	Strafmaß
1. Gustav Becker, Schlosser	1.12.1908 Kassel		1 Jahr 6 Mon. Gefängnis
2. Christ. Ehrhardt, Tischler	10. 7.1908 Kassel		1 Jahr 6 Mon. Gefängnis
3. Wilh. Ernst, Kranführer	25. 9.1903 Kassel		6 Jahre Zuchthaus
4. Georg Hetzel, Arbeiter	27. 5.1908 Kassel		1 Jahr 6 Mon. Gefängnis
5. Ehrhardt Kempka, Schlosser	13.11.1908 Kassel		1 Jahr 6 Mon. Gefängnis
6. Georg Vogt, Peilenhaustg	27. 1.1885 Kassel		6 Jahre Zuchthaus
7. Georg Schaub, Zuzhneider	13. 2.1913 Kassel		1 Jahr 6 Mon. Gefängnis
8. Hans Vogt, Laufbursche	21.12.1916 Kassel		Preispruch

SPD  
KPD

Urteil des II. Strafsenats beim Oberlandesgericht Kassel vom 10. Nov. 1933, Akts. O.J. 83/33 weg. Vorber. z. Hochv			
1. Briedr. Görlitz, Schlosser	4. 2.1909 Kassel	2 Jahre	Zuchthaus
2. Alfr. Waschowitz, techn. Zeichn.	18.11.08 Kassel	1 Jahr 6 Mon. Zuchthaus	KPD
3. Holste Franz, Schmied	27.12.1900 Kassel	1 Jahr 6 Mon. Zuchthaus	KPD
4. Walter Spillner, Bäcker	27. 3.1909 Kassel	1 Jahr 6 Mon. Zuchthaus	KPD
5. Otto Haferburg, Maler	18. 6.1911 Kassel	1 Jahr 6 Mon. Zuchthaus	KPD
6. Georg Neumann, Arbeiter	27. 1.1896 Kassel	2 Jahre 6 Mon. Zuchthaus	KPD
7. Georg Alter, Arbeiter	8. 5.1906 Kassel	2 Jahre Zuchthaus	KPD
8. Konrad Hellwig, Dreher	2. 1.1901 Kassel	1 Jahr 6 Mon. Gefängnis	KPD
9. Otto Beiswenger, Fliesenleg.	7. 8.1909 Kassel	1 Jahr 6 Mon. Gefängnis	KPD
10. Wilhelm Ehrlich, Schneider	30. 3.1908 Kassel	1 Jahr Gefängnis	KPD

Urteil d. II. Strafsenats b. Oberlandesgericht Kassel v. 22. Sept. 1934, Aktz. O.J. 66/34 weg. Vorber. z. Hochverrat			
1. Aug. Gerhold, Zimmermann	6.12.1911 Ehlen	1 Jahr 3 Mon. Gefängnis	KPD
2. August Leck, Stellmacher	13.11.1903 Oelshausen	1 Jahr 8 Mon. Gefängnis	KPD
3. Ludwig Schramm, bergmann	5. 7.1907 Hoof		KPD
4. Ludwig Reuter, Weißbinder	19. 8.1910 Nordhausen	1 Jahr Preispruch	KPD
5. Hermann Reuter, Gumalldreher	6.12.1908 Nordhausen	1 Jahr Gefängnis	KPD
6. Konrad Lenzfeld, Maurer	29. 1.1907 Nordhausen	1 Jahr 3 Mon. Gefängnis	KPD



Urteil d. II. Strafsenats b. Oberlandesgericht Kassel v. 16/17. Febr. 1934, Az.: O. J. 182/33 weG. Vorb. z. Hochverr.

1. Georg Schmidt, Bote	2. 3. 1895 Kassel	1 Jahr 4 Mon. Gefängnis	KPD
2. Frieda Schmidt, Ehefrau	28. 3. 1898 Kassel	Freispruch	KPD
3. Karl Welmer, Kassel	24. 11. 1903 Kassel	1 Jahr 6 Mon. Gefängnis	KPD
4. Fritz Kramer, Gastwirt	13. 4. 1886 Kassel	Freispruch	KPD
5. Martin Hartmann, Schlosser	31. 7. 1907 Kassel	2 Jahre	KPD
6. August Fuhrmann, El-Monteur	27. 9. 1899 Kassel	Zuchthaus	KPD
7. Erich Pechmann, Photograph	5. 6. 1900 Kassel	Freispruch	KPD
8. Wilhelm Pfrowa, Heizer	6. 10. 1905 Kassel	Freispruch	KPD
9. Adam Schöbler, Fuhrbursche	4. 5. 1902 Kassel	Freispruch	KPD
10. Heinrich Schröder, Schleifer	10. 4. 1908 Kassel	1 Jahr 6 Mon. Gefängnis	KPD
11. Friedrich Herberdt, Maler	20. 11. 1899 Kassel	4 Mon. Gefängnis	KPD
12. Rudolf Peters, Gefl. Farmer	12. 11. 1895 Heckerhausen	Freispruch	KPD
13. Christoph Hörner, Schlosser	4. 12. 1896 Oberweilmar	Freispruch	KPD
14. Walter Lenz, Kaufmann	7. 2. 1907 Kassel	Freispruch	KPD

Urteil d. Strafsenats d. Oberlandesgerichts Kassel v. 22/24. nov. 1934, Az.: O. J. 67/34 weG. Vorbereitg. z. Hochverr.

1. Friedr. Fahrenbach, Bd. Booden.	26. 12. 1898 Bd. Sooden-Alldf.	2 Jahre 6 Mon. Gefängnis	KPD RPB
2. Karl Küllmer, Schlosser	22. 5. 1900 Reichensachsen	1 Jahr	KPD
3. Karl Küllmer, Zimmermann	18. 9. 1912 Reichensachsen	4 Mon. Gefängnis	KPD
4. Martin Simon, Müller	26. 12. 1901 Reichensachsen	1 Jahr Gefängnis	KPD
5. Eduard Lenz, Weißbinder	27. 6. 1894 Grebendorf	1 Jahr 2 Mon. Gefängnis	KPD
6. Johannes Simon II, Zimmerm.	19. 9. 1897 Reichensachsen	1 Jahr	KPD
7. Fritz Vaupel, Putzer	14. 5. 1894 Reichensachsen	1 Jahr 3 Mon. Gefängnis	KPD
8. Richard Gerhold, Kesselachm.	20. 1. 1910 Helaa	Freispruch	KPD

Urteil d. Strafsenats b. Oberlandesger. Kassel v. 5. Apr. 1935, Az.: O. J. 8 39/35 weG. Vorbereitg. z. Hochverr.

1. Wilhelm Mighelmer, Elektrik.	22. 4. 1894 Kassel	3 Jahre	Zuchthaus	KPD
2. Heinrich Seitz, Schlosser	1. 6. 1897 Kassel	3 Jahre	Zuchthaus	KPD
3. Franz Schedler, Einrichter	12. 5. 1891 Kassel	2 Jahre	Zuchthaus	KPD
4. Martin Ernst, Dreher	17. 9. 1902 Kassel	3 Mon. Zuchthaus	KPD	
5. Friedrich Müller, Arbeiter	28. 3. 1902 Kassel	1 Jahr 2 Mon. Gefängnis	KPD	
6. Ernst Kietler, Schlosser	11. 1. 1898 Kassel	1 Jahr 6 Mon. Zuchthaus	KPD	
7. Heinrich Kugel, Arbeiter	4. 3. 1898 Kassel	1 Jahr 4 Mon. Zuchthaus	KPD	



Urteil d. II. Strafsenats b. Oberlandesgericht Kassel v. 23. 3. 1934, Az.: O. J. 181/33 geg. Mitgl. d. Komm. Jugd. Verb

1. Willi Belz,	7. 3. 1915 Kassel	2 Jahre	Gefängnis	KJV
2. Helmuth Thiele	6. 5. 1915 Kassel	2 Jahre	Gefängnis	KJV
3. Erwin Cohn, kfm. Angest.	25. 12. 1911 Oberkaufungen	2 Jahre	Gefängnis	KJV
4. Ernst Belz,	6. 7. 1917 Kassel	4 Mon.	Gefängnis	KJV
5. Lieselotte Wiegand	11. 9. 1913 Kassel-Ha		Preispr.	
6. Lisa Koch	2. 2. 1915 Kassel		Preispruch	
7. Elis. Leithäuser	2. 7. 1914 Kassel		Preispruch	
8. Justus Kochrath	23. 2. 1915 Utschlag		Gefängnis	
9. Albert Baumbach	17. 12. 1914 Ndr. Kaufungen	1 Jahr	Gefängnis	
10. Heinrich Krug	24. 3. 1916 Grossenritte	1 Jahr	Gefängnis	
11. Hans Umbach	22. 3. 1915 Weimar	8 Mon.	Gefängnis	
12. Hans Herold	11. 2. 1918 Kassel-Ha.		Preispr.	
13. Ella Waldeck	1. 5. 1915 Kassel-Ha.		Schutzaufsicht	
14. Willi Buchheister	14. 3. 1916 Kassel-Ha.	1 Jahr	Gefängnis	
15. Bernhard Lohaus	24. 6. 1914 Kassel-Ha.		Preispr.	
16. Konrad Bauch	1. 1. 1914 Kassel-Ha.		Preispr.	
17. Elisabeth Eschke	9. 1. 1917 Kassel-Ha.		Preispruch	
18. Ernst Ehmer	17. 5. 1911 Kassel		Preispr.	
19. Friedrich Gerlach	16. 4. 1892 Kassel	1 Jahr 6 Mon.	Gefängnis	
20. Martha Engelhardt	1. 1. 1917 Kassel	2 Jahre	Gefängnis	
21. Philipp Knögel	3. 1. 1872 Kassel		Preispruch	
22. Bertha Günther	10. 4. 1881 Kassel	1 Jahr 6 mon.	Gefängnis	
23. Karl Gauggel	29. 6. 1904 Kassel	8 mon.	Preispr.	
			Gefängnis	

Urteil d. Strafsenats b. Oberlandesgericht Kassel v. 25. Sept. 1934, Az.: O. J. 64/34 weg. Vorbereitg. z. Hochverrat

1. August Waldeck, Schlosser	28. 11. 1906 Kassel-Ha.	1 Jahr 2 Mon.	Gefängnis	KPD
2. Heinrich Heeb, Maurer	24. 11. 1898 Hann. Münden	1 Jahr 6 Mon.	Gefängnis	KPD
3. Heinrich Ledderhose, Arbeiter	4. 7. 1901 Thlen	1 Jahr 2 Mon.	Gefängnis	KPD
4. Georg Neurath, Zimmermann	19. 6. 1910 loof	1 Jahr 2 Mon.	Gefängnis	KPD
5. Heinrich König, Maurer	21. 3. 1902 fordehausen	1 Jahr	Gefängnis	



Anklage d. Generalstaatsanwaltschaft in Kassel vom 10.11.1934. Akz.: O.J. 157/34 wsg. Vorbereitung z. Hochverrat

1. Wilhelm Sippel, Dreher	8. 8.1902 Kassel	KPD	RFB	BN
2. Willi Baur, Elektrorenteur	30.10.1904 Stuttgart-Zuffenhausen	KPD	Antifa	
3. Karl Ziegner, Schlosser	26. 4.1908 Kassel	KPD	RFB	
4. Adolf Hufelner, Schlosser	6.11.1897 Kassel	KPD	RFB	
5. Max Orth, Bauarbeiter	5. 4.1912 Kassel	KPD	RFB	
6. Wilhelm Struch, Invalide	26. 7.1877 Kassel	KPD	RFB	
7. Alfred Arnold, Haarpfleger	15.10.1901 Kassel	KPD	IAH	BN
8. Wilhelm Zurrer, Arbeiter	1. 5.1899 Kassel	KPD	Antifa	
9. Ludwig Krause, Schlosser	7. 8.1900 Kassel	KPD	RFB	
10. Heinrich Kühle, Kellner	22.10.1898 Oberkaufungen	KPD	Antifa	
11. Heinrich Koch, Elektrotechn.	21.10.1894 Oberkaufungen	KPD	RFB	
12. Fritz Calenius, Arbeiter	21. 3.1906 Oberkaufungen	KPD	Org-L.	
13. Wilhelm Gundlach, Arbeiter	12.11.1899 Oberkaufungen	KPD	SA	
14. Heinrich Humold, Kraftwagenführ.	7.4.03 Oberkaufungen	KPD		
15. Bruno Kapusta, Arbeiter	5. 5.1906 Oberkaufungen	---		
16. Julius Kapusta, Arbeiter	24. 4.1913 Zinsförth	---	Notaport	
17. Leonhard Kiehlborn, Arbeit.	6. 1.1908 Oberkaufungen	---	RFB	
18. Erich Sterzing, Former	8. 5.1908 Oberkaufungen	KPD	RFB	
19. Johann Wicker, Gärtner	27. 3.1897 Oberkaufungen	KPD	MSDAP	

Anklage d. Generalstaatsanwaltschafts Kassel v. 16.5.1936 wegen Verbreitung verbotener Schriften Akz. O.J. 70/36

1. Karl Prior, Metzger	5.12.1898 Kassel	SPD		
2. Georg Lörper, Monteur	23.12.1909 Kassel	KPD	Antifa	
3. Friedrich Hauser, Schlosser	16.4.1887 Kassel	SPD	EGO	MSDAP
4. Johannes Brüning, Bauarbeit.	3.10.1893 Kassel	SPD	Els. Front	

Anklage der Oberstaatsanwaltschaft Kassel vom 5.10.1938 wegen "Jehovas Zeugen" Akz. O.J. 134/38

1. Johannes Schröder	7. 9.1874 Sand
2. Katharina Schröder	21.10.1877 Sand
3. Adam Schröder	21.12.1907 Sand
4. Katharina Schröder	22.12.1902 Sand
5. Heinrich Scheldt	1. 6.1836 Sand
6. Elise Scheldt	18. 4.1886 Sand
7. Christoph Helmsmann	17. 9.1881 Sand
8. Friederike Helmsmann	7.11.1881 Sand
9. Otto Weise	17. 3.1883 Sand
10. Katharina Weise	31. 1.1883 Sand



Urteil d. Strafsen. b. Oberlandesger. Kassel v. 6. - 12. 1. 1935, Akz.: C.J. 52/34, weg. Vorber. z. Hochverr. + Sprengst.

1. Martin Auel, Bauarbeiter	25. 7. 1896	Kassel	Verfahren eingestellt	KPD
2. Wilhelm Becker, Konteur	8. 12. 1905	Kassel	Verfahren eingestellt	KPD
3. Willi Stein, Drahtflechter	21. 10. 1902	Kassel	Verfahren eingestellt	KPD
4. Christoph Kisenbunt, Schmied	6. 4. 1906	Kassel	Verfahren eingestellt	KPD
5. Fritz Wehnhardt, Installat.	20. 7. 1903	Kassel-Mdrzw.	1 Jahr Gefängnis	KPD
6. Heinrich Diemer, Steinricht.	21. 3. 1897	Niederkaufungen	1 Jahr Gefängnis	KPD
7. Friedr. Gohmann, Arbeiter	18. 2. 1905	Niederkaufungen	1 Jahr Gefängnis	KPD
8. Wilhelms Lange, Schlosser	14. 12. 1891	Niederkaufungen	1 Jahr Gefängnis	KPD
9. Valentin Schäfer, Maler	24. 9. 1907	Niederkaufungen	Preispruch	KPD
10. Hans Ebert, Bäcker	11. 8. 1902	Oberkaufungen	1 Jahr Gefängnis	KPD
11. Jakob Berg, Kaufmann	30. 7. 1902	Oberkaufungen	1 Jahr 2 Mon. Gefängnis	KPD
12. Wilhelms Ewald, Arbeiter	13. 4. 1902	Oberkaufungen	1 Jahr 10 Mon. Gefängnis	KPD
13. Adolf Diemer, Krieginvalid	7. 12. 1893	Kassel	1 Jahr Gefängnis	KPD
14. Wilhelm Helmer, Arbeiter	9. 12. 1892	Oberkaufungen	1 Jahr Gefängnis	KPD
15. Justus Klaus, Kraftfahrer	18. 10. 1907	Oberkaufungen	Verfahren eingestellt	KPD
16. Arnold Krebs, Dreher	18. 1. 1901	Oberkaufungen	1 Jahr 4 Mon. Gefängnis	KPD
17. Jakob Reabe, Weber	24. 4. 1897	Oberkaufungen	1 Jahr 6 Mon. Gefängnis	KPD
18. Albert Wals, Gartenpächter	27. 10. 1879	Oberkaufungen	1 Jahr 2 Mon. Gefängnis	KPD

Urteil d. Strafsen. b. Oberlandesger. Kassel v. 23. Jan. 1935, Akz.: C.J. 72/34 weg. Vorbereitung z. Hochverrat

1. Georg Bumburg, Waldarbeiter	31. 5. 1901	Weimar b. Kassel	1 Jahr 8 Mon. Gefängnis	KPD RFB
2. Jakob Bulle, Arbeiter	9. 8. 1910	Weimar	1 Jahr 6 Mon. Gefängnis	KPD
3. Karl Schüller, Arbeiter	15. 4. 1902	Weimar	1 Jahr 2 Mon. Gefängnis	KPD
4. Wilhelm Ebert, Arbeiter	26. 5. 1903	Weimar	1 Jahr 2 Mon. Gefängnis	KPD
5. Wilhelm Hünes, Arbeiter	9. 12. 1897	Weimar	1 Jahr 4 Mon. Gefängnis	KPD
6. Wilhelm Humberg, Arbeiter	24. 2. 1907	Weimar	1 Jahr 2 Mon. Gefängnis	KPD
7. Hans Peresch, Maurer	30. 10. 1903	Weimar	1 Jahr 2 Mon. Gefängnis	KPD
8. Johannes Schaub, Arbeiter	8. 11. 1893	Weimar	Gefängnis	KPD
9. Otto Lindstedt, Buchbinder	1. 9. 1896	Weimar	Preispruch	KPD
10. Martin Krug, Arbeiter	5. 6. 1895	Müstenwald	1 Jahr 2 Mon. Gefängnis	KPD
11. August Pawlowaky, Arbeiter	14. 10. 1903	Müstenwald	Preispruch	KPD

Urteil d. Strafsen. b. Oberlandesger. Kassel v. 3. Sept. 1937, Akz.: O.Js. 274/36, wegen Vorbereitg. z. Hochverrat

1. Heinrich Wagner, kfm. Angest.	1. 1. 1908	Kassel	2 Jahre Gefängnis	KPD
2. Karl Mittel, Schlosser	24. 7. 1903	Kassel	1 Jahr 6 Mon. Gefängnis	KPD
3. Albert Kinkhold, Fabrik. Polst.	1. 2. 1905	Kassel	2 Jahre Gefängnis	KPD



Urteil d. Strafsen. b. Oberlandesger. Kassel v. 12-14.3.1935, Akz.: O.J.s 21/35, weg. Vorbereitg. z. Hochverrat

1. Max Pabst, Arbeiter,	1. 3.1903 Fulda	2 Jahre	6 Mon. Gefängnis	KPD
2. Peter Köhl, Arbeiter	28. 8.1911 Foras	2 Jahre	6 Mon. Gefängnis	KPD
3. Oskar Schultheis, Schlosser	1. 2.1902 Fulda	2 Jahre	3 Mon. Gefängnis	KPD
4. Valentin Welsmüller, Arbeiter	20.6.1912 Fulda	1 Jahr	6 Mon. Gefängnis	KPD
5. Eduard Seufert, Gärtner	8. 6.1882 Fulda	3 Jahre	Gefängnis	KPD
6. Wilhelm Sundmacher, Schleifer	27.2.1901 Fulda	1 Jahr	6 Mon. Gefängnis	KPD
7. Valentin Leonhardt, Hdlggehilfe	21.4.06 Fulda	1 Jahr	3 Mon. Gefängnis	KPD
8. Hans Lange, Schlosser	4.12.1898 Fulda	1 Jahr	3 Mon. Gefängnis	KPD
9. Wilhelm Klm, Schmied	11.10.1890 Pfladen	1 Jahr	6 Mon. Gefängnis	KPD
10. Friedr. Schmalenberg, Schuhm.	1. 2.1897 Horas	1 Jahr	Gefängnis	KPD

Urteil d. Strafsen. b. Oberlandesger. Kassel v. 19. Juni 1936, Akz.: O.J.s 44/36, weg. Vorbereitg. z. Hochverrat

1. Heinr. Rudolph, Maurer	9. 2.1888 Kassel	2 Jahre	Gefängnis	KPD
2. Otto Stippel, Bauarbeiter	9. 9.1898 Kassel	2 Jahre	Gefängnis	KPD
3. Wilhelm Zanger, Arbeiter	1. 5.1899 Kassel	5 Jahre	Zuchthaus	KPD
4. Hermann Grimm, Schlosser	13.12.1902 Kassel	4 Jahre	Zuchthaus	KPD
5. Wilhelm Schmidt, Arbeiter	21.12.1905 Kassel	4 Jahre	6 Mon. Zuchthaus	KPD
6. Martin Hühner, Schlosser	19. 4.1902 Kassel	1 Jahr	6 Mon. Gefängnis	KPD
7. Karl Müller, Schlosser	31. 3.1898 Kassel	2 Jahre	Freispruch	KPD
8. Friedr. Bax, Arbeiter	14.10.1895 Kassel	2 Jahre	Gefängnis	KPD
9. Hermann Reuter, Maler	15.11.1904 Kassel	4 Jahre	Zuchthaus	KPD

Urteil d. Strafsen. b. Oberlandesger. Kassel v. 7. Aug. 1936, Akz.: O.J.s 31/36, weg. Vorbereitg. z. Hochverrat

1. Wilhelm Fromm, Heizer	6.10.1905 Kassel	7 Jahre	6 Mon. Zuchthaus	KPD
2. Hans Hinz, Packer	26. 4.1910 Kassel	7 Jahre	6 Mon. Zuchthaus	KPD
3. Fritz Dornemann, Schlosser	24. 3.1902 Kassel	4 Jahre	6 Mon. Zuchthaus	KPD
4. Franz Buda, Elektriker	9. 9.1905 Kassel	3 Jahre	6 Mon. Zuchthaus	KPD
5. Willi Paer, Kaufmann	24.11.1909 Kassel-Ha.	2 Jahre	6 Mon. Gefängnis	SPD
6. Katevitz Stephan, Arbeiter	6. 6.1902 Wollrode	2 Jahre	Gefängnis	KPD
7. Karl O. Fromm, Fensterputz.	20. 7.1911 Kassel	9 Jahre	9 Mon. Gefängnis	KPD
8. Max Mayr, Dreher	3. 1.1896 Kassel	2 Jahre	6 Mon. Zuchthaus	ISK
9. Willi Schlichter, Schreiner	13. 1.1896 Kassel	4 Jahre	Zuchthaus	KPD
10. Franz A. Kramer, Arbeiter	25.11.1907 Kassel		9 Mon. Gefängnis	KPD



Urteil d. Strafsen. b. Oberlandesger. Kassel v. 30.6./1.7.1936, Akz.: C.J.s 48/36 weg. Vorbereitung z. Hochverrat

1. Kurt Rau, Chamottformer	26. 6. 1911	Kassel	Verfahren abgetrennt	KPD IAH
2. Emil Freitag, Bauarbeiter	27. 10. 1902	Kassel	3 Jahre Gefängnis	KPD
3. Artur Heumann, Schlosser	2. 4. 1904	Kassel	2 Jahre 6 Mon. Zuchthaus	KPD
4. Heinrich Berger, Arbeiter	7. 1. 1886	Kassel	Freispruch	KPD
5. Friedrich Freund, Terrazzol.	25. 9. 1900	Kassel	9 Mon. Gefängnis	KPD
6. Heinrich Schröck, Asphalter	29. 3. 1900	Kassel	Gefängnis	KPD
7. Hermann Schulz, K. empner	26. 10. 1900	Kassel	6 Mon. Gefängnis	KPD
8. Franz Schipper, Dachdecker	21. 3. 1893	Kassel	3 Mon. Gefängnis	KPD
9. Johann Buchenau, Arbeiter	17. 4. 1901	Kassel	8 Mon. Gefängnis	KPD
10. Heinrich Busch, Kraftfahrer	25. 9. 1902	Kassel	7 Mon. Gefängnis	KPD
11. Adam Wicke, Maurer	9. 10. 1907	Kassel	6 Mon. Gefängnis	KPD
12. Karl Hasselbarth, Maurer	15. 7. 1902	Kassel	Verfahren eingestellt	KPD
13. Heinrich Wilhelms, Plattenleg.	22. 11. 95	Kassel	Verfahren eingestellt	RGO
14. Robert Gnauert, Arbeiter	16. 2. 1903	Kassel	2 Jahre Gefängnis	RFB, RGO, SA
15. Ludwig Illert, Schneider	21. 5. 1870	Kassel	1 Jahr 6 Mon. Gefängnis	SPD

Urteil d. Strafsen. b. Oberlandesger. Kassel v. 3. 11. 1936, Akz.: O.J.s. 93/36 weg. Vorbereitung z. Hochverrat

1. Ernst Schädler, Zimmermann	7. 11. 1905	Frielendorf	5 Jahre Zuchthaus	KPD
2. Josef Schmitt, Bergmann	29. 12. 1894	Kleinenglis	3 Jahre Zuchthaus	KPD
3. Walter Stahnke, Arbeiter	30. 10. 1900	Eorken	3 Jahre Zuchthaus	KPD
4. Marta Schädler, Schneidern.	4. 12. 1892	Frielendorf	1 Jahr 6 Mon. Gefängnis	KPD
5. Fritz Goerke, Bergmann	4. 2. 1901	Wernswig	3 Jahre Zuchthaus	KPD
6. Konrad Wagner II, Pumpenwärt.	20. 2. 1901	Frielendorf	Verfahren eingestellt	KPD
7. Willi Köhler, Bergmann	14. 7. 1904	Kleinenglis	1 Jahr 3 Mon. Gefängnis	KPD
8. Otto Köhler, Kelker	21. 11. 06	Kleinenglis	1 Jahr 6 Mon. Gefängnis	KPD
9. Adolf Freund, Maurerstr.	27. 2. 1893	Wernswig	6 Mon. Gefängnis	KPD
10. Johannes Hucks, Schweiser	2. 2. 1902	Wernswig	5 Mon. Gefängnis	SPD
11. Paul Schäfer, Arbeiter,	22. 9. 1889	Wernswig	8 Mon. Gefängnis	-
12. Heinrich Landau, Maschinist	15. 4. 1906	Wernswig	9 Mon. Gefängnis	SPD
13. Georg Wagner, Bergarbeiter	27. 1. 1908	Wernswig	9 Mon. Gefängnis	KPD
14. Burghardt Haase, Maschinist	4. 10. 1902	Wernswig	8 Mon. Gefängnis	KPD
15. Konrad März, Schlosser	14. 9. 1883	Homburg	6 Mon. Gefängnis	KPD



Urteil d. Strafsen. v. Oberlandesger. Kassel v. 10. 1. 1936. Akz.: O.J.s 127/36 weg. Vorbereltg. s. Hochverrat

1. August Wieland	20. 12. 1889	H. Münden	3 Jahre	6 Mon. Zuchtbaus	KPD
2. Fritz Dlicher	25. 6. 1911	H. Münden	4 Jahre	6 Mon. Zuchtbaus	KPD
3. Wilhelm Peters	19. 5. 1894	H. Münden	4 Jahre	Zuchtbaus	KPD
4. Heinrich Dlicher	2. 6. 1901	H. Münden	3 Jahre	Gefängnis	KPD
5. Ludwig Blisch, Arbeiter	4. 9. 1905	H. Münden	4 Jahre	6 Mon. Zuchtbaus	KPD
6. Max Koch	30. 9. 1904	H. Münden	3 Jahre	Gefängnis	KPD
7. Max Metzler	9. 8. 1904	H. Münden	3 Jahre	Gefängnis	KPD
8. Willi Wucherpfennig	13. 9. 1900	H. Münden	4 Jahre	Zuchtbaus	KPD
9. Richard Tölle	25. 7. 1899	H. Münden	2 Jahre	9 Mon. Gefängnis	KPD
10. Georg Steiner	23. 11. 1905	H. Münden	1 Jahr	6 Mon. Gefängnis	KPD
11. August Peters	23. 11. 1899	H. Münden	1 Jahr	Gefängnis	KPD
12. Fritz Michalski	29. 1. 1901	H. Münden	1 Jahr	6 Mon. Gefängnis	SPD

Urteil d. Strafsen. v. Oberlandesger. Kassel v. 22. 1. 1937. Akz.: O.J.s 157/36 wegen Vorbereltg. s. Hochverrat

1. Friedrich Weiber, Händler	15. 7. 1896	Kassel	3 Jahre	6 Mon. Zuchtbaus	KPD
2. Friedrich Funke, Arbeiter	24. 9. 1896	Kassel	2 Jahre	Gefängnis	KPD
3. Anna Weiber, Ehefrau	4. 4. 1897	Kassel		Freispruch	KPD

Urteil d. Strafsen. v. Oberlandesger. Kassel v. 4. 5. 1937. Akz.: O.J.s 111/36 weg. Vorbereltg. s. Hochverrat

1. Willi Brandau, Weber	9. 9. 1897	Hess. Lichtenau	3 Jahre	6 Mon. Zuchtbaus	KPD
2. Georg Klebe, Weber	13. 11. 1898	Murstenhagen	3 Jahre	3 Mon. Zuchtbaus	KPD
3. Heinrich Schüller, Maler	8. 10. 1911	Eschenstruth	1 Jahr	4 Mon. Gefängnis	RH
4. Justus Lange, Weber	3. 2. 1898	Eschenstruth	1 Jahr	2 Mon. Gefängnis	SPD ATSB
5. Paul Schell, Tschelster	3. 6. 1885	Eschenstruth	2 Jahre	3 Mon. Gefängnis	SPD ASB
6. Hugo Fleischer, Forstarbeiter	20. 1. 05	Eschenstruth		6 Mon. Gefängnis	SPD ATSB

Urteil d. Strafsen. v. Oberlandesger. Kassel v. 7. 5. 1937. Akz.: O.J.s 35/37 weg. Vorbereltg. s. Hochverrat

1. Hermann Schramm, Arbeiter	21. 4. 1907	Witzenhausen	4 Jahre	Zuchtbaus	KPD RPB
2. August Kulle, Schneider	3. 10. 1908	Kassel	4 Jahre	Zuchtbaus	KPD RH
3. Adolf Franz, Arbeiter	2. 9. 1907	Trubenhausen	2 Jahre	6 Mon. Gefängnis	KPD RPB
4. Wilhelm Bauckhaus, Arbeiter	5. 11. 1891	Witzenhausen	2 Jahre	6 Mon. Gefängnis	KPD RPB
5. Louis Bode, Arbeiter	21. 1. 1903	Witzenhausen	1 Jahr	3 Mon. Gefängnis	KPD RH
6. Fritz Pöge, Korbmacher	7. 11. 1904	Witzenhausen	2 Jahre	Gefängnis	KPD RH
7. Hermann Bauckhaus, Kraftfahrer	2. 2. 1905	Witzenhausen	2 Jahre	Gefängnis	KPD RH



Urteil d. Strafsen. b. Oberlandesger. Kassel 1926 wegen Vorbereitung z. Hochverrat

1 Karl Eckerlén, Buchdrucker Kassel 2 Jahre 6 Mon. Zuchthaus ISK

Urteil d. Strafsen. b. Oberlandesger. Kassel, Anklage v. 9. 3. 1936 wegen Vorbereitung z. Hochverrat

1. Fritz Körber, Buchdrucker	Göttingen	4 Jahre Zuchthaus	ISK
2. heinr. Overdick	Göttingen	3 Jahre Zuchthaus	ISK
3. Oskar Schmitt	Göttingen	2 Jahre Zuchthaus	ISK
4. Heinr. Westermagen	Göttingen	2 Jahre Zuchthaus	ISK
5. Dr. Heinrich Düker	Göttingen	3 Jahre Gefängnis	ISK
6. Gust. Funke	Göttingen	2 Jahre Gefängnis	ISK

Urteil d. Strafsen. b. Oberlandesger. Kassel, Akz. 22/36 wegen Vorbereitung z. Hochverrat

Karl Urieu H. Münden 4 Jahre Zuchthaus ISK

Urteil d. Strafsen. b. Oberlandesger. Kassel v. 20. d. 1937, Akz. O.J.S. 116/37 wegen Vorbereitung z. Hochverrat

1. Walter Siedentopf	1. 9. 1901 Kengerlinghausen	4 Jahre Zuchthaus	KPD
2. Otto Kesting	13. 3. 1896 Kengerlinghausen	2 Jahre 6 Mon. Gefängnis	KPD
3. Friedrich Syring	30. 9. 1900 Kengerlinghausen	9 Mon. Gefängnis	SPD
4. Friedrich Franke	19. 2. 1911 Kengerlinghausen	1 Jahr 6 Mon. Gefängnis	KPD
5. Wilhelm Himmelmann	13. 11. 1896 Kengerlinghausen	Preispruch	KPD
6. Friedrich Teles	25. 9. 1897 Kengerlinghausen	Preispruch	KPD
7. Karl Müller	13. 1. 1907 Arclsen	Preispruch	KPD
8. Adele Himmelmann	7. 6. 1897 Kengerlinghausen	Preispruch	KPD
9. Ewald Jost	16. 11. 1889 Landau	1 Jahr 3 Mon. Gefängnis	KPD

Urteil d. Strafsen. b. Oberlandesger. Kassel v. 24. o. 1937, Akz. O.J.S. 105/37, weg. Vorbereitung z. Hochverrat

1. Christian Ziegler, Weber	24. 12. 1894 Eschenstruth	4 Jahre 6 Mon. Zuchthaus	KPD Org-L.
2. Georg Linde, Schuhmacher	11. 6. 1906 Eschenstruth	3 Jahre 6 Mon. Zuchthaus	SPD
3. Ludwig Himmelmann, Drechsler	12. 8. 1909 Eschenstruth	2 Jahre 9 Mon. Zuchthaus	KPD
4. Hans Röhrig, Schlosser	28. 11. 1906 Wellerode	2 Jahre 3 Mon. Zuchthaus	KPD
5. Nikolaus Mosebach, Arbeiter	28. 4. 1894 Wellerode	3 Jahre 6 Mon. Zuchthaus	

Urteil d. Strafsen. b. Oberlandesger. Kassel v. 3. 9. 1937, Akz. O.J.S. 140/37 wegen Vorbereitung z. Hochverrat

Heinrich Gützmann 13. 9. 1896 Kassel 4 Jahre Zuchthaus KPD



Urteil d. Strafsen. b. Oberlandesger. Kassel v. 19. 3. 1937, Akz.: O. Js. 271/36 wegen Vorbereitg. z. Hochverrat (Sprat

Johann Ellcher, Bäcker	4. 8. 1902	Kassel	3 Jahre	6 Mon.	Zuchthaus	KPD	RG
Willi Vanselow, Metzger	24. 5. 1905	Kassel	3 Jahre		Zuchthaus	KPD	
Johann Engel, Arbeiter	24. 10. 1906	Kassel	1 Jahr	6 Mon.	Zuchthaus	KPD	RG
Heinrich Kersten, Schreiner	26. 4. 1912	Kassel	1 Jahr	6 Mon.	Zuchthaus	KPD	
Heinrich Braun, Fingler	20. 10. 1895	Kassel-B.	2 Jahre		Gefängnis	KPD	

Urteil d. Strafsen. b. Oberlandesger. Kassel v. 16. 7. 1937

1. Johannes Haese, Arbeiter	21. 11. 1907	Felligenrode	4 Jahre		Zuchthaus	KPD	
2. Friedrich Burghardt, Arbeiter	27. 6. 1864	Felligenrode	1 Jahr	2 Mon.	Gefängnis	KPD	
3. Kaspar Trlp, Arbeiter	27. 8. 1899	Felligenrode	1 Jahr	2 Mon.	Gefängnis	KPD	
4. Karl Thormann, Arbeiter	30. 4. 1899	Felligenrode	1 Jahr	2 Mon.	Gefängnis	KPD	
5. Ludwig Herwig, Arbeiter	22. 1. 1906	Kassel	1 Jahr	6 Mon.	Zuchthaus	KPD	

Urteil d. Strafsen. b. Oberlandesger. Kassel v. 20. 7. 1937, Akz.: O. Js. 117/37 wegen Vorbereitg. z. Hochverrat

1. Hermann Himmelfreich, Schmied.	2. 6. 1907	Eberlesungen	3 Jahre		Zuchthaus	KPD	Org.-L.
2. Wilhelm Loose, Arbeiter	27. 6. 1904	Niederlesungen	1 Jahr	9 Mon.	Gefängnis	-	
3. Heinrich Loose, Landwirt	24. 6. 1906	Niederlesungen	1 Jahr	3 Mon.	Gefängnis	SPD	
4. Friedrich Loose, Schneider	23. 2. 1909	Niederlesungen	1 Jahr	9 Mon.	Gefängnis	KPD	
5. Fritz Steinbock, Maurer	2. 11. 1908	Niederlesungen	1 Jahr	3 Mon.	Gefängnis	KPD	
6. Heinrich Schöning, Maurer	16. 4. 1909	Niederlesungen	1 Jahr	3 Mon.	Gefängnis	KPD	
7. Ludwig Schöning, Pflasterer	2. 12. 1910	Niederlesungen	1 Jahr	3 Mon.	Gefängnis	KPD	
8. Anton Höpner, Bergmann	11. 1. 1907	Volkmarsen	4 Jahre	6 Mon.	Zuchthaus	KPD	RG

Urteil d. Strafsen. b. Oberlandesger. Kassel v. 17. 8. 1937, Akz.: O. Js. 137/37 wegen Vorbereitg. z. Hochverrat

1. Rudolf Brühninghaus, Dreher	25. 5. 1901	Hörlinghausen	5 Jahre		Zuchthaus	KPD	RFB
2. Julius Kohlhaagen, Kaufmann	23. 9. 1910	Hörlinghausen	2 Jahre	4 Mon.	Zuchthaus	SPD	RG
3. Karl Dreier, Bauarbeiter	14. 9. 1896	Hörlinghausen		9 Mon.	Gefängnis	SPD	
4. Gustav Steiner, Arbeiter	30. 4. 1903	Niederwardern	2 Jahre		Gefängnis	KPD	
5. Paul Fickel, Müller	6. 11. 1898	Frankenberg/Pd.	4 Jahre		Zuchthaus	KPD	RFB
6. Heinrich Loose, Schlosser	22. 3. 1886	Kruthausen			Freispruch	KPD	RFB
7. Georg Grebe, Schlosser	16. 6. 1890	Sachsenberg	2 Jahre	6 Mon.	Gefängnis	KPD	



Urteil d. Strafsen. b. Oberlandesger. Kassel v. 15.10.1937, Akz.-O.Js. 176/37, wegen Vorbereitg. z. Hochverrat					
1. Friedr. Schulz, Heizer	17.11.1894	Korbach	10. Jahre	Zuchthaus	KPD
2. Heinrich Hartmann, Kraftfahrer	20.5.93	Hannover	4 Jahre 6 Mon.	Zuchthaus	KPD
3. Friedrich Wiggert, Zimmermann	25.7.1898	Plene	2 Jahre 6 Mon.	Zuchthaus	KPD RPB IAH
4. Wilhelm Seibert, Arbeiter	4.12.1896	Korbach	4 Jahre 6 Mon.	Zuchthaus	KPD Antifa
5. Friedr. Altenhein, Schlosser	12.3.1893	Korbach	3 Jahre	Zuchthaus	KPD
6. Martin Kast, Graveur	16.10.1904	Korbach	1 Jahr	Gefängnis	KPD
7. Daniel Flocke, Arbeiter	30.11.1897	Korbach	2 Jahre 6 Mon.	Zuchthaus	KPD
8. Wilk. Kalinowski, Maurer	28.3.1910	Korbach		Freispruch	KPD
Urteil d. Strafsen. b. Oberlandesger. Kassel v. 7.12.1937, Akz.-O.Js. 123/37, wegen Vorbereitg. z. Hochverrat					
1. Friedrich Herboldt, Maler	20.11.1899	Kassel	3 Jahre	Gefängnis	KPD
2. Elisabeth Koch, o. Ber.	2.2.1915	Kassel		Freispruch	KVJD
3. Liselotte Wiegand, kfm. Angest.	11.9.1913	Kassel		Freispruch	KVJD
Urteil d. Strafsen. b. Oberlandesger. Kassel v. 11.1.1938, Akz.-O.Js. 251/37, wegen Vorbereitg. z. Hochverrat					
1. Karl Schulz, Buchdrucker	24.6.1913	Kassel	3 Jahre 3 Mon.	Zuchthaus	KPD
2. Hermann Eckell, Buchdrucker	13.5.1914	Kassel	1 Jahr 6 Mon.	Gefängnis	KPD
3. Johannes Kreies, Schlosser	5.10.1901	Kassel-w.	2 Jahre 6 Mon.	Gefängnis	KPD
4. Fritz Rölke, Schuhmacher	1.6.1905	Kassel-w.	2 Jahre 6 Mon.	Gefängnis	KPD
5. Herbert Schmidt, Bergmann	1.11.1908	Kassel-w.	1 Jahr 10 Mon.	Gefängnis	KPD
6. Friedrich Staub, Schlosser	10.2.1908	Kassel-w.	1 Jahr 10 Mon.	Gefängnis	KPD
Urteil d. Strafsen. b. Oberlandesger. Kassel vom 26.7.1940 wegen Rundfunkvergehens					
1. Heinrich Noll	2.7.1909	Battenberg	2 Jahre	Zuchthaus	SPD
2. Hermann Willstumpf	28.6.1894	Battenberg	6 Jahre	Zuchthaus	SPD
3. Willi Schmidt	16.5.1898	Battenberg	8 Jahre	Zuchthaus	SPD
Urteil d. Strafsen. b. Oberlandesger. Kassel vom 20.12.1940 wegen Vorbereitg. z. Hochverrat					
Theodor Hüpeden, Ld.-amtman	25.8.1887	Kassel	5 Jahre	Zuchthaus	ISK
Urteil d. Strafsen. b. Oberlandesger. Kassel v. 28.8.1942, Akz.-O.Js. 12/42, Vorber. z. Hochverrat - Rundfunkverge					
1. Robert Jäckel, Schlosser	11.6.1905	Kassel	6 Jahre	Zuchthaus	SPD
2. Friedr. Bachmann, Schlosser	13.12.1909	Niederkaufungen		Freispruch	SPD
3. Johannes Blatz, Kontrolleur	21.3.1911	Niedervellmar	4 Jahre	Zuchthaus	---
4. Ludwig Notz, Werkzeugdreher	19.5.1896	Kassel-Kirchdittm.	8 Jahre	Zuchthaus	KPD



Anklage des Oberstaatsanwalts Kassel vom 2.3.1942, Akz.: O.Jg. 152/41 wef. Vorbereitung z. Hochverrat		
1. Erna Paul	5. 3.1906 Amsterdam	Freie Arbeiter Union
2. Alhelm Keil	14.10.1900 Kassel	Freie Arbeiter Union
3. Josef Hodel	1. 1.1876 Kz. Büchenwald	Freie Arbeiter Union
4. Hermann Hantel	8.10.1898 Kassel	Freie Arbeiter Union
5. Erna Lindemann	15. 2.1906 Mannheim	Freie Arbeiter Union



## Von Heinz Kamnitzer

Das Symbol des Faschismus ist das Fallbeil. Die Zahl seiner Opfer ist Legion. Ich lese in einem Sammelband, was einige zu Papier bringen konnten, ehe der Henker sie holte. Es gibt andere Bücher, die das menschliche Antlitz und letzte Briefe wiedergeben. Man wählte sie aus, um durch Gesicht, und Worte die Würde des Menschen zu beweisen. Hier jedoch ist verzeichnet, wer sich gleichzeitig klar gewesen ist, daß ihm jederzeit ein Tod bevorstand, wie ihn Müntzer, Liebknecht, Luxemburg und Thälmann erlitten haben.

Die deutsche Arbeiterklasse schaut dich an und übergibt dir ihr Vermächtnis. Du siehst und liest in ihrem Testament. Es sind weiche und herbe Züge, einfache und tiefsinnige Gedanken. Aber immer ist man erschüttert von der Güte inmitten der Grausamkeit, von der Menschenliebe inmitten der Barbarei, von dem Idealismus bis zum letzten Atemzuge.

Ohne Flucht in die Religion, aber mit der Gewißheit, in ihrer Gesinnung und in ihren Genossen weiterzuleben, scheiden sie aus der Welt. So mancher hätte seinen Kopf retten können. Aber diese Materialisten hatten eine Moral, diese Atheisten folgten einer Ethik, die selbst den Gefängnisfarrern alle Achtung abrang.

Mut und Stolz finden sich bei Todgeweihten, wenn ihre Überzeugung stark ist. Vor dem Scharfrichter will keine große Seele klein sein. Auch die Männer des 20. Juli 1944 starben reuelos und ungebeugt. Auch sie wußten, was sie erwartete. Und dennoch ist es um unsere Genossen anders bestellt gewesen.

Nicht späte Einsicht oder plötzliche Reue hat sie aufs Schafott geführt.

Sie waren keine Verschwörer, die einen Staatsstreich vorhatten und erst in letzter Stunde zur Bombe griffen, weil die Niederlage im Felde nicht mehr aufzuhalten war. Sie waren seit Jahren, oft Jahrzehnten einen geraden Weg gegangen und hatten in der deutschen Arbeiterbewegung eine Kette von Kämpfen hinter sich, als andere noch ihren Illusionen nachliefen. Sie hatten von der ersten Stunde an nicht nur die Knechte, sondern vor allem die Herren der NSDAP bekämpft und dem Untergang in die Barbarei den Aufstieg zum Sozialismus gegenübergestellt.

Sie wußten, daß kein Gott, kein Kaiser, kein Tribun Erlösung bringen konnte. Die Quelle ihrer Kraft und das Zentrum ihrer Tätigkeit lag im Proletariat. Das gilt nicht nur für die Männer und Frauen, die aus der Arbeiterschaft in die sozialistische Bewegung hineinwuchsen. Es trifft ebenso zu auf die Künstler und Gelehrten, auf die Ärzte und Studenten, die aus dem Bürgertum zur Arbeiterklasse stießen.

Schon lange waren sie wenige, wenn sie zusammen kamen. Jetzt saßen sie allein in der Todeszelle. Kurz vor ihrem Ende bekamen sie Papier und Feder oder Bleistift. Wenn ihre letzte Botschaft eintraf, waren sie nicht mehr. Die Toten spendeten Trost. Er gilt den Frauen, den Kindern, den Eltern, den Genossen. Sie bitten, ja sie fordern, standhaft zu sein, wie sie es gewesen, und weiter zu leben.

Vorsichtig mußten sie sein, obwohl sie selbst nichts mehr zu verlieren hatten. Einige schreiben nur, ihre Lieben und ihre Freunde sollen hart, fest und treu bleiben. Andere erklären, daß sie nichts bereuen und stets mit Freuden denselben Weg gehen



würden. Oft entsprechen gerade einfache Worte den Menschen, die so groß waren. Sie bekennen sich zur richtigen Seite, sie wollten, daß alle Menschen glücklich sind, sie haben ihren Auftrag auf Erden erfüllt. Gut und gerecht wollten sie sein, nur ein Mensch wollten sie sein.

Andere wieder berufen sich auf den geistigen Sinn des Lebens. Sie lesen oder zitieren zum letztenmal Homer, Plato, Goethe, Schiller, Kant und Hegel. Dabei schwingen deutlich die Namen von Marx, Engels und Lenin mit, die nicht genannt werden durften, sollten ihre Zeilen ihr Ziel erreichen. Immer wieder bedanken sie sich für ein reiches Leben, für das große Wissen, das ihnen der Sozialismus gab. Manche benutzen das lateinische Sprichwort *ex oriente lux*, um zum letztenmal die Sowjetunion zu grüßen. 2.

Sie nehmen Abschied von Bergen und Tälern, von Wäldern und Strömen ihrer Heimat. Ein junges Mädchen bittet: Vergiß mich nicht in die Heimat zu holen. Ein alter Tischler ordnet noch an: Meine Werkzeuge haltet stets rostfrei.

Alle fielen für das Menschenrecht, das der Sozialismus verkündet und die Arbeiterklasse erkämpft. Sie gehörten der KPD und der SPD an oder schlossen sich erst in der Finsternis des Faschismus zusammen. Die Gemeinsamkeit des Schicksals führte zur Verbundenheit im Widerstand und wurde zum Vermächtnis für die Zukunft. Der Kommunist Ernst Thälmann, der Sozialdemokrat Rudolf Breitscheid und der Pazifist Carl von Ossietzky sind Symbol dieser Einigkeit.

Die meisten waren Kommunisten. Sie hatten die Kühnheit der Konsequenz, die ihre Partei auszeichnet. Sie vereinten die Glut der Gesinnung mit der Entschlossenheit ihrer Vorbilder. Wenn man auf sie gehört, wenn man wie sie kein Pardon gegeben hätte, nie und nimmer wäre der NS-Staat und der Krieg über Deutschland gekommen.

Manche sind noch fünf Minuten vor zwölf hingerichtet worden. Sie haben eher ihren Atem aufgegeben als die Treue, die sich immer erst in schwerer Zeit beweist. Sie wurden zu später Stunde ermordet, damit sie fehlen, wenn die Zukunft beginnt. Alle haben gerne gelebt, viele das Leben geliebt. Gerade deswegen konnten sie nicht, wollten sie nicht klein begeben. Einige hatten sich früh auf den Golgatha-Weg vorbereitet und ihn nicht gefürchtet. Andere waren, wie Thomas Mann schrieb, nicht zum Martyrium geboren, aber durch ihre geistige Würde dazu berufen.

War ihr Opfer vergebens? Sie wußten es besser. „Der Tod ist eine natürliche Erscheinung, alle Kreatur muß sterben. Wer aber sein Leben hingibt für die Sache, macht sein Sterben zur Tat. Ein solches Sterben ist schön, bei aller Grausamkeit, weil es nicht nutzlos ist“, schrieb Hermann Danz an Eva Lippold. Wie dürftig ist der Aberglaube an ein Leben im Jenseits gegenüber der Unsterblichkeit des Menschen, der sich so verhält, daß seine Spuren bleiben in jenen, die nach ihm kommen. Nur dadurch lebt er fort, aufgehoben im Gedächtnis der Nachwelt.





*X Heinrich Belz (München) Lebenslauf 1944/45*

---

Willi Belz wurde am 7. März 1915 in Kassel als Sohn eines Eisenbahners geboren. Erlernter Beruf technischer Zeichner.

In einem kommunistischen Elternhaus aufgewachsen seit 1930 Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands. Als Bezirkssekretär des KJVD 1933 wegen antifaschistischer Widerstandsarbeit zu Gefängnis verurteilt. Anschliessend im KZ. Nach Haftentlassung Fortsetzung des illegalen Widerstandskampfes bis zum Ende des Faschismus.

Nach der Befreiung vom Faschismus in verschiedenen Funktionen der KPD und der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes sowie als Gewerkschafter tätig für ein antifaschistisch-demokratisches und friedliebendes Deutschland. Redakteur und freier Journalist. Seit Gründung der Deutschen Kommunistischen Partei deren Funktionär. Arbeitet publizistisch im Sinne der Vermittlung geschichtlicher Erfahrungen.

---